

# Stenographisches Protokoll,

## 14. Sitzung der II. Session der VIII. Gesetzgebungsperiode des Landtages für Niederösterreich.

Dienstag, den 1. März 1966

### Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Weiss (Seite 405).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 405).
3. Ersatzwahlen (Seite 406).
4. Verhandlung:

Begründung der Dringlichkeit zum Antrag Zl. 165 durch Abg. Marsch (Seite 407). Abstimmung (Seite 407).

Begründung der Dringlichkeit zum Antrag Zl. 166 durch Abg. Marsch (Seite 407). Abstimmung (Seite 407).

Begründung der Dringlichkeit zum Antrag Zl. 168 durch Abg. Brunner (Seite 407). Abstimmung (Seite 407).

Begründung der Dringlichkeit zum Antrag Zl. 167 durch Abg. Marsch (Seite 407). Abstimmung (Seite 407).

Begründung der Dringlichkeit zum Antrag Zl. 169 durch Abg. Buchinger (Seite 408). Abstimmung (Seite 408).

Dringlichkeitsantrag der Abg. Marsch, Anderl, Bieder, Binder, Birner, Blabolil, Dr. Brezovszky, Czidlik, Gerhartl, Graf, Grünzweig, Helm, Jirovetz, Kaiser, Körner, Kosler, Mondl, Niklas, Peyerl, Rohata, Rösch, Schneider Viktor, Sigmund, Thomschitz und Wiesmayr, betreffend die Vorlage einer Liste jener Wohnbauförderungswerber, die Wohnbauförderungsdarlehen aus dem bei der Continentalen Bank AG. bestehenden Konto „Land Niederösterreich — Wohnbauförderung der Niogas und Newag“ erhalten haben. Berichterstatter Abg. Marsch (Seite 408); Redner: Abg. Reiter (Seite 409), Abg. Rösch (Seite 415), Abstimmung (Seite 419).

Dringlichkeitsantrag der Abg. Marsch, Andeni, Bieder, Binder, Birner, Blabolil, Ds. Brezovszky, Czidlik, Gerhartl, Graf, Grünzweig, Helm, Jirovetz, Kaiser, Körner, Kosler, Mondl, Niklas, Peyerl, Rohata, Rösch, Schneider Viktor, Sigmund, Thomschitz und Wiesmayr, betreffend die Übersetzung des Verfügungsrechtes über das bei der Continentalen Bank AG. in Wien unter dem Titel „Land Niederösterreich — Wohnbauförderung der Niogas und Newag“ bestehende Konto an die Landesregierung. Berichterstatter Abg. Marsch (Seite 419); Abstimmung (Seite 420).

Dringlichkeitsantrag der Abg. Brunner, Reiter, Laferl, Ludwig, Buchinger, Rabl, Janzsa, Kienberger, Anzenberger, Dipl.-Ing. Robl, Weiß, Stangler, Schneider, Cipin, Keiblinger, Schlegl, betreffend Niogas, haushaltsmäßige Erfassung fälliger Rückflüsse. Berichterstatter Abg. Brunner (Seite 420); Redner: Abg. Marsch (Seite 422), Abg. Ludwig (Seite 425), Abg. Rösch (Seite 427), Abg. Dipl.-Ing. Robl (Seite 430), Abg. Marsch (Seite 435); Abstimmung (Seite 437).

Dringlichkeitsantrag der Abg. Marsch, Anderl, Bieder, Binder, Birner, Blabolil, Dr. Brezovszky, Caidlik, Gerhartl, Graf, Grünzweig, Helm, Jirovetz, Kaiser, Körner, Kosler, Mondl, Niklas, Peyerl, Rohata, Rösch, Schneider Viktor, Sigmund,

Thoinschitz und Wiesmayr, betreffend die Abberufung des Herrn Generaldirektors der Newag und Aufsichtsratspräsidenten der Niogas, Herrn Landeshauptmannstellvertreter a. D. Viktor Müllner. Berichterstatter Abg. Marsch (Seite 437); Redner: Abg. Kienberger (Seite 438), Abg. Rösch (Seite 438), Abg. Stangler (Seite 439), Abg. Laferl (Seite 440), Abg. Grünzweig (Seite 443), Landesrat Resch (Seite 444), Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek (Seite 445), Landesrat Resch (Seite 447), Landesrat Kuntner (Seite 448), Abstimmung (Seite 449).

Dringlichkeitsantrag der Abg. Buchinger, Brunner, Reiter, Laferl, Ludwig, Rabl, Janzsa, Kienberger, Anzenberger, Dipl.-Ing. Robl, Weiß, Stangler, Schneider, Cipin, Keiblinger, Schlegl, betreffend die Geltendmachung der Verantwortlichkeit bestimmter Mitglieder des Aufsichtsrates der Niederösterreichischen Elektrizitätswerke AG. (Newag) und der Niederösterreichischen Gaswirtschafts-AG. (Niogas) nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes 1965. Berichterstatter Abg. Buchinger (Seite 449); Redner: Abg. Blabolil (Seite 450), Abg. Anzenberger (Seite 451), Landesrat Kuntner (Seite 454), Abg. Stangler (Seite 457), Abg. Rösch (Seite 462), Landeshauptmann Dipl.-Ing. Dr. Hartmann (Seite 465), Landeshauptmannstellvertreter Doktor Tschadek (Seite 468), Landeshauptmann Diplomingenieur Dr. Hartmann (Seite 470); Abstimmung (Seite 470).

**PRÄSIDENT WEISS** (um 10 Uhr 30 Minuten): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, daher als genehmigt zu betrachten.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes:  
1. Vorlagen der Landesregierung.

**SCHRIFTFÜHRER** (liest):

Vorlage der Landesregierung, betreffend Abänderung des Blindenbeihilfengesetzes (6. Novelle).

**PRÄSIDENT WEISS** (nach Zuweisung der Gesetzesvorlage an den zuständigen Ausschuß): 2. Dringlichkeitsanträge gemäß § 26 der Landtagsgeschäftsordnung.

**SCHRIFTFÜHRER** (liest):

Dringlichkeitsantrag der Abg. Marsch, Anderl, Bieder, Binder, Birner, Blabolil, Dr. Brezovszky, Czidlik, Gerhartl, Graf, Grünzweig, Helm, Jirovetz, Kaiser, Körner, Kosler, Mondl, Niklas, Peyerl, Rohata, Rösch, Schneider Viktor, Sigmund, Thomschitz und Wiesmayr, betreffend die Vorlage einer Liste

jener Wohnbauförderungswerber, die Wohnbauförderungsdarlehen aus dem bei der Continental Bank AG. bestehenden Konto „Land Niederösterreich — Wohnbauförderung der Niogas und Newag“ erhalten haben.

Dringlichkeitsantrag der Abg. Marsch, Anderl, Bieder, Binder, Birner, Blabolil, Dr. Brezovszky, Czidlik, Gerhartl, Graf, Grünzweig, Helm, Jirovetz, Kaiser, Körner, Kosler, Mondl, Niklas, Peyerl, Rohata, Rösch, Schneider Viktor, Sigmund, Thomschitz und Wiesmayr, betreffend die Übertragung des Verfügungsrechtes über das bei der Continental Bank AG. in Wien unter dem Titel „Land (Niederösterreich — Wohnbauförderung der Niogas und Newag“ bestehende Konto an die Landesregierung.

Dringlichkeitsantrag der Abg. Brunner, Reiter, Laferl, Ludwig, Buchinger, Rabl, Janza, Kienberger, Anzenberger, Diplomingenieur Robl, Weiß, Stangler, Schneider, Cipin, Keißlinger, Schlegl, betreffend Niogas, haushaltmäßige Erfassung fälliger Rückflüsse.

Dringlichkeitsantrag der Abg. Marsch, Anderl, Bieder, Binder, Birner, Blabolil, Dr. Brezovszky, Czidlik, Gerhartl, Graf, Grünzweig, Helm, Jiravetz, Kaiser, Körner, Kosler, Mondl, Niklas, Peyerl, Rohata, Rösch, Schneider Viktor, Sigmund, Thomschitz und Wiesmayr, betreffend die Abberufung des Herrn Generaldirektors der Newag und Aufsichtsratspräsidenten der Niogas, Herrn Landeshauptmannstellvertreter a. D. Viktor Müllner.

Dringlichkeitsantrag der Abg. Buchinger, Brunner, Reiter, Laferl, Ludwig, Rabl, Janza, Kienberger, Anzenberger, Diplomingenieur Robl, Weiß, Stangler, Schneider, Cipin, Keißlinger, Schlegl, betreffend die Geltendmachung der Verantwortlichkeit bestimmter Mitglieder des Aufsichtsrates der Niederösterreichischen Elektrizitätswerke AG. (Newag) und der Niederösterreichischen Gaswirtschafts-AG. (Niogas) nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes 1965.

PRÄSIDENT WEISS: Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung. Die Herren Abgeordneten werden gebeten, bei den folgenden Wahlen die Stimmzettel je Wahlgang einzeln in die Urne zu geben.

Die Fraktion der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei im Landtag von Niederösterreich hat mit Schreiben vom 21. Februar 1966 Wahlvorschläge zwecks Ersatzwahl in die Geschäftsausschüsse des Landtages untenbreitet. Wir nehmen die Ersatzwahl vor. Ich bitte, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen der Herren Abgeordne-

ten aufliegen, auszufüllen und abzugeben. (Geschieht.)

(Nach einer kurzen Pause.) Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich bitte die Herren Schriftführer um die Vornahme des Skrutiniums und unterbreche zu diesem Zweck die Sitzung auf kurze Zeit. (Unterbrechung der Sitzung um 10 Uhr 37 Minuten.)

(Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 10 Uhr 39 Minuten.) Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Abgegeben wurden 54 Stimmzettel; davon ist keiner leer. Mit allen abgegebenen 54 gültigen Stimmen wurden folgende Abgeordnete der ÖVP in die Geschäftsausschüsse des Landtages von Niederösterreich gewählt: in den Bauausschuß an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Simlinger Abg. Mauß als Ersatzmann; in den Landwirtschaftsausschuß an Stelle des verstorbenen Abg. Simlinger Abg. Mauß als Mitglied; in den Wirtschaftsausschuß an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Simlinger Abg. Kienberger als Mitglied.

Wir haben noch eine Ersatzwahl in den Unvereinbarkeitsausschuß nach § 1 des Gesetzes vom 10. Dezember 1925, LGBl. Nr. 157, beziehungsweise § 2 des Unvereinbarkeitsgesetzes vom 30. Juli 1925, BGBl. Nr. 294, vorzunehmen.

Die Fraktion der Österreichischen Volkspartei im Landtage von Niederösterreich hat mit Schreiben vom 21. Februar 1966 an Stelle des Abg. Heribert Kienberger Abgeordneten Erich Mauß als Mitglied nominiert. Wir führen die Wahl eines Mitgliedes in den Unvereinbarkeitsausschuß durch. Ich bitte, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen der (Herren Abgeordneten aufliegen, auszufüllen und abzugeben. (Geschieht.) Die Herren Schriftführer ersuche ich um Vornahme des Skrutiniums und unterbreche zu diesem Zwecke die Sitzung auf kurze Zeit. (Unterbrechung der Sitzung um 10 Uhr 41 Minuten.)

(Wiederaufnahme der Sitzung um 10 Uhr 42 Minuten.) Ich nehme die Sitzung wieder auf. Abgegeben wurden 56 Stimmzettel. Es war keiner leer. Mit allen abgegebenen 56 Stimmen erscheint in den Unvereinbarkeitsausschuß Abg. Erich Mauß als Mitglied gewählt.

Wir gelangen nunmehr zur Behandlung der vorliegenden Dringlichkeitsanträge.

Ich beabsichtige zunächst, dem als ersten Antragsteller unterfertigten Abgeordneten das Wort zur Begründung der Dringlichkeit zu erteilen und sodann in der Reihenfolge des Einlaufes über die Dringlichkeit abstimmen zu lassen. (Keine Einwendung.) Ich er-

teile daher zu das Wort zur des Antrages 1 Zl. 165.

Abg. MARSC Hohes Haus! Zl. 165 über Wohnbauförderungsdarlehentinalen Ba „Land Niederung der Niogas sollen, als Dr gründen. Im F 1966 stattgefur in einer am 1 Pressekonferen der Newag u Niogas, Landes Viktor Müllner daß rund 420,0 Niogas auf Gr ÖMV für von I flossen, nicht d geblich zum 2 förderung zuge tag bis heute c suche ich, die! der Dringliche

PRÄSIDENT Abstimmung ü jene Abgeordn Dringlichkeit ' Zeichen mit g e n o m m e n.

Damit ist d zuerkannt.

Ich ersuche Dringlichkeit d Anderl und Ge

Abg. MARSC Hohes Haus! Ic Antrages vorb fütungsrecht ü Bank angeblich regierung, das Tagen, bekannt der niederöste vom 17. März des Amtes der regierung ist, Landeshauptma einem verstor glied, geht fei unter der Bez reich — Wohnl Newag" bei de Wien errichtet Konto bis zu 110.000.000 \$ f

und abzugeben.

(e.) Die Stimmen-  
bitte die Herren  
nahme des Skru-  
zu diesem Zweck  
t. (Unterbrechung  
inuten.)

der Sitzung um  
nehme die unter-  
auf. Abgegeben  
von ist keiner leer.  
gültigen Stimmen  
nete der ÖVP in  
es Landtages von  
in den Bau-  
verstorbenen Ab-  
g. Mauß als Er-  
irtschaftsausschuß  
n Abg. Simlinger  
1 den Wirtschafts-  
verstorbenen Ab-  
; Kienberger als

rsatzwahl in den  
nach § 1 des Ge-  
25, LGBl. Nr. 157,  
Unvereinbarkeits-  
5, BGBl. Nr. 294,

reichischen Volks-  
iederösterreich hat  
Februar 1966 an

Kienberger Ab-  
ls Mitglied nomi-  
l eines Mitgliedes  
sschuß durch. Ich  
welche auf den  
rdneten aufliegen,  
n. (Geschieht.) Die  
iche ich um Vor-  
nd unterbreche zu  
ig auf kurze Zeit.  
ung um 10 Uhr

sitzung um 10 Uhr  
lie Sitzung wieder  
16 Stimmzettel. Es  
illen abgegebenen  
den Unvereinbar-  
Mauß als Mitglied

zur Behandlung  
keitsanträge.

st, dem als ersten  
ten Abgeordneten  
g der Dringlichkeit  
n der Reihenfolge  
inglichkeit abstim-  
awendung.) Ich er-

teile daher zunächst dem Abg. Marsch das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages Marsch, Anderl und Genossen, Zl. 165.

Abg. MARSOH (von seinem Sitzplatz aus): Hohes Haus! Ich erlaube mir den Antrag Zl. 165 über die Vorlage einer Liste jener Wohnbauförderungswerber, die Wohnbauförderungsdarlehen aus dem bei der Continental Bank AG. bestehenden Konto „Land Niederösterreich — Wohnbauförderung der Niogas und Newag“ erhalten haben sollen, als Dringlichkeitsantrag so zu begründen. Im Rahmen einer am 14. Februar 1966 stattgefundenen Besprechung wie auch in einer am 17. Februar 1966 abgehaltenen Pressekonferenz hat der Generaldirektor der Newag und Aufsichtsratspräsident der Niogas, Landeshauptmannstellvertreter a. D. Viktor Müllner, von sich aus bekanntgegeben, daß rund 420.000.000 S an Rabatten, die der Niogas auf Grund eines Vertrages mit der ÖMV für von letzterer geliefertes Erdgas zufließen, nicht dem Unternehmen, sondern angeblich zum Zwecke der Landes-Wohnbauförderung zugeführt wurden. Da dem Landtag bis heute darüber nichts bekannt ist, ersuche ich, diesem Antrag die Zustimmung der Dringlichkeit zu geben.

PRÄSIDENT WEISS: Wir gelangen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Ich bitte jene Abgeordneten, welche dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt.

Ich ersuche nunmehr Abg. Marsch, die Dringlichkeit des Antrages der Abg. Marsch, Anderl und Genossen, Zl. 166, zu begründen.

Abg. MARSCH (von seinem Sitzplatz aus): Hohes Haus! Ich darf zur Begründung dieses Antrages vorbringen: Es geht um das Verfügungsrecht über das bei der Continental Bank angeblich errichtete Konto der Landesregierung, das erst vor kurzem, vor einigen Tagen, bekannt wurde. Aus einem Schreiben der niederösterreichischen Landesregierung vom 17. März 1961, das aber ein Schreiben des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung ist, unterzeichnet vom damaligen Landeshauptmannstellvertreter Müllner und einem verstorbenen Landesregierungsmitglied, geht ferner hervor, daß ein Konto unter der Bezeichnung „Land Niederösterreich — Wohnbauförderung der Niogas und Newag“ bei der Continental Bank AG. in Wien errichtet wurde und daß auf dieses Konto bis zum 31. Juli 1961 insgesamt 110.000.000 S für Zwecke der Wohnbauför-

derung des Landes Niederösterreich überwiesen worden sein sollen und man damals beabsichtigte, auch in Zukunft weitere Beträge auf dieses Konto zu überweisen. Da dem Landtag bis heute darüber nichts bekannt ist, ersuche ich, auch diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.

PRÄSIDENT WEISS: Wir gelangen zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages. Ich bitte jene Abgeordneten, welche dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt.

Ich ersuche nunmehr den Abg. Brunner, die Dringlichkeit des Antrages der Abgeordneten Brunner, Reiter und Genossen, Zl. 168, zu begründen.

Abg. BRUNNER (von seinem Sitzplatz aus): Ich erlaube mir, zur Zl. 168 folgende Begründung zu geben: Die Klarstellung des Sachverhaltes und die Festlegung allfälliger haushaltsrechtlicher Maßnahmen ist infolge der in der Öffentlichkeit aufgetretenen widersprechenden Meinungen dringend geboten. Ich ersuche daher das Hohe Haus, dem Antrag die Zustimmung der Dringlichkeit zu geben.

PRÄSIDENT WEISS: Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Ich bitte jene Abgeordneten, welche dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen, um ein Händezichen. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist auch diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt.

Ich ersuche nunmehr den Herrn Abgeordneten Marsch, die Dringlichkeit des Antrages der Abg. Marsch, Anderl und Genossen, Zl. 167, zu begründen.

Abg. MARSCH (von seinem Sitzplatz aus): Ich erlaube mir, den Dringlichkeitsantrag auf Abberufung des Generaldirektors der Newag und Aufsichtsratspräsidenten der Niogas, Landeshauptmannstellvertreter a. D. Viktor Müllner, damit zu begründen, daß hier ein Vertrauensmißbrauch höchsten Ausmaßes gegeben erscheint und die Gefahr besteht, daß sich ein solcher Mißbrauch wiederholen könnte. Ich bitte daher, diesem Antrag ebenfalls die Zustimmung der Dringlichkeit zu geben.

PRÄSIDENT WEISS: Wir gelangen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Ich bitte jene Abgeordneten, welche dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt.

Ich ersuche nunmehr den Herrn Abgeordneten Buchinger, die Dringlichkeit des Antrages der Abg. Buchinger, Brunner und Genossen, Zl. 169, zu begründen.

Abg. BUCHINGER (von seinem Sitzplatz aus): Hohes Haus! Ich darf den Dringlichkeitsantrag, Zl. 169, betreffend die Geltendmachung der Verantwortlichkeit bestimmter Mitglieder des Aufsichtsrates der Niederösterreichischen Elektrizitätswerke-AG. (Newag) und der Niederösterreichischen Gaswirtschafts-AG. (Niogas) nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes 1965 dahingehend begründen, daß der Verdacht besteht, daß vertrauliche Angaben über wirtschaftliche Vorgänge innerhalb der Landesgesellschaften Newag und Niogas von Mitgliedern des Aufsichtsrates in die Öffentlichkeit getragen wurden. Wir erachten diesen Antrag als dringlich, und ich bitte um seine Annahme.

PRÄSIDENT WEISS: Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages. (Nach Abstimmung.) Angenommen.

Damit ist dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt.

Wir gelangen zur Behandlung des ersten Dringlichkeitsantrages, Zl. 165. Ich ersuche den Herrn Abg. Marsch, dem gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Landtages die Erstattung des Berichtes zufällt, um seinen Bericht.

Abg. MARSCH: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag mit der Zl. 165, der Ihnen vorliegt, behandelt die Vorlage einer Liste jener Wohnbauförderungswerber, die Wohnbauförderungsdarlehen aus dem bei der Continental Bank AG. bestehenden Konto „Land Niederösterreich — Wohnbauförderung der Niogas und Newag“ erhalten haben.

Im Rahmen einer am 14. Februar 1966 stattgefundenen Besprechung wie auch einer am 17. Februar 1966 abgehaltenen Pressekonferenz hat der Generaldirektor der Newag und Aufsichtsratspräsident der Niogas, Landeshauptmannstellvertreter a. D. Viktor Müllner, von sich aus bekanntgegeben, daß rund 420.000.000 S an Rabatten, die der Niogas auf Grund eines Vertrages mit der ÖMV für von letzterer geliefertes Erdgas zuflossen, nicht dem Unternehmen zugeführt, sondern an das Land Niederösterreich weitergeleitet wurden. Dieser Betrag sei Zwecken der Wohnbauförderung des Landes in der Weise und unter der Bedingung zur Verfügung gestellt worden, daß das Land

seine Wohnbauförderungsdarlehen mit Zusatzbeträgen aufstockte und sie Wohnbauförderungswerbern gewähren sollte, die Dienstnehmer der Newag und Niogas sind und in der Südstadt Maria-Enzersdorf siedeln wollten.

Abgesehen davon, daß hier Mittel zweckwidrig, entgegen den Vertragsbestimmungen des zwischen ÖMV und der Niogas abgeschlossenen Erdgaslieferungs- und Erdgasbezugsvertrages verwendet wurden und weder der Gesamtvorstand der Niogas noch der Aufsichtsrat diesbezügliche Beschlüsse faßten und auch die niederösterreichische Landesregierung und der Landtag von Niederösterreich damit nicht befaßt wurden, ergibt sich zunächst die dringende Notwendigkeit, feststellen zu lassen, ob diese Behauptungen der Wahrheit entsprechen und tatsächlich der genannte Betrag in Form von zusätzlichen Wohnbauförderungsdarlehen zur Verwendung gelangte.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich eine Liste jener Wohnbauförderungswerber vorzulegen, die Wohnbauförderungsdarlehen aus dem bei der Continental Bank AG. bestehenden Konto „Land Niederösterreich — Wohnbauförderung der Niogas und Newag“ erhalten haben. Die Liste hätte die Namen, den Beruf, die Bezeichnung des Bauareals mit der Einlagezahl des Grundbuches und den jeweiligen Förderungsbetrag zu enthalten.“

Ich darf weiter hinzufügen, daß im Grundbuch Mödling, das für dieses Gebiet zuständig ist, wohl eine Reihe von Kreditnehmern aufscheint, aber keineswegs so viele, daß der Betrag von 100.000.000, 200.000.000, 300.000.000 oder gar 400.000.000 S erreicht werden würde, und daß es sich hierbei nicht nur um Wohnungswerber aus der Südstadt handelt, sondern auch um solche aus dem Villenviertel in Hinterbrühl. Ich möchte dazu nur zwei Beispiele erwähnen: Unter Zl. 4562/65 ist im Grundbuch Mödling der Vorstandsdirektor der Newag, Enich Kreitner, mit einem Landesbaukredit von 425.000 S angeführt. Weiter scheint unter Zl. 4560/65 der Baurat der niederösterreichischen Landesregierung, Raimund Müllner, mit einem Landesbaukredit von 425.000 S für eine Bau-summe von 429.627,10 S auf. Das Eigenkapital beträgt also nur 4000 S bei nahezu 500.000 S Baukosten. Wie dem Hohen Haus bekannt ist, sieht die Wohnbauförderung des Landes Niederösterreich für ihre Bewerber einen Betrag von 30.000 S im Einzelfall vor;

22.000 Bewerber positive Erledigung

Ich bitte das

zunehmen.  
PRÄSIDENT

Debatte. Zu

Abg. Reiter.

Dritter Prä:

Landtag! Mein

Hohen Haus g

von der Bevö

auftragt wurde

seine Interesse

auch für diese

wir in den le

Republik ein

sen wir festste

ses Hauses, nä

schaftlichen Ta

positiv betätig

Seite des Hol

erster Linie g

Sie alle werde

Jahren, aber s

die heftigen A

tei gegen diese

Ich glaube, d

stellen darf, i

reichischen B

listischen Abg

nichts Gutes ge

Der Haupta

sich in erster

statten mir, da

dens dieser

aufrolle. Die

ber 1954 über

gesellschaft, d

vom Land Nie



darlehen mit Zu-  
rid sie Wohnbau-  
sollte, die Dienst-  
ioges sind und in  
dorf siedeln woll-

ier Mittel zweck-  
ragsbestimmungen  
der Niogas ab-  
ngs- und Erdgas-  
t wurden und  
der Niogas noch  
gliche Beschlüsse  
ederösterreichische  
r Landtag von  
it befaßt wurden,  
ringende Notwen-  
en, ob diese Be-  
entsprechen und  
trag in Form von  
rungsdarlehen zur

daher folgenden

beschließen:

wird aufgefordert,  
eine Liste jener  
vorzulegen, die  
n aus dem bei  
AG. bestehenden  
ich — Wohnbau-  
Newag' erhalten  
Namen, den Beruf,  
eals mit der Ein-  
ind den jeweili-  
gen."

en, daß im Grund-  
ses Gebiet zustän-  
on Kreditnehmern  
gs so viele, daß  
0.000, 200.000.000,  
000.000 S erreicht  
sich hierbei nicht  
aus der Südstadt  
solche aus dem  
ühl. Ich möchte  
erwähnen: Unter  
buch Mödling der  
wag, Erich Krei-  
redit von 425.000 S  
unter Zl. 4560/65  
erreichischen Lan-  
müller, mit einem  
00 S für eine Bau-  
auf. Das Eigen-  
000 S bei nahezu  
dem Hohen Haus  
nbauförderung des  
für ihre Bewerber  
im Einzelfall vor;

22.000 Bewerber warten noch immer auf eine positive Erledigung ihrer Ansuchen.

Ich bitte das Hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen.

PRÄSIDENT WEIBS: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Präsident Abg. Reiter.

Dritter Präsident Abg. REITER: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Dem Hohen Haus gehören 56 Abgeordnete an, die von der Bevölkerung Niederösterreichs beauftragt wurden, für dieses Land zu arbeiten, seine Interessen wahrzunehmen und damit auch für dieses Land Taten zu setzen. Wenn wir in den letzten 20 Jahren der Zweiten Republik ein wenig zurückblenden, so müssen wir feststellen, daß sich eine Ralfbe dieses Hauses, nämlich die linke, bei vielen wirtschaftlichen Taten und Leistungen nicht sehr positiv betätigt hat. Die Angriffe der linken Seite des Hohen Hauses richteten sich in erster Linie gegen die Landesgesellschaften. Sie alle werden sicherlich in den letzten Jahren, aber speziell in den letzten Wochen, die heftigen Angriffe der Sozialistischen Partei gegen diese Gesellschaften verfolgt haben. Ich glaube, daß ich gleich eingangs feststellen darf, daß die von der niederösterreichischen Bevölkerung gewählten sozialistischen Abgeordneten damit ihrem Lande nichts Gutes getan haben.

Der Hauptangriff der letzten Zeit richtet sich in erster Linie gegen die Niogas. Sie gestatten mir, daß ich ein kleines Bild des Werdens dieser Landesgesellschaft vor Ihnen aufrolle. Die Niogas wurde am 29. September 1954 über Initiative der ersten Landesgesellschaft, der Newag, von der Newag und vom Land Niederösterreich als Aktiengesellschaft gegründet. 50 Prozent Anteil hat das Land und 50 Prozent die Newag. Wenn Sie sich nun an dieses Jahr 1954 zurückerinnern, so war schon bei der Gründung dieser Niogas die Sozialistische Partei in einer sehr eigenartigen Form gegen diese Gründung aufgetreten. Ja, man hat bereits damals die maßgebenden Männer dieses Landes auf seiten der Österreichischen Volkspartei mit Verdächtigungen und Verleumdungen überschüttet.

Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt am 30. September 1954 einen Artikel mit der großen Überschrift: „Herr Müller packelt mit den Russen.“ Man (spricht in diesem Bericht davon, daß die Newag an diesem Gasgeschäft des Herrn Müller mit 50 Prozent beteiligt ist und das Land auch mit 50 Prozent, und es heißt da schon damals weiter: Herr Müller erklärt die ganze Geschichte nicht so, daß es auch die Sozialisten richtig

verstehen können. Sie meinen, daß hier etwas geschehen würde, damit die Sozialistische Partei, wie es hier wörtlich heißt, nicht „die Möglichkeit hat, in die Geschäfte mit den Russen 'hineinzuleuchten“.

Bereits wenige Tage später, am 9. Oktober 1954, schreibt die „Arbeiter-Zeitung“: „Nach seinen Plänen“ — nämlich nach den Plänen Müllners — „sollen vor allem in den Randgemeinden und im Gebiet der Südbahnstrecke Erdgasleitungen gelegt werden. Die Kosten dieser neuen Leitungen werden sich auf 70.000.000 S belaufen. Das ist ein Wahnsinn, weil die Gemeinde Wien in die Randgemeinden und die Südbahnstrecke entlang bis Traiskirchen bereits Gasleitungsrohre verlegt hat.“

Also: An Stelle zu erwarten, daß Niederösterreicher niederösterreichische Interessen vertreten, sind Niederösterreichs Sozialisten bereits im Jahre 1954 als Interessenvertreter der Großstadt Wien aufgetreten. Und man hat im gleichen Artikel den damaligen ÖVP-Landesrat Müller wiederholt als Vertreter des „Rüßigen Erdgases“ bezeichnet, also ihm neu nachgesagt: Müller packelt mit den Russen.

Im diesem Artikel schreibt man weiter: „Lab Mond“ ÖVP-Finanzreferent eigentlich auf dem Mond.“ Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren dieses Hohen Hauses, daß sich inzwischen sehr klar gezeigt hat, daß Müller nicht auf dem Mond lebt, sondern daß inzwischen eine sehr ertragreiche Landesgesellschaft für Niederösterreich aus dieser Gründung geworden ist.

Und man schreibt in diesem Artikel weiter: „Der ÖVP-Finanzreferent hat auch erklärt, daß seine Gasgesellschaft zur Gründung neuer Produktionsstätten beitragen wird. Das zeigt, daß Herr Müller auch von der Wirtschaft keine Ahnung hat. Denn welche neuen Betriebe arbeiten heute, im Zeitalter der Elektrizität, noch mit Gas?“ Ich glaube, es erübrigt sich, darauf eine Erwiderung zu geben.

Aus diesen anfänglichen Gesprächen ist im Laufe der nächsten Monate Ernst geworden. Am 2. November 1955 wurde nämlich bereits zwischen der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, und der Niederösterreichischen Gasvertriebsgesellschaft, also kurz Niogas genannt, ein Vertrag abgeschlossen, betreffend die Aufsuchung und Gewinnung von Bitumen im festen, flüssigen und gasförmigen Zustand. Das Aufsuchungsgebiet umfaßte damals laut diesem Vertrag eine Fläche von 5722 Quadratkilometer und

trug die Kurzbezeichnung „Niederösterreich-Ost und Burgenland“.

Man hatte nun erwarten können, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß sich auch die Vertreter der Sozialistischen Partei dieses Landes über diesen Vertrag, der eine gewisse Stärkung der Wirtschaft Niederösterreichs ja damals schon versprochen hat, gefreut hätten. Im Gegenteil! Die „Arbeiter-Zeitung“ berichtete am 21. Dezember 1955 unter dem Titel „Der Niogas-Gestank“. Hier schreibt die „Arbeiter-Zeitung“, daß ein sozialistischer Vertreter dieses Hauses im Landtag bei der damaligen Budgetdebatte behauptet hat: „Es widerspricht dem Gesetz und dem Sinn des Staatsvertrages, daß die Niogas die Schürfrechte für das ganze Ölgebiet erhalten hat.“ Er ist also damals schon niederösterreichischen Interessen <sup>mens</sup> <sup>lieger</sup> <sup>da-</sup> seiner Partei in den Rücken gefallen. Dieser Vertreter der Sozialistischen Partei hat damals eine andere Gründung verlangt, nämlich eine Gasvertriebsgesellschaft, der als Gesellschafter nicht nur das Land Niederösterreich, sondern auch der Bund und das Land Wien angehören sollten, also eine Art Verbundgesellschaft, um nach Möglichkeit das Mitspracherecht dieses Landes, wo das Erdgas aus den Äckern und Feldern strömt, zu schmälern.

Die Zeiten sind nicht stehengeblieben. Es kam der Staatsvertrag, der unterzeichnet wurde, und in Anwesenheit des damaligen Innenministers und großen Niederösterreichers Helmer hat der damalige Bundeskanzler Julius Raab dieser Niogas eine Konzession zur Gewinnung von Erdgas erteilt, um, wie damals schon begründet wurde, die erlittenen Milliarden Schäden Niederösterreichs wenigstens zum Teil wiedergutzumachen.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 13. April 1956 — erinnern Sie sich zurück, das war knapp vor den „Erdölwahlen“ der Sozialistischen Partei im Jahre 1956 — schreibt, „daß die Niogas sogar das durch den Staatsvertrag aus Österreich verbannte westdeutsche Erdölkapital über das Hintertürl von ‚Bohraufträgen‘ wieder nach Österreich heneinzubringen gedenkt“, weil ja inzwischen von der Niogas eine deutsche Bohrgarnitur in Oberweiden aufgestellt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Behauptung der „Arbeiter-Zeitung“ war wieder eine dicke Lüge, die meiner Meinung nach nur von Haß und Neid diktiert sein konnte; eine Lüge, die letzten Endes nur zur Schädigung Niederösterreichs beigetragen hat. Ich erinnere an die Haltung, die damals die Sozialisten eingenommen haben, als

diese Bohrgarnitur in Oberweiden gestanden ist. Ich habe das sehr gut verfolgt; ich habe damals wohl noch nicht diesem Hohlen Haus angehört, aber ich war als Funktionär meiner Partei schon damals tätig. Die gleichen Sozialisten, die Müllner noch wenige Jahre vorher „Packelei mit den Russen“ vorgeworfen haben, waren nun plötzlich mit den Kommunisten des Erdölgebietes sehr einig; gemeinsam demonstrierten Sozialisten und Kommunisten in Oberweiden. Ich möchte nicht gehässig sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn sonst müßte ich sagen: Die Volksfront marschiert nicht erst seit der Zeit vor den Wahlen des Jahres 1966, sondern sie ist schon damals in Oberweiden marschiert. Damals haben namhafte Vertreter der Gewerkschaften, also namhafte Gewerkschaftsfunktionäre, zugegeben, daß sie in Oberweiden nicht mehr Herr der Lage sind. Daß die „Arbeiter-Zeitung“ natürlich auch darüber sehr ausführlich geschrieben hat — ich verweise auf die Überschriften: „Die Arbeiter gegen Niogas“, „Erdölarbeiter verhindern das Ausladen der deutschen Bohrgeräte“ und so weiter — ist ganz klar.

Es ist aber den Sozialisten dann sicherlich in den Schoß gefallen, daß sich die Verhandlungspartner auf höherer Ebene zusammengefunden und diesen Alptraum von der Sozialistischen Partei genommen haben. Es hat nämlich eine Aussprache zwischen dem Herrn Bundeskanzler Raab, dem Herrn Innenminister Helmer, dem Herrn Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, Böhm, und dem Herrn Landesrat Müllner stattgefunden, bei der eine gewisse Klärung gefunden wurde. Damals wurde vereinbart, daß diese Bohrgeräte sehr wohl ausgeladen werden können, daß sie aber bis zur Klärung der Erdölfrage am Bahnhof in Oberweiden deponiert bleiben sollen.

Was damals den mit den Kommunisten vereinigten Sozialisten nicht gelungen ist, das sollte ihr Staranwalt Dr. Rosenzweig über das Gericht durchsetzen. Man hat nämlich der Niogas eine Besitzstörungsklage aufgebracht. Wie konnte es anders sein: Man brauchte ein entsprechendes Forum, und so ist dieser Prozeß beim Bezirksgericht in Ganserndorf abgerollt, mitten in einer roten Domäne; kurz nach dem Staatsvertrag war es noch etwas anders als heute. Bei der damaligen Verhandlung sind auffallend — ich betone das Wort „auffallend“ — viele Menschen anwesend gewesen. Aber der damalige Richter hat sich nicht einmal dadurch beirren und beeinflussen lassen. Und auch über Doktor Rosenzweig kamen die Sozialisten auf keinen grünen Zweig (*Heiterkeit bei der*

ÖVP); die Niogas gewonnen.

In der Zwischenzeit der ÖMV geschloß die Niogas eine Konzession, die die Niogas im Jahre 1957 von der ÖMV erworben. In der Zwischenzeit der ÖMV, der also die Niogas abgesehen von der ÖMV ausschloß die ÖMV aus der Konzession der ÖMV mit dem von der ÖMV in Wien geförderten ÖMV der Niogas. Die ÖMV werden gleich auf den Bezug...

Im § 3 dieses Gesetzes für das von der ÖMV gelieferte Erdgas des jeweiligen Heizöls schwer, werden, betragt bis zum 1. Juni 1957 die Konzession der Niogas auf die mit der ÖMV verbundenen Leistungen verbundene Führungsrabatt.

Im § 5 dieses Gesetzes Niogas, eine Wiener Neustädter des Erdgasbedarfs Niederösterreich wurde damals mit der Steiermark ein Lieferungsvertrag wird die Niogas mering verlängert.

Abschließend ren Information unkündbar bis sein wurde.

In diesem Zusammenhang dem Land Niederösterreichischen Minister Tag ebenfalls die Regelung zierung des Fe Österreich zum Vertragspartne Vertrag überei Ausbau des r leitungsnetzes wirtschaftlicher andererseits aber liche Ausbeutu der — viele E Grenze — zu zeit sind ja mit bezügliche Ver

weiden gestanden verfolgt; ich habe esem Hohen Haus Funktionär meiner ig. Die gleichen och wenige Jahre ussen“ vorgeworlich mit den Komss sehr einig; geSozialisten und iden. Ich möchte ie sehr geehrten onst müßte ich rschiert nicht erst n des Jahres 1966, als in Oberweiden 1 namhafte Ver-n, also namhafte zugegeben, daß ehr Herr der Lage Zeitung“ natürlich hrlich geschrieben die Überschriften: as“, „Erdölarbeiter n der deutschen →, ist ganz klar.

en dann sicherlich sich die Verhand-Ebene zusammen-lptraum von der ommen haben. Es che zwischen dem aab, dem Herrn n Herrn Präsiden-es, Böhm, und dem stattgefunden, bei gefunden wurde. , daß diese Bohr-en werden können, ing der Erdölfrage en deponiert blei-

den Kommunisten icht gelungen ist, t Dr. Rosenzweig en. Man hat näm-störungsklage auf-anders sein: Man les Forum, und so Bezirksgericht in tten in einer roten Staatsvertrag war heute. Bei der da-l auffallend — ich nd“ — viele Men-Aber der damalige ial dadurch beirren nd auch über Dok-ie Sozialisten auf *Leiterkeit bei der*

ÖVP); die Niogas hat nämlich den Prozeß gewonnen.

In der Zwischenzeit wurde ein Vertrag mit der ÖMV geschlossen. Es wurde die Konzession, die die Niogas besessen hat, am 12. Juni 1957 von der ÖMV käuflich von der Niogas erworben. In diesem Vertrag vom 12. Juni 1957, der also zwischen der ÖMV und der Niogas abgeschlossen wurde, überläßt die ÖMV ausschließlich der Niogas die Belieferung der Verbraucher in Niederösterreich mit dem von ihr in Niederösterreich und Wien geförderten Erdgas. Gleichzeitig hat die ÖMV der Niogas und den Wiener Stadtwerken gleichrangige erste Prioritätsrechte auf den Bezug von Erdgas eingeräumt.

Im § 3 dieses Vertrages steht, daß der Preis für das von der ÖMV an die Niogas gelieferte Erdgas pro Kubikmeter 50 Prozent des jeweiligen Preises von einem Kilogramm Heizöl schwer, mindestens jedoch 28 Groschen, beträgt. Für die Anlaufzeit vom 1. Juni 1957 bis 31. Mai 1967 wird laut Vertrag der Niogas von der ÖMV mit Rücksicht auf die mit dem notwendigen raschen Aufbau eines leistungsfähigen Verteilungsapparates verbundenen Schwierigkeiten ein Einführungsrabatt gewährt.

Im § 5 dieses Vertrages verpflichtet sich die Niogas, eine Ferngasleitung in Richtung Wiener Neustadt bis Gloggnitz zur Deckung des Erdgasbedarfes des südlichen Teiles von Niederösterreich zu bauen. In diesem Vertrag wurde damals außerdem festgehalten: Sollte mit der Steiermark eine Vereinbarung oder ein Lieferungsvertrag zustande kommen, so wird die Niogas die Leitung bis zum Semmering verlängern.

Abschließend darf ich noch kurz zur besseren Information erwähnen, daß der Vertrag unkündbar bis zum 31. März 1977 abgeschlossen wurde.

In diesem Zusammenhang wurde zwischen dem Land Niederösterreich und der Österreichischen Mineralölverwaltung am selben Tag ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen, der die Regelung eines Beitrages zur Finanzierung des Ferngasleitungsbaues in Niederösterreich zum Gegenstand hatte. Die beiden Vertragspartner sind in diesem zusätzlichen Vertrag übereingekommen, daß ein rascher Ausbau des niederösterreichischen Erdgasleitungsnetzes einerseits aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen notwendig sei, andererseits aber auch, um eine überaus schädliche Ausbeutung durch unsere Nachbarländer — viele Erdgasfelder liegen ja an der Grenze — zu verhindern. In der Zwischenzeit sind ja mit unseren Nachbarn auch diesbezügliche Verträge geschlossen worden. Da-

her hat sich damals die ÖMV bereit erklärt, im Interesse der raschen Entwicklung des Erdgasnetzes an das Land Niederösterreich einen nicht rückzahlbaren Beitrag von 100.000.000 S zu leisten. Beim Austausch der unterfertigten Vertragsurkunde wurden 50.000.000 S in bar bezahlt. Der Rest war in aufeinanderfolgenden gleichen Monatsraten von 5.000.000 S abzustatten.

Das Land ist seiner Verpflichtung nachgekommen und hat die besagten 100.000.000 S zur Erhöhung des Aktienkapitals der Niogas zur Gänze zur Verfügung gestellt. Hiervon wurde auch die ÖMV, die ja diese Bedingung damals im Vertrag stellte, rechtzeitig in Kenntnis gesetzt.

Im Zuge dieses Wahlkampfes wurde — die Sozialisten machen die bevorstehenden Wahlen wieder zu einer Art Erdöl- oder Erdgaswahlen — die Lüge aufgestellt, daß das Land Niederösterreich bezidhungsweise die Niogas eine Steuerhinterziehung (betreibt. Es ist überhaupt fast unglaublich, daß die Sozialistische Partei Niederösterreichs allen Ernstes diese Behauptung aufstellt. Ich möchte gar nicht sagen, daß diese Beschuldigung von Ihnen kommt, denn es handelt sich dabei sicherlich um eine Weisung einer höheren Parteidienststelle. Wir haben dafür sogar einigermaßen Verständnis.

Der Vertrag, von dem ich gesprochen habe, ist auch in der „Arbeiter-Zeitung“, und zwar in der Nummer vom 29. Jänner 1957 — ich möchte das gerechterweise feststellen —, vollinhaltlich abgedruckt worden. Erst jetzt konnte man bei der Niogas richtig zu arbeiten beginnen. Damals sind von den Sozialisten Niederösterreichs Bedenken und Zweifel gekommen: Ja, was wird denn Niederösterreich mit 400.000.000 Kubikmeter Erdgas tun? Keine Rohrleitungen, keine Versorgungsanlagen. Die österreichischen Rohrverlegungsfirmen waren damals bestenfalls in der Lage, 60 Meter dieser Rohre pro Tag zu verlegen. Die Niogas hat aber inzwischen eine Reihe sehr tüchtiger und aufgeschlossener Beamter und Techniker bekommen. Sie hat schon damals etwas weiter gedacht als die Vertreter der Sozialisten in Niederösterreich. Es gibt nämlich eine englisch-amerikanische Firma, die auf Pipelines-Bau spezialisiert ist. Diese Firma hat nun mit einigen Fachleuten ein solches Gerät nach Österreich gebracht. Diese Fachleute sollten, wie es ausdrücklich geheißen hat, österreichische Arbeiter einschulen. Da haben aber die Sozialisten wieder einen Weg gefunden, der Niogas Schwierigkeiten zu machen. Das Sozialministerium hat nämlich diesen ausländischen Facharbeitern, die unsere öster-

reichischen Arbeiter einschulen sollten, die Arbeitsbewilligung verweigert. Erst als sich der damalige englische Botschafter etwas ungehalten zeigte, weil das ein ausgesprochen unfreundlicher Akt seitens des sozialistischen Sozialministers war — er hat auch dann beim Herrn Sozialminister persönlich vorgesprochen —, sind plötzlich alle Bedenken weg gewesen, und sowohl der Herr Sozialminister als auch der Österreichische Gewerkschaftsbund und das Arbeitsamt waren sich auf einmal einig, daß man keinerlei Bedenken hätte, diese englischen Arbeiter auch in Österreich arbeiten zu lassen. Nach einem Jahr, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Fernleitungsnetz bis auf den Semmering, nach St. Pölten und Krems ausgebaut gewesen. 2000 Meter Rohrleitungen wurden durchschnittlich an einem Tag verlegt. Der damalige österreichische Bundeskanzler und große Niederösterreicher, Julius Raab, hat am Semmering die Gasfackel — ich darf feststellen, für Niederösterreich — entzündet. Nun hatte unser Land nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis den Nutzen des Erdgases. Es war auch dieser österreichische Bundeskanzler Ing. Raab, dem im Zuge der Staatsvertragsverhandlungen die Rückgabe der österreichischen Bodenschätze gelungen war. Ich darf hier die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes Dipl.-Ing. Hartmann im ÖVP-Pressedienst vom 17. Februar 1966 wörtlich zitieren: „Bundeskanzler Ing. Raab, dem es im Zuge der Staatsvertragsverhandlungen gelungen war, die Rückgabe dieser Bodenschätze an Österreich zu erwirken, hat das Motiv für die in diesem Zusammenhang getroffenen Vereinbarungen schon 1961 wie folgt klargestellt: „Das Land Niederösterreich hat, da es zehn Jahre lang russische Besatzungszone war, enorme wirtschaftliche Schäden erlitten. Im Hinblick darauf, daß alle Betriebe in Niederösterreich, die Deutsches Eigentum waren oder als solches von der russischen Besatzungsmacht angesehen wurden, in Usia-Verwaltung, also außerhalb der österreichischen Rechts- und Wirtschaftsordnung, bis zum Inkrafttreten des österreichischen Staatsvertrages geführt wurden, sind dem Lande keine nennenswerten ERP-Kredite zugeflossen. Man war sich daher an höchster Stelle im Bunde von Anfang an darüber klar, daß dem Lande Niederösterreich für die in den Jahren 1945 bis 1955 erlittenen Verluste, die in die Milliarden Schilling gehen, wenigstens ein bescheidener teilweiser Ersatz geboten werden müsse. Dieser Teilersatz wurde, da eine Bereitstellung von Budgetmitteln des Bundes für diesen Zweck nicht

möglich war, in der Beteiligung Niederösterreichs an den im Lande befindlichen Erdgasvorkommen gefunden. Da eine direkte Abwicklung zwischen dem Lande Niederösterreich und der Österreichischen Mineralölverwaltung Aktiengesellschaft nicht möglich war, wurde die Niogas, Niederösterreichische Gasvertriebs-Aktiengesellschaft, eingeschaltet.“ Es war also damals schon klar, daß Niederösterreich über den Umweg der Niogas eine gewisse Entschädigung für die Milliardenverluste, die es während der russischen Besatzungsmacht erlitten hatte, bekommen sollte.

Und nun noch, meine sehr geehrten Damen und Herren, einige Worte zur Newag und Niogas als solche. Eine richtige Energiewirtschaft ist die Voraussetzung für eine gesunde gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Genauso, wie es uns in Niederösterreich auf allen anderen Sektoren der Wirtschaft ergangen ist, ist es uns auch beim Ausbau der Energie gegangen; wir hatten keine zusätzlichen Mittel und mußten aus eigenem diese Aufbauarbeit beginnen. Dazu darf ich noch eine Feststellung machen. Niederösterreich ist nicht das klassische Land der weißen Kohle, weil wir Wasser in dem Ausmaß, wie es in den westlichen Bundesländern vorhanden ist, nicht haben. In Niederösterreich haben wir aber andere Möglichkeiten; nämlich die, eine kombinierte Energiewirtschaft aufzubauen, und zwar aus unserem heimischen Erdöl und Erdgas, aus der Steinkohle und aus den ausbaufähigen Wasserkraften. Der Herr Generaldirektor der Newag, Präsident Landeshauptmannstellvertreter a. D. Viktor Müllner, hat diese vier Energiesäulen mit einem Sessel mit vier Füßen verglichen, der eine möglichst hohe Stabilität garantiert. Für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes war diese stabile Entwicklung in den letzten 20 Jahren sehr wesentlich. Das haben schon im Jahre 1945 die Männer in unserem Lande, die sich um diese Fragen Gedanken machen mußten, sehr klar erkannt. Wir wissen heute, daß der Verbrauch an elektrischer Energie schlechthin ein Gradmesser des Lebensstandards ist.

Ich darf nun einige Zahlen nennen, damit Sie sehen, daß diese Landesgesellschaften tatsächlich große Leistungen vollbracht haben und es nicht so ist, wie die sozialistischen Zeitungen in den letzten Wochen behaupteten, daß es in den Betrieben der Newag und Niogas nur Korruptionsfälle gäbe. In Niederösterreich hat sich der Stromverbrauch seit dem Jahre 1945 versiebenfacht. Er ist von 180.000.000 Kilowatt auf 1.360.000.000 Kilowatt angestiegen. Nach Be-

hebung der en  
Newag systema  
trifizieren. Es  
Rotten neu a  
geschlossen. Di  
hat sich mehr  
rund 207.000 a  
zirka 2200 S  
gungsnetz ist r  
ist länger als d

Im Zuge c  
mußte auch  
Energiebetriebe  
bauen. Im Jah  
zent des Strom  
den; heute er  
Drittel ihres S  
allgemeinen w  
fes Österreichs  
reich der Str  
den anderen I  
eine ganze Re  
nen vorgenomi  
Erinnerung ru  
werke unter s  
wurden. Ich w  
eine ganze Rei  
werde mit ein  
rückkommen.  
len genannt,  
der Newag. E  
geschritten, 1  
Niederösterrei  
Betriebe versch  
ist also Wirkkl  
Energieträger  
der Gesamtwir

Meine sehr  
Es wurde dam  
Niogas geglau  
Schar junger  
amter, die die  
gebracht habe  
Haushalte —  
hin schon ges  
1200 Kilomete  
gas verlegt.

Die Lande  
Direktionen r  
das ist in den  
sehr bekrittelt  
mit eine groß  
durch diesem  
sprechende St

Diese Nioga  
letzten Jahren  
Sektor ein Be  
die Errichtung  
Hohen Wand.  
Herrn Abgeco

hebung der ersten Kriegsschäden ging die Newag systematisch daran, das Land zu elektrifizieren. Es wurden 1300 Gemeinden und Rotten neu an das Versorgungsnetz angeschlossen. Die Zahl der Abnehmeranlagen hat sich mehr als verdoppelt, und zwar von rund 207.000 auf 450.000; dazu kommen noch zirka 2200 Sonderabnehmer. Das Versorgungsnetz ist rund 24.000 Kilometer lang, das ist länger als der halbe Erdumfang.

Im Zuge des gesteigerten Verbrauches mußte auch die Newag die heimischen Energiebetriebe und Energiequellen ausbauen. Im Jahre 1946 konnten nur 30 Prozent des Strombedarfes selbst gedeckt werden; heute erzeugt die Newag rund zwei Drittel ihres Strombedarfes. Als Zeichen des allgemeinen wirtschaftlichen Nachholbedarfes Österreichs seit 1955 steigt in Niederösterreich der Stromverbrauch schneller als in den anderen Bundesländern. Es mußte also eine ganze Reihe umfangreicher Investitionen vorgenommen werden. Ich darf Wnen in Erinnerung rufen, daß die Kamptalkraftwerke unter schwersten Bedingungen gebaut wurden. Ich weiß schon, da könnte man nun eine ganze Reihe von Dingen dazu sagen, ich werde mit einigen Worten noch darauf zurückkommen. Das waren, mit wenigen Zahlen genannt, die großen Aufbauleistungen der Newag. Es kam dann, wie schon angeschnitten, 1954 die Niogas, die heute in Niederösterreich Zigttausend Haushalte und Betriebe versorgt. Die „Utopie“ von damals ist also Wirklichkeit geworden, das Gas als Energieträger hat sich seine Bedeutung in der Gesamtwirtschaft errungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde damals nur von wenigen an diese Niogas geglaubt. Es war eine ganz kleine Schar junger ehrgeiziger Techniker und Beamter, die die Niogas auf den heutigen Stand gebracht haben. Es handelt sich um 82.800 Haushalte — die genaue Zahl habe ich vorhin schon gesagt — und es wurden über 1200 Kilometer Rohrleitungen von der Niogas verlegt.

Die Landesgesellschaften haben ihre Direktionen nach Niederösterreich verlegt; das ist in den letzten Wochen teilweise auch sehr bekräftelt worden. Wir glauben, daß damit eine große Tat gesetzt wurde, weil dadurch diesem Land Niederösterreich entsprechende Steuermittel zufließen.

Diese Niogas und Newag haben in den letzten Jahren aber auch auf einem anderen Sektor ein Beispiel gegeben, und zwar durch die Errichtung des Wärmekraftwerkes an der Hohen Wand. Es war interessant, dazu den Herrn Abgeordneten LandesparteiSekretär

der Sozialistischen Partei Marsch bei der letzten Budgetdebatte zu hören, wo er dieses Wärmekraftwerk in Grund und Boden verdammt hat. Meine Damen und Herren! Ich darf in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, daß die Sozialistische Partei immer wieder auch auf die sozialen und menschlichen Momente hinweist. Wir glauben, daß mit der Errichtung des Wärmekraftwerkes an der Hohen Wand, das über Initiative der Österreichischen Volkspartei zustande kam, sehr wohl dieser soziale und menschliche Aspekt berücksichtigt wurde und daß auf diese Weise dort Hunderte von Arbeitsplätzen erhalten werden konnten. Ich kann mir schon vorstellen, daß man sehr böse ist, wenn daneben Grünbach schließen mußte. Aber vielleicht hat aus dieser Tätigkeit Niederösterreichs der für die verstaatlichte Wirtschaft und damit auch für Grünbach verantwortliche Mann, Herr Vizekanzler Dr. Pittermann, einiges gelernt.

Ich wäre durchaus in der Lage, noch eine Reihe anderer Zahlen zu nennen, das würde jedoch zu weit führen. Lassen Sie mich daher zusammenfassend feststellen, daß diese niederösterreichischen Landesgesellschaften und Betriebe schöne Leistungen vollbracht haben; Leistungen, auf die Niederösterreich ehrlich und wirklich stolz sein kann, auf die es erst recht deshalb stolz sein kann, weil sie ununterbrochen das Angriffsziel der Sozialistischen Partei Niederösterreichs bilden.

In wenigen Tagen sind in Österreich Wahlen, und das ist sicherlich mit ein Grund, warum auf einmal diese Landesgesellschaften so interessant werden. Dieser Niogas-Bock, der schon einmal als Wahlschlager gedient und den man damals ziemlich verhungert als Wahlmaskottchen an der Leine geführt hat, ist inzwischen stark geworden. Die Niogas kann man nicht mehr in dieser Form angreifen oder verhöhnen, wie das am 1. Mai des Jahres 1956 durch das höhnische Gelächter der sozialistischen Prominenz auf der Ehrentribüne geschehen ist. Wohl aber spricht man nun Verdächtigungen und Beschuldigungen aus. Dazu muß in diesem Hohen Haus einmal klar und deutlich gesagt werden, daß der gesamte Kampf der sozialistischen Fraktion dieses Hauses in der Angelegenheit der Landesgesellschaften in Wirklichkeit gegen Niederösterreich ging, und das allem Anschein nach nur deswegen, weil dieses Niederösterreich eine ÖVP-Mehrheit hat und diese ÖVP-Mehrheit die besseren Ideen, ein besseres Konzept hatte und von ihr auch die besseren Taten gesetzt wurden.

Erinnern Sie sich zurück an die Errichtung der Kamptalkraftwerke; ich habe das vorhin nur ganz kurz angeschnitten. Als 1949 der damalige Landeshauptmann Steinböck den ersten Spatenstich vornahm — es war das noch tief in der russischen Besatzungszeit — und Niederösterreich ohne fremde Geldhilfe an dieses große Werk herantrat, was ist damals geschehen? Wenn Sie in den Stenographischen Protokollen dieses Hauses nachblättern oder die Berichte der „Arbeiter-Zeitung“ aus der damaligen Zeit nachlesen, werden Sie feststellen, daß die Sozialisten allen Ernstes behaupteten, man würde mit der Gießkanne das Wasser in die Staubecken tragen müssen. Und die an sich nicht unbegabten Karikaturisten der „Arbeiter-Zeitung“ haben das mit sehr „schönen“ Ausführungen unterstrichen. Ja, man hat damals auch Klage erhoben und gemeint, wenn dieses Objekt durchgeführt wird, dann bedeute das für die Bauern des Kamptales eine große Gefahr, denn dann würden die Felder nicht mehr mit dem wertvollen Schlamm überzogen und dadurch wäre die Ernte unserer Waldviertler Bauern ernsthaft bedroht. Bei der Eröffnung des Werkes Dabra-Krumau im Sommer 1953 haben die Sozialisten dann auch gefehlt. Aber nicht gefehlt hat die Bevölkerung dieses Gebietes, die nun endlich frei war von der Angst vor dem Hochwasser und die sah, daß mit diesem neuen Werk ihre Heimat auch ein wenig mehr Anteil am Fortschritt und einen Anschluß an die neue Zeit gefunden hat. Diese Werke lieferten jedoch nicht nur Strom, sondern sie brachten auch eine Reihe von Fremden in dieses stiefmütterlich behandelte Niederösterreich; dieses Gebiet ist heute fremdenverkehrsmäßig weitesten Kreisen aus der Großstadt erschlossen.

Steinböck, der für diese Kamptalkraftwerke den Grundstein legte, war es auch, der den ersten Spatenstich bei der Südstadt vornahm. Damals waren die Sozialisten bereits dabei, denn sie erkannten, ein dauerndes Fernbleiben würde nicht sehr gut sein.

Mit der Verlegung der Generaldirektionen dieser beiden Betriebe nach Niederösterreich wurde diesem Land ein großer Dienst erwiesen. Heute steht gerade dieses Objekt im Mittelpunkt des Angriffes. Man kritisiert den Wohnungsbau, man behauptet Steuerhinterziehungen. Darauf werden Freunde von mir noch eingehend und konkret zu sprechen kommen. Ich darf nur eine Feststellung zur Südstadt machen: Dort waren einmal richtige Gsetten, und aus diesen Gsetten ist eine neue Stadt entstanden, in der zahlreiche junge Familien — wir reden ja so viel von

Familienpolitik — ein eigenes Heim, eine Wohnung gefunden haben. Es waren namhafte Architekten und auch Raumplaner, die diese Südstadt als Vorbild bezeichnet haben, und zwar nicht nur innerhalb Österreichs, sondern auch über unsere Grenzen hinaus. Aber ich glaube, daß es gar nicht so wichtig ist, daß wir von diesen Leuten ein solches Lob erhalten haben. Mir erscheint viel wichtiger, daß die Menschen, die dort arbeiten und wohnen, fühlen, daß diese Wohnungen in der Südstadt ein kleines Stückchen Eigentum für sie allein darstellen. Diese Menschen wissen auch, wem sie das zu verdanken haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der letzten Zeit — und damit komme ich langsam zum Schluß — haben wir feststellen müssen, daß der sozialistische Justizminister eine sehr strenge Zensur eingeführt hat. Aber eines ist dabei gut: Eine Zensur in diesem Haus gibt es nicht, und es kann das, was hier gesprochen wird, auch nicht vom Herrn Justizminister Dr. Broda zensuriert oder beschlagnahmt werden. (Ruf bei der SPÖ: Auch nicht vom Bundeskanzler!) Man hat in den letzten Wochen eine Zeitung beschlagnahmt, in der gestanden ist: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht; wer zweimal lügt, dem traut man nicht, und wer dreimal lügt, Herr Pittermann, den wählt man nicht!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erinnern wir uns noch einmal schlagwortartig daran, daß uns vor 13 Jahren am Kamp die Sozialisten verleugnet haben, und vor zehn Jahren am Ring, da haben sie uns mit dem Niogas-Bock verhöhnt. Heute, vor der entscheidungsvollen Wahl des Jahres 1966, da wollen sie uns mit der Südstadt verleumdern. Jede Tat, die nicht von ihnen stammt, die wollen sie zur Untat (stempeln). Es gibt noch immer Abgeordnete in diesem Hause, die meinen, daß das gut ist, und die das sogar vertreten. Wir sind in Niederösterreich schon einiges an roter Bremstaktik gewohnt, aber man muß sich in diesem Zusammenhang ernstlich die Frage stellen, ob das überhaupt noch von einem freigewählten Politiker verantwortet werden kann, was in den letzten Wochen hier in diesem Lande geschehen ist. Lügen haben aber, das sagt ein altes Sprichwort, kurze Beine. Schmutz und Kot landen meistens im Koloniakübel, aber unsere Landesgesellschaften, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Leistungen unserer großen Niederösterreicher, sie werden bestehen bleiben und noch vielen Generationen vom Aufbauwillen Niederösterreichs Zeugnis geben, vom Aufbauwillen Niederösterreichs

unter der Volkspartei.

PRÄSIDENT  
Herr Staatssekretär

Abg. Staatssekretär! Hohe Präsident Reiter unserem Ansuchen sich zu diesem Antrag, gestatte ich, daß ich zu seiner Rede in diesem Landtag, in dem vom Herrschlag des E. Vizekanzler von seiten der bezichtigten Lesern Sie die Rede, daß Sie das Herren. Ich s eines Landtags Körperschaft Wort, kein C uns nur wu Kenntnis, daß die Mehrheit

Der zweite von der Gesellschafter gesprochen w Behandlung heute noch in der Schicht eingebracht. Der Antrag würd sonst als An fürchten mü einen Ruf zu sich nur ein l er zu allem dem, was zur und das ist i sagen möchte sprochen und Werkes und gewiesen und standen ist, war, weil aus fen wurde. I mir erlauben gen darauf h Meinung sind das Recht geit beteiligt zu we nicht nur eine schließlich dar

Zum Schluß neten Reiter Abg. Marsch debatte vorle Reiter hier se

igenes Heim, eine  
n. Es waren nam-  
ch Raumplaner, die  
d bezeichnet haben,  
erhalb Österreichs,  
re Grenzen hinaus.  
gar nicht so wichtig  
Leuten ein solches  
erscheint viel wich-  
, die dort arbeiten  
3 diese Wohnungen  
es Stückchen Eigen-  
len. Diese Menschen  
das zu verdanken

Damen und Herren!  
d damit komme ich  
haben wir feststel-  
ozialistische Justiz-  
e Zensur eingeführt  
gut: Eine Zensur in  
t, und es kann das,  
rd, auch nicht vom  
r. Broda zensuriert  
rden. (*Ruf bei der  
Bundeskanzler!*) Man  
en eine Zeitung be-  
anden ist: Wer ein-  
an nicht; wer zwei-  
nicht, und wer drei-  
nn, den wählt man

Damen und Herren,  
einmal schlagwort-  
13 Jahren am Kamp  
iet haben, und vor  
a haben sie uns mit  
hnt. Heute, vor der  
al des Jahres 1966,  
r Südstadt verleum-  
; von ihnen stammt,  
at stempeln. Es gibt  
te in diesem Hause,  
ist, und die das sogar  
iederösterreich schon  
aktiv gewohnt, aber  
sem Zusammenhang  
en, ob das überhaupt  
ähnten Politiker ver-  
, was in den letzten  
Landes geschehen ist.  
sagt ein altes Sprich-  
iutz und Kot landen  
el, aber unsere Lan-  
ie sehr verehrten  
Leistungen unserer  
er, sie werden be-  
vielen Generationen  
erösterreichs Zeugnis  
len Niederösterreichs

unter der Führung der Österreichischen  
Volkspartei. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort gelangt  
Herr Staatssekretär R ö s c h.

Abg. Staatssekretär RÖSCH: Herr Prä-  
sident! Hohes Haus! Nachdem der Herr Prä-  
sident Reiter zwar kein einziges Wort zu  
unserem Antrag gesprochen hat, obwohl er  
sich zu diesem Antrag zum Wort gemeldet  
hat, gestatten Sie mir einige Bemerkungen  
zu seiner Rede. Zuerst einmal ein Erstaunen.  
Ich glaube, es ist das das einzige Parlament  
in (diesem Lande, in dem ein Abgeordneter  
den vom Herrn Bundespräsidenten über Vor-  
schlag des Herrn Bundeskanzlers bestellten  
Vizekanzler ohne ein Wort des Ermahnens  
von seiten des Herrn Präsidenten der Lüge  
bezeichnen kann. (*Abg. Dipl.-Ing. Robl:  
Lesen Sie die „Arbeiter-Zeitung“!*) Ich weiß,  
daß Sie damit einverstanden sind, meine  
Herren. Ich sage, es ist das einzige Parlament  
eines Landes, die einzige gesetzgebende  
Körperschaft, in dem das möglich ist. Kein  
Wort, kein Ordnungsruf, nichts. Wir können  
uns nur wundern, aber wir nehmen zur  
Kenntnis, daß das dort Methode ist, wo Sie  
die Mehrheit haben.

Der zweite Punkt wäre, daß hier sehr viel  
von der Geschichte der Landesgesellschaften  
gesprochen wurde. Vielleicht werden wir bei  
Behandlung der anderen Anträge, die wir  
heute noch vor uns haben, auf diese Ge-  
schichte eingehen. Zu dem vor uns liegenden  
Antrag würde ich es nicht wagen, weil ich  
sonst als Angehöriger der Minderheit be-  
fürchten müßte, vom Herrn Präsidenten  
einen Ruf zur Sache zu bekommen. Das kann  
sich nur ein Herr Ihrer {Parteierlauben, daß  
er zu allem anderen spricht, nur nicht zu  
dem, was zur Debatte steht. Es wurde hier —  
und das ist das einzige, was ich noch dazu  
sagen möchte — von der Südstadt usw. ge-  
sprochen und dabei auf die Leistungen eines  
Werkes und der Landesgesellschaften hin-  
gewiesen und gesagt, daß das, was dort ent-  
standen ist, eben eine wirkliche Leistung  
war, weil aus einer Gsetten so viel geschaf-  
fen wurde. Das ist unbestritten. Ich werde  
mir erlauben, im Laufe meiner Ausführun-  
gen darauf hinzuweisen, daß wir aber der  
Meinung sind, daß auch andere Landesteile  
das Recht gehabt hätten, mit diesen Geldern  
beteiligt zu werden, und nicht nur ein Teil,  
nicht nur eine Bevölkerungsgruppe; und aus-  
schließlich darum geht es.

Zum Schluß der Rede des Herrn Abgeord-  
neten Reiter möchte ich noch die Worte des  
Abg. Marsch während der letzten Budget-  
debatte vorlesen, da der Herr Präsident  
Reiter hier sagte, der Herr Abg. Marsch hat

das Wärmekraftwerk Peisching in Grund  
und Boden verdammt. Die Verdammung hat  
folgendermaßen gelautet: „In diesem Zusam-  
menhang möchte ich feststellen, daß das  
Kraftwerk Peisching, das auf Dreistufen-  
basis arbeitet, das heißt mit drei verschiede-  
nen Materialien, und zwar Gas, Öl und  
Kohle zur Stromerzeugung gespeist werden  
kann, eine sehr anerkennenswerte Leistung  
erreicht hat.“ Mehr hat der Abg. Marsch bei  
der Budgetdebatte zu diesem Kraftwerk  
überhaupt nicht gesagt. Ich muß sagen, jetzt  
zu erklären, er habe mit diesen Worten das  
Werk in Grund und Boden verdammt, ist  
Ihre eigene Sache. (*Dritter Präsident Reiter:  
Wir haben leider noch nicht die „Stenogra-  
phischen Protokolle“. Wenn wir sie haben,  
werden wir mehr sagen.*) Ich bedaure es, daß  
der Dritte Präsident noch immer nicht über  
die „Stenographischen Protokolle“ verfügt,  
die mit seiner Stimme hier bereits genehmigt  
wurden. Aber bitte, das ist eben auch eine  
Eigenart. (*Dritter Präsident Reiter: Seit  
wann müssen „Stenographische Protokolle“  
vom Landtag genehmigt werden?*) Jawohl,  
bei jeder Sitzung liegt das Protokoll auf, und  
das sind diese Protokolle, die werden hier  
genehmigt. Wenn Sie sagen, Sie kennen sie  
nicht, das ist Ihre eigene Angelegenheit.  
(*Dritter Präsident Reiter: Das Protokoll, aber  
nicht das „Stenographische Protokoll“!*)

Nun aber zu unserem Antrag selbst, meine  
Damen und Herren. Der Antrag betrifft also  
die Vorlage einer Liste jener Wohnbauför-  
derungswerber, die Wohnbauförderungsdar-  
lehen aus dem bei der Continental Bank AG.  
bestehenden Konto „Land Niederösterreich —  
Wohnbauförderung der Niogas und Newag“  
erhalten haben. Es wurde schon einleitend  
gemeint, na ja, das ist sehr eigenartig, daß  
das ausgerechnet jetzt, wenige Tage vor den  
Wahlen, daherkommt. Ich möchte mich dem  
sogar anschließen. Auch wir finden es eigen-  
artig. Nur sind nicht wir es, die das jetzt in  
dieser Zeit zur Sprache gebracht haben.  
(*Zwischenruf bei der ÖVP: Wer denn  
anders?*) Das will ich Ihnen sagen. Sie sind  
so aufgeregt, daß Sie sofort schreien müssen.  
(*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich hoffe nicht, daß  
es das schlechte Gewissen ist, das Sie zu einer  
solchen Unruhe treibt. Am 14. Februar d. J.  
hat der Herr Generaldirektor der Newag und  
Präsident der Niogas bei einer Besprechung,  
an der eine Reihe von Herren des Landes  
teilgenommen haben, zur Frage gesprochen,  
ob auch die Niogas vom Rechnungshof ge-  
prüft werden soll, ja oder nein. Herr  
Generaldirektor Müllner hat bei dieser Be-  
sprechung mitgeteilt, daß, wenn die Niogas  
vom Rechnungshof jetzt überprüft wird, es



notwendig ist, daß eine Transaktion, die in den letzten Jahren durchgeführt wurde, sanktioniert wird. Er hat damals mitgeteilt, was in der Zwischenzeit durch die Zeitungen bekannt wurde, daß auf Grund dieses Vertrages zwischen Niogas und ÖMV die Niogas das Gas um 14 Groschen im Ausmaß von 400.000.000 Kubikmeter bezieht. Das ist nicht ganz so im Vertrag drinnen, kommt aber praktisch auf das heraus. Es sind 200.000.000 kostenlos und 200.000.000 voll, also gemischt ergibt das 14 Groschen, und daß aus diesem Vertrag durch diese 14 Groschen auf Grund einer seinerzeitigen Vereinbarung zwischen Niogas und dem Land Niederösterreich Gelder einer Wohnbauförderung zugeflossen sind. Diese Gelder wurden auf ein Konto bei der Continentalen Bank eingelegt. Nunmehr sollen die Rückflüsse dieses Kontos dem Lande zukommen. Dazu bedarf es aber eines Beschlusses der Landesregierung, und einer der Gesprächsteilnehmer hat dann gemeint, nicht nur das, sondern dazu bedürfe es auch eines Landtagsbeschlusses. Er war dies Herr Landesfinanzreferent Resch. Bei dieser Gelegenheit hat aber der Generaldirektor Müllner auch gleichzeitig mitgeteilt, daß die Niogas, falls diese Beschlüsse nicht gefaßt würden, beim Finanzministerium sofort eine Nachtragsbilanz einreichen müsse, um Steuern im Betrage von 280.000.000 S nachzuzahlen. Das war die Feststellung des Herrn Generaldirektors Müllner in dieser Besprechung. Wenn heute erklärt wird, daß dies nicht richtig sei, dann müssen wir uns fragen, weshalb wohl der Herr Generaldirektor Müllner gerade am 14. Februar diese Erklärung abgegeben und nicht bis zum 7. oder 8. März gewartet hat. Er wird sicherlich einen Grund dafür gehabt haben.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist ein unbilliges Verlangen, der sozialistischen Fraktion zuzumuten, daß sie, nachdem sie am 14. Februar diese Mitteilungen bekommen hat, so tun soll, als ob sie nichts gehört hätte. Es erhebt sich nun die Frage: Was ist eigentlich geschehen, und wie ist das alles zustande gekommen? Wie heute schon darauf hingewiesen wurde, heißt es im § 3 Ziffer 3 des zwischen der ÖMV und der Niogas abgeschlossenen Vertrages: „Für die im nächsten Absatz bezeichnete Anlaufzeit“ — das ist vom 1. Juni 1957 bis 31. Mai 1967 — „wird der Niogas von der ÖMV mit Rücksicht auf die mit dem notwendigen raschen Aufbau eines leistungsfähigen Verteilungsapparates verbundenen Schwierigkeiten ein Einführungsrabatt gewährt, der gemäß den nachfolgenden Absätzen zu errechnen ist.“ Die Berechnung ist in einem späteren Antrag

der Österreichischen Volkspartei sogar im Detail angeführt. Dieser Rabatt wurde der Niogas also mit Rücksicht auf die mit dem notwendigen raschen Aufbau eines leistungsfähigen Verteilungsapparates verbundenen Schwierigkeiten gewährt. Das war damals auch allgemein bekannt, und der Vertrag wurde in allen Zeitungen publiziert. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Unbekannt blieben die späteren Geschehnisse. Es fand nämlich zwischen einzelnen Herren, die alle der Mehrheitspartei dieses Hauses angehören, ein Schriftwechsel statt, worin klargestellt wurde, daß der in Frage stehende Betrag kein Einführungsrabatt sei, sondern offensichtlich — ich betone wieder, daß wir es bis heute noch nicht wissen — ein Teil der Kaufsumme für die Ablöse der der Niogas beziehungsweise dem Land Niederösterreich gehörenden Konzessionen. Auch der Herr Präsident Reiter hat in seiner Rede diesen Sachverhalt so dargestellt. Aus dem Vertrag geht darüber nichts hervor. Darin steht lediglich, daß 100.000.000 S als Kaufpreis gegeben werden und darüber hinaus ein zweckgebundener Rabatt gewährt wird.

Am 14. Februar erklärte der Herr Generaldirektor Müllner, diesen Rabatt für Wohnbauzwecke verwendet zu haben. Die konkrete Frage, auf Grund welcher Ermächtigung dies geschehen sei, beantwortete er damit, daß ein Schriftwechsel zwischen dem Vorstand der Niogas und der Landesregierung stattgefunden habe. Und hier müssen wir abermals feststellen: Einen Schriftverkehr zwischen der Landesregierung und dem Vorstand der Niogas gibt es nicht. Es gibt nur einen solchen zwischen dem Generaldirektor der Niogas — ein zweiter Herr, dessen Unterschrift unleserlich ist, hat mitunterschieden, und es ist momentan gar nicht feststellbar, wer dieser zweite Herr war — und dem verstorbenen Landeshauptmann Steinböck mit der Gegenzeichnung des damaligen Landeshauptmannstellvertreters Müllner.

Am 17. Februar haben wir eine Pressekonferenz abgehalten, zu der dankenswerterweise auch der Herr Generaldirektor Müllner erschienen ist. Er erklärte dort, nach der damaligen Geschäftsordnung der Landesregierung zu dieser Verfügung berechtigt gewesen zu sein. Wie lautete denn die damalige Geschäftsordnung der Landesregierung? In der Zwischenzeit ist der betreffende Paragraph aufgehoben worden, was aber nicht maßgeblich ist, denn man beruft sich ausdrücklich auf die damalige Geschäftsordnung. Diese besagt: „Die Landesregierung verhandelt und beschließt in kollegialen Beratungen unter dem Vorsitz und der Leitung des Landes-

hauptmannes  
rung bestimi  
reters. Min  
können jedo  
regierung b  
schäftsganges  
digen Mitgli  
ledigt werde  
minder wich  
seinerzeitiger  
daß es sich  
und zwar zu  
man auf dem  
sei eine minc  
die der Heri  
Landeshaupt  
konnten, so  
leider nicht t  
wenn man k  
sagt, das sei  
heit, ja, wo  
zwischen mi  
voll? Diese 1  
fügt wurde,  
Teil des La  
glaube, 1.2  
1.500.000.000  
sich auf den  
damals getro  
Landes gewe  
die Niogas h  
bauförderung  
Schreiben st  
diese Beträg  
Land zur Ve  
ten und Arb  
der Südstadt

Meine sehr  
Das Land Ni  
nur aus den  
der Newag u  
lionen ander  
außer acht g  
einer solcher  
hinweggegan  
schön, das is  
ohnehin keir  
abtun will, i  
Merkwürdig  
rende Mitteil  
daß er, weni  
lichen Besch  
penschaftsteu  
keit bekannt  
wurde, daß d  
heit entspre  
bezahlen müs

Hohes Hai  
alles nicht w  
direktor Müll

artei sogar im  
batt wurde der  
uf die mit dem  
eines leistungs-  
as verbundenen  
as war damals  
nd der Vertrag  
oliziert. Darüber  
chiedenheit. Un-  
en Geschehnisse.  
nzelnen Herren,  
i dieses Hauses  
sel statt, worin  
i Frage stehende  
hatt sei, sondern  
wieder, daß wir  
n — ein Teil der  
der der Niogas  
Niederösterreich  
Auch der Herr  
ner Rede diesen  
Aus dem Vertrag  
Darin steht ledig-  
aufpreis gegeben  
ein zweckgebun-

er Herr General-  
abatt für Wohn-  
haben. Die kon-  
welcher Ermäch-  
beantwortete er  
sel zwischen dem  
der Landesregie-  
Und hier müssen  
Einen Schriftver-  
gierung und dem  
nicht. Es gibt nur  
Generaldirektor  
err, dessen Unter-  
nitunterschieden,  
nicht feststellbar,  
— und dem ver-  
in Steinböck mit  
amaligen Landes-  
Müllner.

wir eine Presse-  
er dankenswerter-  
aldirektor Müllner  
dort, nach der da-  
der Landesregie-  
berechtigt gewesen  
die damalige Ge-  
sregierung? In der  
effende Paragraph  
ber nicht maßgeb-  
sich ausdrücklich  
ordnung. Diese be-  
ig verhandelt und  
Beratungen unter  
itung des Landes-

hauptmannes oder des von der Landesregie-  
rung bestimmten Landeshauptmannstellver-  
treters. Minder wichtige Angelegenheiten  
können jedoch über Beschluß der Landes-  
regierung behufs Vereinfachung des Ge-  
schäftsganges unter der Haftung des zustän-  
digen Mitgliedes der Landesregierung er-  
ledigt werden.. ." Es heißt also ausdrücklich  
minder wichtige Angelegenheiten. Aus dem  
seinerzeitigen Schriftverkehr geht hervor,  
daß es sich um 110,000.000 S gehandelt hat,  
und zwar zum damaligen Zeitpunkt. Wenn  
man auf dem Standpunkt steht, dieser Betrag  
sei eine minder wichtige Angelegenheit, über  
die der Herr Finanzreferent und der Herr  
Landeshauptmann gemeinsam verfügen  
konnten, so ist das eine Auffassung, die wir  
leider nicht teilen können. Denn, Hohes Haus,  
wenn man bei Beträgen von 110,000.000 S  
sagt, das sei eine minder wichtige Angelegen-  
heit, ja, wo ist dann eigentlich die Grenze  
zwischen minder wichtig und bedeutungs-  
voll? Diese 110,000.000 S, über die allein ver-  
fügt wurde, bildeten einen sehr wesentlichen  
Teil des Landesbudgets, das damals, ich  
glaube, 1.200,000.000, 1.300,000.000 oder  
1.500,000.000 S ausgemacht hat. Man könnte  
sich auf den Standpunkt stellen, daß diese  
damals getroffene Verfügung zum Nutzen des  
Landes gewesen sei, denn es wurde gesagt,  
die Niogas habe diese Mittel für die Wohn-  
aufförderung auf ein Konto gelegt. In dem  
Schreiben steht aber auch, daß die Niogas  
diese Beträge nur unter der Bedingung dem  
Land zur Verfügung stellt, daß die Angestell-  
ten und Arbeiter der Newag und Niogas in  
der Südstadt Wohnungen bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Das Land Niederösterreich besteht doch nicht  
nur aus den Angestellten und Bediensteten  
der Newag und Niogas. Es gibt noch 1,3 Mil-  
lionen anderer Niederösterreicher, die ganz  
außer acht gelassen werden. Daß man mit  
einer solchen Leichtigkeit über diese Dinge  
hinweggegangen ist und mit der Bemerkung,  
schön, das ist einmal passiert, das Land hat  
ohnehin keinen Schaden erlitten, die Sache  
abtun will, ist es, was uns so verblüfft. Das  
Merkwürdigste war, daß, als wir die alarmie-  
rende Mitteilung des Herrn Generaldirektors,  
daß er, wenn das Land nicht den erforder-  
lichen Beschluß fasse, 280,000.000 S an Kör-  
perschaftsteuer zahlen müsse, der Öffentlich-  
keit bekanntgegeben haben, sofort erklärt  
wurde, daß diese Behauptung nicht der Wahr-  
heit entspreche und man gar keine Steuer  
bezahlen müsse.

Hohes Haus! Jetzt eine Frage: Wenn das  
alles nicht wahr ist, warum hat es General-  
direktor Müllner am 14. Februar behauptet?

Wollte er jemanden täuschen oder überrum-  
peln? Es hat ihn niemand dazu veranlaßt oder  
gezwungen, und es hat ihn kein Mensch dar-  
nach gefragt. Er ist von selbst gekommen und  
hat mitgeteilt, daß er zahlen müsse, und hat  
gebeten, ihm durch nachträgliche Beschluß-  
fassung aus dieser Sache herauszuhelfen.  
Dann wurde erklärt, daß das nicht wahr sei.  
Der Herr Präsident Reiter hat in seiner heu-  
tigen Rede von Lüge gesprochen. Bitte, ent-  
scheiden Sie selbst, wer gelogen hat. (*Dritter  
Präsident Reiter: Das wird sich heute noch  
herausstellen!*) Am 17. Februar haben wir  
eine Pressekonferenz, es war eigentlich nur  
eine Presseinformation, abgehalten, bei der  
der erschienene Generaldirektor Müllner er-  
klärt hat, er möchte dort Rede und Antwort  
stehen. Er sagt, daß die zur Debatte stehen-  
den Behauptungen nicht richtig seien, da er  
schon in den Jahren 1960 und 1961 mit dem  
Finanzministerium vereinbart habe, daß die  
betreffenden Beträge nicht zu versteuern  
seien, sondern nur Durchlauferposten sind,  
die in Wirklichkeit dem Land Niederöster-  
reich für Zwecke der Wohnaufförderung ge-  
hören. Wir halben ihn auch in der Presse-  
konferenz etwa drei- oder viermal gefragt:  
„Herr Generaldirektor, warum haben Sie am  
14. Februar erklärt, daß es sich um eine  
Steuerschuld handle?“ Die einzige Antwort  
war die Gegenfrage des Herrn Generaldirek-  
tors: „Habe ich das Ihnen gesagt?“ Das ist  
doch keine Antwort! Wem er das erklärt hat,  
spielt keine Rolle. Wichtig ist die Tatsache,  
daß er es gesagt hat. Auffallend ist nur, daß  
als einzige Antwort nur die Frage kam: „Habe  
ich das Ihnen gesagt?“

Aber jetzt, sehr verehrte Damen und Her-  
ren, wird die ganze Sache noch viel mysti-  
scher. Es wurde ein Briefwechsel zwischen  
dem Finanzministerium und der Niogas oder  
dem Land — ich weiß nicht, zwischen wem —  
abgewickelt. Und in diesem Schriftwechsel  
wird festgelegt: Es handelt sich nicht um ver-  
steuerbare Gelder, sondern um Gelder des  
Landes Niederösterreich. Da tritt doch jetzt  
unbedingt für den Landtag die zweite Frage  
auf: Wo sind diese Gelder jemals in einem  
Voranschlag oder Rechnungsabschluß des  
Landes Niederösterreich aufgeschienen? Wo  
sind die? Es gibt einen ganzen Stoß von Rech-  
nungsabschlüssen. Keine Ziffer ist darüber  
drin — nichts, überhaupt nichts! Man kann  
blättern, soviel man will, in den rund  
4000 Seiten der in Frage kommenden Jahre  
ist nichts drinnen.

Auch auf diese Frage, die bei der Presse-  
konferenz wiederholt gestellt wurde, hatte  
der Herr Generaldirektor Müllner zum  
Schluß eine Antwort, nämlich: Gedulden Sie

sich, es wird schon noch hineinkommen! Aber, Hohes Haus, was ist das für eine Geschäftsgebarung? Acht Jahre lang wird mit einem Geld gewirtschaftet, das einem anscheinend nicht gehört, sondern dem Land Niederösterreich. Und wenn nun in einer öffentlichen Diskussion gefragt wird: Wo ist denn das, Herr Generaldirektor?, dann sagt er: Das wird schon noch hineinkommen!

Jetzt kommt aber noch die zweite Frage dazu: Kann das Finanzministerium so etwas tun? Bitte, vielleicht kann es das. Es gibt doch Gesetze. Es gibt ein Körperschaftsgesetz, das genau sagt, wann etwas zu versteuern und wann etwas nicht zu versteuern ist. Bei der Pressekonferenz am 17. Jänner wurde von einem Parteipressedienstleiter erklärt: „Das Finanzministerium hat heute bereits die Darstellung hinausgegeben, wie es sich um die Sache verhält.“ Ich stelle fest: Bis zum heutigen Tag haben wir noch keine Darstellung vom Finanzministerium gesehen. Das war eine Überrumpelung der dort anwesenden Pressevertreter, die man damit anscheinend irgendwie einschläfern wollte. Denn bis heute ist noch keine amtliche Feststellung ergangen. Wohl wurde in einigen Parteiversammlungsreden anlässlich der Wahl ein Erlaß zitiert usw., aber das ist keine amtliche Feststellung des Finanzministeriums.

Interessant ist auch noch der Umstand, daß der Herr Generaldirektor Müllner bei der Besprechung am 14. Februar erklärte, daß dieser Briefwechsel vom Herrn Sektionschef Dr. Penz unterzeichnet ist, und jetzt erklärt wird, er sei vom Herrn Sektionschef Doktor Heilingsetzer unterzeichnet. Mit den Unterschriften kennt man sich scheinbar auch nicht mehr aus, wer was unterzeichnet hat und mit wem das geschehen ist. (*Abg. Stangler: Oder Sie mit der Zeit!*)

Was ist also hier geschehen? Es kommen, wie sich heute zeigt, immer wieder neue Behauptungen. Es geht darum, meine Damen und Herren, und um gar nichts anderes, daß wir vor der Tatsache stehen, daß jahrelang eine Gestion geübt wurde, die offensichtlich — ich sage: offensichtlich — nicht mit den rechtsstaatlichen Prinzipien in Einklang steht.

Nebenbei (bemerkt ist das nicht nur unser Eindruck. Ich habe hier eine Zeitung, von der man bei Gott nicht behaupten kann, daß sie uns auch nur ein bißchen freundlich gegenübersteht. Es ist der „Tiroler Volksbote“ vom 26. Februar 1966, also die jüngste Ausgabe dieser Zeitung, die mit einem Berichtstatter bei unserer Pressekonferenz am 17. Jänner offensichtlich anwesend war und der hier schreibt:

„Aufklärungsbedürftig sind demnach vor allem zwei Punkte:

Warum wurde der Bau der Südstadt nicht offiziell vom Landtag, sondern nur in einem Briefwechsel zwischen zwei Landesfunktionsären beschlossen?

Warum wurden die Wohnungen beziehungsweise Baudarleihen im Zusammenhang mit der Gartenstadt Süd nicht offiziell nach klar ersichtlichen Richtlinien und mit der notwendigen Überparteilichkeit vergeben?“

Selbst dem „Tiroler Volksboten“ fällt es auf, daß bei dieser Darstellung des Herrn Generaldirektors Müllner das herausgekommen ist, denn das ist ja schon die Antwort auf diese Pressekonferenz. Und der „Tiroler Volksbote“ fährt fort:

„Was die formalgesetzlich ungedeckte Verwendung von 420.000.000 S durch die Niogas anlangt, so ist festzuhalten, daß dieses Vorgehen zweifellos unkorrekt und mit rechtsstaatlich-demokratischen Grundsätzen unvereinbar ist.“

Ich habe bewußt mit den Worten des „Tiroler Volksboten“ gesprochen. Ich will nämlich nicht in den Ton des Herrn Präsidenten Reiter verfallen, daß man alle zwei Minuten von „Lüge“, „Verleumdung“ usw. spricht. Das ist anscheinend Ihr Ton. Also lassen wir es so! (*Abg. Stangler: Sie sind nicht wiederzuerkennen, Herr Staatssekretär! Sie sind heute die reinste Unschuld vom Land! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich freue mich über Ihre humorvollen Zwischenrufe und daß Sie sich, so wie immer, zu einem möglichst niedrigen Ton bekennen. (*Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Das werden wir heute ja noch erleben. Ich bin überzeugt davon: wir wenden dieses Vokabular mit „Lüge“, „Verleumdung“, Beleidigung von Regierungsmitgliedern noch mehrfach vorgelegt bekommen, weil Sie es ja unter dem Schutz der Immunität tun können, meine Herren! Sie können ja hier schimpfen, ohne belangt zu werden, und das ist es, was Sie anscheinend wollen. Das haben wir bei Kollegen Laferl schon einige Male bemerkt: Zuerst draußen schimpfen, und dann hier nicht ausgeliefert werden! (*Abg. Cipin: Einen Staatssekretär kenne ich auch, der lügt noch viel mehr als vornehm! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Wenn Sie mich belangen, bin ich jederzeit bereit, vor einem Gericht Ihnen Rede und Auskunft zu stehen. Nur Sie haben es bis jetzt abgewiesen. Sie lehnen es ab. Sie schimpfen und sagen: Was kann mir passieren? Ich bin ein immuner Abgeordneter! — Sie schreiben dann in Ihren Zeitungen: Bravo, Laferl! Bravo, Landtag!, weil er so geschimpft

hat. Das ist nicht auf die habe ich das Ihrer Ihnen lesen.

Das, meine gesamte Inha also Gelder d nicht einmal nicht klar au sie stammen: ob aus ein Mensch weiß leicht noch — talen Bank g der vielleicht Gelder der I nämlich norm thekenanstalt kommt eine C Landeswohnt reich sozusag konto wird d bücherlichen Wohnbauförd ausgegeben förderung sie pro Fall vor. 420.000 S g einige Tage k konnten — 420.000.000 S nach den Gr förderung v rund 15.000 k können.

Alles das v macht, von die sich unte die untereina einander besj Organ — we Landes — we

Wir werde bereit sind, nämlich daß, Konto der L delte hat — „bauförderung das Konto — fügungsberec Landesregier Wenn es sich delte, dann so über verfüge tisch landesfr

Soviel wol sagen, denn a dran hängt, konkret über

und demnach vor  
 der Südstadt nicht  
 ern nur in einem  
 ei Landesfunktio-

Wohnungen be-  
 i im Zusammen-  
 Süd nicht offiziell  
 htlinien und mit  
 urteilichkeit ver-  
 ksboten“ fällt es  
 ellung des Herrn  
 das herausgekomi-  
 chon die Antwort  
 Und der „Tiroler

r ungedeckte Ver-  
 durch die Niogas  
 t, daß dieses Vor-  
 t und mit rechts-  
 rundsätzen unver-

den Worten des  
 orochen. Ich will  
 es Herrn Präsi-  
 an alle zwei Minu-  
 tung“ usw. spricht.  
 n. Also lassen wir  
 sind nicht *wieder-*  
 sekretär! Sie *sind*  
*ld vom Land!* —  
 h freue mich über  
 rufe und daß Sie  
 em möglichst nied-  
 ischenrufe. — Der  
*zeichen.*) Das wer-  
 ben. Ich bin über-  
 eses Vokabular mit  
 Beleidigung von  
 h mehrfach vorge-  
 es ja unter dem  
 in können, meine  
 er schimpfen, ohne  
 las ist es, was Sie  
 iaben wir bei Kol-  
 Male bemerkt: Zu-  
 nd dann hier nicht  
 bg. Cipin: Einen  
*uch,* der lügt noch  
 Heiterkeit bei der  
 ngen, bin ich jeder-  
 ericht Ihnen Rede  
 Nur Sie haben es  
 lehnen es ab. Sie  
 s kann mir passie-  
 Abgeordneter! —  
 n Zeitungen: Bravo,  
 eil er so geschimpft

hat. Das ist eine Methode. Aber ich wollte nicht auf diesen Ton herunter. Deswegen habe ich das, was unkorrekt ist, aus einer Ihrer Ihnen nahestehenden Zeitungen vorgelesen.

Das, meine Damen und Herren, ist jetzt der gesamte Inhalt unseres Antrages. Es wurden also Gelder der Niogas, deren Herkunft noch nicht einmal ganz klar ist — es wurde noch nicht klar ausgesprochen, aus welchem Titel sie stammen: ob aus einem Rabattgeschäft, ob aus einem Kaufpreisgeschehen, kein Mensch weiß nun momentan, woraus vielleicht noch — auf ein Konto der Continentalen Bank gelegt. Das ist auch ein Punkt, der vielleicht nicht uninteressant ist. Die Gelder der Landeswohnbauförderung liegen nämlich normalerweise bei der Landeshypothekenanstalt oder beim Land. Auf einmal kommt eine Continentale Bank daher, die die Landeswohnbauförderung in Niederösterreich sozusagen betreibt. Ober dieses Bankkonto wird dort verfügt. Wie man aus grundbücherlichen Eintragungen feststellt, sind Wohnbauförderungsbeträge von 420.000 S ausgegeben worden. Die Landeswohnbauförderung sieht einen Betrag von 30.000 S pro Fall vor. Hier wurden einzelnen Leuten 420.000 S gegeben. Das „Volksblatt“ hat einige Tage berichtet: 2000 Wohnungswerber konnten — man höre und staune — mit 420.000.000 S befriedigt werden. — Wenn man nach den Grundsätzen der Landeswohnbauförderung vorgegangen wäre, hätten wir rund 15.000 bis 16.000 damit zufriedenstellen können.

Alles das wird im Namen des Landes gemacht, von einigen wenigen Funktionären, die sich untereinander einen Brief schreiben, die untereinander verhandeln, die das untereinander besprechen, und keine Instanz, kein Organ — weder der Gesellschaften noch des Landes — weiß etwas davon.

Wir werden sehen, ob Sie nun wenigstens bereit sind, unserem Antrag zuzustimmen, nämlich daß, wenn es sich wirklich um ein Konto der Landeswohnbauförderung gehandelt hat — „Land Niederösterreich — Wohnbauförderung der Niogas und Newag“ heißt das Konto — wie wir beantragen, die Verfügungsberechtigung über dieses Konto der Landesregierung übertragen werden soll. Wenn es sich wirklich um solches Geld handelt, dann soll die Landesregierung auch darüber verfügen — und nicht Leute, die praktisch landesfremd sind.

Soviel wollte ich einmal zu diesem Antrag sagen, denn alles andere, was dann drum und dran hängt, hat ja jetzt mit diesem Antrag konkret überhaupt nichts zu tun. Alles, was

da weiter erzählt wurde, ist sicherlich für die Immunisierung der Schimpfworte sehr zweckmäßig gewesen, aber hat mit dem Antrag selbst nichts zu tun.

Ich ersuche Sie daher namens meiner Partei, auch dem zweiten Antrag — nicht einmal den Schimpfworten, denn die Schimpfworte haben Sie schon sanktioniert — nämlich dem Land Niederösterreich die Verfügungsberechtigung über das Geld zurückzugeben, das offensichtlich oder zumindest nach Behauptungen dem Land gehört, Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT WEISS: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

(Abstimmung über den *Dringlichkeitsantrag* der Abgeordneten Marsch, Anderl und Genossen, betreffend die Vorlage einer Liste der *Wohnbauförderungswerber*): **A n g e n o m m e n .**

Wir gelangen nunmehr zur Behandlung des zweiten Dringlichkeitsantrages, Zahl 166. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Marsch, welchem gemäß § 42 der Geschäftsordnung des Landtages die Aufgabe des Berichterstatters zufällt, um seinen Bericht.

Berichterstatter Abg. MARSCH: Hohes Haus! Zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Marsch, Anderl, Bieder, Binder, Birner, Blabolil, Dr. Brezovszky, Czidlik, Gerhartl, Graf, Grünzweig, Helm, Jirovetz, Kaiser, Körner, Kosler, Mondl, Niklas, Peyerl, Rohata, Rösch, Viktor Schneider, Sigmund, Thomschitz und Wiesmayr, betreffend die Übertragung des Verfügungsrechtes über das bei der Continentalen Bank AG. in Wien unter dem Titel „Land Niederösterreich — Wohnbauförderung der Niogas und Newag“ bestehende Konto an die Landesregierung, bringe ich folgenden Bericht.

Wie erst jetzt bekannt wurde, teilte in einem Schreiben vom 17. März 1961 an das Amt der niederösterreichischen Landesregierung zu Händen des damaligen Herrn Landeshauptmannstellvertreters Müllner die Niogas mit, daß sie ein Konto unter der Bezeichnung „Land Niederösterreich — Wohnbauförderung der Niogas und Newag“ bei der Continentalen Bank AG. in Wien errichtet und auf dieses Konto bis 31. Juli 1961 insgesamt 110.000.000 S für die Zwecke der Wohnbauförderung des Landes Niederösterreich überwiesen hat und damals beabsichtigte, auch in Zukunft weitere Beträge auf dieses Konto zu überweisen.

Bei der Pressekonferenz vom 17. Februar 1966 hat Generaldirektor Viktor Müllner mitgeteilt, daß es sich bei den auf dieses Konto eingezahlten Beträgen um Mittel

handelt, die der Wohnbauförderung des Landes Niederösterreich zufließen (sollen).

Ich darf noch auf folgendes hinweisen:

1. Der Verfügungsberechtigte oder die Verfügungsberechtigten über dieses Konto sind nicht bekannt.

2. Einen Landtagsbeschuß oder einen Beschuß des Aufsichtsrates der Niogas und der Newag oder einen Beschuß der Landesregierung über dieses Konto gibt es nicht.

3. Aufsichtsratspräsident der Conti-Bank ist Niogas-Direktor Kreitner, der auch einen Kredit für ein Wohnhaus in der Hinterbrühl in der Höhe von 425.000 S erhalten hat.

4. Dieses Konto ist auf einer Bank, der Conti-Bank, angelegt, deren allein zeichnungsberechtigtes Vorstandsmitglied und allein zeichnungsberechtigter Prokurist Viktor Müllner junior ist.

5. Einer der größten Eigenaktionäre der Conti-Bank ist Generaldirektor Viktor Müllner.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Niogas mit dem Ersuchen heranzutreten, das Verfügungsrecht über das bei der Continental Bank AG. in Wien unter dem Titel ‚Land Niederösterreich — Wohnbauförderung der Niogas und Newag‘ bestehende Konto unverzüglich der Landesregierung einzuräumen und diese zu ermächtigen, alle Auskünfte über die Kontobewegung seit Errichtung dieses Kontos beim vorgenannten Kreditinstitut einzuholen.

2. Die Landesregierung wird beauftragt, nach Vorliegen dieser Auskünfte diese dem Landtag ungesäumt zur Kenntnis zu bringen.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte darüber zu eröffnen.

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Marsch, Anderl und Genossen): A n g e n o m m e n.

Wir gelangen nunmehr zur Behandlung des dritten Dringlichkeitsantrages, Zahl 168.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Brunner, welchem gemäß § 42 der Geschäftsordnung des Landtages die Aufgabe des Berichterstatters zufällt, um seinen Bericht.

Berichterstatter Abg. BRUNNER: Hoher Landtag! Ich habe über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei Brunner, Reiter, Laferl, Ludwig, Buchinger, Rabl, Janzsa, Kienberger, Anzenberger, Dipl.-Ing. Robl, Weiß, Stangler, Schneider, Cipin, Keiblinger, Schlegl, betref-

fend Niogas, haushaltsmäßige Erfassung fälliger Rückflüsse, zu berichten.

Zwischen dem Bundesland Niederösterreich und der Österreichischen Mineralölverwaltungs-AG. (ÖMV) wurde am 12. Juni 1957 ein Vertrag abgeschlossen, wonach sich die ÖMV bereit erklärt hat, im Interesse der ratschen Entwicklung des Erdgasabsatzes an das Land Niederösterreich für den Ausbau eines Erdgasleitungsnetzes einen nicht rückzahlbaren Beitrag von 100.000.000 S zu leisten. Zur Sicherung dieses Zweckes, nämlich des raschen Ausbaues des Leitungsnetzes, hat das Bundesland Niederösterreich in einem Schreiben an die ÖMV vom 12. Juni 1957 sich verpflichtet, den genannten Betrag dem obigen Zweck in der Weise zuzuführen, daß es diesen zur Gänze zur Erhöhung des Aktienkapitals der Niogas zur Verfügung stellt. Im Zusammenhang damit hat der Landtag von Niederösterreich in seiner Sitzung am 20. Dezember 1957 beschlossen, den Abschluß des Vertrages mit der ÖMV vom 12. Juni 1957 sowie die Verpflichtungserklärung des Landes laut Schreiben an die ÖMV vom selben Tag genehmigend zur Kenntnis zu nehmen und die niederösterreichische Landesregierung zu ermächtigen, den von der ÖMV erhaltenen Betrag zur Erhöhung des Aktienkapitals der Niogas zur Verfügung zu stellen.

In einem ebenfalls vom 12. Juni 1957 herührenden Vertrag zwischen der ÖMV und der Niogas überließ die ÖMV die Belieferung der Verbraucher in Niederösterreich mit dem von ihr in Niederösterreich und Wien geförderten Erdgas ausschließlich der Niogas (Gaslieferungsvertrag). Im § 3 des Vertrags wird bestimmt, daß der Preis für das von der ÖMV an die Niogas gelieferte Erdgas je Nm<sup>3</sup> 50 Prozent des jeweiligen Preises für ein Kilogramm Heizöl schwer, mindestens jedoch 28 Groschen, beträgt. Für die Anlaufzeit, das ist die Zeit vom 1. Juni 1957 bis 31. Mai 1967, wurde der Niogas von der ÖMV mit Rücksicht auf die mit dem notwendigen raschen Aufbau eines leistungsfähigen Verteilungsapparates verbundenen Schwierigkeiten ein Einführungsrabatt gewährt, der wie folgt zu errechnen ist:

Alljährlich werden der in dem betreffenden Vertragsjahr verzeichnete Erdgasbezug der Niogas und die allfälligen Erdgaslieferungen der ÖMV über Leitungen der Niogas an Abnehmer in der Steiermark festgestellt. Die so ermittelten Mengen werden addiert und die Hälfte des sich ergebenden Gegenwertes, berechnet auf der Grundlage des für die Niogas geltenden Preises, von dem Kaufpreis abgezogen, der von der Niogas zu bezahlen wäre.

Dieser Rabatt ist jedoch beschränkt auf den

Gegenwert jährlich und Niogas in den zogenen Erdgas im November wurde von öffentlich und wieder daß die aus tierenden wi Niederösterreich weise Schachlichen Verlu reich zwisch darstellen so die niederö die General Sinne ein S verlangte di gasbezug de meter überst gewährten

30. Juni 19115.000.000 S reich zu über die jährliche Rabatte, sol dem Land üb

Über Int chischen La bene Bunde einem Schre den Herrn Dr. Eduard der Sinn abschlüsse w wirtschaftlich österreich zu teilweise Sch lichen Verlu Da damals Beurteilung Rabattes, de sollte, zu kanzler in um diesbezü gebeten. Die tens der ÖM Land weiter in dieser Le Gewinns auf des an die Ni vom Bunde Erlaß vom 1 festgestellt, ausschüttung Betriebsausg direktion für Burgenland l Finanzämter

mäßige Erfassung  
chten.

nd Niederösterreich  
I Mineralölverwal-  
am 12. Juni 1957 ein  
nach sich die ÖMV  
teresse der ratschen  
satzes an das Land  
Ausbau eines Erd-  
licht rückzahlbaren  
S zu leisten. Zur  
kes, nämlich des  
tungsnetzes, hat das  
ich in einem Schrei-  
Juni 1957 sich ver-  
Betrag dem obigen  
ühren, daß es diesen  
des Aktienkapitals  
g stellt. Im Zusam-  
andtag von Nieder-  
ng am 20. Dezem-  
Abschluß des Ver-  
12. Juni 1957 sowie  
ng des Landes laut  
vom selben Tag ge-  
zu nehmen und die  
desregierung zu er-  
ÖMV erhaltenen Be-  
Aktienkapitals der  
stellen.

n 12. Juni 1957 her-  
chen der ÖMV und  
ÖMV die Belieferung  
erösterreich mit dem  
ich und Wien geför-  
lich der Niogas (Gas-  
3 des Vertrags wird  
ür das von der ÖMV  
te Erdgas je Nm<sup>3</sup>  
gen Preises für ein  
r, mindestens jedoch  
r die Anlaufzeit, das  
1957 bis 31. Mai 1967,  
der ÖMV mit Rück-  
iotwendigen raschen  
ähigen Verteilungs-  
Schwierigkeiten ein  
hrt, der wie folgt zu

in dem betreffenden  
te Erdgasbezug der  
en Erdgaslieferungen  
n der Niogas an Ab-  
k festgestellt. Die so  
den addiert und die  
len Gegenwertes, be-  
ge des für die Niogas  
iem Kaufpreis abge-  
as zu bezahlen wäre.  
h beschränkt auf den

Gegenwert von 200 Millionen Nm<sup>3</sup> Erdgas  
jährlich und darf den Gegenwert des von der  
Niogas in dem betreffenden Vertragsjahr be-  
zogenen Erdgases nicht überschreiten. Sowohl  
im November 1955 als auch im Juni 1957  
wurde von den höchsten Stellen des Staates  
öffentlich und privat, schriftlich und münd-  
lich zu wiederholten Malen eindeutig betont,  
daß die aus den Vertragsabschlüssen resul-  
tierenden wirtschaftlichen Vorteile dem Land  
Niederösterreich zukommen und eine teil-  
weise Schadloshaltung für die wirtschaft-  
lichen Verluste, die des Land Niederöster-  
reich zwischen 1945 und 1955 erlitten hat,  
darstellen sollen. Daher hat am 29. Juli 1960  
die niederösterreichische Landesregierung an  
die Generaldirektion der Niogas in diesem  
Sinne ein Schreiben gerichtet. Gleichzeitig  
verlangte die Landesregierung, da der Erd-  
gasbezug der Niogas 400 Millionen Kubik-  
meter übersteigt, den bisher seitens der ÖMV  
gewährten Rabatt, der mit Stichtag  
30. Juni 1960 dem Vernehmen nach rund  
115.000.000 S beträgt, dem Land Niederöster-  
reich zu überweisen. Ebenso sollen in Zukunft  
die jährlich seitens der ÖMV gewährten  
Rabatte, solange sie vertragsmäßig zustehen,  
dem Land überwiesen werden.

Über Intervention der niederösterrei-  
chischen Landesregierung hat der verstor-  
bene Bundeskanzler Ing. Julius Raab in  
einem schreiben vom 16. Jänner 1961 an  
den Herrn Bundesminister für Finanzen,  
Dr. Eduard Heilingsetzer, bestätigt, daß es  
der Sinn der obenerwähnten Vertrags-  
abschlüsse war, die aus diesen resultierenden  
wirtschaftlichen Vorteile dem Land Nieder-  
österreich zukommen zu lassen, damit eine  
teilweise Schadloshaltung für die wirtschaft-  
lichen Verluste des Landes erfolgen kann.  
Da damals auch die Frage der steuerlichen  
Beurteilung des von der ÖMV gewährten  
Rabattes, der dem Land zugute kommen  
sollte, zu klären war, hat der Herr Bundes-  
kanzler in dem gegenständlichen Schreiben  
um diesbezügliche Prüfung des Sachverhaltes  
gebeten. Die Niogas war bereit, den ihr sei-  
tens der ÖMV zukommenden Rabatt an das  
Land weiterzuleiten, jedoch nur dann, wenn  
in dieser Leistung keine Ausschüttung eines  
Gewinns auf Grund der Beteiligung des Lan-  
des an die Niogas gesehen wird. Hierzu wurde  
vom Bundesministerium für Finanzen im  
Erlaß vom 14. Februar 1961, Zl. 12.930-9a/61,  
festgestellt, daß es sich um keine Gewinn-  
ausschüttung, sondern um eine abzugsfähige  
Betriebsausgabe handelt. Die Finanzlandes-  
direktion für Wien, Niederösterreich und  
Burgenland hat auf Grund dieses Erlasses die  
Finanzämter für Gebühren und Verkehrs-

steuern und für Körperschaften hiervon in  
Kenntnis gesetzt. Hierauf hat sich die Niogas  
mit Schreiben vom 17. März 1961 bereit  
erklärt, diese Rabatte an das Land Nieder-  
österreich weiterzuleiten, da die steuerliche  
Beurteilung dieser Leistung geklärt erscheint  
und feststeht, daß in dieser Leistung an das  
Land Niederösterreich keine Ausschüttung  
auf Grund der Beteiligung des Landes an der  
Niogas gesehen werden kann. Weil die Ver-  
legung der Landesgesellschaften nach Nieder-  
österreich im Gange war und ein enormer  
Bedarf an Wohnungen für Betriebsange-  
hörige bestanden hat, verpflichtete sich die  
Niogas, die ihr für die Zeit vom 1. Juli 1959  
bis 30. Juni 1961 gewährten Rabatte für  
Wohnbaurdarlehen, insbesondere an Dienst-  
nehmer der Newag und Niogas, die in Nieder-  
österreich siedeln wollen, zu verwenden. Die  
Rückflüsse aus den Wohnbaurdarlehen sollen  
unmittelbar dem Land zukommen.

Das Land Niederösterreich hat sich am  
20. März 1961 mit diesem Schreiben der  
Niogas vom 17. März 1961 vollinhaltlich ein-  
verstanden erklärt. Hinsichtlich der in Hin-  
kunft zu erwartenden Rabattbeträge hat die  
niederösterreichische Landesregierung am  
8. Jänner 1962, einem Ansuchen der Niogas  
folgend, erklärt, daß dieselbe Vorgangsweise,  
wie sie schon in vorgenanntem Schriftverkehr  
festgehalten wurde, einzuhalten ist.

In der gegenständlichen Angelegenheit hat  
auch die niederösterreichische Landesregie-  
rung in ihrer Sitzung vom 16. Februar 1966  
einen Beschluß gefaßt, der die Vereinnah-  
mung der rückfließenden Gelder betrifft.

Zur haushaltsmäßigen Erfassung der  
gegenständlichen Vorgänge wäre die nieder-  
österreichische Landesregierung zu beauftra-  
gen, sofort den Gesamtumfang der bereits  
angefallenen Rabattleistungen der ÖMV an  
die Niogas festzustellen und die späterhin an-  
fallenden Rabattleistungen zum 31. März  
eines jeden Jahres zu verzeichnen. Des wei-  
teren ist eine Abstimmung mit den aus diesen  
Mitteln gewährten Wohnbaurdarlehen vorzu-  
nehmen. Die bereits fälligen Rückflüsse  
wären als zweckgebundene Einnahmen für  
die Wohnbauförderung des Landes zu ver-  
rechnen, während die nicht fälligen Forde-  
rungen aus den Wohnbaurdarlehen im Ver-  
mögensstand des Landes auszuweisen wären.

Da die Klarstellung des Sachverhaltes und  
die Festlegung allfälliger haushaltsrechtlicher  
Maßnahmen infolge der in der Öffentlichkeit  
aufgetretenen widersprechenden Meinungen  
dringend geboten erscheint, beantragen die  
Gefertigten:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der in der Antragsgründung dargelegte Sachverhalt wird genehmigt.

2. Die Landesregierung wird beauftragt, die aus der gegenständlichen Gebarung resultierenden Forderungen des Landes Niederösterreich in ihrer Gesamthöhe zu erfassen und im Vermögensstand des Landes Niederösterreich als nicht fällige Forderung nachzuweisen.

3. Die fälligen Rückflüsse aus dieser Gebarung sind in der Landesrechnung jeweils beim außerordentlichen Voranschlagsansatz 629-860, „Tilgungsraten von Wohnbaudarlehen“, zu vereinnahmen und für sonstige Wohnbauförderung aus zweckgebundenen Einnahmen zu verwenden.

4. Die Landesregierung wird beauftragt, das für die Durchführung dieses Beschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abg. M a r s c h.

Abg. MARSCH: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Dringlichkeitsantrag, den die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei hier vorgelegt haben, sind Dinge enthalten, die zunächst einen chronologischen Ablauf neigen sollen, wie sich das Ganze um das Konto der Continentalen Bank dargetan hat. Es geht also darum, daß man etwa 420.000.000 S, die hier außerhalb jeder Bilanz, außerhalb jedes Beschlusses des Landtages, außerhalb jedes Beschlusses der Landesregierung verwendet wurden, nun nachträglich — so fasse ich den Punkt 1 auf — sanktioniert. Meine Herren, es ist für uns unfassbar, daß Sie diesen Antrag einbringen, denn damit sanktionieren Sie das, was vorgefallen ist. Damit sanktionieren Sie, daß ein einzelner Mann, der Generaldirektor der Newag, der Aufsichtsratspräsident der Niogas, Verfügungsrecht über Mittel gehabt hat, die entweder den Landesgesellschaften oder der Budgethoheit des Landtages entzogen wurden. Meine Herren, es gibt kein Wort der Entschuldigung für das, was hier außerhalb jeder gesetzlichen Grundlage geschehen ist. Und wenn Sie sehen, in welcher Form sich das Ganze abgespielt hat, wenn Sie feststellen können, daß das Ganze über die Continentale Bank gemacht wurde, und wenn man — wie Sie heute schon gehört haben — nicht weiß, wem diese Continentale Bank eigentlich gehört, dann fragt man sich: Was haben Sie für einen Grund, für den ersten Teil dieses Antrages zu (stimmen? Was haben Sie für einen Grund, überhaupt den Antrag hier zu

stellen? Oder wissen Sie es, dann, bitte, sagen Sie uns, wem diese Continentale Bank gehört.

Was ist aus dem Handelsregister festzustellen, wem die Bank gehört? Einer der größten oder vielleicht überhaupt der größte Eigenaktienbesitzer dieser Bank, auf der sich alles um diese nahezu halbe Milliarde abgespielt hat, ist Generaldirektor Müllner. Wenn man sich weiterhin anschaut, wer noch Aktien für diese Bank hält, dann muß man unter anderem feststellen, es ist auch der Direktor der Niogas, Kreitner — sehen Sie —, gleichzeitig der Aufsichtsratspräsident dieser Bank. Hier wird also vielleicht der eine oder andere gefügig gemacht. Der Verdacht liegt absolut nahe.

Untersuchen Sie weiter, wer Aktionär dieser Bank ist, können Sie unter anderem drei sicherlich ehrenwerte Rechtsanwälte beziehungsweise Notare finden, denen wir nicht im geringsten nahetreten wollen. Aber sie sind Fremdaktienbesitzer; der Herr Rechtsanwalt Priebsch mit 3.000.000 S Fremdaktien, der Herr Rechtsanwalt Scherer mit 2.000.000 S und der Notar Dr. Wagner mit 2.500.000 S. Dann folgen die Einzelaktienbesitzer, an ihrer Spitze Generaldirektor Müllner und Direktor Kreitner, der Vorsitzende dieser Bank, und andere, unter anderem auch die Pressereferentin des Generaldirektors bei der Newag, und viele kleine, die vielleicht wirklich in gutem Glauben Aktienbesitzer dieser Bank (sind. Ich glaube, es wäre leicht, diesen Rechtsanwälten die Möglichkeit zu geben, zu sagen, für wen sie diese Aktien halten. Es brauchten nur jene, denen die Aktien wirklich gehören, erklären: Herr Rechtsanwalt, Herr Notar, Sie können sagen, für mich oder diejenigen halten Sie die Aktien! Dann (hätten wir Klarheit.

Aber wissen Sie, in dieser Bank hat sich so viel abgespielt... (Abg. Stangler: Was hat sich abgespielt?) Ich werde das genau erklären. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das, was ich jetzt sagen werde. (Abg. Stangler: Reden Sie jetzt von der BAWAG?) In dieser Bank hat sich so viel abgespielt, daß man sich wundert, daß dieser Bank heute ein Mann angehört und über sie ein entsprechendes Verfügungsrecht hat, der zugleich, so bedauerlich es ist, noch immer Geschäftsführender Landesparteiobmann Ihrer Partei ist. (Abg. Stangler: Was hat sich abgespielt?) Es ist ganz Ihre Angelegenheit, wie Sie darüber urteilen. Ich werde es Ihnen sagen, damit Sie sich ein besseres Urteil bilden können. Falls Sie es wirklich nicht wissen sollten, fange ich jetzt gleich damit an.

In der Conti-Bank ist unter anderem auch die sogenannte Fides-Beteiligungsgesellschaft

vertreten. S Hauptaktionär unter einer für sich nicht teilungsgemäß jenes Herrn schaftten, ge schaften, ge anderen vie angenehm anderen Eig wen? — D national Va man unter / tenctein: ein form, in di schauen kan im 'dunkeln bei der SAC der im dunk anwalt Prie Also beide, landen bei mehr weiß, v

Diese Ang auffälliger, Rechtsanwalt gleich auch tuts sind, da Anleihen, fü schlossen ha' Aktion der M durchführt. das entgegen digen Prä ssehen ist.

Sehen Sie Donau-Finar bei der EEI endet über in Vaduz, c Herrn Pret kontrolliert,

Meine He Niederösterr genannte au Vaduz zu u Sie mir als antworten Si Herr Finanz selbst einmal warum Sie d Sie das sankt

Dafür gibt gendwo ang tion! Meine l ein Mann, de aktienbesitze finanziellen laufen läßt, t



vertreten. Sie war es für längere Zeit als Hauptaktionär. Wissen Sie, man kann sich unter einer Beteiligungsgesellschaft an und für sich nicht viel vorstellen. Aber diese Beteiligungsgesellschaft war in alleiniger Hand jenes Herrn Prethaler, der zugleich alle Gesellschaften, auch die beiden Landesgesellschaften, geprüft hat, bis es dem einen oder anderen vielleicht doch schon ein bißchen unangenehm war und man der Fides einen anderen Eigentümer gegeben hat. Wissen Sie, wen? — Die Etablissement Energie International Vaduz. Ich muß Ihnen sagen, was man unter Etablissement versteht in Liechtenstein: eine wirtschaftliche Organisationsform, in die man da nicht weiter hineinschauen kann, dort verschwinden die Gelder im dunkeln. (Abg. Stangler: Das ist so wie bei der SADI!) Es verschwinden also die Gelder im dunkeln, auch soweit sie Herr Rechtsanwalt Priebisch zufällig für die Fides hält. Also beide, Fides und Continentale Bank, landen bei der EEI in Vaduz, und niemand mehr weiß, welches Geld das wirklich ist.

Diese Angelegenheit wird dann noch viel auffälliger, wenn man weiß, daß dieser Rechtsanwalt und diese EEI in Vaduz zugleich auch Miteigentümer jenes Finanzinstituts sind, das die gesamte Abwicklung für die Anleihen, für die Haftung, die wir hier beschlossenen haben — zum Beispiel für die letzte Aktion der Newag und Niogas im Vorjahr — durchführt. Ich habe Ihnen schon gesagt, daß das entgegen dem Beschluß des dafür zuständigen Präsidiums der Giro-Zentrale geschehen ist.

Sehen Sie jetzt die Zusammenhänge? Die Donau-Finanz endet über einen Rechtsanwalt bei der EEI in Vaduz, die Continentale Bank endet über einen Rechtsanwalt bei der EEI in Vaduz, die Fides, die heute noch über Herrn Prethaler die Landesgesellschaften kontrolliert, endet bei der DEI in Vaduz.

Meine Herren! Was haben wir als Land Niederösterreich für ein Interesse, dieses sogenannte ausländische Kapital der EEI in Vaduz zu unterstützen? Bitte, beantworten Sie mir als Landtagsabgeordnete, bitte, beantworten Sie mir als Landesfinanzreferent — Herr Finanzreferent Resch, Sie waren ja selbst einmal Aktionär bei der Conti-Bank —, warum Sie das nun gutheißen wollen, warum Sie das sanktionieren.

Dafür gibt es ein Wort, das vielleicht nirgendwo angebracht ist als hier: Korruption! Meine Herren! Es ist Korruption, wenn ein Mann, der selbst einer der größten Eigenaktienbesitzer dieser Bank ist, seine ganzen finanziellen Transaktionen über diese Bank laufen läßt, über diese Bank den Einfluß auf

ein weiteres Finanzinstitut ausübt und den Einfluß auf eine Beteiligungsgesellschaft hat, die ihn selbst prüft. Meine Herren! Es ist unfassbar, daß Sie hier noch zustimmen können. Sagen Sie mir etwas dagegen. Sagen Sie: Das ist nicht wahr, das war anders! Sagen Sie es mir, bitte. (Abg. Stangler: Sie werden schon noch die Antwort kriegen!) Die Antwort wäre jetzt zu geben (Abg. Diplomingenieur Robl: Am Rednerpult werden wir sie geben!), denn jetzt stellen Sie den Antrag.

PRÄSIDENT WEISS: Bitte, keine Zwischenrufe, von keiner Seite!

Abg. MARSCH (fortsetzend): Ich möchte weiter sagen, daß damit — so bedauerlich es ist —, wie es eine Tageszeitung bezeichnet hat, ein ganzes Spinnennetz von Einrichtungen, von Geschäften gefördert wird, die mit dem Land Niederösterreich und den Landesgesellschaften überhaupt nichts zu tun haben. Und immer, wenn man sich dieses Netz anschaut, stößt man auf Söhne und andere Verwandte des Herrn Geschäftsführenden Parteibobannes der ÖVP, Müllner. Aber das hat nichts mit der Newag, das hat nichts mit der Niogas zu tun.

Dann frage ich weiter: Welches Interesse kann die niederösterreichische Landesgesellschaft Newag haben, ein Unternehmen, das in Bad Ischl seinen Sitz hat, nämlich die Optos, zu unterstützen und einen intensiven Geschäftsverkehr anzubahnen, wobei sich dann herausstellt, daß es angeblich noch Schulden gibt — vielleicht waren es zunächst Schenkungen, die man dann in Schulden umgewandelt hat —, und diese Optos blüht und gedeiht. Da muß man sich doch sofort fragen: Wer ist denn diese Optos? Man kann feststellen, daß für diese Optos der Geschäftsführer Rudolf Müllner, der Sohn des Generaldirektors der Newag, verantwortlich ist.

Man kann aber dort noch mehr feststellen, und das ist zugleich für uns bezeichnend, daß nämlich in der Generalversammlung am 21. Juni 1961 ein Abtretungsvertrag der Continentalen Bank beschlossen wurde, ihre Anteile von 335.000 S an Müllner-Sohn Rudolf abzutreten, während für einen Betrag von 469.000 S nur die Bemerkung „Wird verrechnet“ aufscheint. Und wissen Sie, wer diesen Abtretungsvertrag durchgeführt hat? Der Generaldirektor Viktor Müllner in Vollmacht für seinen Sohn. Es steht hier ausdrücklich, und das lese ich Ihnen vor: Im Handelsregister zur Generalversammlung vom 21. Juni 1961. „Rudolf Müllner ist in der Generalversammlung beim Abschluß des Abtretungsvertrages vertreten durch Hauptschullehrer Viktor Müllner, der sich mit einer vom italienischen Notar Dr. Carlo de Fran-

cesi San Dona de Piave beglaubigten Vollmacht legitimiert, und damit wird Herr Rudolf Müllner an Stelle der Continental Bank Hauptbesitzer der Optos, die durch ihren intensiven Geschäftsverkehr mit der Newag zu blühen beginnt.“

Ja, meine Herren, ich frage Sie — und ich muß diese Frage an Sie richten, weil hier auch einige Vertreter des Handels und des Gewerbes unter Ihnen sitzen —, finden Sie das für gerechtfertigt? Wenn Sie nachsehen, mit wem dieser Geschäftsverkehr mit Elektrogeräten stattgefunden hat, so finden Sie nur die eine Firma oder sie finden die andere, die EHT unter dem Aufsichtsratsvorsitzenden Lahr, der ebenfalls ein Newag-Direktor ist. Meine Herren, Sie sehen, was sich hier alles abspielt, und das nicht zum Vorteil unserer Landesgesellschaften. Im Gegenteil, hier ist ein Protektionismus sondergleichen zum Nachteil niederösterreichischer Firmen, die durchaus bereit gewesen waren — oder man möge mir widersprechen —, unter ähnlichen Bedingungen Geräte zu liefern, die die Newag bezahlt.

Das geht aber dann noch weiter, meine Herren. Sie finden in diesem Spinnennetz so viele Gesellschaften, ab es nun die Winter AG., ob es die Kohlenverkaufsgesellschaft m. b. H., ob es die Buchhandlung Krey ist, wo wiederum eine Tochter des Herrn Müllner Teilhaberin ist, ob es die Universitas ist, wo wieder Rudolf Müllner Geschäftsführer ist, ob es Haslinger und Co. ist, jene Baugesellschaft, die in der Südstadt gebaut hat und wo wieder Rudolf Müllner als Geschäftsführer aufscheint. Meine Herren, hier sieht man, was man gemacht hat. Hier hat man direkt ein Monopol geschaffen, und das kann man beim Bau der Südstadt bestätigt finden, daß das nur für einzelne Leute geschaffen wurde, die mit Herrn Müllner entweder verwandt oder gut bekannt sind. Hat man nicht Haslinger und Co. eingesetzt, so setzt man die Südbau dafür ein. Und wer ist dort Geschäftsführer? Wieder Herr Rudolf Müllner. Oder man setzt die Gemeinnützige Niobau oder irgend jemand anderen für etwas in Niederösterreich ein, und man findet wieder im Aufsichtsrat Herrn Viktor Müllner. So beschließen die Gesellschaften — meine Herren, das kann ich alles belegen — gegenseitig die Erhöhungen ihrer Gebühren und ihrer Gehälter. Glauben Sie, daß das nicht Korruption ist? Ich habe den stärksten Verdacht, daß man hier etwas decken will, und man muß sehr genau überprüfen, wieweit hier strafbare Tatbestände ärgsten Ausmaßes vorliegen.

Soweit die Situation, der Sie nun zustimmen wollen. Und jetzt muß ich Ihnen noch

etwas sagen. Diese Gelder — ich meine jetzt jene 400,000.000 oder 420,000.000 S, über die niemals irgendein Beschluß gefaßt wurde, zum Unterschied von den 100,000.000 S —, die müssen ja irgendwie von der Niogas abgezweigt worden sein. Wenn man sich das ansieht, so muß man feststellen — und die Bilanz ist ja zugänglich —, daß man hier in eine Situation gerät, wo man nicht weiß, wie wurde das nun wirklich gemacht. Sehen Sie, das ist sehr aufklärungsbedürftig. Die Österreichische Mineralölverwaltung hat monatlich Rechnung gelegt, wo sie wohl zunächst die Gasmengen um 28 Groschen und mehr verrechnet hat, aber dann einen Rabatt laut § 3 Abs. 3 bis 6 des Liefervertrages abgezogen hat, und hiermit der Nettobetrag ausgewiesen wurde. Wie ist nun die Buchhaltung vor sich gegangen? Wer kann sagen, wie das wirklich geschehen ist? Darüber lesen wir in Ihrem Antrag gar nichts. Wir lesen nur von Briefen, und ich möchte alle hier anwesenden Landesregierungsmitglieder fragen, ob sie jemals einen Beschluß darüber in der Landesregierung gefunden haben. Es heißt hier ausdrücklich: „Amt der niederösterreichischen Landesregierung, zu Händen Herrn Viktor Müllner.“ An ihn ist dieser Brief gerichtet. Wahrscheinlich — wir wissen es nicht — wieder auf Grund einer Anfrage des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung, und wieder unterzeichnet von Herrn Müllner. Aber niemand gibt hier die Sanktion dazu. Und wenn man heute fragt, wer weiß etwas davon, so kann Herr Viktor Müllner nur einen Mann angeben, Herrn Landeshauptmann Steinböck, der bereits verstorben ist. Er hat keinen lebenden Zeugen dafür, der über diese Machinationen, die Korruption sind, irgend etwas gewußt hat.

Es ist heute schon auf die widersprechenden Ausführungen hingewiesen worden, die der Herr Generaldirektor Müllner am 14. und am 17. Februar gegeben hat. Warum er sie widersprechend gegeben hat, das weiß ich nicht. Warum er sie erst am 14., also einige Tage vor dem heutigen Tag, gegeben hat, wissen wir auch nicht. Tatsache ist, daß wir erst seit dieser Zeit Bescheid wissen, und deshalb rollt dies alles heute hier ab. Und nun frage ich Sie: Können Sie es mit Ihrem Gewissen verantworten, daß etwas, was einige Herren von Ihnen, also der Österreichischen Volkspartei, erst seit 14. Februar wissen, aber wo Sie eigentlich noch nicht alles wissen können, meine Herren, jetzt das zur Kenntnis nehmen, was ich Ihnen unter Beweisen aus dem Handelsregister gesagt habe, und können Sie überhaupt noch Ihren ersten Punkt des Antrages aufrechthalten?

Meine He  
es wird Ihr  
es vielleicht  
können, daß  
zugestimmt  
bekannt wa  
die Zusamm  
schen Herri  
zwischen an  
geschildert  
Reispiel die  
Schulden er  
die Newag c  
Beschluß ge  
das Geld?  
schwersten  
mit aller De  
nicht nur un  
bauförderun  
wer über da  
was damit  
kann man m  
muten, daß  
Konto velle  
den, die de  
zu repariere  
dringliche V  
wir auch l  
Landtag zug  
genug, daß  
bringen köni

Meine Da  
daß Sie od  
ÖVP — es v  
mung herau  
rekten Verv  
des Landes l  
Wir werder  
Punkt 1, so  
aufrechterha  
sen heraus u  
die ich Ihrer  
Zustimmung  
Herrn Präsic  
falls er noch  
die Punkte 2  
lassen. Wen  
wirklich gel  
könnten wir  
dem Punkt  
stimmen.

Meine Her  
zudecken, is  
schichte des  
Schandfleck  
Land Nieder  
von der Öst  
Sie hier d  
wollen, was  
der Korrupt

ich meine jetzt 100 S, über die gefaßt wurde, 100.000 S —, die der Niogas abgeben sich das an — und die daß man hier in nicht weiß, wie acht. Gehen Sie, fertig. Die Österreicher hat monatlich zunächst die und mehr verrechnet laut § 3 Abs. 3 gezogen hat, und gewiesen wurde. vor sich gegangenes wirklich geir in Ihrem Antrage von Briefen, sendenden Landesregierungen ob sie jemals in der Landesregierung hier ausdrücklichen Landesminister Viktor Müllner." itet. Wahrscheinlich — wieder auf dem niedrigeren, und wieder Müllner. Aber niedriger. Und wenn etwas davon, sondern nur einen Mann, Herrmann Steinböck, Er hat keinen Grund über diese Diskussion sind, irgend

er widersprechen werden, die Müllner am 14. und at. Warum er sie at, das weiß ich am 14., also einige lag, gegeben hat, Sache ist, daß wir nicht wissen, und deshalb ab. Und nun es mit Ihrem Gewissen etwas, was einige der Österreichischen Regierung wissen, aber alles wissen können, das zur Kenntnis der Beweise aus habe, und können den ersten Punkt des

Meine Herren, ich finde es bedauerlich, und es wird Ihnen dann nachträglich, wenn Sie es vielleicht einsehen, niemand abnehmen können, daß Sie hier unter Voraussetzungen zugestimmt haben, die Innen vielleicht nicht bekannt waren. Ich habe Ihnen jetzt genau die Zusammenhänge zwischen der Bank, zwischen Herrn Generaldirektor Müllner und zwischen anderen Geschäftsunternehmungen geschildert und habe dabei manches, wie zum Beispiel die Aero-Transport, wo 23.000.000 S Schulden entstanden sind, ohne daß jemals die Newag oder der Aufsichtsrat irgendeinen Beschluß gefaßt haben, mitgeteilt. Woher ist das Geld? Meine Herren, wir haben den schwersten Verdacht — und das spreche ich mit aller Deutlichkeit aus —, daß es sich hier nicht nur um Geldbewegungen für die Wohnbauförderung handelt. Man weiß ja nicht, wer über das Konto verfügt, man weiß nicht, was damit alles geschehen ist. Eines aber kann man mit großer Wahrscheinlichkeit vermuten, daß in den letzten Wochen auf diesem Konto vielleicht Transaktionen getätigt wurden, die dem Versuch dienten, hier einiges zu reparieren. Daraus resultiert unsere eindringliche Warnung, und deshalb brachten wir auch unsere Anträge ein, denen der Landtag zugestimmt hat. Das allein ist Grund genug, daß Sie diesen Antrag gar nicht einbringen können.

Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß Sie oder zumindest einzelne Herren der ÖVP — es wird sich ja noch bei der Abstimmung herausstellen — mit uns an einer korrekten Verwaltung und sauberen Gebarung des Landes Niederösterreich interessiert sind. Wir werden daher selbstverständlich dem Punkt 1, sollten Sie diesen überhaupt noch aufrechterhalten, aus dem innersten Gewissen heraus und aus den moralischen Gründen, die ich Ihnen jetzt genannt habe, nicht unsere Zustimmung geben können. Ich ersuche den Herrn Präsidenten, über Punkt 1 des Antrags, falls er noch aufrechterhalten wird, und über die Punkte 2, 3 und 4 getrennt abstimmen zu lassen. Wenn wir wüßten, wem das Konto wirklich gehört und wer darüber verfügt, könnten wir nämlich im Interesse des Landes dem Punkt 2 mit einer Einschränkung zustimmen.

Meine Herren, was ich gezwungen war aufzudecken, ist ein Schandfleck in der Geschichte des Landes Niederösterreich, ein Schandfleck für diese Gesellschaften, die dem Land Niederösterreich gehören. Meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, wenn Sie hier durch Mehrheitsbeschluß decken wollen, was abscheulich und ärgster Sumpf der Korruption ist, dann tun Sie es. Nehmen

Sie aber zur Kenntnis, daß Sie damit einen Faustschlag gegen jede saubere Verwaltung, ja gegen die Demokratie führen und damit verwirken, das Wort Sauberkeit noch in den Mund nehmen zu können. (*Unruhe bei der ÖVP.*) Wir werden hier, das sage ich Ihnen mit aller Deutlichkeit, im Interesse des Landes Niederösterreich für die Sauberkeit der Verwaltung eintreten, wo und wann immer wir dazu Gelegenheit haben. (*Lebhafter und lang anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort gelangt der Herr Abg. Ludwig.

Abg. LUDWIG: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt den Ausführungen des Herrn Abg. Marsch und vorhin jenen des Herrn Staatssekretärs Rösch zugehört. Ich muß jedoch die Frage stellen, warum die Aufsichtsräte der Sozialistischen Partei in den beiden Landesgesellschaften zu diesen Problemen bisher nicht das Wort ergriffen haben. Ich glaube, diese Aufsichtsräte, die seit Jahren in die Südstadt gefahren sind und an den Sitzungen teilgenommen haben, sollte man, wie in den Versammlungen immer wieder zu hören ist, nicht Aufsichtsräte, sondern Jaucenräte nennen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Was sich hier heute abspielt, hat am 17. {Dezember durch den Kollegen Marsch seine Einleitung erfahren. Dieser hat nämlich am 17. Dezember, kurz vor Mitternacht, versucht, eine sogenannte Debatte über die Landesgesellschaften Newag und Niogas zu inszenieren. Er glaubte mit seinen Vorlesungen dokumentieren zu können, daß in der Südstadt gewisse Korruptionsfälle vorgekommen seien. Der Herr Staatssekretär Rösch hat das seinerzeit ebenfalls kurz ausgeführt. Ich glaube, daß wir noch in einem Rechtsstaat leben. Wenn Behauptungen aufgestellt werden, dann bin ich der Meinung, daß diese bewiesen werden müssen. Man kann nicht so vorgehen, wie es die sozialistische Presse seit drei Monaten praktiziert, und zum Beispiel mit Rechnungshofberichten, die noch nicht existieren, in die Öffentlichkeit gehen. Es wird noch Gelegenheit sein, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Ich möchte nun auf die Punkte 2 und 3 des Antrages des Kollegen Brunner eingehen. Der Kollege Rösch hat vorhin gefragt, wieso es überhaupt zu den Rabatten kommen könne. Es existiert ein Brief vom 17. März 1961, in dem die Niogas ersucht, das Land möge zustimmen, daß diese Mittel für die Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt werden. Das Land Niederösterreich möge aber auch damit einverstanden sein, daß diese Beträge in erster Linie zum Bau

von Wohnungen für die Angestellten der Newag und Niogas verwendet werden. Ich glaube, daß es notwendig war, denn wenn die Landesregierung die Verlegung der Landesgesellschaften beschließt, dann muß sich die verantwortungsbewußte Landesregierung auch die Frage stellen, wo die Angestellten und Beamten untergebracht werden sollen. Die Landesregierung hat das Schreiben der Niogas auch umgehend beantwortet. In diesem Schreiben stimmt sie zu, daß die Rabatte für den Wohnbau Verwendung finden können. Das Schreiben, datiert mit 17. März 1961, war vom seinerzeitigen Landeshauptmann Ökonomierat Steinböck und vom Finanzreferenten Müllner unterfertigt.

Meine Damen und Herren! Zur Unterfertigung eines Schriftstückes ist gemäß Artikel 37 Abs. 3 der Landesverfassung der Landeshauptmann oder ein Stellvertreter und ein weiteres Regierungsmitglied befugt. Das in Frage stehende Schriftstück wurde von Landeshauptmann Steinböck und vom seinerzeitigen Landesfinanzreferenten Müllner unterschrieben. Wenn nun die Sozialisten fragen, wieso in der Südstadt Wohnungen gebaut worden sind, dann muß ich darauf hinweisen, daß diese Wohnungen seit Jahren bestehen und darin Menschen aller Altersschichten wohnen. In der Südstadt wurden 1170 Wohnungen errichtet, und weitere 721 Wohnungen für Angestellte der Landesgesellschaften wurden nicht nur im Mödlinger Raum, sondern, wie aus der mir vorliegenden Liste zu entnehmen ist, in allen Städten Niederösterreichs gebaut. Ich möchte nur einige herausgreifen: Ziersdorf, Krems, Langenzersdorf, Purkersdorf, Preßbaum, Deutsch-Wagram, Hollabrunn, Waidhofen a. d. Thaya, Waidhofen a. d. Ybbs, Horn usw. Die Orte, wo von den Landesgesellschaften Wohnungen errichtet wurden, bilden eine lange Liste. Nun wurde die Frage über die Finanzierung der Wohnungen aufgeworfen. Meine Damen und Herren! Für jede Wohnungseinheit wurde von den Landesgesellschaften ein Betrag von 210.000 S zur Verfügung gestellt, für Siedlungshäuser, in denen zwei Familien untergebracht sind, 420.000 S. Wie kam man denn auf diesen Betrag? Man hat seinerzeit errechnet, daß im Durchschnitt eine Wohnung 350.000 S kostet. Die Landesgesellschaften haben 60 Prozent der Baukosten aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt. Man ist sogar noch weiter gegangen, indem man auf die kinderreichen Familien Rücksicht genommen hat. Einem Ehepaar mit einem Kind wurden zusätzlich 5 Prozent, mit zwei Kindern 10 Prozent und mit drei Kindern 15 Pro-

zent gewährt. Das sind im Höchstausmaß 75 Prozent der Baukosten.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei vertritt doch den Standpunkt der Eigentumsbildung nicht erst seit gestern. Wir waren der Meinung, daß es richtig ist, daß hier Eigentumswohnungen und keine Dienstwohnungen gebaut werden. Denn wären in der Südstadt Dienstwohnungen gebaut worden, dann wären das Land und die Landesgesellschaften nicht günstiger davongekommen. Ich möchte nur an den Dienstwohnungsbau des Landes Niederösterreich erinnern. Da hat sich vor einigen Wochen ein großes Theater bezüglich einer Dienstwohnung für einen Bezirkshauptmann abgespielt, und gerade die Kollegen der linken Reichshälfte haben erklärt: Das ist unerhört, das Land Niederösterreich baut Dienstwohnungen oder kauft Häuser, die 1.000.000 S oder mehr kosten!

Hier wurde eine soziale Tat in der Südbahngegend gesetzt. Wer den Südraum noch vor Jahren kannte, weiß, das war die Gstetten, wie das der Kollege Reiter schon erklärt hat. Diese Gstetten und diese Ziegelteiche sind nun Bauland geworden. Natürlich sind auch große Schwierigkeiten zu bewältigen gewesen. Es gebührt der Dank jenen, die den Mut hatten, diese Tat zu setzen. Diese Südstadt ist die erste Fußgeherstadt Österreichs; und in dieser Südstadt werden in den nächsten Jahren tausende Kinder heranwachsen. Wer die Möglichkeit hat, die Südstadt zu besuchen, konnte in den Wintermonaten sehen, daß Tausende von Kindern dort den Eislaufplatz benützen; er wird im Sommer sehen, daß dort die Sportanlagen gedeihen. Die Österreichische Volkspartei hat diese Tat gesetzt. Die Kinder, die dort aufwachsen, werden von dem schwarzen 1. März 1966 sprechen, und die Alten werden den Kindern erklären, daß es die Sozialisten waren, die nicht zur Kenntnis nehmen wollten, daß in der Südstadt diese Tat gesetzt wurde. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich habe erklärt, daß es sehr große Schwierigkeiten zu überwinden gab, nicht nur hinsichtlich der Aufschließung des Grundes, sondern auch bei der Bewältigung dieser Bauten. Diese Bauten und diese Denkmäler in der Südstadt sind den Sozialisten ein Dorn im Auge. Bei den letzten Gemeinderatswahlen haben sich diese Südbahnbauten ausgewirkt, denn Mödling hat eine ÖVP-Mehrheit errungen! (Zwischenrufe.) Meine Damen und Herren, ich sage heute: Am 6. März abends wird der so verschriene rote Bezirk Mödling eine ÖVP-Mehrheit haben (Beifall bei der ÖVP), ob das den

Sozialisten, paßt oder nicht

Warum ko  
„Korruptions  
wollten verti  
nen Partei s  
Seit der Ab:  
Ruhe bekom  
junge, ehrge  
zuweichen; s  
kreisen oder  
Wand spiele  
ist gestorben  
Wenn Sie di  
und „saube  
werden Sie v  
6. März zu le

Es wurde  
sprochen. Ich  
Österreichisc  
gen der Soz  
mung gegeb  
reichische V  
wissen, was  
neugierig se  
Debatte dies  
Partei zu ar  
die in diesem  
müssen, denn  
darauf, diese  
Sozialisten g  
stimmen, dar  
glückwünsche

Meine Dan  
hört, was m  
„Rabatten“ g  
Verantwortu  
müht, Taten  
wäre wohl a  
spiel die Ar  
reich ihren  
legen würde  
Raum von M  
neuburg, nac  
Melk, aber v  
Nähe der Vil  
nalaratsabgeor  
ÖVP.) Dann,  
Arbeiterkami  
Wir wären a  
unter derarti  
Dienstwohnu  
jene schaffen,  
ter und Ange  
hören. Denn  
Österreich un  
Verlegung c  
sehr großen  
doch alle als  
Österreich hic

Höchstmaß

en! Die Öster-  
tritt doch den  
ldung nicht erst  
Meinung, daß es  
tumswohnungen  
gebaut werden.  
t Dienstwohnun-  
wären das Land  
n nicht günstiger  
te nur an den  
des Niederöster-  
ch vor einigen  
bezüglich einer  
ezirkshauptmann  
Kollegen der lin-  
lärt: Das ist un-  
österreich baut  
aft Häuser, die

Tat in der Süd-  
Südraum noch  
is war die Gstet-  
ter schon erklärt  
iese Ziegelteiche  
1. Natürlich sind  
zu bewältigen ge-  
k jenen, die den  
tzen. Diese Süd-  
stadt Österreichs;  
den in den näch-  
er heranwachsen.  
e Südstadt zu be-  
ermonaten sehen,  
dort den Eislauf-  
1 Sommer sehen,  
1 gedeihen. Die  
hat diese Tat ge-  
aufwachsen, wer-  
März 1966 spre-  
den Kindern er-  
1 waren, die nicht  
lten, daß in dei  
wurde. (Beifall bei

en! Ich habe er-  
chwierigkeiten zu  
hinsichtlich der  
sondern auch bei  
ten. Diese Bauten  
er Südstadt sind  
m Auge. Bei den  
1 haben sich diese  
t, denn Mödling  
ngen! (Zwischen-  
Herren, ich sage  
wird der so ver-  
g eine ÖVP-Mehr-  
ÖVP), ob das den

Sozialisten, die darob ihre Angriffe starten, paßt oder nicht.

Warum kommt es nun eigentlich zu (diesen „Korruptions“-Gesprächen? Die Sozialisten wollten vertuschen, daß innerhalb ihrer eigenen Partei sehr große Zwistigkeiten da sind Seit der Absetzung Olahs sind sie nicht zur Ruhe gekommen. Und nun versuchen einige junge, ehrgeizige Politiker, nach vorne auszuweichen; sie wollen alle, ob in Wirtschaftskreisen oder in politischen Kreisen, an die Wand spielen. Einer Ihrer Fraktionskollegen ist gestorben, zwei liegen bereits im Spital. Wenn Sie diese Taktik, diese „menschliche“ und „saubere“ Politik weiterführen, dann werden Sie vielleicht noch manches nach dem 6. März zu lesen bekommen.

Es wurde so viel von Verflechtungen gesprochen. Ich bin nun folgender Meinung: Die Österreichische Volkspartei hat beiden Anträgen der Sozialistischen Partei die Zustimmung gegeben. Das beweist, daß die Österreichische Volkspartei klar bekennt, sie will wissen, was hier geschehen ist. Wir werden neugierig sein, ob im Zuge der heutigen Debatte diese Haltung auch die Sozialistische Partei zu anderen Fragen einnehmen wird, die in diesem Hause heute besprochen werden müssen, denn die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, diese Fragen zu hören. Und wenn die Sozialisten genauso mutig für unsere Anträge stimmen, dann würde ich sie schon jetzt beglückwünschen.

Meine Damen und Herren! Sie haben gehört, was mit diesen Geldern, mit diesen „Rabatten“ geschehen ist. Eines steht fest: Verantwortungsvolle Politiker haben sich bemüht, Taten in Niederösterreich zu setzen. Es wäre wohl auch an der Zeit, daß zum Beispiel die Arbeiterkammer von Niederösterreich ihren Sitz nach Niederösterreich verlegen würde; ich will nicht sagen in den Raum von Mödling — vielleicht nach Klosterneuburg, nach Krems, nach St. Pölten, nach Melk, aber vielleicht auch nach Baden, in die Nähe der Villa ihres Präsidenten, des Nationalratsabgeordneten Horr. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Dann, glaube ich, müßte auch diese Arbeiterkammer Dienstwohnungen schaffen. Wir wären alle glücklich, würde sie auch unter derartig günstigen Bedingungen diese Dienstwohnungen in der Südbahngegend für jene schaffen, die von Rechts wegen als Arbeiter und Angestellte nach Niederösterreich gehören. Denn unsere Gemeinden in Niederösterreich und auch das Land haben seit der Verlegung der Landesgesellschaften einen sehr großen finanziellen Vorteil. Wir sitzen doch alle als Abgeordnete des Landes Niederösterreich hier und sollen doch alles in An-

griff nehmen, was die Finanzkraft und auch die Einnahmen des Landes und der Gemeinden stärkt. Ich glaube, die Sozialisten könnten hier wohl mitstimmen, daß dann nicht nur die Arbeiterkammer, sondern vielleicht auch aus dem Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung gewisse Dienststellen dorthin verlegt werden, wahin sie gehören, nämlich nach Niederösterreich. (Beifall bei der ÖVP.)

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort kommt der Herr Staatssekretär Abg. R ö s c h.

Abg. Staatssekretär RÖSCH: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Ludwig hat den Antrag der Österreichischen Volkspartei jetzt begründet. Ich habe zwar wiederum nichts oder nur wenig zum Antrag gehört, sondern verschiedene andere Dinge, aber seine Ausführungen geben doch die Gelegenheit, daß man sich eben mit einigem, was er hier dargestellt hat, auseinandersetzt. Nicht natürlich mit der Tatsache, daß der Herr Kollege Ludwig sich als Ersatzcomputer für das Wahlergebnis angeboten und Prophet gespielt hat. Das kann ich nicht. Man muß die Wahl abwarten. Ich verlasse mich da lieber auf das Ergebnis am Abend des 6. März als auf Prophezeiungen heute. Damit will ich mich also nicht auseinandersetzen, aber mit einigen Bemerkungen, die der Herr Kollege Ludwig hier im Laufe dieser Diskussion gemacht hat, wobei ich gleich mit seinen letzten Ausführungen beginnen darf.

Der Herr Abgeordnete Ludwig meinte, es wäre sehr zweckmäßig, wenn doch die Arbeiterkammer ihren Sitz verlegen würde in die Nähe ihres Präsidenten, der sich in Baden eine „Villa“ gebaut hat. Zunächst einmal: Der Herr Präsident Horr, mein Parteifreund, hat sich dort ein Einfamilienhaus gebaut, ohne daß er 420.000 S aus diesem schwarzen Landeswahnbaufonds bekommen hat. (Zustimmung bei der SPÖ.) Er hat sich das Haus aus seinen Einkünften errichtet. Aber wir könnten ja unter Umständen darüber reden, ob man die Arbeiterkammer verlegt. Wie schaut es diesbezüglich mit der Landwirtschaftskammer aus? Wie ist es mit der Handelskammer? Ich meine, wenn die eine Kammer verlegt werden soll, so können wir ja gleich alle nehmen. Warum nur die Arbeiterkammer? Marschieren wir gemeinsam, ziehen wir mit den Kammern von Wien nach Niederösterreich. Darüber könnte man unter Umständen reden. Aber, meine Damen und Herren, die Verlegung der Arbeiterkammer als Begründung für die unserer Auffassung nach rechtswidrige Verwendung von 420.000.000 Niogas-Geldern zu betrachten,

eine solche Logik kann ich nicht begreifen, das war dem Herrn Kollegen Ludwig in seiner Begründung vorbehalten.

Nun vielleicht zu dem sachlichen Teil, den der Herr Kollege Ludwig vorgebracht hat. Er hat sich wiederum auf das Schreiben vom 17. März 1961 berufen und hat gleich eine kleine Beifügung gemacht, die in diesem Schreiben gar nicht drinsteht, und zwar wahrscheinlich deswegen, weil er selbst fühlt, da stimmt irgend etwas nicht! Er sagte, die Niagas hat sich in diesem Schreiben vom 17. März 1961 bereit erklärt, diese Rabatbeträge für Wohnbauförderungszwecke des Landes Niederösterreich zur Verfügung zu stellen. Sie haben wörtlich gesagt — Sie werden es im Protokoll dann lesen — „in erster Linie“ für Arbeiter und Angestellte der Newag und der Niogas. Die Formulierung „in erster Linie“ steht nämlich gar nicht in dem Schreiben. Das haben Sie jetzt schön hineininterpretiert; darauf kommt es nämlich an. In dem Schreiben heißt es: „...unter der Bedingung, daß diese Mittel für Wohnbauförderungsdarlehen an Dienstnehmer unserer Gesellschaft und der Newag gewährt werden, welche in Niederösterreich siedeln wollen.“ Meine Herren! Es heißt nicht „in erster Linie“. Was da wirklich vor sich ging, wird sich auf Grund der vorgelegten Listen herausstellen. Die Bedingung lautete generell: „an Dienstnehmer“.

Auch Herren, die nicht Angestellte der Newag oder der Niogas sind, haben Gelder bekommen. Mir ist zum Beispiel nicht bekannt, daß der Landesparteiobmann der Kommunistischen Partei Angestellter der Newag ist (*Hört-hört-Rufe bei der SPÖ*), der ebenfalls dort mit Ihnen Geldern gebaut hat. Aber all das wird sich noch aufklären. Wir sind nämlich diejenigen, die die Volksfront machen, und Sie unterstützen den Landesparteiobmann der erwähnten Partei. (*Beifall bei der SPÖ.*) Auch darüber können wir reden.

Meine Damen und Herren! All das, worum es hier geht, wird sich auf Grund der Liste, die vorgelegt werden wird, herausstellen. Es wird sich zeigen, ab dem Schreiben Rechnung getragen wurde oder nicht. Denn ich halte noch einmal fest: Es heißt nicht „in erster Linie“, sondern es geht ausschließlich um diese Arbeitnehmer. Wenn aber die Gelder für andere Zwecke verwendet wurden, dann liegt schon nach diesem Schreiben eine zweckwidrige Verwendung vor.

Ich bin dem Herrn Abg. Ludwig für eine Behauptung ungemein dankbar. Er stellte nämlich die gesamte Problematik sehr klar dar. Er sagte: Wenn die Landesregierung be-

schließt, die Verwaltungsgebäude ihrer Landesgesellschaften nach Niederösterreich zu verlegen, dann muß sie auch dafür sorgen, daß dort Wohnungen geschaffen werden. Jawohl! Warum haben Sie denn das dann nicht beschlossen? Warum hat man das unter dem Hüat! abgemacht? Warum fehlt dieser Beschluß? Der erste Beschluß, der die Verlegung betrifft, ist da, es fehlt aber der zweite. (*Abg. Ludwig: Wissen Sie das erst seit dem 17., Herr Staatssekretär?*) Das wissen wir erst seit dem 14. Februar. (*Abg. Ludwig: Daß die Südstadt gebaut wurde!*) Ich muß feststellen, Ihr schlechtes Gewissen schreit immer direkt heraus. Sie können sich gar nicht zurückhalten, Sie müssen immer schreien. (*Beifall bei der SPÖ.*) Aber das macht ja die Diskussion für die Anwesenden interessanter, daher haben wir nichts dagegen.

Sie fragten, ob wir das alles nicht schon früher gewußt haben. Freilich, freilich! Wir haben einige Male — einige Male! — gefragt, wie all das gebaut worden sei. Wir haben zuerst einmal im Jahre 1963 die Antwort bekommen, daß das aus Mitteln gebaut werde, die von den Wohnbaugesellschaften zur Verfügung gestellt werden, die Wohnbaugesellschaften verkaufen das an Eigentümern. Dann fließen die Mittel wieder zurück an die Wohnbaugesellschaften, und für arme kleine Hilfsarbeiter machen das die Newag und die Niogas. Aber es sei das Ziel, daß auch sie einmal diese Wohnungen ins Eigentum übernehmen können. Gut, schön. Das war alles.

Das alles hat uns aber die ganze Zeit hindurch keine Ruhe gelassen. Wir haben immer wieder festgestellt, daß all das, was dort gebaut wurde, auf dieser Basis gar nicht möglich ist. Ich weiß nicht, ob dieser große Glaspalast, der jede Nacht beleuchtet ist, für sozial Bedürftige gebaut worden ist, wie Sie es immer wieder darstellen. Ob das alles für den sozialen Aufschwung der Südstadt geschehen ist, bezweifle ich. Vielleicht kann man das unter dem Titel „Mehr Licht ins Land“ setzen. Aber gar so sozial ist das nicht. Wenn ich einen Spaß machen wollte, müßte ich sagen: Die jungen Leute werden es gar nicht als sozial betrachten, wenn es dort so hell ist. (*Heiterkeit.*)

Wir haben den Herrn Landesfinanzreferenten Resch sehr offen gefragt: Herr Landesfinanzreferent! Mit welchen Mitteln wurden denn die Bauvorhaben der Südstadt finanziert? Er hat am 13. Dezember 1965 in einem Schreiben geantwortet und dargelegt, wie das finanziert wurde. Er erklärte — ich bitte Sie, sich das jetzt anzuhören — unter anderem: „Für Bauvorhaben in der Südstadt wurden in der Regierungssitzung am 15. Jänner 1963

mit einstimmig bewilligt. ... chenden Bet den 13,600.00 wort des H hat noch ei zugeschriebe kunft hätte a stellvertreteri da ihm die 1 sitzung zugä sung auch mi

Meine seh Diese Beschl Auffallend v dem Schrei referenten beschlusse v übersehen h die Regierung 1. März 1955 13. Novembe in dem Schr haben das s mannstellveit haben mehr wurde. Wir billig man i 13,600.000 S samt einem wir vom He errechnet, da Ich muß sa unsere Gen Wohnungen wären sie al hätten kein denn die F 350.000 S is nehmen.

Dafür wur förderung ge Damen und hörte heute Abgeordnete nämlich wör Protokoll les nicht aus de Wohnbauför gesellschafte ist die dritte

Die erste Herr Lande ner. Es hief jetzt schnell Steuerung v Körperschaf

Die zweit ner: Das Gel hört gar nicht

äude ihrer Land-  
der Österreich zu  
h dafür sorgen,  
ffen werden. Ja-  
n das dann nicht  
n das unter dem  
fehlt dieser Be-  
der die Verle-  
aber der zweite.  
las erst seit dem  
s wissen wir erst  
Ludwig: Daß die  
t muß feststellen,  
eit immer direkt  
nicht zurückhal-  
reien. (Beifall bei  
ja die Diskussion  
ressanter, daher

alles nicht schon  
ich, freilich! Wir  
Male! — gefragt,  
sei. Wir haben  
die Antwort be-  
n gebaut werde,  
schaften zur Ver-  
? Wohnbaugesell-  
Eigentumsverwer-  
der zurück an die  
l für arme kleine  
ie Newag und die  
iel, daß auch sie  
s Eigentum über-  
Das war alles.  
ie ganze Zeit hin-  
Wir haben immer  
das, was dort ge-  
is gar nicht mög-  
dieser große Glas-  
eleuchtet ist, für  
orden ist, wie Sie  
t. Ob das alles für  
der Südstadt ge-  
Vielleicht kann  
„Mehr Licht ins  
sozial ist das nicht.  
nen wollte, müßte  
ite werden es gar  
wenn es dort so

ndesfinanzreferen-  
agt: Herr Landes-  
n Mitteln wurden  
er Südstadt finan-  
ber 1965 in einem  
dargelegt, wie das  
te — ich bitte Sie,  
— unter anderem:  
Südstadt wurden  
m 15. Jänner 1963

mit einstimmigem Beschluß folgende Mittel bewilligt..“ Da werden nun die entsprechenden Beträge angeführt. Als Summe werden 13.600.000S angegeben. Das war die Antwort des Herrn Landesfinanzreferenten. Er hat noch einen freundlichen Schlußsatz dazugeschrieben: „Die von Ihnen verlangte Auskunft hätte auch der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Tschadek erteilen können, da ihm die Unterlagen über die Regierungssitzung zugänglich sind und die Beschlußfassung auch mit seiner Stimme erfolgte.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Beschlüsse haben wir ohnehin gekannt. Auffallend war etwas anderes. Daß schon in dem Schreiben des Herrn Landesfinanzreferenten ein paar andere Regierungsbeschlüsse vergessen wurden, die man halt übersehen hat, das kann passieren. Das sind die Regierungsbeschlüsse vom 14. Juli 1955, 1. März 1955, 31. Mai 1960, 10. Oktober 1961, 13. November 1962. Diese Beschlüsse hat man in dem Schreiben tatsächlich übersehen. Wir haben das sogar von unserem Landeshauptmannstellvertreter Tschadek bekommen. Wir haben mehr gekriegt, als uns mitgeteilt wurde. Wir waren aber erstaunt darüber, wie billig man in der Südstadt bauen kann. Mit 13.600.000 S konnte man 1700 Wohnungen samt einem Glaspalast bauen! Heute hörten wir vom Herrn Kollegen Ludwig, man habe errechnet, daß eine Wohnung 350.000S kostet. Ich muß sagen: Billig ist das nicht! Wenn unsere Gemeinden und Ihre Gemeinden Wohnungen zu diesem Preis bauen müßten, wären sie alle schon bankrottgegangen und hätten keine Wohnungen erbauen können, denn die Herstellung einer Wohnung um 350.000 S ist ein sehr kostspieliges Unternehmen.

Dafür wurden 210.000 S aus der Wohnbauförderung gegeben. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, aus welchem Titel? Ich hörte heute wieder aus dem Munde des Herrn Abgeordneten etwas ganz anderes. Er sagte nämlich wörtlich — Sie werden es dann im Protokoll lesen können — „das Geld stamme nicht aus dem Konto Land Niederösterreich, Wohnbauförderung, sondern die Landesgesellschaften haben das Geld gegeben“. Das ist die dritte Darstellung.

Die erste Darstellung gab am 14. Februar Herr Landeshauptmannstellvertreter Müllner. Es hieß, wenn man die Situation nicht jetzt schnell bereinige, müsse man eine Versteuerung vornehmen und 280.000.000 S an Körperschaftssteuer leisten.

Die zweite Version stammt vom 17. Jänner: Das Geld hat gar nicht uns gehört, es gehört gar nicht den Gesellschaften. Dieses Geld

gehört dem Land Niederösterreich, es wird schon in die Voranschläge kommen. Wir werden es jetzt sanieren.

Die dritte Version, Abg. Ludwig: Nein, nicht das Land hat diese Wohnungen finanziert, sondern die Gesellschaften..

Hohes Haus! Ja, sieht man nicht ein, wohin wir uns schön langsam bewegen? Wir werden im Laufe der nächsten zwei Stunden wahrscheinlich noch drei verschiedene Darstellungen von Ihnen bekommen. Sie werden immer wieder sagen: Das ist alles korrekt. Das ist das gleiche, ob das jetzt Herr Generaldirektor Müllner ist, ob das Herr Landeshauptmannstellvertreter Müllner ist, ob das Herr Finanzreferent Müllner ist oder ob das der Schwiegervater Müllner ist; immer ist es das gleiche, und das sind wir: Müllner. Das ist das Land Niederösterreich. — Dagegen wehren wir uns, meine Damen und Herren!

Das ist es, was wir ankreiden. Ein Mann zieht einen Familienkonzern auf, und Sie sagen dazu, das sei alles in Ordnung. Was wollen Sie denn? Sie sagen, daß das alles zum Frommen und Nutzen des Landes geschehen ist. Es fehlt nur noch, daß Sie sagen, der arme Teufel, der das Ganze inszeniert hat, hat dabei ohnehin immer draufgezahlt. Er ist ja ohnedies ein Leidtragender bei der ganzen Angelegenheit. — Das würde nämlich noch zur Ergänzung fehlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt komme ich zum Antrag selbst. Ich wiederhole das, was schon mein Kollege Marsch gesagt hat. Wir können dem Punkt 1 nicht unsere Zustimmung geben. Die Darstellung, die Sie hier geben, ist für uns nicht akzeptabel. Sie entspricht nicht den Tatsachen und ist außerdem aufklärungsbedürftig. Hinsichtlich der weiteren Punkte stimmen wir zu. Wir machen aber für uns den Vorbehalt — wir müssen ihn ja machen: All das dann, wenn es erwiesen ist, daß das Geld dem Land Niederösterreich gehört. Denn es entsteht dabei noch eine andere Frage: Wenn die Darstellung des Herrn Generaldirektor Müllner vom 14. Februar richtig ist, daß es sich nämlich um eine sogenannte verdeckte Gewinnausschüttung handelt — das ist nämlich der Fachausdruck für diesen Vorgang — und es müßte Steuer bezahlt werden, dann könnte ja der Hohe Landtag, ab er will oder nicht, heute überhaupt keinen rückwirkenden Sanktionierungsbeschluß fassen. Ja, wir können uns doch nicht an einer Gesetzesverletzung mitschuldig machen, und das wäre eine Gesetzesverletzung. Stimmt also die Darstellung des Herrn Generaldirektors vom 14. Februar, dann könnten wir nicht zustimmen. Wir wissen es nicht. Wir sind daran



interessiert, daß diese Frage geklärt wird. Wir hoffen — ich sage ausdrücklich, wir hoffen —, daß die zweite Darstellung richtig ist und daß Herr Generaldirektor Müllner am 14. Februar entweder falsch beraten war oder sich irrte, als er meinte, wenn ihr mir das nicht beschließt, muß ich sofort zum Finanzamt gehen und eine Nachfatierung durchführen.

Wir hoffen, daß er sich geirrt hat, dann sind wir dafür, daß diese Gelder dem Lande zur Verfügung stehen, daß sie kontiert werden usw., obwohl ich sagen muß, das Ganze hat einen großen Schönheitsfehler, nämlich den, daß man diesen Beschluß nicht bereits vor sechs Jahren gefaßt hat, zu der Zeit, als der Herr Landesfinanzreferent Viktor Müllner diesen Vertrag geschlossen hat. Warum ist er nicht schon damals gekommen und hat gesagt: Meine Herren, hier bekommen wir Gelder, vereinnahmen wir das im Land, geben wir es nach den Richtlinien aus usw. Es ist sehr bedauerlich, daß man sechs Jahre gewartet hat. Ich nehme an, daß der Herr Landesfinanzreferent Resch von der ganzen Sache auch nichts gewußt hat und erst am 14. Februar daraufgekommen ist, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß er sonst nicht darauf gedrungen hätte, daß das präliminiert wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Landesfinanzreferent nicht sagt, da ist Geld, gebt es mir, denn ich kann es brauchen. Vielleicht hätten wir es nicht nur für den Bau der Südstadt ausgegeben. Vielleicht wäre nicht nur die Gstetten in der Südstadt saniert worden. Vielleicht wären auch einzelne Notstandsgebiete im Waldviertel saniert worden. Vielleicht hätten wir die Möglichkeit gehabt, auch einige Straßen zu bauen. Vielleicht hätten wir die Möglichkeit gehabt, einige Betriebe zu unterstützen, denn 420.000.000 S sind ein ganz schöner Betrag. Vielleicht hätte man das Geld in ganz Niederösterreich mehr streuen können und nicht nur alles auf einen Platz gegeben. Sicherlich hätte dann Kollege Ludwig nicht sagen können, aber dafür haben wir in Mödling einen schwarzen Bürgermeister, und das war uns die 420.000.000 S wert. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Stangler: Das ist der Stein des Anstoßes!*) Darf ich Ihnen ganz offen sagen, ob nun in der einen Gemeinde ein sozialistischer oder ein ÖVP-Bürgermeister ist, das wandelt sich. Einmal wird einer von Ihnen gewählt, dann wieder bekommen wir die Mehrheit. Was hat es für einen Sinn, zu sagen, hurra, jetzt haben wir um 420.000.000 S unseren Bürgermeister in Mödling gekauft. Das können wir nicht! Wir können nur hinausgehen und eine normale Wahlwerbung durchführen. (*Abg. Stangler:*

*Normale Wahlwerbung, das ist gut! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich muß sagen, es ist immer wieder interessant, wie sich die Mehrheit des Hauses aufführt. Sie jöhlt, schreit und freut sich über alles mögliche. (*Zwischenruf Abg. Stangler.*) Sie haben es gerade bewiesen, meine Herren, Sie haben es gerade getan. Sie sind die einzige Mehrheit in diesem Lande, die bewußt solche Szenen aufführt. (*Abg. Stangler: Und Sie führen ein Theater auf!*) Ich weiß, daß Ihnen das als Theater vorkommt, Herr Kollege Stangler! Uns kommt die Verwendung der 420.000.000 Schilling und all das, was bereits heute hier gesprochen wurde, nicht als Theater vor, das ist uns sehr, sehr ernst. Ich weiß, Sie haben schon das letztmal bei einer sehr ernsten Frage der Raxwerke gesagt, Sie machen Zwischenrufe aus Lustigkeit. Lesen Sie im Protokoll nach, Sie haben gesagt: „Ich kann auch aus Fröhlichkeit Zwischenrufe machen!“ Wir kennen Ihre Mentalität. Aber, meine Herren, so kann es doch nicht gehen! Wenn Sie daran interessiert sind, daß diese Gelder korrekt verwaltet und eingenommen werden, sind wir zu jeder Hilfe mit bereit. Wir werden daher Punkt 2, 3 und 4 zustimmen, aber ziehen Sie doch den Punkt 1 zurück und nehmen Sie nicht das Odium auf sich, daß Sie echte Unklarheiten — ich drücke mich sehr vorsichtig aus — nachträglich sanktionieren wollen.

Die Klarheit wird an den Tag kommen, ob so oder so. Da hilft kein Mehrheitsbeschluß des Landes, da hilft es nicht, wenn 31 Abgeordnete dieses Landtages sagen, für uns reicht das, was wir wissen, mehr wollen wir nicht wissen. Wir Sozialisten stehen auf dem Standpunkt, wir wollen über diese Vorgänge nicht mehr, wir wollen alles wissen. Die Karten — die Bücher — auf den Tisch legen und sagen: Wie ist es zugegangen? Wo sind die Schreiben? Was ist in der ganzen Sache geschehen? Und dann sind wir unter Umständen bereit, mit Ihnen gemeinsam zu beschließen, einen Strich darunter zu ziehen, weil wir Geschehenes nicht mehr ändern können. Aber zuerst muß die Öffentlichkeit Klarheit haben über das, was geschehen ist, und dann sind wir bereit, mit Ihnen gemeinsam einen Schlußstrich zu ziehen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT WEISS: Der nächste Redner ist Herr Abg. Dipl.-Ing. R o b l.

Abg. Dipl.-Ing. ROBL: Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Abg. Marsch hat sich sehr ausführlich mit der Conti-Bank befaßt, obwohl sie im Antrag der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei mit keinem Wort erwähnt wird. (*Staatssekretär Rösch:*

*Begreiflich!*,  
tär, was S!  
Reiter gesa  
Ihrem Kolle

Aber auch  
gen. In öste  
zu besitzen.  
schen Volksp  
der Aktien e  
nicht unters  
und den öst  
auch nicht  
sein. Fragen  
viele Spitze  
dort Mitakt,  
wird auch g  
schleiert, de  
habt, im Ha  
Sie uns heu  
die Sozialist  
lichkeit auf  
reichische G  
Conti-Bank,  
letzt wurde  
Anzeige zu  
Justizministe  
polizei. Wen  
liegt, dann r  
Urteil abgek  
geehrten Da  
gehen Sie au  
doch Inhaber  
diese Conti-  
BAWAG, die  
in Österreich  
Direktorpost  
rat, wir we  
setzten, daß au  
diese beidei  
(*Abg. Stang  
sein!*) Viellei  
diesen Austa  
ken gibt, au  
darüber zu  
zeitung“ uni  
schaftsgelder  
wahrscheinli  
den, finanzia  
In unseren  
genommen, o  
den Rabatte  
steuern oder  
ich vielleicht  
schon einmal  
kurz wiederh  
ministerium  
schon am 2.  
Genehmigung  
von 5700 Qu  
reich und im

st gut! — Hei-  
sagen, es ist  
sich die Mehr-  
ehlt, schreit  
che. (Zwischen-  
es gerade  
haben es gerade  
Mehrheit in die-  
he Szenen auf-  
Sie führen ein  
Ihnen das als  
illegale Stangler!  
der 420.000.000  
reits heute hier  
Theater vor, das  
weiß, Sie haben  
sehr ernsten  
gt, Sie machen  
. Lesen Sie im  
sagt: „Ich kann  
enrufe machen!“  
t. Aber, meine  
ht gehen! Wenn  
iaß diese Gelder  
ommen werden,  
bereit. Wir wer-  
zustimmen, aber  
zurück und neh-  
uf sich, daß Sie  
rückte mich sehr  
ch sanktionieren

Tag kommen, ob  
ehrheitsbeschluß  
it, wenn 31 Ab-  
sagen, für uns  
mehr wollen wir  
stehen auf dem  
r diese Vorgänge  
wissen. Die Kar-  
den Tisch legen  
Sagen? Wo sind  
ier ganzen Sache  
ir unter Umstän-  
neinsam zu be-  
unter zu ziehen,  
mehr ändern kön-  
fentlichkeit Klar-  
eschehen ist, und  
hnen gemeinsam  
t. (Beifall bei der

r nächste Redner  
l.  
r geehrte Damen  
rsch hat sich sehr  
Bank befaßt, ob-  
ibgeordneten der  
tei mit keinem  
tssekretär Rösch:

Begreiflich!) Sehr geehrter Herr Staatssekretär, was Sie vorhin zu unserem Präsident Reiter gesagt haben, das müßten Sie jetzt Ihrem Kollegen Marsch sagen.

Aber auch einige Worte zu Ihren Darlegungen. In Österreich ist es nicht verboten, Aktien zu besitzen. Gerade wir von der Österreichischen Volkspartei sind es, die für die Streuung der Aktien eintreten. In Österreich ist es auch nicht untersagt, Inhaber einer Bank zu sein, und den österreichischen Staatsbürgern ist es auch nicht untersagt, Mitgesellschafter zu sein. Fragen Sie in Ihren Parteikreisen, wie viele Spitzenfunktionäre der SPÖ da oder dort Mitaktionäre, Mitgesellschafter sind. Es wird auch gar nichts in der Conti-Bank verschleiert, denn Sie haben ja Gelegenheit gehabt, im Handelsregister das zu finden, was Sie uns heute hier gesagt haben. Ich möchte die Sozialistische Partei noch auf eine Möglichkeit aufmerksam machen. Wenn österreichische Gesetze durch Transaktionen in der Conti-Bank, die Sie aufgezeigt haben, verletzt wurden, dann haben Sie Gelegenheit, {Anzeige zu erstatten. Sie haben ja den Justizminister und den Chef der Wirtschaftspolizei. Wenn ein strafbarer Tatbestand vorliegt, dann müssen die Gerichte hierüber ihr Urteil abgeben. Vielleicht aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Linken, gehen Sie auf meinen Vorschlag ein. Sie sind doch Inhaber einer viel größeren Bank als diese Conti-Bank; Ihnen untersteht doch die BAWAG, die Bank für Arbeit und Wirtschaft in Österreich. Geben Sie uns dort einen Direktorposten und einen Sitz im Aufsichtsrat, wir werden uns dann sehr dafür einsetzen, daß auch Sie in der Continentalen Bank diese beiden Funktionen besetzen können. (Abg. Stangler: So großzügig wollen wir sein!) Vielleicht könnten wir dann, wenn es diesen Austausch zwischen den beiden Banken gibt, auch Gelegenheit haben, Näheres darüber zu erfahren, wie die „Kronenzeitung“ und der „Expres“ mit Gewerkschaftsgeldern der Sozialistischen Partei, die wahrscheinlich in die BAWAG eingelegt wurden, finanziert worden sind.

In unserem Antrag ist auch darauf Bezug genommen, ob Beträge, die die Niogas aus den Rabatten eingenommen hat, zu versteuern oder nicht zu versteuern sind. Darf ich vielleicht chronologisch, was heute hier schon einmal ausgesprochen worden ist, ganz kurz wiederholen. Festsieht, daß das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau schon am 2. November 1955 der Niogas die Genehmigung erteilt hat, auf einer Fläche von 5700 Quadratkilometern in Niederösterreich und im Burgenland nach festem, flüssi-

gem und gasförmigem Bitumen zu suchen und diese Stoffe auch abzubauen. Zweitens haben wir erfahren, daß mit Vertrag vom 12. Juni 1957 die Niogas die Schürfrechte beziehungsweise die Konzession der Österreichischen Mineralölverwaltung AG. käuflich übertragen hat. Drittens haben wir erfahren, daß auf Grund dieses Kaufvertrages die niederösterreichische Landesregierung vorerst 100.000.000 S in bar erhalten hat und sich die Österreichische Mineralölverwaltung verpflichtet hat, der Niogas einen Einführungsrabatt für zehn Jahre zu gewähren.

Am 29. Juli 1960, als also drei Jahre verstrichen waren und man feststellte, daß die Niogas in der Lage war, 400.000.000 Kubikmeter Erdgas zu beziehen, hat die niederösterreichische Landesregierung an die Niogas ein Schreiben gerichtet und darin die Niogas ersucht, aus den Vertragsabschlüssen die Rabatte, also die resultierenden wirtschaftlichen Vorteile, dem Land zugute kommen zu lassen. Die Landesregierung begründete ihren Antrag auch sehr ausführlich und wies darauf hin, daß Niederösterreich durch die zehnjährige Besetzung von 1945 bis 1955 allzu große Schäden erleiden mußte und daß die vielen Usia-Betriebe, die unter sowjetischer Verwaltung standen, nicht nach der österreichischen Rechts- und Wirtschaftsordnung geführt worden sind und damit dem Land Niederösterreich und den niederösterreichischen Gemeinden Steuereinkommen in großem Umfang entgangen sind.

Die Landesregierung verwies weiter darauf, daß in Niederösterreich kaum ERP-Mittel verwendet werden konnten, weil die damaligen Spender, die Amerikaner, die niederösterreichische Wirtschaft aus den uns allen bekannten Gründen nicht fördern wollten. Und aus dem Schreiben und aus dem Bericht geht auch hervor, daß nicht nur die niederösterreichische Landesregierung von all diesen Vorgängen wußte und darauf hingewiesen hat, sondern daß höchste Stellen des Staates ebenfalls damit befaßt waren und daß sie die Versicherung abgegeben haben, daß sie dem Land Niederösterreich helfen werden.

Die niederösterreichische Landesregierung hat daher den damaligen Bundeskanzler Julius Raab gebeten, sich für die Anliegen Niederösterreichs einzusetzen. Dieser hat von sich aus am 16. Jänner 1961 — dieses Datum 16. Jänner 1961 sollten wir uns merken — dem damaligen Bundesminister für Finanzen, Dr. Heilingsetzer — und nicht Dr. Klaus, das muß ich den Sozialisten laut und deutlich sagen — über diesen ganzen Fragenkomplex Mitteilung gemacht und auch zum Ausdruck

gebracht, daß dem Land Niederösterreich die aus diesen Verträgen resultierenden wirtschaftlichen Vorteile zugute kommen sollen. Weil diese Angelegenheit nicht sehr einfach war, hat er den Finanzminister gebeten, zu prüfen, ob diese von der ÖMV der Niogas gewährten Rabatte steuerfrei sind oder ob sie nach den österreichischen Steuergesetzen zu versteuern sind. Uns ist ja bekannt, daß von Körperschaften, die Einkommen haben, die Gewinn abwerfen, Körperschaftsteuer zu bezahlen ist. Nach dem Körperschaftsteuergesetz vom 16. Oktober 1934 sind alle Körperschaften, Personalvereinigungen und Vermögensmassen, die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben, körperschaftsteuerpflichtig. Aber in dem Fall wäre wahrscheinlich nicht allein Körperschaftsteuer zu bezahlen gewesen, sondern auch Gewerbesteuer, und diese beiden Steuern zusammen hätten die Summe von 280.000.000 S, von der immer wieder gesprochen wird, bei einem Rabattgewinn von 420.000.000 S ausgemacht. Es ging also darum, die Frage zu klären, ob diese Rabatte nach den österreichischen Steuergesetzen steuerpflichtig sind, zu veranlagen sind oder nicht.

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat mit Erlaß vom 14. Februar 1961 festgestellt, daß es sich um keine Gewinnausschüttung, sondern um eine abzugsfähige Betriebsausgabe handelt. Der Bundesminister für Finanzen hat diesen Erlaß der Finanzlandesdirektion für Wien und Niederösterreich zur Kenntnis gebracht, und die Finanzlandesdirektion hat ihrerseits mit Schreiben vom 4. März 1961 die zuständigen Finanzämter — das sind das Finanzamt für Gebühren und Verkehrssteuern und das Finanzamt für Körperschaften — mit dieser Frage sehr eingehend befaßt.

Ich darf Ihnen aus diesem Erlaß folgendes zur Kenntnis bringen: „Die ÖMV AG. hat sich gegenüber dem Land Niederösterreich zu einer verbilligten, 50 v. H. des Normalpreises (betragenden Lieferung von jährlich 400.000.000 Kubikmeter Erdgas auf die Dauer von zehn Jahren, das heißt bis 31. März 1968, verpflichtet. Da eine direkte Abwicklung zwischen dem Land Niederösterreich und der Österreichischen Mineralölverwaltung AG. nicht möglich war, wurde die Niogas eingeschaltet. Die Niogas, die gegenüber der ÖMV AG. keinen unmittelbaren Anspruch auf verbilligten Erdgasbezug hat, hat den Normalpreis des von der ÖMV AG. zum halben Preis bezogenen Erdgases in der Weise zu bezahlen, daß sie 50 v. H. des Normalpreises an die ÖMV und die restlichen 50 v. H. an das Land Niederösterreich entrichtet.“

Das steht klipp und klar im Erlaß des Finanzministeriums, der dann über die Finanzlandesdirektion auch dem Finanzamt für Körperschaften zugegangen ist. Wir müssen uns jetzt fragen, wo liegt hier eine Steuerhinterziehung vor, über die in den letzten Tagen in den sozialistischen Zeitungen und vor allem in der „Arbeiter-Zeitung“ so viel geschrieben worden ist? In dem Schreiben der niederösterreichischen Landesregierung an die Niogas, aber auch im Schreiben des Heran Bundeskanzlers an den Finanzminister und letzten Endes im Erlaß des Finanzministeriums sind alle diese Dinge klipp und klar aufgezeichnet und erklärt. Es ist daher gar nichts verheimlicht worden, die Dinge liegen völlig offen vor uns. Wie man auf sozialistischer Seite immer wieder betonen konnte, es handle sich um eine Steuerhinterziehung, ist mir wirklich ein Rätsel.

Es heißt in diesem Erlaß: „Die Niogas, die gegenüber der ÖMV keinen unmittelbaren Anspruch auf verbilligten Erdgasbezug hat...“ Es ist in diesem Erlaß auf den ganzen Abwicklungsmodus Bezug genommen und festgestellt, daß die rechtliche Qualifikation des Rabatts in Beziehung zur Niogas deutlich erkennbar ist.

Wenn heute hier behauptet wurde, daß bei der Niogas nichts verbüchert sei, dann muß ich sagen, daß das nicht stimmt, denn in den Büchern der Niogas ist zweifelsohne der Kaufpreis von 28 Groschen für das von der ÖMV gelieferte Erdgas enthalten. Und auch in den Bilanzen, im Geschäftsbericht war das zu finden. Herr Landesrat Kuntner nickt, weil er auch Aufsichtsratsmitglied ist und ihm bekannt ist, daß das im Geschäftsbericht stand.

Aber ich muß nach all den Darlegungen, die heute hier von Ihrer Seite gebracht wurden, fragen: Wenn jetzt das Aufsichtsratsmitglied ja sagt, warum hat es bisher dazu nicht Stellung genommen? Bisher haben Sie so getan, als ob Ihnen das alles verschleiert worden wäre, diese vom Finanzministerium und von der Finanzlandesdirektion getroffene Feststellung, daß kein steuerpflichtiger Tatbestand vorhanden, oder anders ausgedrückt, daß keine Gewinnausschüttung gegeben ist, sondern diese Rabatte eine abzugsfähige Betriebsausgabe sind. Ich glaube, auch Ihnen von der Sozialistischen Partei müßte das genügen. Also das ist wirklich unverständlich, wieso in den letzten Wochen so viel über Steuerhinterziehungen gesprochen worden ist und daß sich auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek als Mitglied der niederösterreichischen Landesregierung — er ist jetzt nicht da — auch dazu herbeigelassen hat, in das gleiche Horn zu blasen,

wo doch ge  
Fortentwick  
des sehr vi  
ebenfalls  
hinterziehun  
und Sie alle  
Niederösterr  
Dienst erwir  
Jahr und h  
Finanzausgli  
Glauben Sie  
ten oder de  
über diese D  
handeln hab  
haben? Wir  
dieser Bruni  
Österreich  
(Ruf bei de  
bei der ÖV  
sehr gering  
Ihrer Regier

Und nun c  
der „Arbeite  
hat es be  
280.000.000.“  
der „Arbeite  
Bund 280.000  
worden, und  
des damalig  
steht aber h  
Wissen des  
Klaus“. Zu e  
der Generald  
Pressekonfer  
Minister Kre  
Pittermann c  
damals muß  
tum der Erla  
ziehungsweis  
gangen ist. C  
die Bundesre  
am 25. Febr  
„Pittermann  
bekannt sein  
Transaktion  
schaft des K  
In der „Arb  
ist es der A  
zu der gan  
nimmt. Er se  
der will das  
was er versi  
pflicht nicht  
siehe da, plö  
Zeitung“ ge  
auf Grund  
schaftsteuer  
wunde am 10  
wollen sie b  
10. Februar

im Erlaß des  
ann über die  
dem Finanzamt  
en ist. Wir müs-  
liegt hier eine  
er die in den  
stischen Zeitun-  
rbeiter-Zeitung“  
n ist? In dem  
hischen Landes-  
auch im Schrein-  
nzlers an den  
Endes im Erlaß  
alle diese Dinge  
und erklärt. Es  
icht worden, die  
r uns. Wie man  
mer wieder be-  
um eine Steuer-  
h ein Rätsel.

„Die Niogas, die  
1 unmittelbaren  
n Erdgasbezug  
aß auf den gan-  
g genommen und  
he Qualifikation  
ur Niogas deut-

t wurde, daß bei  
t sei, dann muß  
imt, denn in den  
weifelsohne der  
für das von der  
ialten. Und auch  
tsbericht war das  
ntner nickt, weil  
l ist und ihm be-  
tsbericht stand.  
len Darlegungen,  
ite gebracht wur-  
as Aufsichtsrats-  
t es bisher dazu  
Bisher haben Sie  
alles verschleiert  
inanzministerium  
rektion getroffene  
erpflichtiger Tat-  
ders ausgedrückt,  
ung gegeben ist,  
abzugsfähige Be-  
rube, auch Ihnen  
ei müßte das ge-  
h unverständlich,  
ien so viel über  
prochen worden  
err Landeshaupt-  
adek als Mitglied  
Landesregierung  
auch dazu herbei-  
: Horn zu blasen,

wo doch gerade ihm am Aufbau und der Fortentwicklung der Wirtschaft unseres Landes sehr viel gelegen sein müßte. Da er ebenfalls Verdächtigungen über Steuerhinterziehungen ausgesprochen hat, hat er und Sie alle, die das getan haben, dem Lande Niederösterreich wahrlich keinen guten Dienst erwiesen. Sie wissen, daß nächstes Jahr und heuer noch über einen neuen Finanzausgleich verhandelt werden wird. Glauben Sie, daß Sie unserem Finanzreferenten oder dem Herrn Landeshauptmann, die über diese Dinge für Niederösterreich zu verhandeln haben, einen guten Dienst erwiesen haben? Wir sind der Meinung, daß Sie mit dieser Brunnenvergiftung das Land Niederösterreich schwerstens geschädigt haben. (Ruf bei der ÖVP: Sehr richtig! — Beifall bei der ÖVP.) Das zeigt also wahrlich ein sehr geringes Verantwortungsbewußtsein Ihrer Regierungsmitglieder.

Und nun chronologisch zu den Berichten in der „Arbeiter-Zeitung“. Am 17. Februar 1966 hat es begonnen. „Neuer Skandal um 280.000.000.“ Weiter heißt es in dem Artikel der „Arbeiter-Zeitung“: „Außerdem sind dem Bund 280.000.000 S an Steuern vorenthalten worden, und zwar offenbar mit dem Wissen des damaligen Finanzministers Klaus.“ Es steht aber hier nicht nur „offenbar mit dem Wissen des damaligen Finanzministers Klaus“. Zu einem späteren Zeitpunkt, als sie der Generaldirektor Müllner bereits auf einer Pressekonferenz aufgeklärt hatte, haben Minister Kreisky und der Herr Vizekanzler Pittermann die gleiche Lüge verbreitet, denn damals mußten sie wissen, zu welchem Datum der Erlaß der Finanzlandesdirektion beziehungsweise des Finanzministeriums ergangen ist. Obwohl Dr. Klaus erst später in die Bundesregierung eingetreten ist, heißt es am 25. Februar in der „Arbeiter-Zeitung“: „Pittermann sagt, Transaktionen mußten ihm bekannt sein.“ Er spricht ebenfalls von Transaktionen, die während der Ministerschaft des Kanzlers Klaus getätigt wurden. In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 27. Februar ist es der Außenminister Kreisky, der auch zu der ganzen Müllner-Debatte Stellung nimmt. Er sagt: „Der Finanzminister Klaus, der will das jetzt auf die Beamten abladen, was er versäumt hat, wo er die Obsorgepflicht nicht entsprechend erfüllt hat.“ Und siehe da, plötzlich wird in der „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben: „Die Vereinbarung, auf Grund der die Niogas keine Körperschaftssteuer von 280.000.000 S zahlen mußte, wurde am 10. Juni abgeschlossen.“ Dadurch wollen sie berichtigen, daß der Erlaß vom 10. Februar 1961 ist, daß dieser Erlaß der

Finanzlandesdirektion also von einem früheren Zeitpunkt stammt. Dr. Klaus ist erst am 11. April 1961 als Finanzminister in die Regierung eingetreten. Was heißt Vereinbarung? Der Herr Außenminister, der doch Jurist ist, spricht hier nur von einer Vereinbarung. Wir wissen doch, daß es sich um einen Erlaß des Finanzministeriums handelt und keinesfalls um eine Vereinbarung von irgend jemand. Dieser Erlaß, sehr verehrte Damen und Herren, ist also in Rechtskraft erwachsen. Man sollte sich wirklich über diese Dinge nicht so abfällig äußern und in Demagogie damit Wahlpropaganda betreiben. Wenn die SPÖ glaubt, daß sie damit Klaus und die gesamte Österreichische Volkspartei bei den Wählern in ein ungünstiges Licht bringen oder verteufeln kann, dann hat sie sich getäuscht, denn selbst in der „Arbeiter-Zeitung“ wurde die Frage gestellt: „Wie hieß der damalige Finanzminister?“ Es ist erwiesen, daß Dr. Klaus als Finanzminister mit diesen Dingen, meine sehr verehrten Herren — das müssen wir feststellen — wirklich nichts zu tun hatte, daß also diese Frage, als er Minister wurde, längst geregelt war. Und wenn Sie glauben, daß der Herr Sektionschef Heilingsetzer, der damals Finanzminister war, sich mit dem Körperschaftsteuergesetz und mit den anderen gesetzlichen Bestimmungen ausgekannt hat, dann möchte ich Ihnen sagen: Sicherlich wird er diese Dinge besser verstanden haben als jene Verleumder, die in der Sozialistischen Partei sitzen und die diese Frage so dargestellt haben, als sei es eine Steuerhinterziehung. (Beifall bei der ÖVP.)

Begeben wir uns einmal vom niederösterreichischen Boden etwas weg. Vielleicht darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf ein anderes Bundesland lenken. Wie man nämlich aus Kärntner Kreisen hört, gewährt der Verbundkonzern für die im Draukraftwerk gewonnene Energie der Kelag seit zehn Jahren jährlich eine Subvention oder einen Rabatt. Dieser Rabatt soll schon einen Betrag von 50.000.000 S betragen. Diese Bonifikation für die Kärntner Kelag läuft unter dem Rechtstitel „Unterstützung des Landes Kärnten durch Nutzung des Kärntner Wassers zur Stromerzeugung.“ Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Marsch, der sich mit diesen Dingen in Niederösterreich so eingehend befaßt hat, scheinen diese Subventionen im Voranschlag des Kärntner Landtages, der Kärntner Landesregierung auf? (Abg. Marsch: Wir sind in Niederösterreich!) Wenn nicht, und das ist der Fall, wer verfügt dann in Kärnten über diese Mittel? Auch da wäre es wirklich einmal an der Zeit, die Dinge zu verfolgen. Ich

frage nun laut und deutlich: Ist das, was bei Wedenig und Sima in Kärnten eine zulässige Unterstützung ist, bei Steinböck, Figl und Hartmann in Niederösterreich ein verschleierter Gewinn? Sie stellen es so dar. Es ist absolut nicht meine Art, in fremde Häfessel zu gucken, aber kann mir vielleicht von Ihrer Seite jemand erklären, wo diese Millionenbeträge in Kärnten verbucht worden sind?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber noch eine andere Frage! Weil wir schon beim Läusesuchen sind, möchte ich noch etwas, das heute schon zur Debatte stand, erwähnen, nämlich die 100.000.000 S, die die Österreichische Mineralölverwaltung dem Land Niederösterreich auf Grund dieses Vertrages gegeben hat. Sind diese nach dem Körperschaftsteuergesetz versteuert worden? Dies ist auch nicht der Fall. Sie wurden nicht versteuert, nur hat man damals keinen Skandal gemacht. Und noch eine Frage, die Ihnen vielleicht nicht angenehm ist, wenn man sie wieder aufrührt und davon etwas sagt. Wir wissen, bei den verstaatlichten Unternehmungen gibt es solche, die Gewinne abwerfen, und auch solche, die notleidend sind. Die florierenden Betriebe sind verpflichtet, den notleidenden Beträge, Subventionen, zu gewähren, um die Defizite zu decken. Während also die Rabattgelder der Niogas durch einen Erlaß, der in Vollziehung eines Gesetzes erlassen worden ist, steuerfrei gestellt worden sind, gibt es bei der Subventionierung verstaatlichter Unternehmungen auch einen Gesetzesbeschluß, der die Möglichkeit gibt, Gelder — gigantische Summen, muß ich aber sagen — von einem Unternehmen dem anderen zuzuweisen. Wer kontrolliert das im Bund? Weder der Finanzminister noch die Bundesregierung. Der Herr Vizekanzler allein, der ist dafür zuständig, diese Millionen von der rechten in die linke Westentasche zu geben. Aber dazu schweigen eigenartigerweise die Sauberkeitsapostel der „Arbeiter-Zeitung“ und des „Expresß“. Sie müssen es ja tun, denn wenn man die Dinge näher betrachtet und die Zusammenhänge kennt, wird es einem klar. Vizekanzler Pittermann übt nämlich auch die Funktion eines Aufsichtsratsvorsitzenden im roten Vorwärts-Verlag aus. Da wird man sich doch nicht gegen den Parteichef den Mund verbrennen.

Darf ich mich zum Schluß noch mit Abgeordneten Marsch beschäftigen, weil auch in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 27. Februar dieses Jahres die Rede davon war, daß Millionen verwirtschaftet wurden. Wenn der Herr Abg. Marsch laut „Arbeiter-Zeitung“ von einer Verwirtschaftung von Geldern spricht, dann glaube ich, daß er diese Be-

schuldigung an die falsche Adresse gerichtet hat. Der Herr Staatssekretar Rösch weiß schon, weil er auf mich herzeigt, was ich meine. Wollte die Sozialistische Partei in Niederösterreich etwa nicht, daß die durch die Errichtung der Südstadt, die Errichtung von Wohnungen und die Verlegung der Betriebsstätte hereinkommenden Steuern künftighin den niederösterreichischen Gemeinden zugute kommen? Es handelt sich in erster Linie um die Grundsteuer, aber auch um andere von den Gemeinden vereinnahmte Steuern. Wenn Sie, Herr Abg. Marsch, von Verwirtschaftung sprechen und so tun, als seien Sie ein Wirtschaftsfachmann, denn nur ein solcher darf sich Urteile dieses Ausmaßes erlauben, dann möchte ich Ihnen empfehlen, Ihre guten Ratschläge Pittermann und Proksch zu geben, die Ihnen dafür sehr dankbar sein müßten. (Beifall bez der ÖVP.) Verzeihung, ich meine natürlich den Verkehrsminister Probst mit seinem Defizit bei den Bundesbahnen. (Abg. Staatssekretar Rösch: Das macht nichts!) Dieser wurde wirklich gute Ratschläge brauchen wie auch der Herr Vizekanzler, der doch für die verstaatlichten Unternehmungen zuständig ist und sicherlich Sorge hat, wie er auf die Dauer die Firma Hofherr & Schrantz und die Trauzl-Werke über Wasser halten und die Defizite aus florierenden Betrieben der verstaatlichten Unternehmungen decken kann. Ich kann nur dasselbe sagen, was vorhin der Herr Staatssekretar Rösch so breit ausgeführt hat. Wenn Sie ein Wirtschaftsfachmann sind und Ordnung schaffen können, dann werden uns viele Millionen Schilling für den Familienlastenausgleich und den Wohnbau zufließen, und wir werden auch die Lohnsteuersenkung verwirklichen können. Herr Abg. Marsch, wenn Sie dieses Konzept erfunden haben, leihen Sie es bitte her, damit in diese Betriebe endlich Ordnung kommt.

Im Jahre 1956 hat uns die Sozialistische Partei vorgeworfen, wir wollten das Erdöl verschachern, worauf heute schon hingewiesen wurde. Es waren also „Erdölwahlen“. Diese Auseinandersetzung ist den Sozialisten im Wahlkampf 1956 nicht gut bekommen, denn wenn ich Ihnen das Ergebnis in Erinnerung rufen darf, ging die Wahl damals mit 82 zu 74 Mandaten für die ÖVP aus. Und in jenem Bundesland, wo die Erdöl- und Erdgasvorkommen auftreten, nämlich im Viertel unter dem Manhartsberg, hat die Österreichische Volkspartei 59,5 Prozent und die Sozialistische Partei 35,2 Prozent der Stimmen erhalten. Auch damals haben die österreichischen Wähler richtig geurteilt und gewußt, daß man sich auf die ÖVP sowohl in

Niederösterreich  
gebiet besser  
mit Skandale  
gewinnen kai

PRÄSIDENT

Herr Abg. M

Abg. MAE

geordneter E

Wahlpropaga

Sie nicht, da

worte. Ich m

nicht, wie S

lung vom ni

den Kärntnei

nicht mit Ihn

allein (Abg.

der Herr St

weise hat ma

möchte nur z

Stellung neh

den verstorb

die Diskussio

Erachtens va

wußt hat, w

beschluß vorl

solcher währ

gefaßt wurde

verwenden, o

brauchen den

teichs, was

er auch unse

(Abg. Dipl.-I

Krokodilsträn

schaftsfachma

geordneter I

rungszeichen!

gen über ein

lich über d

Ges. m. b. H

Newag gehör

teilte, in ke

rates erwähnt

Wirtschaftsfa

daß 23.000.00

wirtschaftet

Eigentümer g

jetzt sagen v

wirtschaftung

port Ges. m.

Nachfolgerin

Ges. m. b. H.

mals drei Dir

dieser Gesells

machte. Dann

Wissen Sie, w

Sie genau auf

Aero-Transpo

schaft verdier

Newag ihre

am 1. März 1966

adresse gerichtet  
 für Rösch weiß  
 zeigt, was ich  
 ische Partei in  
 daß die durch  
 die Errichtung  
 rlegung der Be-  
 n Steuern künf-  
 chen Gemeinden  
 t sich in erster  
 aber auch um  
 n vereinnahmt  
 Abg. Marsch, von  
 und so tun, als  
 Mann, denn nur  
 dieses Ausmaßes  
 hnen empfehlen,  
 Rittermann und  
 dafür sehr dank-  
 i der ÖVP.) Ver-  
 den Verkehrs-  
 Defizit bei den  
 sekretär Rösch:  
 würde wirklich  
 ie auch der Herr  
 ie verstaatlichten  
 ist und sicherlich  
 Dauer die Firma  
 ie Trauzl-Werke  
 die Defizite aus  
 r verstaatlichten  
 nn. Ich kann nur  
 der Herr Staats-  
 eführt hat. Wenn  
 n sind und Ord-  
 werden uns viele  
 Familienlasten-  
 zufließen, und  
 euersehung ver-  
 g. Marsch, wenn  
 en haben, leihen  
 ese Betriebe end-  
 die Sozialistische  
 rollten das Erdöl  
 schon hingewie-  
 „Erdölwahlen“.  
 st den Sozialisten  
 gut bekommen,  
 Ergebnis in Erin-  
 Wahl damals mit  
 ÖVP aus. Und in  
 Erdöl- und Erd-  
 ämlich im Viertel  
 hat die Öster-  
 Prozent und die  
 Prozent der Stim-  
 haben die öster-  
 geurteilt und ge-  
 e ÖVP sowohl in

Niederösterreich als auch im ganzen Bundes-  
 gebiet besser verlassen kann und daß man  
 mit Skandalen vor den Wahlen keine Wahlen  
 gewinnen kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort kommt der  
 Herr Abg. Marsch.

Abg. MARSCH: Hohes Haus! Herr Abge-  
 ordneter Robl, soweit Sie in Ihrer Rede  
 Wahlpropaganda betrieben haben, erwarten  
 Sie nicht, daß ich Ihnen hier darauf ant-  
 worte. Ich muß Ihnen sagen, ich würde auch  
 nicht, wie Sie bemerkten, einer Übersied-  
 lung vom niederösterreichischen Landtag in  
 den Kärntner Landtag zustimmen. Ich werde  
 nicht mit Ihnen gehen, versuchen Sie es doch  
 allein (*Abg. Dipl.-Ing. Robl: Vielleicht geht  
 der Herr Staatssekretär Rösch!*), möglicher-  
 weise hat man dort einen Platz für Sie. Ich  
 möchte nur zu einigen Punkten rein sachlich  
 Stellung nehmen. Ich (bedauere, daß Sie auch  
 den verstorbenen Landeshauptmann Figl in  
 die Diskussion gezogen haben, der meines  
 Erachtens von diesen Vorfällen nichts ge-  
 wußt hat, weil darüber kein Regierungs-  
 beschluß vorhanden ist beziehungsweise ein  
 solcher während seiner Regierungszeit nicht  
 gefaßt wurde. Wenn Sie hier seinen Namen  
 verwenden, dann sage ich Ihnen, Sie miß-  
 brauchen den Namen Ihres ehemaligen Par-  
 teichefs, was wir um so mehr bedauern, weil  
 er auch unser Landeshauptmann gewesen ist.  
 (*Abg. Dipl.-Ing. Robl: Vergießen Sie keine  
 Krokodilstränen!*) Wenn Sie mich als Wirt-  
 schaftsfachmann bezeichnet haben... (*Ab-  
 geordneter Dipl.-Ing. Robl: Unter Anfüh-  
 rungszeichen!*) Sie haben meine Ausführun-  
 gen über einen konkreten Fall zitiert, näm-  
 lich über die Aero-Transport-Flugbetrieb  
 Ges. m. b. H., die laut Handelsregister der  
 Newag gehört und, wie ich heute schon mit-  
 teilte, in keinem Beschluß des Aufsichts-  
 rates erwähnt wurde. Man braucht also kein  
 Wirtschaftsfachmann sein, um festzustellen,  
 daß 23.000.000 S für ein Unternehmen ver-  
 wirtschaftet wurden, das zweimal seinen  
 Eigentümer gewechselt hat. Was ich Ihnen  
 jetzt sagen werde, bezeichne ich als Ver-  
 wirtschaftung von Geldern. Die Aero-Trans-  
 port Ges. m. b. H. wurde im Jahre 1957 als  
 Nachfolgerin der Fliegergruppe Donauland  
 Ges. m. b. H. gegründet, und zwar waren da-  
 mals drei Direktoren der Newag Eigentümer  
 dieser Gesellschaft, welche gewisse Geschäfte  
 machte. Dann ist es mit ihr bergab gegangen.  
 Wissen Sie, was dann geschah? Bitte, passen  
 Sie genau auf, damit Sie die Entwicklung der  
 Aero-Transport kennen. Als diese Gesell-  
 schaft verdiente, haben die drei Herren der  
 Newag ihre Aktienanteile an die Conti-

Bank abgetreten. Und wissen Sie, was dann  
 passierte? Anfangs hat diese Gesellschaft  
 wohl Geschäfte getätigt, aber dann ist es  
 rapid bergab gegangen. Zuerst waren es  
 3.000.000 S Schulden, dann 5.000.000, später  
 10.000.000, dann 15.000.000, und jetzt sollen es  
 bereits 23.000.000 S sein. Beim Schulden-  
 stand von 15.000.000 S ist folgendes ein-  
 getreten, und das bezeichne ich als Verwirt-  
 schaftung, dazu braucht man kein Wirt-  
 schaftsexperte sein. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)  
 Am 18. September 1961 wurde ein Ab-  
 tretungsvertrag abgeschlossen, mit dem die  
 Newag die Gesellschaft, die der Conti-Bank  
 gehörte, samt ihrer Schuldenlast wieder zu-  
 rückübernahm. Dieser Vertrag erfolgte auf  
 Grund eines Briefes des Aufsichtsratsprä-  
 sidenten, das war Müllner, in dem die Newag  
 ausdrücklich beauftragt wird, die Aero-  
 Transport-Gesellschaft zu übernehmen. Zu  
 diesem Zeitpunkt ist die Newag wiederum  
 Eigentümerin dieser Gesellschaft geworden.  
 Ich erkläre hier schwarz auf weiß, es ging  
 damals darum, diese Millionenverluste zu  
 vertuschen. Sagen Sie doch, daß meine Be-  
 hauptungen nicht wahr sind, dann kann ich  
 dem nur entgegenhalten, daß in diesem Fall  
 die Grundbuchauszüge falsch sein müßten.

Weiter hat der Herr Abgeordnete — ich  
 möchte mich nur mit einigen dieser Fragen  
 befassen — gesagt, daß die Conti-Bank mit  
 keinem Wort in Ihrem Antrag erwähnt  
 wurde. Aber Sie werden mir alle zugeben,  
 meine Herren, es ist bereits allgemein-  
 bekannte Tatsache, daß dieses Konto bei der  
 Conti-Bank besteht. Daher spielt die Con-  
 tinentale Bank AG. dabei eine große Rolle,  
 und daher spielen die Eigentümer dieser  
 Bank, die Aktionäre, ebenfalls eine große  
 Rolle, weil sie bei diesen finanziellen Be-  
 wegungen ihre Dividenden bekommen. Und  
 es war bereits ein Millionenbetrag, der da-  
 mals an jene ausbezahlt wurde, die ihnen die  
 Geschäfte zugespielt haben, wiederum unter  
 anderem den höchsten Anteil an Herrn  
 Viktor Müllner, Generaldirektor.

Zur Konzession, die Sie erwähnt haben, sei  
 mir auch ein Hinweis gestattet. Wenn Sie  
 sagen, daß das Land der ÖMV diese Kon-  
 zession um 100.000.000 S gegeben hat, so ist  
 dazu festzustellen, was Sie genau wissen,  
 weil Sie wahrscheinlich damals schon im  
 Landtag waren, daß das hier beschlossen  
 wurde, das wurde alles ganz klar beschlos-  
 sen zur Erhöhung des Aktienkapitals. (*Ab-  
 geordneter Ing. Robl: Das hat mit der Steuer  
 nichts zu tun, wenn es da beschlossen wird!*)  
 Habe ich jemals, hat irgend jemand von  
 unserer Seite jemals behauptet, daß diese  
 100.000.000 S zu versteuern wären? Sie sind

leider schlecht beraten. Ich kann Ihnen sagen: ich habe meine Informationen von einem ein bißchen besseren Berater. Und jetzt hören Sie einmal zu. (Abg. Ing. Robl: Aha! Das müssen wir uns merken!) Das wird gut sein, damit Sie nicht solche falsche Behauptungen aufstellen. (Anhaltende Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Wenn es nämlich darum geht, daß ein Land, wie es Viktor Müllner am 14. Februar behauptet hat, als Eigentümer eine Dividende bekommt — Müllner hat damals gesagt: 11 Prozent —, dann muß das Land, weil es mit mehr als einem Viertel beteiligt ist, keine Körperschaftsteuer für Dividenden, wenn die Niogas sie ausbezahlt hätte, entrichten. Wissen Sie, warum? Weil es im Gesetz — und das lassen Sie sich zitieren, das richtige, nicht das falsche! — eine Schachtelbegünstigung gibt (Abg. Ing. Robl: Wir reden nur von der Niogas!) — ich rede auch von der Niogas! — die ausdrücklich feststellt (Weitere Zwischenrufe.), daß, wenn ein Teilhaber, also in dem Fall das Land Niederösterreich, von einer Gesellschaft, bei der es mit mehr als einem Viertel beteiligt ist — und in dem Fall ist das Land an der Niogas mit 50 Prozent [beteiligt] — die Schachtelbegünstigung in Anspruch nehmen kann und dafür selbst als Land keine Steuern zu zahlen braucht und ebenfalls keine Kapitalertragsteuer, so heißt nämlich die zweite Steuer, die dabei eingehoben wird, und nicht anders, wie Sie glauben.

Das ist eindeutig geklärt. Aber etwas anderes ist nicht geklärt, aber darauf kommen Sie nicht zu sprechen, und daher muß ich es Ihnen sagen. Sie sprechen von einem „Einführungsrabatt“, der gewährt wurde. Wenn es ein Einführungsrabatt ist, dann wird Ihnen jeder Kaufmann und jeder, der bilanzieren kann, sagen, daß das ein Teil des Gewinnes ist. Hier sagt ausdrücklich die Österreichische Mineralölverwaltung in ihrem Vertrag mit der Niogas, nicht mit dem Land, daß dieser Einführungsrabatt zum Zweck des Ausbaues des Verteilungsapparates der Niogas gewährt wurde. Ich frage Sie — wir wissen ja noch immer nicht, für was diese Gelder wirklich verwendet wurden —, ist das auch da drinnen gestanden, daß Sie aus diesem Geld Wohnbauförderungen an gewisse Leute geben, während andere auf Landesmittel zur Wohnbauförderung so dringend warten, obwohl sie nur ein Zehntel bekommen hätten?

Sie sagen dann — und da bezichtigen Sie uns sogar der Unwahrheit —, dieser Erlaß des Finanzministeriums wäre vom 14. Fe-

bruar 1961. Ich weiß es nicht. Sie schreiben es in der Begründung Ihres Antrages. Aber ich weiß, daß Herr Viktor Müllner am 14. Februar ausdrücklich gesagt hat: Es handelt sich nicht um einen Erlaß, es handelt sich um eine Vereinbarung vom 10. Juni 1961, also unter der Ministerschaft des damaligen Herrn Finanzministers Dr. Klaus. Was ist nun wahr? Das, was Herr Müllner am 14. Februar gesagt hat, oder das, was Sie heute in Ihrem Antrag behaupten? Müllner hat ja dazu gesagt — er hat es gesagt —, daß 280.000.000 S Körperschaftsteuer zu bezahlen wären. Nicht wir haben das gesagt, sondern er hat es gesagt. Er hat gesagt, er müßte nachzahlen, und er müßte diese 280.000.000 S Steuer nachzahlen. Ja, meine Herren, wenn der Generaldirektor solche Auskünfte gibt und dann andererseits wieder von Erlässen gesprochen wird, die er gar nicht kennt, dann muß ich Sie schon fragen: Was ist wirklich richtig?

Herr Kollege Robl, eines fondere ich Sie sehr deutlich auf. Beweisen Sie mir bitte, wenn Sie von der Landesregierung sprechen: Wann wurde ein Landesregierungsbeschluß bezüglich dieser Rabattführung gefaßt? Wann unter Steinböck, wann unter Figl oder wann unter Hartmann? Sagen Sie mir das! Wann hat es solche Beschlüsse gegeben? Wir hören nur immer von diesen beiden Schreiben, die Sie auch jetzt zitiert haben, die niemals in der Landesregierung — weder zu dieser Zeit noch später — beschlossen wurden.

Ich möchte abschließend sagen: Die Annahme der Steuerhinterziehung, die von Herrn Müllner selbst festgestellt wurde, ist vielleicht, wie er jetzt glaubt, nicht gegeben. Das wird noch Gegenstand von Überprüfungen sein, die die Bundesdienststellen vorzunehmen haben. Uns geht es hier — das habe ich ausdrücklich erwähnt, und das haben auch meine Kollegen erwähnt — darum, daß man Klarheit in diese Sache hineinbekommt. Und deshalb wollen Sie doch bitte nicht in dem ersten Absatz Ihres Antrages jetzt einfach im vorhinein eine Sanktionierung für etwas geben, wo Sie sehen, daß noch und noch widersprechende Urteile vorhanden sind. Ziehen Sie daher diesen Ihren Antrag zurück! Es ist notwendig, den Sachverhalt zu klären. Machen Sie sich nicht mitschuldig an Dingen, die außerhalb des Gesetzes stehen! (Beifall bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT WEISS: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichters zichte.

PRÄSIDENT  
Abstimmung  
Abstimmung d  
Punkt 1  
Punkte 2, 3  
mung bring

(Nach Ab  
Dringlichke  
Reiter una  
haushaltsm  
flüsse.) Mit  
Abstimmun  
Dringlichke

Wir gela  
des vierten  
Ich ersuche  
chem gemäß  
Landtages  
zufällt, um

Berichter!  
Haus! Es h  
um den D  
neten Mars  
ner, Blabd  
hartl, Gra  
Kaiser, K  
Peyerl, Ro  
Sigmund,  
treffend die  
direktors d  
sidenten d  
mannstelle

Im Rahn  
stattgefunde  
einer am  
Pressekonfe  
der Newag  
Niogas, Lar  
Viktor Mü  
gegeben, da  
die der Ni  
mit der Öl  
Erdgas zuf  
zugeführt, s  
reich weite  
sei Zwecke  
Landes in  
gung zur  
das Land s  
jenen gewä  
Newag und  
Maria-Enze

Eine di  
zwischen de  
Landeshaup  
Müllner un  
nen hohen  
abgeschlossen



it. Sie schreiben  
Antrages. Aber  
r Müllner am  
agt hat: Es han-  
rlaß, es handelt  
vom 10. Juni  
erschaft des da-  
ters Dr. Klaus.  
as Herr Müllner  
der das, was Sie  
supten? Müllner  
es gesagt —, daß  
teuer zu bezah-  
das gesagt, son-  
hat gesagt, er  
er müßte diese  
ihlen. Ja, meine  
ldirektor solche  
nderseits wieder  
ird, die er gar  
Sie schon fragen:

fondere ich Sie  
n Sie mir bitte,  
gierung sprechen:  
gierungsbeschluß  
ührung gefaßt?  
ann unter Figl  
? Sagen Sie mir  
chlüsse gegeben?  
n diesen beiden  
;zt zitiert haben,  
gierung — weder  
r — beschlossen

sagen: Die An-  
ehung, die von  
estellt wurde, ist  
ot, nicht gegeben.  
von Überprüfun-  
lienstellen vor-  
t es hier — das  
wähnt, und das  
gen erwähnt —  
, in diese Sache  
ialb wollen Sie  
cten Absatz Ihres  
1 vorhinein eine  
geben, wo Sie  
widersprechende  
ziehen Sie daher  
k! Es ist notwen-  
ären. Machen Sie  
dingen, die außer-  
(Beifall bei der

ie Rednerliste ist  
terstatter hat das

Berichterstatter Abg. BRUNNER: Ich ver-  
zichte.

PRÄSIDENT WEISS: Wir kommen zur  
Abstimmung. Ich werde eine getrennte Ab-  
stimmung durchführen lassen und zuerst den  
Punkt 1 des Antrages und nachher die  
Punkte 2, 3 und 4 unter einem zur Abstim-  
mung bringen.

(Nach Abstimmung über den Punkt 1 des  
Dringlichkeitsantrages der Abg. Brunner,  
Reiter und Genossen, betreffend Niogas,  
haushaltsmäßige Erfassung fälliger Rück-  
flüsse:) Mit Mehrheit a n g e n o m m e n. (Nach  
Abstimmung über die Punkte 2, 3 und 4 des  
Dringlichkeitsantrages:) A n g e n o m m e n.

Wir gelangen nunmehr zur Behandlung  
des vierten Dringlichkeitsantrages, Zl. 167.  
Ich ersuche den Herrn Abg. M a r s c h, wel-  
chem gemäß § 42 der Geschäftsordnung des  
Landtages die Aufgabe des Berichterstatters  
zufällt, um seinen Bericht.

Berichterstatter Abg. MARSCH: Hohes  
Haus! Es handelt sich bei dem Antrag 167  
um den Dringlichkeitsantrag der Abgeord-  
neten Marsch, Anderl, Bieder, Binder, Bir-  
ner, Blabolil, Dr. Brezovszky, Czidlik, Ger-  
hartl, Graf, Grünzweig, Helm, Jirovetz,  
Kaiser, Körner, Kosler, Mondl, Niklas,  
Peyerl, Rohata, Rösch, Schneider Viktor,  
Sigmund, Thomschitz und Wiesmayr, be-  
treffend die Abberufung des Herrn General-  
direktors der Newag und Aufsichtsratsprä-  
sidenten der Niogas, Herrn Landeshaupt-  
mannstellvertreter a. D. Viktor Müllner.

Im Rahmen einer am 14. Februar 1966  
stattgefundenen Besprechung wie auch bei  
einer am 17. Februar 1966 abgehaltenen  
Pressekonferenz hat der Generaldirektor  
der Newag und Aufsichtsratspräsident der  
Niogas, Landeshauptmannstellvertreter a. D.  
Viktor Müllner, von sich aus bekannt-  
gegeben, daß rund 420.000.000 S an Rabatten,  
die der Niogas auf Grund eines Vertrages  
mit der ÖMV für von letzterer geliefertes  
Erdgas zuflossen, nicht dem Unternehmen  
zugeführt, sondern an das Land Niederöster-  
reich weitergeleitet wurden. Dieser Betrag  
sei Zwecken der Wohnbauförderung des  
Landes in der Weise und unter der Bedin-  
gung zur Verfügung gestellt worden, daß  
das Land seine Wohnbauförderungsdarlehen  
jenen gewähren sollte, die Dienstnehmer der  
Newag und Niogas sind und in der Südstadt  
Maria-Enzersdorf siedeln wollten.

Eine diesbezügliche Vereinbarung sei  
zwischen dem Aufsichtsratspräsidenten Herrn  
Landeshauptmannstellvertreter a. D. Viktor  
Müllner und einem mittlerweile verstorben-  
en hohen Funktionär der Landesregierung  
abgeschlossen worden.

Dazu ist zunächst festzustellen, daß, falls  
diese Behauptung stimmt, eindeutig der  
zwischen ÖMV und der Niogas am 7. Juni  
1957 geschlossene Vertrag, betreffend Erd-  
gaslieferung und Erdgasbezug, verletzt  
wurde, weil gemäß § 3 Abs. 3 dieses Ver-  
trages für die im Abs. 4 fixierte Anlaufzeit —  
1. Juni 1957 bis 31. Mai 1967 — der Niogas  
von der ÖMV „mit Rücksicht auf die mit  
dem notwendigen raschen Aufbau eines  
leistungsfähigen Verteilungsapparates ver-  
bundenen Schwierigkeiten“ ein Einführungs-  
rabatt gewährt wurde. Der Zweck dieses  
Einführungsrabattes ist somit klar umschrie-  
ben und wäre dieser durch die getroffene  
Vereinbarung einer völlig zweckwidrigen  
Verwendung zugeführt worden.

Nach den eigenen Behauptungen des Herrn  
Aufsichtsratsvorsitzenden der Niogas liegt  
für diese Manipulationen kein Beschluß des  
Gesamtvorstandes der Niogas und auch keine  
Genehmigung des Aufsichtsrates vor. Dazu  
muß festgestellt werden, daß gemäß § 99 des  
Aktiengesetzes für den Aufsichtsrat und  
selbstverständlich in erster Linie auch für  
den Präsidenten des Aufsichtsrates die Be-  
stimmungen des § 84 des Aktiengesetzes  
über die Sorgfaltspflicht und Verantwortlich-  
keit der Vorstandsmitglieder sinngemäß gel-  
ten. Letztere haben nämlich bei ihrer Ge-  
schäftsführung die Sorgfalt eines ordent-  
lichen und gewissenhaften Geschäftsleiters  
anzuwenden. Es erscheint mit diesem Gebot  
unvereinbar, wenn Transaktionen der ge-  
nannten Art ohne Befassung des Gesamt-  
Vorstandes und des Gesamtaufichtsrates  
durchgeführt wurden, abgesehen davon, ob  
sie mit Rücksicht auf die dargestellte Rechts-  
lage auf Grund des Vertrages überhaupt  
rechtlich möglich gewesen wären.

Da hier ein Vertrauensmißbrauch höchsten  
Ausmaßes gegeben erscheint und die Gefahr  
besteht, daß sich ein solcher Mißbrauch  
wiederholen könnte, stellen die Gefertigten  
folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Herr Landeshauptmann wird auf-  
gefordert:

„1. in seiner Eigenschaft als Vertreter des  
Alleinaktionärs, des Landes Niederösterreich,  
in der Newag und Repräsentant der Haupt-  
versammlung dem Herrn Landeshaupt-  
mannstellvertreter a. D. Viktor Müllner das  
Vertrauen zu entziehen und gemäß § 75  
Abs. 4 des Aktiengesetzes im Aufsichtsrat  
der Newag zu beantragen, dessen Bestellung  
zum Vorstandsmitglied und die Ernennung  
zum Generaldirektor dieser Gesellschaft mit  
sofortiger Wirkung zu widerrufen,

2. in seiner Eigenschaft als Präsidiarmitglied der Niogas gemäß § 87 Abs. 3 des Aktiengesetzes zu beantragen, daß die Hauptversammlung die Bestellung des Herrn **Landeshauptmannstellvertreters** a. D. Viktor Müllner zum Aufsichtsratsmitglied der genannten Gesellschaft mit sofortiger Wirkung widerruft."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und dann abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort gelangt Herr Abg. Kienberger.

Abg. KIENBERGER: Herr Präsident! Hoher Landtag! Durch diesen Antrag wird der Landtag zum Volkstribunal. Wir sind immer noch in einem westlichen Staat, wo man nur dann verurteilt werden kann, wenn man vor ein Gericht gestellt wurde. (*Abgeordneter Stangler: Jawohl, sehr richtig!*) Wir haben hier in Österreich noch immer geordnete Rechtsverhältnisse, obwohl wir in den letzten Tagen Zweifel daran äußern mußten. Wir haben in Österreich Organe, die die Gesellschaft überprüfen. Dort besteht die Möglichkeit, das Mißtrauen auszusprechen, dort kann man Anklage erheben, nicht aber hier im Landtag.

Wer diese Sitzung hier verfolgt, muß feststellen, daß hier Dinge Platz greifen, die in der östlichen Welt zur Tagesordnung gehören. Man (beginnt damit, daß man das Innenministerium in seinen Einflußbereich bekommt, um die Macht im Staate zu ergreifen. Dann folgt die Justiz. Mit dem Innenministerium bekommt man Einfluß auf die Gendarmerie und auf die Polizei. Hingegen gibt die Justiz die Möglichkeit, das Recht zu untergraben.

Heute haben wir unqualifizierbare Anwürfe auf einen Mann erlebt, der eine hohe Stellung in der niederösterreichischen ÖVP einnimmt. Was geht daraus hervor? Daß man hier einen Mann ohne Gerichtsurteil zugrunde richten will. Hier wurden Angriffe gegen diesen Mann gerichtet, ohne die ausgesprochenen Beschuldigungen beweisen zu können.

Damit Ihre Angriffe bei der Bevölkerung ankommen, sind Sie so vorgegangen wie derjenige, der sein Geld in ein Glaskastl steckt. Sie haben von der „Etablisement" gesprochen. Dazu hat niemand mehr Zutritt. Zum Glaskastl hat jeder Zutritt, jeder kann sich bedienen. Sie haben sich eines Boulevardblattes bedient, das Sie mit Gewerkschaftsgeldern unterstützt haben. Sie haben eine Diffamierungskampagne begonnen. Dann begannen langsam die Korruptionsbeschuldigungen. Präsident Generaldirektor Müllner

kann sich hier ja gar nicht verantworten. Hier erheben Sie Ihre Anschuldigungen. Wenden Sie sich an ein ordentliches Gericht. Das sind Maßnahmen, wie sie in der östlichen Welt üblich sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich folgendes erwähnen: Die Ereignisse der letzten Zeit ziehen sich wie ein roter Faden durch die heutige Verhandlung. Am Freitag haben die österreichischen Rechtsanwälte eine Veranstaltung gehabt. Dort sind große Sorgen über die Rechtspflege in den letzten Monaten zum Ausdruck gekommen. Ich verweise auf Vizekanzler Dr. Pittermann und Minister Dr. Broda. Im Zusammenhang mit der Presse wurden Sonderbestimmungen für den Fall erlassen, daß es sich um irgendwelche Angriffe handeln sollte. Das ist eine einmalige Vorgangsweise und bedeutet eine Verletzung des Grundsatzes der Gleichberechtigung. Außerdem degradiert man damit die Rechtsanwälte zu Gehilfen der Staatsanwälte.

Drittens wird — das liegt auch auf der gleichen Linie — durch die unqualifizierten Angriffe, die man gegen den Generaldirektor Müllner richtet, die Pressefreiheit in Österreich auf das schwerste gefährdet. Die Pressefreiheit steht doch in einem engen Zusammenhang mit der Demokratie.

Wenn Sie die Beschlagnahme der bekannten Zeitung verfolgen, dann stellen Sie folgendes fest: Wirtschaftliche Überlegungen waren dabei überhaupt nicht mehr maßgebend, weil ja das Geld zurückgezahlt worden war. Außerdem käme eine derartige Beschlagnahme überhaupt nicht in Frage, weil ja keine Schuld vorhanden ist und weil zweitens auf Grund des Geschäftsganges eine Beschlagnahme gar nicht mehr notwendig war. Wenn jemand eine Hypothek auf seinem Haus hat, dann muß er jederzeit damit rechnen, daß er von seinem Haus vertrieben wird. Es ging dabei nicht nur um die Vermögenssicherung, was in dieser Angelegenheit geschehen ist, sondern der Betroffene mußte sein Haus verlassen.

Dieses Haus hier ist zum Volkstribunal geworden. Ich möchte Sie daher auffordern, diese bedenklichen Erscheinungen, zu denen es hier gekommen ist, abzustellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort gelangt noch Herr Abg. Staatssekretär Röscher.

Abg. Staatssekretär RÖSCH: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich kann mir wieder eine Behandlung des Großteils dessen, was Herr Abg. Kienberger hier gesagt hat, ersparen, denn es hat mit dem Antrag nichts zu tun, geht also völlig in die Leere, da es

andene Gebi  
bleiben, was

Einige sei  
aber wirklic  
Antrag. Her  
hier unqua  
weise erhdb  
gezwungen,  
unqualifizier  
uns erhobe  
Generaldirek  
denn er hat  
züglich der  
Damen und  
einigen Stur  
dazu Stellu  
zweckmäßig,  
sagen: Das  
direktor Mi  
sprochen.

Bei der P  
nicht gesagt.  
das zu Ihner  
gestellt, we  
teilung war,  
in Frage ges  
wenn man  
Generaldirek  
am 17. Febr  
des Herrn  
stimmt nicht  
nicht zusam  
sie doch die  
Gericht. Der  
hat ja schon  
ordentlichen  
Er hat sogar  
Er hat namli  
Boulevardpri  
hat er 48 St  
Klage zurück  
Wir hätten u  
bei diesem G  
daß all das,  
vardblatt sch  
wäre verurte  
verurteilt w  
wesen. Aber  
ner klagt zue  
kommt am  
sensationeller  
280.000.000 S  
schuldig ist,  
Mitteilung, c  
14., es hand  
zwischen dei  
Landesregieri  
10. Juni 1961  
mein, es ist v  
Ja, meine He

verantworten.  
anschuldigungen.  
öffentliches Gericht.  
in der östlichen

möchte ich fol-  
nisse der letzten  
er Faden durch  
Freitag haben  
wählte eine Ver-  
l große Sorgen  
n letzten Mona-  
n. Ich verweise  
in und Minister  
g mit der Presse  
r für den Fall  
gendwelche An-  
eine einmalige  
seine Verletzung  
ichberechtigung.  
imit die Rechts-  
sanwälte.

st auch auf der  
unqualifizierten  
Generaldirektor  
freiheit in Öster-  
rdet. Die Presse-  
n engen Zusam-

me der bekann-  
stellen Sie fol-  
e Überlegungen  
cht mehr maß-  
rückgezahlt wor-  
eine derartige  
nicht in Frage,  
den ist und weil  
Geschäftsganges  
nt mehr notwen-  
e Hypothek auf  
er jederzeit da-  
einem Haus ver-  
nicht nur um die  
in dieser An-  
sondern der Be-  
rlassen.

m Volkstribunal  
daher auffordern,  
ungen, zu denen  
ustellen. (Beifall

u Wort gelangt  
ir R ö s c h.

SCH: Herr Prä-  
mann mir wieder  
teils dessen, was  
er gesagt hat, er-  
em Antrag nichts  
die Leere, da es

andere Gebiete betrifft. Wir wollen bei dem  
bleiben, was im Antrag steht.

Einige seiner Feststellungen beziehen sich  
aber wirklich auf den in Rede stehenden  
Antrag. Herr Kollege Kienberger sagte, daß  
hier unqualifizierbare Anwürfe ohne Be-  
weise erhoben werden. Ich sehe mich also  
gezwungen, neuerlich zu wiederholen: Die  
unqualifizierten Anwürfe werden nicht von  
uns erhoben, sondern erhebt der Herr  
Generaldirektor Müllner gegen sich selbst,  
denn er hat am 14. Februar diese Sachen be-  
züglich der Steuer selbst erklärt. Meine  
Damen und Herren, wir verhandeln seit  
einigen Stunden, und niemand hat bis jetzt  
dazu Stellung genommen. Es wäre doch  
zweckmäßig, würde einer aufstehen und  
sagen: Das ist nicht wahr, Herr General-  
direktor Müllner hat niemals davon ge-  
sprochen.

Bei der Pressekonferenz hat er das leider  
nicht gesagt. Er hat nur gefragt: „Habe ich  
das zu Ihnen gesagt?“ Er hat nur die Frage  
gestellt, wer der Empfänger dieser Mit-  
teilung war, aber die Mitteilung selbst nicht  
in Frage gestellt. Meine Damen und Herren,  
wenn man die Mitteilungen des Herrn  
Generaldirektor Müllner am 14. Februar und  
am 17. Februar und heute die Ausführungen  
des Herrn Abg. Ludwig betrachtet, dann  
stimmt nicht alles zusammen; es paßt alles  
nicht zusammen. Es wurde gesagt, überlassen  
sie doch die Beurteilung einem ordentlichen  
Gericht. Der Herr Generaldirektor Müllner  
hat ja schon Gelegenheit gehabt, vor einem  
ordentlichen Gericht alles richtigzustellen.  
Er hat sogar selbst den ersten Schritt getan.  
Er hat nämlich die Veröffentlichungen in der  
Boulevardpresse unter Klage gestellt, nur  
hat er 48 Stunden vor der Verhandlung die  
Klage zurückgezogen. Ich weiß nicht, warum.  
Wir hätten uns vielleicht vieles erspart, wenn  
bei diesem Gericht klargestellt worden wäre,  
daß all das, was dieses sogenannte Boule-  
vardblatt schreibt, falsch ist. Der Redakteur  
wäre verurteilt worden, die Zeitung wäre  
verurteilt worden, und alles wäre klar ge-  
wesen. Aber der Herr Generaldirektor Müll-  
ner klagt zuerst, zieht dann die Klage zurück,  
kommt am 14. Februar mit einer wirklich  
sensationellen Mitteilung, daß er nämlich  
280.000.000 S Körperschaftsteuer sozusagen  
schuldig ist, kommt am 17. Februar mit der  
Mitteilung, das ist nicht richtig, sagt am  
14., es handelt sich um eine Vereinbarung  
zwischen dem Finanzministerium und der  
Landesregierung oder der Niogas vom  
10. Juni 1961, kommt jetzt heraus und sagt,  
nein, es ist vom 12. oder 16. Februar 1961.  
Ja, meine Herren, was stimmt nun wirklich?

Deswegen sagen wir, und das können Sie  
uns doch nicht übelnehmen, wir halten Herrn  
Generaldirektor Müllner nicht mehr für ge-  
eignet, diese Geschäfte zu führen. (Zwischen-  
ruf ÖVP: Sie!) Jawohl, wir. Sie halten ihn  
für geeignet, Sie übernehmen die Verant-  
wortung im vollen Umfang. (Abg. Stangler:  
Das haben wir schon so oft machen müssen!)  
Selbstverständlich! Sie sind dafür schon ein  
paarmal vom Verfassungsgerichtshof ver-  
urteilt worden; Sie übernehmen also die Ver-  
antwortung. Nur das wollen wir vor aller  
Öffentlichkeit klargestellt haben, meine  
Damen und Herren, sonst überhaupt nichts.  
Sie sagen: Jawohl, wir sind der Auffassung,  
es ist alles richtig, was der Herr General-  
direktor Müllner gesagt hat, beziehungsweise  
es ist falsch, was er einmal gesagt hat, und  
das andere Mal ist es richtig. Dazu stehen Sie.  
Ich muß sagen, für diese klare Entscheidung  
sind wir Ihnen dankbar, denn sie klärt sehr  
vieles in diesem Zusammenhang.

Wir können nur noch einmal sagen: Wir  
halten die Geschäftsführung durch den Herrn  
Generaldirektor Müllner nicht mehr für  
möglich und sind daher der Meinung, daß es  
richtig wäre, ihn abzuberufen. Tun Sie es  
nicht, dann stehen Sie hinter dem Herrn  
Generaldirektor. Wir waren, ehrlich gestan-  
den, der Meinung, auch Sie können sich nicht  
mit diesen Praktiken identifizieren. Wenn Sie  
es tun, ist es Ihre eigene Verantwortlichkeit.  
(Beifall bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort gelangt  
Herr Abg. S t a n g l e r.

Abg. STANGLER: Herr Präsident! Hoher  
Landtag! Ich möchte zu den letzten Aus-  
führungen des Herrn Staatssekretärs Ab-  
geordneten Rösch kurz Stellung nehmen.  
Herr Staatssekretär Rösch und meine ver-  
ehrten Damen und Herren der sozialistischen  
Fraktion, von Ihnen waren wir es ohnehin  
nie gewohnt, daß Sie eine Tat des Herrn  
Generaldirektors Müllner, ob er nun Finanz-  
referent oder etwas anderes hier gewesen ist,  
gutgeheißen haben. Sie haben den Mann, so-  
lange er im öffentlichen Leben gewirkt hat,  
gehaßt und verfolgt, weil Ihnen seine In-  
itiative und Tatkraft bis ins Herz zuwider  
war.

Ich darf dazu folgendes sagen: Für alle  
diese Taten, angefangen von den Kamptal-  
kraftwerken bis zur Gründung der Niogas,  
haben wir in Niederösterreich die Verant-  
wortung übernommen. Wir wenden diese  
Volksjustiz, die von Ihnen nach marxistisch-  
leninistischen Methoden aufgezogen werden  
soll, nicht zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei  
der ÖVP.) Wenn Sie verlangen, daß Müllner  
abtreten muß, dann — nehmen Sie zur Kennt-

nis — ist das nicht das richtige Forum dazu. Daher werden wir dieser [Form von Volksjustiz hier keinen Raum geben. Sie haben den Landtag ohnehin zu einer Wahlkundgebung mißbraucht, indem Sie diese Dinge, die Sie seit Wochen in den Zeitungen als Kampagne gegen Niederösterreich schreiben, auch noch in diesem Forum unterbringen. Es geht Ihnen, meine Herren, gar nicht um Niederösterreich, es geht Ihnen nicht um die niederösterreichische Bevölkerung. Sie brauchen ein paar Wahlschlager, um durch Verunglimpfungen, Schwarzmalereien, durch Anprangerung und falsche Behauptungen vor der Bevölkerung das Bild zu erzeugen, daß die Österreichische Volkspartei Dinge zu decken versucht, die nicht in Ordnung sind.

Es ist Ihnen schon von einem meiner Vorredner gesagt worden, daß es in Österreich genügend Stellen gibt, die dazu berufen sind. Sie haben lange genug in der „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben, was Sie alles in dieser Angelegenheit aufbieten werden. Ich muß noch fragen: Wozu sind Ihre Herren Jahre hindurch in den Präsidialsitzungen, in den Aufsichtsräten und Vorständen der Landesgesellschaften gesessen, haben auch die Diäten einbehalten, wenn sie nun so tun, als ob Sie überhaupt nichts wüßten? Sie stellen sich breitspurig her und verlangen, der Mann verdient die Abberufung. Reden Sie einmal in den Gesellschaftsorganen!

Dazu noch eine ganz kurze Erklärung, weil Sie gefragt haben: Wie ist denn das überhaupt? Warum hat Müllner behauptet, es ist notwendig, daß wir etwas tun, damit er nicht Steuer zahlen muß. Eine ganz kurze Erklärung: Es geht um die Rückflüsse aus den gewährten Wohnbaudarlehen, und die sind im Jahre 1965 — im Juli oder August, das kann ich jetzt nicht mit Bestimmtheit feststellen — erstmalig angefallen. Sie sollen nun jährlich ein- oder zweimal, wie mir bekannt ist, dem Land überwiesen werden. Wenn nun vom niederösterreichischen Landtag keine haushaltsrechtliche Vorsorge durch Initiative oder Antrag der Regierung getroffen worden ist, dann könnte das Land dieses Geld nicht annehmen. Es könnte auch nicht in der Landeskasse vereinnahmt werden. Nur darauf hat sich der Herr Generaldirektor Müllner bezogen, als er sagte, dann trete ein echter Gewinn bei der Niogas ein, für den er im nachhinein die Versteuerung vornehmen müßte. Dazu sage ich Ihnen folgendes: Weil wir an Niederösterreich denken und diese Gelder für Niederösterreich einsetzen wollen, darum werden wir unsere Anträge vor jedermann vertneten und werden gegen diesen Antrag stimmen. Das, was

Müllner getan hat, ist für Niederösterreich geschehen. Wir werden nichts tun, daß dem Land Gelder verlorengehen. Das ist die Sache. Verdrehen Sie daher nicht die Äußerungen des Herrn Generaldirektor Müllner, was Sie heute schon zu wiederholten Malen getan haben. Es geht darum, daß der Landtag die haushaltsrechtliche Vorsorge trifft, damit diese Rückflüsse vereinnahmt werden können. Das ist alles, was ich dazu zu sagen habe, meine Damen und Herren. Wir erachten das als eine notwendige Maßnahme und sehen darin aber schon gar nichts, das rechtfertigen könnte, in Form einer östlichen Volksjustiz einen Mann, der sich um Niederösterreich verdient gemacht hat, hier abzurteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT WEIBS: Zu Wort kommt Herr Abg. L a f e r l.

Abg. LAFERL: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Landtages! Dieser vorliegende Dringlichkeitsantrag beinhaltet, wie meine Vorredner schon betont haben, die sofortige Absetzung des Herrn Generaldirektors und Präsidenten, Landeshauptmannstellvertreter a. D. Müllner, als Generaldirektor der Newag.

Eingangs möchte ich sagen, sehr geehrter Herr Staatssekretar Rösch, damit kein falscher Anschein erweckt wird, ich habe mich noch nie hinter meiner Immunität verschanzt. Ich bin schon lange Abgeordneter, doppelt so lange wie Sie, und habe mich immer gestellt, wenn ich etwas schlecht gemacht habe. Aber ich will ein für allemal feststellen, daß ich in diesem Hohen Hause noch niemanden beleidigt habe. Ich habe eine Feststellung gemacht. Aber es scheint, daß Ihnen das nicht paßt, wenn man eine Feststellung macht, die der Wahrheit entspricht.

Was nun die Südstadt betrifft, so bin ich, glaube ich, der einzige Abgeordnete dieses Hohen Hauses, der jeden Tag zweimal dort vorbeifährt, und immer mache ich einen Blick hinüber. Aber ich mache diesen Blick ehrfurchtsvoll und mit innerer Freude. Vorne das wunderschöne Verwaltungsgebäude, anschließend die große Südstadt, die sich immer mehr und mehr entwickelt, dahinter die Türme des Missionshauses und religiösen Zentrums St. Gabriel und im Hintergrund die wunderschöne alte Burg Liechtenstein: Es ist das ein abgerundetes Bild einer schönen Landschaft, einer Landschaft, die einem Freude im Herzen bereitet, wenn man sie anschaut. Und auch die Fremden, die durch diese Gegend fahren, sagen das gleiche. Es ist dort schön.

Wir haben alle Ursache, uns zu freuen, daß dort all das geschaffen werden konnte, weil

es unser Viltor war, narbeitern in

Ich fahre sem Hohen sprechungen der Abend sieht man c Blinklicht des modern Kraftwerkes abermals ha und Freude sehen, wo v Werke ware das noch nie bitten, sich c aber den de alles zu zeige

Aber nicht meiner Gen fahre — un man glaubt weitem link kirche Mari dieser Gegei ein Heiligtur ren trotz de nen Zeit zu noch irgendv an dieser W

Links am sich Wohnbl wiederum geschmähten ner zurückzu lachende Ma und alles fre wunderschön

Hinter die Steinkohlenb unser seiner deshauptman Johannes-Stc auch alle F Partei anwes

Das alles s dem Namen Man kann sie will man sie will aus der Wel haßt. Sie stel kraft eines I Aufbau ist. I sischer Besa 19. Septembe Ihnen das sa während die meister zu s

Niederösterreich  
s tun, daß dem  
1. Das ist die  
nicht die Äußere  
irektor Müllner,  
derholten Malen  
, daß der Land-  
Vorsorge trifft,  
innahmt werden  
h dazu zu sagen  
Herren. Wir er-  
dige Maßnahme  
gar nichts, das  
n einer östlichen  
sich um Nieder-  
t hat, hier ab-  
(7P.)

1 Wort kommt  
us! Sehr geehrte  
ohen Landtages!  
heitsantrag be-  
ner schon betont  
zung des Herrn  
identen, Landes-  
D. Müllner, als

en, sehr geehrter  
damit kein fal-  
d, ich habe mich  
unität verschantzt.  
ineter, doppelt so  
h immer gestellt,  
nacht habe. Aber  
ststellen, daß ich  
h niemanden be-  
Feststellung ge-  
3 Ihnen das nicht  
ellung macht, die

etrifft, so bin ich,  
geordnete dieses  
tag zweimal dort  
mache ich einen  
ache diesen Blick  
innerer Freude.  
ie Verwaltungs-  
große Südstadt,  
mehr entwickelt,  
issionshauses und  
Gabriel und im  
chöne alte Burg  
ein abgerundetes  
haft, einer Land-  
n Herzen bereitet,  
id auch die Fremd-  
nd fahren, sagen  
1.

uns zu freuen, daß  
rden konnte, weil

es unser Viktor Müllner, der hier der Initiator war, mit seinen Freunden und Mitarbeitern in die Tat umgesetzt hat.

Ich fahre diese Strecke auch, wenn in diesem Hohen Haus die Sitzungen und Besprechungen länger dauern und dann schon der Abend kommt. Gleich nach Bad Vöslau sieht man dann schon von weitem das rote Blinklicht des 120 Meter hohen Rauchfanges des modernsten und größten europäischen Kraftwerkes „Hohe Wand“ in Peisching. Und abermals hat man ein erbauendes Gefühl und Freude im Herzen, ein Gebäude zu sehen, wo wiederum solche Initiatoren am Werke waren, die das geschaffen haben. Wer das noch nicht gesehen hat, den möchte ich bitten, sich das anzuschauen. Vorher möge er aber den dortigen Leiter ersuchen, ihm ja alles zu zeigen, was von Interesse ist.

Aber nicht genug damit! Wenn ich von meiner Gemeinde nach Grünbach hinauffahre — und dort habe ich jetzt mehr als man glaubt zu tun —, dann grüßt von weitem links oben die herrliche Barockkirche Maria Kirchbühel, ein Wahrzeichen dieser Gegend, für uns Weikersdorfer aber ein Heiligtum. Wir gehen dorthin seit 80 Jahren trotz der Motorisierung und der modernen Zeit zu Fuß wallfahren, und alle, die noch ingenidwie gehen können, beteiligen sich an dieser Wallfahrt nach Maria Kirchbühel.

Links am wunderschönen Südhang erhebt sich Wohnblock neben Wohnblock, die alle wiederum auf die Initiative des vielgeschmähten und vielgehaßten Viktor Müllner zurückzuführen sind. Man sieht dort nur lachende Menschen und spielende Rinder, und alles freut sich, in dieser gottgesegneten, wunderschönen Gegend leben zu können.

Hinter diesen Wohnblocks erhebt sich das Steinkohlenbergwerk „Hohe Wand“, wo unser seinerzeitiger verewigter Herr Landeshauptmann Ökonomierat Cteinböck den Johannes-Stollen eröffnet hat; dabei waren auch alle Funktionäre der Sozialistischen Partei anwesend.

Das alles sind Denkmäler, verbunden mit dem Namen des Herrn Präsidenten Müllner. Man kann sie nicht aus der Welt schaffen, ob man sie will oder nicht. Man kann sie nicht aus der Welt schaffen, auch wenn man sie haßt. Sie stehen da, sie sind Zeugen der Tatkraft eines Landes, das für Fortschritt und Aufbau ist. Und die zehneinhalb Jahre russischer Besatzung vom 1. April 1945 bis 19. September 1955 waren genug. Ich darf Ihnen das sagen, denn ich hatte die Ehre, während dieser zehneinhalb Jahre Bürgermeister zu sein. Ich habe es Gott sei Dank

überstanden und bin heute noch der Bürgermeister.

Und jetzt, meine lieben Freunide, komme ich zu einem ernstesten Kapitel. Die Sache ist zu ernst, als daß man sie irgendwie mit lachelnder Miene abtun könnte, die Sache ist sehr ernst. (Zwischenruf *bei* der SPÖ.) Nur wenn es ernst ist, denn der Laferl ist sonst nicht so. Auch ich habe schon viel Humor in diesen Saal hineingetragen. Ich bin bestimmt keiner, der in den Keller lachen geht, sondern ich getraue mich auch heroben zu lachen. Aber diese Angelegenheit, Herr Staatssekretär, ist zu ernst.

Ich habe hier einen Vertrag vom 25. Mai 1878, einen Servitutsvertrag zwischen den Eheleuten Johann und Juliane Stickler vulgo Kogelbauer, wohnhaft Grünbach am Schneeberg, und dem Herrn Heinrich Ritter Drasche, einen Servitutsvertrag für die Dauer des Betriebes des Kohlenbergwerkes in Grünbach gegen eine einmalige Bezahlung von 500 fl., also von 500 Gulden.

Dieser Vertrag ist aufrecht — ich habe hier eine Abschrift. Aber was tut man dort in Grünbach? Was machen die Herren Liquidierer und Verstaatlichungsspezialisten Pittermann & Co.? Sie machen zwar den Rechtsnachfolgern dieses Ehepaares ihr Recht nicht streitig, aber sie verlangen, daß dieser Platz sofort geräumt wird. Es heißt nämlich in diesem Vertrag, wenn das Bergwerk willgelegt wird, muß alles auf dem Platz Befindliche weggeräumt werden.

Und jetzt, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, beginnt die Tragik. Diese Menschen müssen von dort weg, müssen ihre Wohnungen verlassen. Es sind nur einfache Baracken, und es handelt sich bei diesen Menschen wahrlich um keine Kapitalisten, aber sie haben sich diese Baracken wunderschön hergerichtet, sie geweißt und gestrichen, innen schön ausgemalt und rundherum einen wunderschönen Garten angelegt. Der Herr Liquidator sagt nun, die Baracke kostet 40.000 S! In Wirklichkeit ist sie aber nicht einmal 4000 S wert. Diese Leute haben mich gebeten, ich möge dorthin fahren. Darauf habe ich geantwortet: Bitte, seid mir nicht böse, vor der Wahl mache ich das nicht, denn es könnte den Anschein erwecken, ich mache das als Wahlschlager. Darauf meinten sie: Herr Abgeordneter, das brauchen Sie nicht zu befürchten, denn wir wissen sowieso, was wir am 6. März zu tun haben. Wir bitten Sie, kommen Sie! Ich bin dann auch am 17. hingefahren.

PRÄSIDENT WEISS: Ich bitte den Herrn Abgeordneten, zur Sache zu sprechen.

Abg. LAFERL (fortsetzend): Das gehört zur

Sache, denn es ist die Fortsetzung des Steinkohlenbergwerkes „Hohe Wand“.

Hohes Haus! Diese Leute müßte man unterstützen. Sie verlieren ihre Wohnungen. Es waren stammige Burschen, es waren Rentner, die mir gesagt haben: Was man in diesem Bergwerk jahrelang verwirtschaftet hat, will man jetzt von uns kleinen Leuten und von uns Rentnern verlangen!

Eines kann ich Ihnen hier im Hohen Haus versichern: Wir werden selbstverständlich unsere ganze Kraft einsetzen, um diesen Menschen zu helfen, so wie allen, die in der Südstadt wohnen. Wenn es damals gelungen ist, diese Südstadt zu errichten, so war dabei der Grundgedanke, daß diese größten niederösterreichischen Unternehmungen nicht in einem anderen Bundesland liegen sollen.

Sie müssen mir gestatten, daß ich in ehrlicher, aufrichtiger und demokratischer Weise auch das West-Ost-Gefälle des Steueraufkommens unserer Gemeinden und Länder bekanntgebe. So hat zum Beispiel Voralberg 4000 S pro Kopf der Bevölkerung an Steueraufkommen und Niederösterreich 1672. Darm steigt diese Ziffer sprunghaft in Wien auf 5440 S pro Kopf der Bevölkerung, um dann wieder im Burgenland auf 936 S hinunterzufallen. Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, haben wir nicht die Verpflichtung, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit und der Weltanschauung alles daranzusetzen, um die Finanzkraft unseres wunderschönen Heimatlandes Niederösterreich zu stärken? Wenn einmal der erste Schritt dazu getan wird, dann wird von allen Seiten zetermordio geschrien.

Weil nun schon so viel von Reinheit und Sauberkeit in diesem Hause (gesprochen wurde — das strotzt direkt schon vor lauter Sauberkeit —, dann müssen wir diese Sauberkeit überall anwenden. Am 21. Februar d. J. war im Konzerthaus eine Versammlung des ehemaligen Herrn Gewerkschaftspräsidenten Olah, und wenn die Anschuldigungen des ehemaligen Gewerkschaftspräsidenten, Innenministers und Nationalrates Olah — ich will nicht näher darauf eingehen, denn erstens geht es uns nichts an, und zweitens müssen sich das die Herren selbst ausmachen — gegen unseren Herrn Vizkanzler Dr. Bruno Pittermann und gegen unseren Herrn Justizminister Dr. Christian Broda stimmen (Präsident Weiß: Zur Sache, Herr Abgeordneter!), dann müssen sich die Herren unter allen Umständen dazu äußern. Ich kann sagen, alle Differenzen wären ausgeblieben, wenn Herr Vizkanzler Dr. Bruno Pittermann das Ansinnen des Herrn Generaldirektor Viktor Müller,

sich öffentlich vor dem Fernsehschirm zu stellen und dort Rede und Antwort zu stehen, nicht abgelehnt hätte. Ich frage Sie, warum hat der Herr Vizkanzler das nicht angenommen? Es wäre das Einfachste auf der Welt. Man geht ja heute mit allem zum Fernsehschirm. Warum hat der Herr Vizkanzler abgelehnt? Wären ihm vielleicht so manche Frzgen in bezug auf diese Wilhelmine Eisenkolb in Linz vom 8. Jänner nicht sehr angenehm gewesen? Das geht uns aber nichts an, das ist Sache des Herrn Vizkanzlers selbst.

Was uns aber angeht, das ist die Methode des Justizministeriums. Gestern war es der Huber, heute ist es der Meier, morgen ist es der Müller und übermorgen ist es irgendeine Dame oder ein Herr von der Presse, und das ist verwerflich. Freunde, glauben Sie es mir, das hat mit Rechtsstaat nichts mehr zu tun. Oder für zwei Politiker einen Separat-erlaß herauszugeben und diese besonders zu schützen; hat Österreich so etwas jemals schon erlebt? Lesen Sie die ausländischen Zeitungen.

Am Sonntag hatte ich Besuch aus Hamburg, den Grauer-Kastensen, der sich so bemüht hat um die Raxwerke in Wiener Neustadt. Als er mich gefunden hatte, sagte er, es sei eine Schande für uns, was man dort spricht und was das Ausland darüber schreibt. Wenn bei ihnen, sagt er, ein Justizminister einem Staatsanwalt eine Weisung gibt, dann rollt in drei Tagen der Kopf des Ministers. Oder diese dunkle Affäre mit dem saudiarabischen Prinzen, den Herr Hoff beiseite schaffen sollte, was zuvor schon ein anderer Arzt abgelehnt hatte. (Präsident Weiß: Herr Kollege Laferl, bitte zur Sache!) Ich will nicht darauf eingehen, nur Ried im Innkreis erwähnen, wo man fünf politische Morde aufgedeckt hat und wo ebenfalls nach Olahs Vorwürfen Justizminister Dr. Broda verwickelt war. Es ist ein Rechtsstaat, und die Herren von der Linken verlangen Sauberkeit. Jawohl, aber da müssen Sie auch uns dieses Recht zubilligen. Nächstes Jahr sind es 100 Jahre, es war 1867 — Landeshauptmann Dipl.-Ing. Hartmann hat bei der Verabschiedung der Gemeindeordnung darauf verwiesen —, da wurden Gesetze verabschiedet, die 100 Jahre gehalten haben. Damals haben Bauern, Bürger und Arbeiter sowie Studenten sich die Presse- und Redefreiheit erkämpft. Ich glaube, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß man diesen Tag, nämlich „100 Jahre Pressefreiheit“, auch würdig begehen und feiern sollte. Es ist aller Anlaß dazu da. Hoffentlich sind wir aber noch in der Lage, das zu feiern.

Meine Dar-  
Demokratie,  
man sollte  
nicht demokr  
SPÖ: 1934!)  
war ich nich  
Dr. Bruno P  
18. Novembe  
Fehlentscheid  
bedauerlich,  
paßtntoder gei

kratie. Wir si  
jahren diesen  
hinausgehen  
Michaelerplat  
aus auf den  
äußeren Bur  
160 Jahre ste  
mentum", od  
das Fundame  
ÖVP.)

PRÄSIDENT  
Herr Abg. G

Abg. GRÜ  
sehr verehrte  
statte mir,  
machen, die  
und vor allei  
gen des Herr  
Abg. Laferl  
stolz, er hätte  
schimpft und  
leidigt. So hi  
Damen und I  
mit den Ausfr  
zu diversen  
müssen. Es n  
vor der Türe  
ger und schin  
hier gesagt w  
einiger Zeit a  
ten auf das  
Tatsache, die  
der Mehrheits  
das hier anme  
verstehen, au  
mit seinen Ai  
sident Weiss:  
geordneter, z  
Präsident, ich  
den letzten T  
Abg. Laferl  
wird mir ja a  
genauso gene  
Herrn Abg. L  
hier in dieser  
gen. (Beifall  
Ich habe Abg  
gemahnt.) Bit

Fernsehschirm zu  
antwort zu stehen,  
frage Sie, warum  
s nicht angenom-  
ste auf der Welt.  
m zum Fernseh-  
Vizekanzler ab-  
eicht so manche  
dihelmine Eisen-  
r nicht sehr an-  
uns aber nichts  
rrn Vizekanzlers

ist die Methode  
stern war es der  
er, morgen ist es  
n ist es irgend-  
n der Presse, und  
e, glauben Sie es  
t nichts mehr zu  
er einen Separat-  
ese besonders zu  
so etwas jemals  
ie ausländischen

Besuch aus Ham-  
1, der sich so be-  
e in Wiener Neu-  
1 hatte, sagte er,  
s, was man dort  
Ausland darüber  
igt er, ein Justiz-  
ilt eine Weisung  
gen der Kopf des  
e Affare mit dem  
n Herr Hoff bei-  
zuvor schon ein  
hatte. (*Präsident  
bitte zur Sache!*)  
hen, nur Ried im  
n fünf politische  
wo ebenfalls nach  
nister Dr. Broda  
chtsstaat, und die  
erlangen Sauber-  
sen Sie auch uns  
hstes Jahr sind es  
Landeshauptmann  
i der Verabschie-  
ing darauf ver-  
tze verabschiedet,  
en. Damals haben  
er sowie Studen-  
Redefreiheit er-  
Damen und Her-  
man diesen Tag,  
sselfreiheit“, auch  
rn sollte. Es ist  
fentlich sind wir  
u feiern.

Meine Damen und Herren! Wir haben eine Demokratie, wir lieben dieses Vaterland, und man sollte nie eine Handlung setzen, die nicht demokratisch ist. (*Zwischenruf bei der SPÖ: 1934!*) Das interessiert mich nicht, da war ich nicht da. Wenn Herr Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann in der Wahnacht des 18. November 1962 sagte, das Volk hat eine Fehlentscheidung getroffen, dann ist das sehr bedauerlich, denn ein Volkswille hat zur Kenntnis genommen zu werden, ob es uns paßt oder nicht paßt. Das ist wahre Demokratie. Wir sind ein Rechtsstaat, und wir bejahen diesen. Wenn Sie aus diesem Hause hinausgehen durch die Herrengasse auf den Michaelerplatz, durch das Burgtor und hinaus auf den Heldenplatz, dann lesen Sie am äußeren Burgtor die Worte, die dort schon 160 Jahre stehen: „Justitia regnum fundamentum“, oder zu deutsch: „Gerechtigkeit ist das Fundament des Staates.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort gelangt Herr Abg. Grünzweig.

Abg. GRÜNZWEIG: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gestatte mir, nur (einige Anmerkungen zu machen, die mir im Verlaufe dieser Debatte und vor allem im Verlaufe der Ausführungen des Herrn Abg. Laferl eingefallen sind. Abg. Laferl behauptet von sich selbst sehr stolz, er hätte in diesem Hause noch nie geschimpft und er hätte noch nie jemanden beleidigt. So habe ich mir das notiert. Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß wir uns mit den Ausführungen des Herrn Abg. Laferl zu diversen Anlässen wiederholt befassen müssen. Es muß nicht unbedingt eine Wahl vor der Türe stehen. Er beleidigt Staatsbürger und schimpft sie Rotzbuben. Das ist alles hier gesagt worden und bekannt. Er hat vor einiger Zeit auch den Herrn Bundespräsidenten auf das schimpflichste beleidigt. Eine Tatsache, die in diesem Hause die Sanktion der Mehrheitspartei gefunden hat. Ich möchte das hier anmerken, damit wir das tiefe Niveau verstehen, auf das sich der Herr Abg. Laferl mit seinen Ausführungen begeben hat. (*Präsident Weiss: Ich muß Sie bitten, Herr Abgeordneter, zur Sache zu kommen.*) Herr Präsident, ich möchte mir nur gestatten, auf den letzten Teil der Bemerkungen des Herrn Abg. Laferl zu antworten. Ich glaube, das wird mir ja auf Grund der Geschäftsordnung genauso genehmigt werden, wie es dem Herrn Abg. Laferl möglich war, diese Dinge hier in dieser Form zum Ausdruck zu bringen. (*Beifall bei der SPÖ. — Präsident Weiss: Ich habe Abg. Laferl aber auch einige Male gemahnt.*) Bitte, dann lassen Sie mich nur zu

einigen Bemerkungen eine Notiz aus den „Salzburger Nachrichten“ verlesen, dort heißt es: Wer immer sich diese Form des Wahlkampfes hat einfallen lassen, verdient Verachtung. Persönliche Verunglimpfungen können niemals Argumente (ersetzen. Herr Vizekanzler soll klagen (*Abg. Ludwig: Siehe Müllner!*), die Polizei soll die Ehrabschneider ausforschen, das Gericht soll sie verurteilen. Vielleicht böte dieser Fall endlich auch Gelegenheit, diese ganze leidige Affäre endgültig zu klären und zu bereinigen. (*Abgeordneter Stangler: Wo sind die Gerichtsakten?*)

Meine Damen und Herren! Das ist aus den „Salzburger Nachrichten“ vom 16. Februar dieses Jahres, also noch aus sehr unmittelbarer Gegenwart. (*Abg. Ludwig: Wo sind die Gerichtsakten?*) Ich habe nichts mehr dazu zu sagen.

Zu einigen Bemerkungen, die hier gemacht wurden, muß ich Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir Sozialisten uns nicht immer zu Niederösterreichern zweiter Kategorie stempeln lassen. Wenn der Herr Abgeordnete und Präsident Reiter heute gemeint hat, die linke Hälfte habe sich am Ausbau Niederösterreichs nicht positiv betätigt, dann teilen Sie das bitte den Arbeitern und Angestellten draußen in den Industriegebieten mit. Womit wurde denn dieses Land wiederaufgebaut? Vornehmlich mit dem Schweiß und Blut der Arbeiter und Angestellten! (*Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Stangler: Diese Arbeiter können hier nicht reden! — Abgeordneter Dipl.-Ing. Robl: Wir haben keinen Arbeiter verleumdet!*)

Der Herr Abg. Robl hat erklärt, daß man, wenn hier Gesetze verletzt worden sind, die Anzeige machen solle. Man möge in diesem Hause doch nicht so selbstgefällig sein, denn über Anzeigen wird vielleicht aus einem anderen Anlaß noch zu reden sein. Wir haben heute als verantwortliche niederösterreichische Abgeordnete darüber zu befinden, ob die Vorgangsweise des Generaldirektors der Newag, also einer Landesgesellschaft, und des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Niogas korrekt ist oder (nicht).

Meine Damen und Herren! Das ist der Grund meiner Wortmeldung. Es erfüllt uns ein tiefes Mißtrauen, wenn wir (die verschiedenen Erklärungen des Herrn Generaldirektors zur Kenntnis nehmen müssen, Erklärungen, die einander sachlich völlig widersprechen. Das mußte doch unsere Fraktion zum Anlaß einer Aktion nehmen. (*Abgeordneter Dipl.-Ing. Robl: Einer Wahlkampfaktion!*) Das ist eine Selbstverständlichkeit! Wir alle miteinander, Sie und wir



von der Sozialistischen Partei, wären keine verantwortungsbewußten Abgeordneten (Unruhe. — Präsident Weiß gibt das Glockenzeichen.), würde hier nicht Aufklärung verlangt über die Verwendung von Beträgen, die ins Gigantische gehen — hunderte Millionen sind gigantische Beträge. Es gibt darüber in keinem einzigen Forum Kollegialbeschlüsse, weder in den Aufsichtsräten der Newag und der Niogas noch in der Landesregierung und schon gar nicht im Landtag. Wenn Sie immer wieder behaupten, daß wir von hier aus einen Wahlkampf starten wollen, dann muß ich an Sie die Frage richten, wer damit tatsächlich begonnen hat. (Zwischenrufe bei der ÖVP: Wer denn? — Abgeordneter *Dipl.-Ing.* Robl: Da sitzen sie drüben!) Es geht in unserem Antrag konkret um die Mitteilung des Herrn Generaldirektors am 14. Februar 1966, daß er, wenn der Rechnungshof die Niogas überprüft, fatieren müsse. (Abg. Stangler: Sie wollen nicht verstehen, was ich vorhin erklärt habe.) Ich habe Sie wirklich nicht verstanden. (Abg. Stangler: Dann ist das sehr bedauerlich!) Jetzt werden Sie unser Mißtrauen verstehen. Was wäre geschehen, wenn die Newag nicht vom Rechnungshof überprüft worden wäre und dieser keinen Antrag an die niederösterreichische Landesregierung um Genehmigung zur Überprüfung der Niogas gestellt hätte? Dann würde über die ganzen Vorgänge nicht geredet werden, es ginge alles seinen gewohnten Weg, und die Herren Abgeordneten würden weiterhin in Unkenntnis der wahren Tatsachen sein. Da der Generaldirektor nunmehr diese Mitteilungen gemacht hat, müssen wir diese zum Gegenstand der Verhandlung machen. Wir halten die Vorfälle für so schwerwiegend, daß wir diesen Antrag stellen und Sie bitten, zu überlegen, ob Sie unserem Antrag nicht doch die Zustimmung geben wollen. (Beifall bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT WEIBS: Zu Wort gelangt der Herr Landesrat Roman Resch.

Landesrat RESCH: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, würde hier nicht offensichtlich der Versuch gemacht, eine Besprechung in einem vollkommen anderen Licht darzustellen. Ich setze voraus, daß die sozialistischen Regierungsmitglieder, die bei der Besprechung am 14. Februar 1966 anwesend waren, ihrem Klub wahrheitsgetreu berichtet haben. Wenn das stimmt, dann sind die hier gemachten Darstellungen falsch, was ich ausdrücklich feststellen möchte. Der Herr Generaldirektor Müllner hat damals über die Zusammenhänge eine ausführliche Darstellung gegeben, aus der der gesamte

Vorgang eindeutig ersichtlich war. Nachdem diese Besprechung seinerzeit vertraulich war und ich persönlich immerhin von solchen Bedingungen auf Regierungsebene einiges halte, möchte ich mich nicht darüber äußern, was Ihre Vertreter dazu gesagt haben. Daß am nächsten Tag alles anders war, weil wahrscheinlich von der SPÖ-Parteizentrale in der Nacht zurückgepfiffen wurde und Minister Doktor Tschadek am Dienstag mit einer ganz anderen Weisung zur Regierungssitzung kam, steht auf einem anderen Blatt.

Meine Damen und Herren von der linken Halfte! Wir verstehen Sie bis zu einem gewissen Grad, denn als wir im Geschäftszimmer des Herrn Landeshauptmannes in einer sehr sachlichen Form über diese Angelegenheit gesprochen haben, wurden in Gmünd bereits die Sonderdrucke des Bildtelegramms über die Millionenschiebung verteilt. Wir hatten gar keine Möglichkeit mehr, sachlich zu diskutieren, denn die Sozialistische Partei braucht einen Wahlschlager. Das ist unsere Meinung, die ich als Finanzreferent sehr offen zum Ausdruck bringe.

Niemand hat im Verlauf der Debatte behauptet, daß Sie Abgeordnete zweiter Kategorie sind, Herr Kollege Grünzweig. (Abg. Grünzweig: In *Niederösterreich!*) Im Bewußtsein der Verantwortung als Finanzreferent fühle ich mich veranlaßt festzustellen, daß niederösterreichische Mandatäre noch nie mit so wenig Verantwortungsbewußtsein, wenn überhaupt von einem solchen gesprochen werden kann, gehandelt haben. Sie haben das Land für die kommenden Finanzausgleichsverhandlungen in die denkbar schlechteste Ausgangsposition gebracht, denn es war Ihren Regierungsmitgliedern vollkommen klar, warum der eingeschlagene Weg gegangen wurde. In zweistündiger Aussprache wurden Ihnen die Zusammenhänge erklärt. Daß Sie von Ihrer Parteiführung zurückgepfiffen wurden und das alles mitmachen müssen, spricht nicht für die Sozialistische Partei und schon gar nicht für deren Verantwortungsbewußtsein.

Eines kann ich Ihnen auch noch versichern: Ein Geschäftsführender Parteiobmann der ÖVP von Niederösterreich wird niemals dann abgelöst, wenn es die Sozialisten verlangen (Beifall bei der ÖVP), und auch der Generaldirektor der Newag wird nicht auf Ihr Geheiß abgelöst, denn Sie können ihm nicht Dinge aus einer Zeit anlasten, wo er gar nicht Vorsitzender des Vorstandes war. Wenn Sie schon so viel von Sauberkeit reden, muß ich Sie sehr bitten, nicht so zu tun, als ob Sie überhaupt von nichts gewußt hätten. Waren denn Ihre Direktoren in der Newag und der Niogas

blind und taub hört und auch wofür sind sie den? (Beifall) Frage, mit der schaftigen hat der Aufsicht: Überprüfung Damen und kann ich Ihr rates, das ni wunde, sondern schaft, das k Forum in der daß ich mich innern kann, Anfragen ges tet worden si her erklärt l wortung nic Rufe bei der ten Sitzung, handlung ma

Meine Dar doch, bitte, z nicht Ihre A staatlichkeit in diesem L chische ÖVP, daß der Has diktieren zu k

Ich bedauere chung auf hö Form, auch günstigen A Finanzausglei den ist, eine Darstellung g sem Land gec durch alle Ihr das werden kurzer Zeit a (Beifall bei de

PRÄSIDENT Herr Landesh Tschadek.

Landeshaupt TSCHADEK: desrat Resch gen, die von ausgegangen hatten die Soz berichtet oder stehende Dar Jurist gewohr bar nachher C Ich habe auch im Zimmer c stattgefunden Unterbrechung

war. Nachdem vertraulich war von solchen Be- sebene einiges darüber äußern, sagt haben. Daß ders war, weil Ö-Parteizentrale en wurde und m Dienstag mit zur Regierungs- n anderen Blatt. von der linken zu einem gewis- Geschäftszimmer es in einer sehr e Angelegenheit 1 Gmünd bereits egramms über eilt. Wir hatten sachlich zu dis- listische Partei Das ist unsere nreferent sehr

der Debatte be- te zweiter Kate- rünzweig. (Abg. ich!) Im Bewußt- s Finanzreferent estzustellen, daß are noch nie mit ewußtsein, wenn hen gesprochen aben. Sie haben iden Finanzaus- denkbar schlech- cht, denn es war m vollkommen jene Weg gegän- Aussprache wur- nge erklärt. Daß g zurückgepfliffen machen müssen, tische Partei und Verantwortungs-

noch versichern: irteiohmann der ird niemals dann ilisten verlangen uch der General- at auf Ihr Geheiß ihm nicht Dinge er gar nicht Vor- .. Wenn Sie schon muß ich Sie sehr ob Sie überhaupt Naren denn Ihre und der Niogas

blind und taub, so daß sie nichts gesehen, ge- hart und auch von nichts gewußt haben? Ja, wofür sind sie denn eigentlich bezahlt worden? (Beifall bei der ÖVP.) Das ist eine Frage, mit der sich der Landtag auch zu be- schäftigen haben wird. Wenn behauptet wird, der Aufsichtsrat habe keine Möglichkeit zur Überprüfung gehabt, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, dann kann ich Ihnen als Mitglied des Aufsichts- rates, das nicht von einer Partei nominiert wurde, sondern als Delegierter der Beleg- schaft, das bekanntlich am längsten diesem Forum in der Newag angehört, nur mitteilen, daß ich mich an keine einzige Sitzung er- innern kann, wo sozialistische Aufsichtsräte Anfragen gestellt haben, die nicht beantwor- tet worden sind, beziehungsweise wo sie nach- her erklärt haben, daß sie mit der Beant- wortung nicht zufrieden sind (Hört-hört- Rufe bei der ÖVP), mit Ausnahme der letz- ten Sitzung, die man zu einer Gerichtsver- handlung machen wollte.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie doch, bitte, zur Kenntnis, daß wir uns doch nicht Ihre Auffassungen von einer Rechts- staatlichkeit aufzwingen lassen. Solange es in diesem Land eine starke niederösterrei- chische ÖVP gibt, wird niemals der Fall sein, daß der Hase so läuft, wie Sie glauben, es diktieren zu können.

Ich bedaure nur, daß hier nach der Bespre- chung auf höchster Ebene, die in so sachlicher Form, auch unter Bezugnahme auf einen günstigen Ausgangsaspekt für kommende Finanzausgleichsverhandlungen, geführt wor- den ist, eine so falsche, wissentlich falsche, Darstellung gegeben wird. Ob Sie damit die- sem Land gedient haben — und Sie geben ja durch alle Ihre Sprecher vor, das zu wollen —, das werden wir Ihnen wahrscheinlich in kurzer Zeit authentisch nachweisen können. (Beifall bei der ÖVP.)

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort kommt der Herr Landeshauptmannstellvertreter Doktor T s c h a d e k.

Landeshauptmannstellvertreter Doktor TSCHADEK: Hoher Landtag! Der Herr Lan- desrat Resch hat erklärt, daß die Mitteilun- gen, die von der Sozialistischen Partei hin- ausgegangen sind, falsch seien; entweder hatten die Sozialisten in dieser Sitzung falsch berichtet oder der Klub hätte entgegen- stehende Darstellungen gegeben. Ich bin als Jurist gewohnt, über Aussprachen unmittel- bar nachher Gedächtnisprotokolle anzulegen. Ich habe auch nach dieser Besprechung, die im Zimmer des Herrn Landeshauptmannes stattgefunden hat, sofort, ohne eine kurze Unterbrechung eintreten zu lassen, den Ver-

lauf der Sitzung niedergeschrieben. Ich glaube, es wird niemand in diesem Haus, der dabei war, sein, der (bestreiten kann, daß sich die Besprechungen so abgespielt haben, wie ich es jetzt der Klarheit halber aus dem Ge- dächtnisprotokoll feststellen möchte (liest):

„Einleitend teilte der Herr Landeshaupt- mann mit, daß er bereits vor längerer Zeit ein Schreiben der Generaldirektion der Niogas erhalten habe, daß Beträge, die von der Niogas unter dem Titel der Wohnbau- förderung an Bauwerber der Südstadt ge- geben wurden, nunmehr an das Land fließen sollen. Dazu teilte Müllner mündlich mit, daß dem Land im heurigen Jahr ungefähr 40.000.000 S der Wohnbauhilfe zufließen sol- len und daß im Laufe der Jahre unter be- stimmten Voraussetzungen 420.000.000 S zu- sätzlich an Wohnbaumitteln einlangen wür- den.

Über Befragen, wieso diese Situation ent- standen sei, erklärte Müllner, die Niogas habe ihre Schürfrechte an allem Bitumen auf- gegeben und dafür die Zusage erhalten, jähr- lich 400.000.000 Kubikmeter Erdgas zu einem bevorzugten Preis für die Dauer von zehn Jahren zu erhalten. Für das Land war nur dann mit einer größeren Einnahme aus diesem Vertrag zu rechnen, wenn die 400.000.000 Kubikmeter tatsächlich verbraucht würden. Dies erschien im Zeitpunkt des Ver- tragsabschlusses vollkommen ausgeschlossen, da die nötigen Gasleitungen in Niederöster- reich fehlten. Müllner habe daher ausländi- sche Geldmittel flüssiggemacht, um die Gas- Leitungen rasch auszubauen, und habe Ver- träge mit der Industrie abgeschlossen, die einen großen Absatz von Erdgas sicherten. Das Verhältnis von Großabnehmern und Kleinverbrauchern beläuft sich ungefähr auf 90 zu 10. Durch diese Aktion sei die Niogas verhältnismäßig rasch in ihrer Bilanz aktiv geworden und hätte daher Körperschaft- steuer zahlen müssen. Außerdem hätte das Land für seine 50.000.000-Aktien der Niogas eine Dividende von 11 Prozent erhalten, von der jedoch gleichfalls zwei Drittel an Steuern geleistet hätten werden müssen. Um diese Gelder nicht dem Bund zu bezahlen, sondern sie dem Land zu erhalten, habe die Niogas nur eine Verzinsung von 3 Prozent dem Land bezahlt, und die Newag, für die das Land 50.000.000 S Vorauszahlung geleistet hat, ver- zinst diesen Betrag jährlich mit 6 Prozent.

Durch eine Vereinbarung zwischen der Niogas und dem Land, die die Zustimmung des Finanzministeriums gefunden hat, wur- den die Gewinne der Niogas teilweise zum Bau der Südstadt verwendet, und zwar in der Form von Wohnbauhilfen an Genossen-

schaften und zur Finanzierung von Eigentumswohnungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz. Die dafür aufgewendeten Beträge sind grundbücherlich sichergestellt, und die Berechtigung aus dieser Sicherstellung soll nunmehr an das Land übertragen werden, und alle Rückzahlungen sollen an das Land erfolgen.

Da es sich um eine heikle Angelegenheit gehandelt habe, sei die Sache niemals in der Landesregierung behandelt worden, sondern das Übereinkommen zwischen Land und Niogas sei durch einen Briefwechsel getroffen worden, der vom damaligen Landeshauptmann Steinböck und vom damaligen Landeshauptmannstellvertreter Müllner unterfertigt wurde. Die Zustimmung des Finanzministeriums zu dieser Transaktion sei von Sektionschef Dr. Penz unterschrieben worden. Der Briefwechsel erfolgte am 10. Juni 1961. Müllner bestätigte nochmals, daß niemand außer Steinböck und ihm von den Regierungsmitgliedern informiert wurde. Diese Maßnahme sei angeblich auch getroffen worden, um dem Land Niederösterreich eine Entschädigung für die Besetzungsschäden zu geben, ohne daß die anderen Bundesländer beim Finanzausgleich dies in die Waagschale werfen könnten, daher sei auch der damalige Bundeskanzler Raab mit der Vorgangsweise einverstanden gewesen.

Wenn nunmehr die Landesregierung diesem Geheimabkommen nicht beitrete, müsse der Vorstand der Niogas sofort eine Nachtragsbilanz beim Finanzministerium einreichen und einen Betrag von 280.000.000 S an Steuern nachzahlen.

Über Befragen durch Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek, wie die grundbücherlichen Transaktionen erfolgt seien und wer zur Zeit Hypothekargläubiger sei, erklärte Generaldirektor Müllner, er könne keine Auskunft geben, aber Dr. Stanek und der Grundbuchbearbeiter der Newag, Haselbach, stünden zur Aufklärung bereit. Doktor Tschadek verlangte auch die Vorlage der Zustimmung, die Dr. Penz für das Finanzministerium gegeben haben soll, und vor allem eine Liste aller Kreditnehmer für Wohnungen unter genauer Angabe der Kredithöhe. Müllner sagte zu, daß solche Listen sicherlich hergestellt werden können; er selbst halbe momentan keine zur Verfügung.

Landeshauptmann Hartmann gab zu erwägen, ob unter diesen Umständen die sofortige Überprüfung der Niogas durch den Rechnungshof zweckmäßig sei. Er meinte, daß, wenn die Überprüfung vor der Übernahme der Forderungen durch das Land erfolge, die Steuerpflicht aufleben würde und das Land

dringend das Geld für Wohnungen brauche. Müllner erklärte hierzu, wenn der Rechnungshof die Überprüfung der Niogas vor Übernahme der Forderungen durch das Land vornehme, so müsse er die Bilanz unverzüglich vorlegen.

Landesrat Resch erklärte darauf, daß eine Zustimmung der Landesregierung zu dieser Transaktion gar nicht genügen könne. Seiner Meinung nach sei ein Landtagsbeschluß notwendig, der allerdings aus Zweckmäßigkeitsgründen in einer vertraulichen Sitzung gefaßt werden müsse.

**Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek** erklärte darauf, daß er die Sache vom rechtlichen Standpunkt überlegen und dem Herrn Landeshauptmann vom Ergebnis seiner Überprüfung Mitteilung machen würde.

Das war der Sachverhalt. So hat sich das Gespräch abgespielt; so habe ich es unmittelbar nach der Sitzung abdiktiert.

Meine Damen und Herren! Es kann kein Zweifel bestehen, daß die von mir genannten Zahlen stimmen, denn ich habe vorher überhaupt von der ganzen Sache keine Kenntnis gehabt, und ich kann ja das Material nur von dieser Besprechung in mein Gedächtnisprotokoll übernommen haben.

Sie wenden mir vielleicht — ich sage das gleich — vonwerfen, daß ich überhaupt mit jemandem über diese Besprechungen geredet habe. Hdher Landtag! Ich glaube, politische Besprechungen können ja nicht den Sinn haben, daß man zwei Vertretern einer Fraktion etwas mitteilt und diese das in ihrem Herzen begraben und einen Grabstein draufsetzen. Aus solchen Mitteilungen müssen ja politische Konsequenzen gezogen werden. Und diese Konsequenzen können doch nur im Kreis aller für die Landespolitik Verantwortlichen gezogen werden; in unserem Fall handelt es sich also um den Kreis der sozialistischen Landtagsfraktion. Ich habe daher immer wieder erklärt, daß ich verpflichtet bin, solche Angelegenheiten meiner Landtagsfraktion zur Kenntnis zu bringen.

Hohes Haus! Ich weiß nicht, wie es zum Termin des 14. gekommen ist. Der Herr Landeshauptmann hat mich einige Tage vorher gefragt, ob (dieser Tag für mich möglich sei, und dieser Termin wurde vereinbart. Ich stelle aber fest, daß mein Antrag, die Niogas vom Rechnungshof überprüfen zu lassen, am 8. Februar 1966 gestellt wurde. Ich hatte den Eindruck, daß dieser von mir gestellte Antrag zunächst der unmittelbare Anlaß war, warum sich Herr Generaldirektor Müllner verpflichtet gefühlt hat, diese Darstellung zu geben und darauf hinzuweisen, daß eine Überprüfung durch den Rechnungshof zur Zeit un-

zweckmäßig die Sache d  
Ich leugne a  
ich werde 1  
überlegen ur  
davon Mitte  
hauptmann  
am nächsten  
aufgesucht 1  
meinem Ant  
durch den Re  
Ich habe die,  
det.

Meine Dar  
verpflichtet  
bildung vorz  
so nüchtern 1  
tatsächlich al

Lassen Sie  
merkung ma  
vom Rechts  
Herr Landes  
müßten nach  
tes erledigt  
Überlegunge  
dazu, daß i  
einer vertrai  
legenheit zu  
fußt die Den  
funktioniere  
wenden. Ma  
schein nach  
gründe voah  
gierungsmitg  
wenn die Ge  
Landesregier  
wo der Land  
raldirektor 1  
regierung als  
es aus Zwe  
manchen Zei  
bar erschiene

Meine He  
Rechtsstaat 1  
tung der G  
Beachtung de  
fall bei der  
Siehe Broda!  
der Gewalte  
Verteilung au

Herr Ab,  
„Siehe Brod  
haben hier r  
die außerhal  
weder Anklä  
Justizministe  
Maßnahmen  
wir dem nie  
gehören, hab  
Verfassung e

ungen brauche.  
enn der Rech-  
der Niogas vor  
durch das Land  
bilanz unverzüg-

larauf, daß eine  
erung zu dieser  
en köane. Seiner  
agsbeschuß not-  
weckmäßigkeits-  
ien Sitzung ge-

eter Dr. Tschadek  
die Sache vom  
legen und dem  
m Ergebnis sei-  
machen würde."  
So hat sich das  
ich es unmittel-

rt.  
i: Es kann kein  
n mir genannten  
ibe vorher über-  
keine Kenntnis  
Material nur von  
Gedächtnisproto-

— ich sage das  
1 überhaupt mit  
chungen geredet  
laube, politische  
nicht den Sinn  
tern einer Frak-  
se das in ihrem  
Grabstein drauf-  
ingen müssen ja  
ezogen werden.  
inen doch nur im  
itik Verantwort-  
serem Fall han-  
eis der sozialisti-  
ch habe daher  
ich verpflichtet  
neiner Landtags-  
igen.

cht, wie es zum  
t ist. Der Herr  
einige Tage vor-  
für mich möglich  
e vereinbart. Ich  
ntrag, die Niogas  
en zu lassen, am  
de. Ich hatte den  
gestellte Antrag  
nlaß war, warum  
füllner verpflich-  
tellung zu geben  
ß eine Überprü-  
hof zur Zeit un-

zweckmäßig wäre. Mein Eindruck war ja, daß die Sache damit verschoben werden sollte. Ich leugne auch nicht, daß ich erklärt habe, ich werde mir alle diese Angelegenheiten überlegen und dem Herrn Landeshauptmann davon Mitteilung machen. Der Herr Landeshauptmann wird mir bestätigen, daß ich ihn am nächsten Tag vor der Regierungssitzung aufgesucht und erklärt habe, daß ich von meinem Antrag auf Überprüfung der Niogas durch den Rechnungshof nicht abgehen könne. Ich habe dies auch in der Regierung begründet.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich verpflichtet gefühlt — um jeder Legendenbildung vorzubeugen — diesen Sachverhalt so nüchtern und klar darzustellen, wie er sich tatsächlich abgespielt hat.

Lassen Sie mich aber doch noch eine Bemerkung machen. Wir haben hier sehr viel vom Rechtsstaat gesprochen. Gerade auch Herr Landesrat Resch hat erklärt, die Dinge müßten nach den Spielregeln des Rechtsstaates erledigt werden. Diese rechtsstaatlichen Überlegungen waren für mich der Anlaß dazu, daß ich nicht zustimmen konnte, in einer vertraulichen Sitzung die ganze Angelegenheit zu erledigen. Denn letzten Endes fußt die Demokratie darauf, daß ihre Organe funktionieren und daß ihre Organe beachtet werden. Man kann also — mögen dem Anschein nach noch so viele Zweckmäßigkeitsgründe vorhanden sein — nicht einzelne Regierungsmitglieder mit Handlungen betrauen, wenn die Gesamtregierung zuständig ist. Eine Landesregierung kann nicht dort tätig werden, wo der Landtag tätig werden muß. Ein Generaldirektor kann nicht sowohl die Landesregierung als auch den Landtag ersetzen, weil es aus Zweckmäßigkeitsgründen, wie es in manchen Zeitungen heißt, immerhin vertretbar erschiene.

Meine Herren! Die Demokratie und der Rechtsstaat beruhen auf der klaren Einhaltung der Gesetze und auf der besonderen Beachtung der Kompetenzen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Robl: Siehe Broda!) Die Rechtsstaatlichkeit ist auf der Gewaltentrennung, auf der Kompetenzverteilung aufgebaut.

Herr Abgeordneter! Der Zwischenruf „Siehe Broda!“ tangiert mich nicht. Wir haben hier nicht über Dinge zu verhandeln, die außerhalb dieses Hauses liegen. Ich bin weder Ankläger noch Ex-offo-Verteidiger des Justizministers und habe mich mit seinen Maßnahmen nicht zu beschäftigen. Wir, die wir dem niederösterreichischen Landtag angehören, haben zu fragen: Wurde die Landes-Verfassung eingehalten oder wurde sie ver-

letzt? Wenn wir der Meinung sind, daß sie verletzt wurde, haben wir daraus die Konsequenzen zu ziehen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort gelangt Herr Landesrat Resch.

Landesrat RESCH: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich hätte mich nicht mehr zu Wort gemeldet (Abg. Staatssekretär Rösch: Das haben wir schon einmal gehört!), wenn mich Herr Minister Dr. Tschadek durch seine Ausführungen nicht geradezu dazu verleitet hätte. Ich habe gar nicht gesehen, daß Sie Protokoll führten, das hat nämlich Kollege Kuntner getan. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek: Ich sagte: Ich habe nach der Sitzung ein Gedächtnisprotokoll notiert!) Es dürfte sich eine Null eingeschmuggelt haben, denn es war von 4.000.000 Rückflüssen die Rede. Es wäre ein äußerst komischer Zufall, wenn der Herr Landeshauptmann, der auch dabei war, und auch ich falsch gehört hätten. Es ist aber durchaus möglich — ich möchte das gar nicht besonders herausstellen —, daß man sich in einem solchen stenographischen Protokoll in der Geschwindigkeit um eine Null verschreibt; aber es muß richtiggestellt werden.

Herr Generaldirektor Müllner hat gesagt, er müsse nur dann zur Steuerbehörde nachfahnen gehen, falls das Land Niederösterreich jetzt erklären würde, diese ausgehandelte Wiedergutmachung nicht anzunehmen. So lautete doch die Darstellung. Aber die sozialistischen Regierungsmitglieder haben sich ganz entschieden dagegen verwahrt, daß jemand auf die Idee kommen könnte, die 420 Milliönchen nicht anzunehmen. Wenn ich das Protokoll richtig verstanden habe, so ist das in ungeheuer langwierigen und schwierigen Verhandlungen mit dem Bund ausgestritten worden. Es gibt dankenswerterweise eine Statistik der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, aus der hervorgeht, daß wir in der Besatzungszeit etwa um 1.000.000.000 S wirtschaftlich geschädigt worden sind. Daß sich die Landespolitiker bemüht haben, über diesen Umweg wenigstens eine teilweise Wiedergutmachung zu bekommen, das sollte man heute nachträglich dem Herrn Landeshauptmann Steinböck und dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Müllner sehr hoch anrechnen und ihnen die Anerkennung dafür aussprechen. Das wäre nämlich viel zweckmäßiger, als ihn aus politischen Gründen nur deshalb, weil er auch Geschäftsführender Landesparteiobmann der ÖVP ist jetzt geschwind absetzen zu wollen.

Herr Minister und Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek! Daß damals erklärt

wurde, man sei nicht in die Landesregierung gegangen, weil es eine heikle Angelegenheit war, das heiße ich nachträglich gut. Wir erleben es nämlich jetzt immer wieder, daß selbst aus vertraulich erklärten Sitzungen der Landesregierung ausgeplaudert wird, so daß der Verdacht der Verletzung der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit besteht, was der Herr Landeshauptmann nicht in der heutigen, sondern in der letzten Sitzung feststellen mußte.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es einmal so weit ist, daß man nicht einmal in der Regierung aus ur-eigenstem Interesse für dieses Land etwas vertraulich besprechen kann, dann frage ich: Wo sollen denn die Spitzenpolitiker der beiden Parteien überhaupt noch eine Möglichkeit haben, zu reden, um eine diesem Land nützende Lösung zu finden, die heute dieses Problem und morgen ein ganz anderes Problem zum Gegenstand haben kann? In dem zur Debatte stehenden Fall schadet man aber dem Land. Man hat alles mögliche einzig und allein deswegen getan — und dabei bleibe ich auch —, um einen billigen Wahlschlager zu haben. **(Beifall bei der ÖVP.)**

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort kommt Herr Landesrat Kuntner.

Landesrat KUNTNER: Herr Präsident! Hohes Haus! Es wurde festgestellt, daß ich förmlich der Protokollführer gewesen bin. Ich bin nebenbei auch Kurzschriftlehrer und habe meine Fähigkeit auch bis jetzt bewahrt. Ich habe natürlich nicht alles wortwörtlich mitgeschrieben, sondern mir nur einige Dinge notiert, die mir bedeutend schienen. Ich darf daher die Ausführungen meines Freundes **Landeshauptmannstellvertreter** Dr. Tschadek ergänzen. Er hat sein Gedächtnisprotokoll, ohne Kontakt mit mir aufzunehmen, aufgenommen. Herr Generaldirektor Müllner hat zunächst die wirtschaftliche Entwicklung der Niogss auf Grund des ÖMV-Vertrages aufgezeigt und dann wortwörtlich gesagt: „Wir wären in kürzester Zeit in eine Bilanzsumme mit höheren Gewinnen geraten. Und ein zweites: Wie wir aus dieser Steuerleistung herauskommen.“ Er hat dann gesagt: „Durch die Verlegung des Direktionsgebäudes sind größere Investitionen notwendig gewesen.“ Auch wir sind der Meinung, daß die Verlegung des Betriebes nach Niederösterreich vom Standpunkt der Steuer und der Einkommen für das Land gut und zweckmäßig war. Ich werde auf das Kapitel aus Anlaß der Verantwortlichkeit der Aufsichtsräte noch zu sprechen kommen. Er hat dann aufgezeigt, daß diese 100.000.000 S, die der Landtag mit unserer Zustimmung beschlossen hat, zum

Teil als Aktienkapital, zum Teil als Kredit an die Newag gegeben wurden, damit sie ihren Anteil bezahlen kann und dafür 6 Prozent zahlt, das (sind 3 Prozent an das Land pro Jahr.

Er sagte gleich, die Niogas hätte 11,5 Prozent ausschütten können, das wären 3.800.000 S Dividende gewesen. Er sagte weiter: „Es ist klar, daß der später hinausgehende Gewinn durch die Übersiedlung nach Maria-Enzersdorf verschwinden mußte.“ Also durch den Bau des Gebäudes und durch diese Abschöpfung. Er sagt nun: „Jetzt schweben wir in einer unangenehmen Lage. Ich halbe soundso viele Steuern bezahlt, und ich frage, wie kommen wir aus dieser Sache heraus, was durch den Titel Wohnbauförderung hier abgezweigt wurde. Es war das Herausbekommen dieser Gelder schwierig, aber es ist natürlich das Hineinbekommen in das Land ebenso schwierig.“

Es wurde dann festgestellt, daß das als Kaufpreisrestforderung deklariert war und daß diese Gelder als Aufstockungswohnbaudarlehen unter sinngemäßer Anwendung der Richtlinien der Wohnbauförderung vergeben wurden. Daß auch das unrichtig ist, ist klar, denn die sinngemäße Anwendung der Wohnbaudarlehen hätte nur eine Zuteilung von 30.000 S pro Wohnbaueinheit möglich gemacht. Ich muß weiter feststellen, daß wir gefragt haben: Auf Grund welcher Urkunde sind die Eintragungen in das Grundbuch erfolgt? Wer ist im Grundbuch? Die Listen wegen der Größe, die Rechtskraft der Übertragung! Und weiter die Frage: Wie bekommt das, wenn es dem Land gehört, das Land herein?

Ich erkläre noch einmal, wenn der Rechnungshof feststellt, daß diese Beträge dem Land gehören, dann bin ich selbstverständlich der Meinung, daß, wenn eine solche Abmachung gültig ist, diese Mittel — die Fraktion hat sich ja dazu bekannt — dem Land voll und ganz zur Verfügung stehen sollen. Ich erkläre aber ausdrücklich, daß wir vor dieser Besprechung — auch ich selbst als Aufsichtsrat — von diesen Transaktionen keine Ahnung hatten, daß wir durch diese Beratung überrascht wurden, so daß Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek in unserem Namen erklärt hat, diese Dinge sind für uns völlig neu, es sind noch einige Erkundigungen einzuholen. Es könne daher darüber noch keine zustimmende Erklärung gegeben werden. Das, bitte, zur Ergänzung. Die zitierten Äußerungen sind wortwörtlich gemacht und von mir im Augenblick der Rede aufgenommen worden. **(Beifall bei der SPÖ.)**

PRÄSIDENT  
erschöpft. D  
Schlußwort.

Berichters  
zichte.

PRÄSIDENT  
stimmung.  
Hohen Haus  
Dringlicher  
und Genosse  
erheben.

PRÄSIDENT  
Mit Mehrhei

Wir gela  
des Dringlich

Ich ersuch  
welchem gei  
des Landtag  
ters zufällt, r

Berichters  
Haus! Ich ha

Ltg. 169, de  
schen Volks

machung de  
Mitglieder r

österreichisc  
(Newag) und

wirtschafts-A  
mungen des

ten:

Die über  
Partei gewä

rates sowohl  
haben, wie

und später a  
zu entnehme

beider Aufs  
sichtsräte st

seien nicht  
widerspreche

Vorgänge in  
miert werde

besondere u  
trages vom 1

reichischen M  
und der Niog

nungen, vor  
beiden oben

der Südstad  
die „Arbeits

sichtsräte hii  
ter wirtscha

beziehungs  
fänden bezie

sprechend in  
Dazu muß

den Vertrag  
in diesem ZL

Vertragsabs  
sche Öffentli

Teil als Kredit  
den, damit sie  
und dafür 6 Pro-  
zent an das Land

hätte 11,5 Pro-  
zent, das wären  
dann. Er sagte wei-  
ter später hinaus-  
sichtlich die Übersiedlung  
erzwingen mußte.“

„Aber durch  
den nun: „Jetzt  
in günstigen Lage.  
erhalten bezahlt, und  
aus dieser Sache  
Wohnbauförder-  
ung. Es war das  
schwierig,  
erhalten in

Es ist, daß das als  
erhalten war und  
Wohnbau-  
Anwendung der  
erhalten vergeben  
erhalten ist, ist klar,  
Erhalten der Wohn-  
erhalten Zuteilung von  
erhalten möglichst ge-  
erhalten stellen, daß wir  
erhalten welcher Urkunde  
erhalten Grundbuch er-  
erhalten? Die Listen  
erhalten kraft der Über-  
erhalten Frage: Wie be-  
erhalten Land gehört, das

wenn der Rech-  
erhalten Beträge dem  
erhalten selbstverständlich  
erhalten eine solche Ab-  
erhalten tittel — die Frak-  
erhalten tion — dem Land  
erhalten stehen sollen.  
erhalten Ich, daß wir vor-  
erhalten Ich selbst als  
erhalten in Transaktionen  
erhalten wir durch diese  
erhalten, so daß Herr  
erhalten Dr. Tschadek  
erhalten hat, diese Dinge  
erhalten sind noch einige  
erhalten Es könne daher  
erhalten mende Erklärung  
erhalten, zur Ergänzung,  
erhalten sind wortwörtlich  
erhalten Augenblick der  
erhalten 1. (Beifall bei der

PRÄSIDENT WEISS: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. MARSCH: Ich verzichte.

PRÄSIDENT WEISS: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Hohen Hauses, welche für den vorliegenden Dringlichkeitsantrag der Abg. Marsch, Anderl und Genossen stimmen wollen, die Hand zu erheben.

PRÄSIDENT WEISS (nach Abstimmung): Mit Mehrheit abgelehnt.

Wir gelangen nunmehr zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages, Zahl 169.

Ich ersuche den Herrn Abg. Buchinger, welchem gemäß § 42 der Geschäftsordnung des Landtages die Aufgabe des Berichterstatters zufällt, um seinen Bericht.

Berichterstatter Abg. BUCHINGER: Hohes Haus! Ich habe über den Dringlichkeitsantrag, Ltg. 169, der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, betreffend die Geltendmachung der Verantwortlichkeit bestimmter Mitglieder des Aufsichtsrates der Niederösterreichischen Elektrizitätswerke AG. (Newag) und der Niederösterreichischen Gaswirtschafts-AG. (Niogas) nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes 1965, zu berichten:

Die über Vorschlag der Sozialistischen Partei gewählten Mitglieder des Aufsichtsrates sowohl der Newag als auch der Niogas haben, wie vorerst aus Zeitungsberichten und später aus einem schriftlichen Begehren zu entnehmen war, die sofortige Einberufung beider Aufsichtsräte verlangt. Die SPÖ-Aufsichtsräte stellten die Behauptung auf, sie seien nicht hinreichend beziehungsweise in widersprechender Weise über wirtschaftliche Vorgänge in der Newag und Niogas informiert worden. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Auswirkungen des Vertrages vom 12. Juni 1957 zwischen der Österreichischen Mineralölverwaltung AG. (ÖMV) und der Niogas sowie um den Bau von Wohnungen, vor allem für die Bediensteten der beiden oben angeführten Gesellschaften in der Südstadt. Seit geraumer Zeit berichtet die „Arbeiter-Zeitung“, daß sich die Aufsichtsräte hinsichtlich ganz genau bezeichneter wirtschaftlicher Vorgänge in der Niogas beziehungsweise Newag in Unkenntnis befänden beziehungsweise diesbezüglich widersprechend informiert worden wären.

Dazu muß festgestellt werden, daß über den Vertrag vom 12. Juni 1957 und über die in diesem Zusammenhang ebenfalls erfolgten Vertragsabschlüsse die gesamte österreichische Öffentlichkeit informiert war, wie sich

aus einem Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ vom 29. Juni 1957 und einer noch ausführlicheren Meldung des „Neuen Österreich“ in der Ausgabe vom 29. Juni 1957 ergibt. Die „Arbeiter-Zeitung“ berichtete damals folgendes:

„Gestern hat der Aufsichtsrat der Österreichischen Mineralölverwaltung beschlossen, dem Abschluß eines Übereinkommens mit der Niogas, jener niederösterreichischen Wirtschaftsgründung, die vor und während des Wahlkampfes eine nicht gerade rühmliche Rolle spielte, die Genehmigung zu erteilen. Der nunmehr einmütig (bei Stimmenenthaltung der zwei Kommunisten im Aufsichtsrat) beschlossene Vertrag sieht folgendes vor:

Die Niogas legt die ihr seinerzeit vom Handelsministerium verliehene Konzession zurück. Das Handelsministerium erteilt der ÖMV eine neue Konzession, durch welche die ÖMV zur Aufsuchung und Gewinnung von Öl in ganz Österreich ermächtigt wird.

Die Niogas erhält zum Zweck des Aufbaues der Erdölgasleitungen in Niederösterreich von der ÖMV eine ‚Subvention‘ und zwar 100.000.000 S bar und durch zehn Jahre Grattislieferungen von je 200 Millionen Kubikmeter Erdgas, was einem Wert von 58.000.000 S pro Jahr entspricht. Ferner erhalten die Niogas und die Gemeinde Wien für den Bezug des Erdgases gleichrangige Prioritäten. Sie werden Direktbezieher von der ÖMV und werden ihre Bezugswünsche einmal im Jahr gegenseitig miteinander abstimmen.“

Der Landtag von Niederösterreich beschäftigte sich darüber hinaus am 20. Dezember 1957 unter der Zahl Ltg. 420 mit der Vorlage der Landesregierung, LA. IV/1-190/10, betreffend den Fernleitungsbau der Niogas in Niederösterreich. Im Bericht zu dieser Vorlage wird auch auf den gegenständlichen Vertrag vom 12. Juni 1957 hingewiesen. In der Sitzung selbst hat die sozialistische Fraktion zu dieser Regierungsvorlage und den damit verbundenen rechtlichen Gegebenheiten nicht Stellung genommen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß der Behandlung im Landtag sowohl eine Vorberatung dieser Vorlage im Finanzausschuß als auch eine Beratung anläßlich der Einbringung in der Landesregierung vorangegangen war.

Auch von der Tatsache, daß in der Südstadt Wohnungen für die Bediensteten der beiden Gesellschaften errichtet werden, mußten die sozialistischen Aufsichtsräte Kenntnis haben, und zwar schon allein durch die Tatsache, daß die Sitzungen des Aufsichtsrates und des Vorstandes schon seit drei Jahren im neuen Verwaltungsgebäude abgehalten wurden und

daher der Baubeginn sowie das Bauen selbstverständlich von den Aufsichtsräten zur Kenntnis genommen werden mußten.

Seit dem Jahre 1958 hat die Sozialistische Partei Vertrauenspersonen nicht nur in den Aufsichtsräten dieser Gesellschaften, sondern auch in den Vorständen. Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 29. Juni 1958 berichtet selbst, daß nun nach längeren Verhandlungen endlich die konstituierende Sitzung des Aufsichtsrates der Niogas stattgefunden hat. Damit, so berichtet sie weiter, endet der Zustand, daß die Landesgesellschaft für die Gasversorgung nur von Vertrauensleuten der ÖVP geleitet und kontrolliert wird. In Zukunft würden den Körperschaften der Niogas, die jetzt endlich bestellt werden, auch die Sozialisten angehören. Somit haben die Sozialisten seit 1958 nicht nur die Möglichkeit einer Kontrolle gehabt, sondern auch die des Leitens dieses Unternehmens.

Den sozialistischen Aufsichtsratsmitgliedern, und zwar sind dies für den Aufsichtsrat der Newag die Herren Landesrat Wenger, Direktor Dr. Edtmaier, Gewerkschaftssekretar Hofmann, Hofrat Dr. Seidl, Bundesrat Singer, Ing. Voglsinger und Bürgermeister Barwitzius und für den Aufsichtsrat der Niogas die Herren Ministerialrat Diplomingenieur Reichl, Landesrat Wenger, Landesrat Kuntner, Landtagsabgeordneter Blabolil, Dr. Litschauer, DDr. Ockermüller, Dr. Petznek und Bürgermeister Wondrak, standen somit seit Jahren alle Möglichkeiten des Aktiengesetzes, entsprechend zu kontrollieren und vor allem sich zu informieren, zur Verfügung. Es sei insbesondere auf die Bestimmungen der §§ 81, 94, 95, 96 und vor allem auf den gesamten 5. Teil und schließlich auch auf die §§ 195 und 196 des Aktiengesetzes 1965 verwiesen.

Nach § 84 des Zitierten Gesetzes obliegt den Mitgliedern des Aufsichtsrates eine Sorgfaltspflicht. So sind sie auch verpflichtet, über vertrauliche Angaben Stillschweigen zu bewahren. Aus dem dargelegten Sachverhalt kann abgeleitet werden, daß diese Mitglieder vor allem ihre Verschwiegenheitspflicht verletzt haben. Sie wären verhalten gewesen, bevor sie zweifelsohne vertrauliche Angaben über bedeutsame wirtschaftliche Vorgänge innerhalb dieser beiden Gesellschaften im Wege der Presse in die Öffentlichkeit getragen haben, die ihnen nach dem Aktiengesetz 1965 obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen und die ihnen nach diesem Gesetz zustehenden Rechte voll auszuschöpfen. Beides wurde unterlassen. Durch dieses Vorgehen der sozialistischen Aufsichtsräte wird nicht nur das Ansehen dieser Gesellschaften schwer geschä-

digt, sondern werden auch die Interessen des Landes gefährdet. Es ist daher erforderlich, daß sofort entsprechende Abhilfemaßnahmen einsetzen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Grund des dargelegten Sachverhaltes die Interessen des Landes als Aktionär der Niederösterreichischen Elsktnizitätswerke AG. (Newag) und der Niederösterreichischen Gas-Wirtschafts-AG. (Niogas) vorerst derart wahrzunehmen, daß nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes 1965 in der Hauptversammlung die Verantwortlichkeit der genannten Mitglieder des Aufsichtsrates der Newag und der Niogas wegen Verletzung der ihnen insbesondere nach § 84 Abs. 1 letztes Satz des zitierten Gesetzes obliegenden Verpflichtungen geltend gemacht wird.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Blabolil.

Abg. BLABOLIL: Hoher Landtag! Sehr verehrte Damen und Herren! Der letztgestellte Antrag ist ein Antrag nach dem Muster „Haltet den Dieb!“, um von den tatsächlichen Gegebenheiten ablenken zu können.

Ich möchte hier feststellen, daß bei der Niogas die häufigsten Anfrager die Aufsichtsräte der sozialistischen Fraktion waren.

Als wir im Jahre 1958 bestellt wurden, gab es kurz darauf eine ganz ernste Sache zu entscheiden; es war das der Ankauf des Bergwerkes in Höflein. Wir waren uns nicht ganz klar (darüber, warum dieses Bergwerk ausgerechnet die Niogas kaufen mußte. Wir waren aber bereit, einige Argumente zur Kenntnis zu nehmen. Das eine dieser Argumente war, die Arbeitsplatzsicherung in dieser Gegend zu gewährleisten. Wir haben jedoch erklärt: Wenn wir zum Ankauf dieses Bergwerkes die Zustimmung geben sollen, dann müssen Sie uns zumindest mitteilen, wie die Gestalt dieses Werkes ist, wie die Bilanz aussieht, die das Werk vorlegt. Es wurde uns nicht die Möglichkeit gegeben, dort Einsicht zu halten. Ich bin davon überzeugt, daß auch die Aufsichtsräte der Österreichischen Volkspartei nicht gewußt haben, daß dieses Bergwerk damals schon über die Conti-Bank in Geschäftsverbindungen gestanden ist und daß da schon verschiedene am Verdienen waren. Ich wage offen zu sagen — ich will damit keine Verdächtigung aussprechen —: Ich bin überzeugt, daß keiner der Aufsichtsräte, auch keiner der ÖVP, über die Anfrage informiert wurde, die wir ge-

stellt haben zeugt, daß a keinen Beris ist eine Fest kollarisch fe damals im gegen den A und zwar de nötige Eins werkes gewa

Was mit d Folge an s schehen ist, j jüngsten Zei österreicher des dortigen das kalorisch ihm keine T wirtschaftlich werten.

Wenn in ( für die Aufs derum 40,000 zeigt das sch tives Geschäft Annahme, d Grünbach ur zur Stromer können, wur den — der Si stellt sich h Kohlenbergb, sind. Wir be gleich gewuf ein Conti-Ba ten wir sch alarmiert. Ai es ÖVP-Funk in der weite sie gesagt h haben sie der waren es ke stelltenbund.

**nen Sie Nam** daß ich die n **ordneter Sta thode!**) Auch Umständen v einem in dei zugeht, wo di Newag und ; dann würden ständlich beja Landesgesells Land Nieder wärtszubringe Probleme gesj an den Dinger

Wir sind nic ten, wir sind



am 1. März 1966

e Interessen des  
ier erforderlich,  
hilfemaßnahmen

her den Antrag:  
schließen:

rd aufgefordert,  
achverhaltes die  
ctionär der Nie-  
ritätswerke AG.  
reichischen Gas-  
rst derart wahr-  
stimmungen des  
Hauptversamm-  
der genannten  
der Newag und  
g der ihnen ins-  
letzter Satz des  
en Verpflichtun-

Präsidenten, die  
Abstimmung vor-

Wort gebangt der  
1.

Landtag! Sehr  
ren! Der letzt-  
ntrag nach dem  
um von den tat-  
enken zu können  
en, daß bei der  
gestellter die Auf-  
Fraktion waren.  
tellt wurden, gab  
ste Sache zu ent-  
nkauf des Berg-  
n uns nicht ganz  
s Bergwerk aus-  
fen mußte. Wir  
Argumente zur  
ine dieser Argu-  
sicherung in die-  
n. Wir haben je-  
m Ankauf dieses  
ag geben sollen.  
ündest mitteilen,  
rkes ist, wie die  
Werk vorlegt. Es  
lichkeit gegeben,  
bin davon über-  
tsräte der Öster-  
it gewußt haben,  
ls schon über die  
erbindungen ge-  
ion verschiedene  
vage offen zu sa-  
ie Verdächtigung  
zeugt, daß keiner  
er der ÖVP, über  
nde, die wir ge-

stellt haben. Und ich bin auch davon über-  
zeugt, daß auch Sie in Ihrer Fraktionssitzung  
keinen Bericht darüber erhalten haben. Das  
ist eine Feststellung, und das ist auch proto-  
kollarisch festgehalten. Wir Sozialisten haben  
damals im Bewußtsein unserer Aufgabe  
gegen den Ankauf des Bergwerkes gestimmt,  
und zwar deswegen, weil man uns nicht die  
nötige Einschau in die Bilanz dieses Berg-  
werkes gewährt hat.

Was mit diesem Bergwerk in der weiteren  
Folge an Sinnigem und Unsinnigem ge-  
schehen ist, glaube ich, wissen Sie ja aus der  
jungsten Zeit. Es ist nicht zum Wohl Nieder-  
österreichs gekauft worden, nicht zum Vorteil  
des dortigen kalorischen Kraftwerkes, denn  
das kalorische Kraftwerk dankt jedem, der  
ihm keine Tonne Kohle zuführt, weil es un-  
wirtschaftlich ist, Kohle für Strom zu ver-  
werten.

Wenn in der weiteren Folge 50.000.000 S  
für die Aufstockungen gebraucht, dann wie-  
derum 40.000.000 S umdisponiert wurden, so  
zeigt das schon, daß damit ein nicht lukra-  
tives Geschäft vertuscht werden sollte. In der  
Annahme, daß diese beiden Kohlengruben,  
Grünbach und Höflein, 60.000 Jahrestonnen  
zur Stromerzeugung nach Peisching liefern  
können, wurde — so ist das motiviert wor-  
den — der Standort Peisching gewählt. Heute  
stellt (sich heraus, daß das hinsichtlich des  
Kohlenbergbaus Fehlinvestitionen gewesen  
sind. Wir bedauern es nur, daß wir nicht  
gleich gewußt haben, daß dieses Bergwerk  
ein Conti-Bank-Geschäft ist, denn sonst hät-  
ten wir schon seinerzeit die Öffentlichkeit  
alarmiert. Allerdings, meine Herren, waren  
es ÖVP-Funktionäre, die uns informiert und  
in der weiteren Folge gewarnt haben, weil  
sie gesagt haben: Stierts da hinein. Selber  
haben sie den Mut nicht dazu gehabt. Leider  
waren es keine vom Arbeiter- und Ange-  
stelltenbund. (Abg. Stangler: Wer? Wer? Nen-  
nen Sie Namen!) Nein, so anständig bin ich,  
daß ich die nicht beim Namen nenne. (Abge-  
ordneter Stangler: Das ist auch eine Me-  
thode!) Auch eine Methode, die man unter  
Umständen von Ihnen lernen kann. Wenn  
einem in der Wahlzeit eine Heiratzeitung  
zugeht, wo daraufsteht: „Das Programm der  
Newag und Niogas heißt Niederösterreich“,  
dann würden wir das gerne und selbstver-  
ständlich bejahen, weil wir wissen, daß diese  
Landesgesellschaften notwendig sind, um das  
Land Niederösterreich wirtschaftlich vor-  
wärtszubringen. Seit 10 Uhr wird über diese  
Probleme gespochen; seit 10 Uhr redet man  
an den Dingen vorbei.

Wir sind nicht gegen die Landesgesellschaf-  
ten, wir sind aber gegen Dinge, die dort ver-

schleiert zum Schaden Niederösterreichs pas-  
sieren. Dagegen wehren wir uns. Es ist nicht  
Aufgabe der Landesgesellschaften, sich am  
Panhans, an der Achter-Bar oder an einer  
Aero-Transportgesellschaft und an anderen  
Dingen, die heute schon aufgezählt worden  
sind, zu beteiligen. Es ist die Aufgabe der  
niederösterreichischen Landesgesellschaften,  
die niederösterreichischen Konsumenten mit  
billigerer Energie zu versorgen (Heiterkeit  
bei der ÖVP. — Abg. Stangler: Das haben  
Sie verwechselt mit dem Zerbs!) Sie lachen,  
Herr Abg. Stangler; Sie werden am 7. März  
vielleicht aber nicht mehr so lachen, denn  
die Bevölkerung weiß letzten Endes...  
(Abg. Stangler: Soll das eine Drohung sein?)  
Nein, keine Drohung, nur eine Feststellung.  
Ich bin sicher, daß ich recht habe.

Wenn diese Dinge, die heute hier aufge-  
zeigt worden sind, ein kleiner Betriebsver-  
trauensmann macht, wenn sich dort einer  
untersteht, von der Betriebskasse mit 2000  
oder 3000 S falsch zu disponieren, dann würde  
man den kleinen Mann vom Bodensee bis  
zum Neusiedlersee jagen, damit er der Ge-  
rechtigkeit zugeführt wird. Wenn hier gesagt  
wurde, daß die Aufsichtsräte nur zur Jause  
hingekommen sind, dann nehme ich das mit  
ÖVP-Aufsichtsräten gemeinsam zur Kennt-  
nis. (Abg. Stangler: Das ist gut; das ist inter-  
essant!) Ich hoffe, Sie werden den Abg. Lud-  
wig belehren, daß dem nicht so gewesen ist.

„Kronen-Zeitung“ und Olah, meine Herren,  
vergleichen Sie nicht Dinge, die nicht auf der  
gleichen Ebene liegen. Im Fall „Kronen-Zei-  
tung“ und Olah läuft ein Gerichtsverfahren.  
Hier läuft noch keines. Es wäre die Möglich-  
keit, daß ein Gerichtsverfahren läuft; dem  
hat sich rechtzeitig auch der Herr Müllner  
entzogen, damit sich das Gericht nicht vor  
dem 6. März einschalten kann. (Abg. Stangler:  
Wieso? Erklären Sie das!) Ich möchte Sie da-  
her bitten, daß Sie von diesem Antrag zurück-  
gehen, nicht im Interesse der sozialistischen  
Aufsichtsräte, sondern in Ihrem eigenen.  
(Beifall bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT WEIBS: Zu Wort gelangt  
Herr Abg. Anzenberger.

Abg. ANZENBERGER: Hohes Haus! Meine  
Damen und Herren! Zunächst einmal eine  
Feststellung. Noch nie ist es in diesem Haus  
vorgekommen, daß der niederösterreichische  
Landtag zu einem Wahlkampf mißbraucht  
wurde. Ihnen, meine sehr geehrten Herren  
von der Sozialistischen Partei, ist es vorbe-  
halten geblieben, dieses Haus damit zu be-  
lasten. In diesem Haus ist schon oft Geschichte  
gemacht worden für Niederösterreich und  
darüber hinaus für unser ganzes Vaterland.  
Damit, daß Sie, die Sozialistische Partei, die

beiden Landesgesellschaften Niogas und Newag zum Wahlschlager Nummer eins ausgesucht und diese Landtagssitzung verlangt haben, haben Sie dazu beigetragen, daß dieses ehrwürdige Haus in den Wahlkampf hineingezogen wurde. So wie Herr Außenminister Dr. Kreisky vor einigen Tagen in seiner Wahlkampfesendung ausgeführt hat, daß die Niogas-Angelegenheit in Niederösterreich die grauslichste Korruption wäre, möchte ich — entschuldigen Sie, bitte, wenn ich die gleichen Worte verwende — sagen, daß das die grauslichste, wirtschaftsschädigende Demagogie ist, die mit den Landesgesellschaften Niogas und Newag getrieben wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir aber von der Österreichischen Volkspartei sind gewöhnt, daß Sie, wenn es um Niederösterreich geht, immer wieder daran etwas finden. Wir wissen, daß man gegen diese beiden Gesellschaften, die zum Nutzen des Landes arbeiten, immer wieder Sturm läuft. Sie haben uns aufgefordert, hierherzukommen, und wir wollen Ihnen daher auf diese Art Antwort geben. Alle meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen, was diese Landesgesellschaften geleistet haben und warum wir heute hier sitzen und diese Debatte abwickeln. Nur damit Sie zum 6. März Ihren Wahlschlager haben.

Wie der Herr Berichterstatter bereits erwähnt hat, haben die sozialistischen Mitglieder des Aufsichtsrates sowohl bei der Newag als auch bei der Niogas die sofortige Einberufung dieser beiden Körperschaften verlangt, weil sie behaupten, sie seien nicht über die wirtschaftlichen Vorgänge der Newag und Niogas informiert worden. Es handelt sich hier insbesondere um die Auswirkung des Vertrages vom 12. Juni 1957 zwischen der ÖMV und der Niogas und den Bau von Wohnungen für Bedienstete in der Südstadt. Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, behaupten, daß Sie und Ihre Vertrauensleute von diesen finanziellen Transaktionen, die außerhalb der Bilanz vorgenommen wurden, keine Kenntnis gehabt hätten. Die Behauptung, daß die Rabattbeträge nicht in den Büchern der Niogas aufscheinen, ist jetzt schon einige Male widerlegt worden. Es kann auch die Unkenntnis der sozialistischen Mitglieder des Aufsichtsrates, wie Sie immer wieder behaupten, nicht stimmen, denn die Mitglieder des Aufsichtsrates haben ja nach dem Aktienrecht die Möglichkeit, jederzeit Fragen zu stellen. Sie wissen ja auch durch Ihre eigene Presse, insbesondere durch die „Arbeiter-Zeitung“, die sich immer wieder mit Newag und Niogas befaßt hat, was hier angeblich los ist. Sie hätten immer wieder fragen können. Der Herr Be-

richterstatter hat bereits erwähnt, was an diesem 29. Jänner 1957 in der „Arbeiter-Zeitung“ gestanden hat. Es war dort vom Vertrag der Niogas mit der ÖMV die Rede, und zwar von den 100.000.000 S, die in bar gezahlt wurden, und von den Gratislieferungen von jährlich 200.000.000 Kubikmetern Erdgas, die einen Wert von 80.000.000 S pro Jahr haben, ferner davon, daß die Niogas und die Gemeinde Wien für den Bezug des Erdgases gleichrangige Prioritäten erhalten. Sie werden daher Direktbezieher von der ÖMV, und ihre Bezugswünsche werden einmal im Jahr gegenseitig miteinander abgestimmt.

Daraus ergibt sich deutlich, daß die Rabatte der ÖMV allgemein bekannt waren und heute daher nicht einfach als Machinationen, so wie Sie es jetzt machen, hingestellt werden können. Dieser Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ zeigt uns ganz genau, daß die Sozialisten die Niogas für sich als Wahlschlager benutzen und auswerten wollen. Auch im Jahre 1956 haben sie ja das gleiche getan, nämlich die Niogas in den Blickpunkt des Wahlkampfes mit hineingezogen. Dieselbe Absicht haben Sie auch diesmal wieder, und wenn immer wieder behauptet wird, erst am 14. Februar haben Sie erfahren. . . (Zwischenruf Abgeordneter Marsch.) Lieber Kollege Marsch, Sie waren es doch, der im Finanzausschuß aufgestanden ist und in der gleichen Richtung solche Anträge gestellt hat. (Abg. Marsch: Anträge habe ich gestellt?) Dann sind Sie nicht erst am 14. Februar auf diese Idee gekommen, daß die Niogas auch vom Rechnungshof sofort untersucht werden soll. Dann können Sie nicht sagen, daß Sie es erst am 14. Februar erfahren haben. Das „Neue Österreich“ hat aber fast zur gleichen Zeit, am 29. Jänner 1957, auf Seite 1, unter der Überschrift „Einigung über das Erdöl“, geschrieben. Diese Meldung ging insoweit noch über die „Arbeiter-Zeitung“ hinaus, als auch festgehalten wurde, daß mit diesem Übereinkommen Niederösterreich die Möglichkeit geboten werden sollte, das während der Besatzungszeit Versäumte nachzuholen und die Grundlage für einen gesicherten Wohlstand in diesem Land zu schaffen. „Das Erdgas als billige Energiequelle“, so schrieb dieses Blatt, „soll vor allem auch die Neugründung von Betrieben erleichtern und damit neue Dauerarbeitsplätze sichern.“

Aber nicht nur aus Zeitungen waren die Sozialisten informiert. Am 19. Juni 1957 wurde unter der Zahl Ltg. 420 eine Vorlage der Landesregierung, betreffend den Ferngasleitungsbau in Niederösterreich, beschlossen. Im Bericht wird auf das am 12. Juni 1957 im Bundeskanzleramt abgeschlossene Überein-

kommen hin  
Vorlage von  
im Interesse  
Ferngasleitun  
100.000.000 S  
Landtag ist  
18. Juni 195  
haben sich  
dieser Vorla  
muß also an  
länglich infoi  
Sie doch dem  
zustimmen k  
lich: „Der A  
Österreichisc  
vom 12. Jun  
erklärung de  
genannte Ak  
werden gene  
men.

Die nieder  
wird ermächt  
Mineralölver  
zur Erhöhung  
zur Verfügun

Im außerö  
ges des Land  
Jahr 1957 er  
ansatz zu erö

Am 29. Jun  
Zeitung“, da  
eine Einigung  
„Montag fin  
„nach langen  
stituierende  
Niogas statt.  
die Landesge  
nur von Ver  
und kontrolli  
deutig gesagt  
ab Juni 1958,  
leuten der  
wurde. Es kai  
den, daß jem  
men mitleite  
von nichts inf  
„Arbeiter-Zei  
den den Körp  
ordentlich be  
listen angehör

Ich glaube,  
heute aufgetis  
gehabt, da Si  
genheit hatt  
Grund des Ak  
nähe die Mög  
Aufschluß zu  
ten wahrgem  
heute hier nic  
12. September

erwähnt, was an der „Arbeiter-Zeitung“ dort vom Verwalter die Rede, und die in bar gezahlten Lieferungen von mehreren Erdgas, 100.000 S pro Jahr an Niogas und die Nutzung des Erdgases zu erhalten. Sie werden der ÖMV, und einmal im Jahr bestimmt.

daß die Rabatte waren und heute Kombinationen, so wie geltend werden können. „Arbeiter-Zeitung“ die Sozialisten die Wahlkämpfe benutzen im Jahre 1956, nämlich die Absicht haben und wenn immer am 14. Februar die Marsch, Sie auf gleiche Richtung. (Abg. Marsch: „Montag findet“, so lautet dieser Artikel, „nach langen Verhandlungen endlich die konstituierende Sitzung des Aufsichtsrates der Niogas statt. Damit endet der Zustand, daß die Landesgesellschaft für die Gasversorgung nur von Vertrauensleuten der ÖVP geleitet und kontrolliert wird.“ Damit ist doch eindeutig gesagt, daß ab diesem Zeitpunkt, also ab Juni 1958, die Niogas auch von Vertrauensleuten der SPÖ geleitet und kontrolliert wurde. Es kann doch nicht angenommen werden, daß jemand, der ein solches Unternehmen mitleitet und mitkontrolliert, einfach von nichts informiert ist. Voll Stolz meint die „Arbeiter-Zeitung“ weiter: „In Zukunft werden den Körperschaften der Niogas, die jetzt ordentlich bestellt werden, auch die Sozialisten angehören.“

Ich glaube, Sie hätten all das, was Sie uns heute aufgetischt haben, gar nicht notwendig gehabt, da Sie seit 1958 immer wieder Gelegenheit hatten, mitzusprechen, denn auf Grund des Aktiengesetzes haben die Funktionäre die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Aufschluß zu verlangen. Wenn Sie Ihre Pflichten wahrgenommen hätten, brauchten wir heute hier nicht darüber zu debattieren. Seit 12. September 1963 finden laufend die Sitzun-

gen des Vorstandes und des Aufsichtsrates in der Südstadt statt. Wenn jetzt so getan wird, als ob diese gar nicht existieren würde, dann muß sich jeder Niederösterreicher die Frage stellen, was die Herren Aufsichtsräte, wie schon eingangs gesagt wurde, bis jetzt getan haben, wenn ihnen jetzt erst bewußt wird, daß die Südstadt steht und so viel Geld gekostet hat. Daß sie mit nichts gebaut wurde, haben Sie bisher nicht angenommen. Sie inszenieren das Ganze nur, weil Sie einen Wahlschlager brauchen. (Beifall bei der ÖVP.)

Nach § 81 des Aktiengesetzes hat der Vorstand dem Aufsichtsrat regelmäßig, längstens vierteljährlich, über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens sowie dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder seinem Stellvertreter bei wichtigem Anlaß mündlich oder schriftlich zu berichten. Ich bin der Meinung, daß Sie, wenn Sie schon in dieser Körperschaft sitzen, von Ihren Ihnen auf Grund des Aktiengesetzes zustehenden Möglichkeiten hätten Gebrauch machen müssen. Dem Aufsichtsrat steht es auch zu, die Bücher und Schriften der Gesellschaft sowie die Vermögensgegenstände, namentlich die Gesellschaftskasse und die Bestände an Wertpapieren und Waren, einzusehen und zu prüfen. Eine bedeutende Aufgabe des Aufsichtsrates liegt darin, den Jahresabschluß, den Voranschlag für die Gewinnverteilung und den Geschäftsbericht zu prüfen und der Hauptversammlung darüber zu berichten. Im § 125 regelt das Aktiengesetz noch im einzelnen den Jahresabschluß, die Gewinnverteilung und den Geschäftsbericht und vor allem die dem Aufsichtsrat hierbei zukommenden Aufgaben. Es sei noch zu erwähnen, daß nach § 196 des Aktiengesetzes jedes Mitglied des Vorstandes und des Aufsichtsrates berechtigt ist, einen Beschluß der Hauptversammlung anzufechten, wenn sich die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates durch die Ausführung des Beschlusses strafbar oder ersatzpflichtig machen würden. Aus dieser Darstellung ergibt sich doch eindeutig, daß jedes einzelne Mitglied des Aufsichtsrates und des Vorstandes für sich allein hinreichende Möglichkeiten besitzt, Aufklärung zu erhalten und nach seiner Meinung gesetzwidrige Beschlüsse anzufechten. Auch hier hätten Sie auf Grund Ihrer Funktionen alle Möglichkeiten, die das Aktiengesetz bietet, ausschöpfen können. Es kann also die Ausrede, man sei überhaupt nicht oder nur zum Teil informiert worden, auf keinen Fall gelten.

(Dritter Präsident Reiter übernimmt den Vorsitz.)

Es hat vielmehr den Anschein, daß diese Mitglieder des Aufsichtsrates, die nun be-

kommen hingewiesen. Im übrigen handelt die Vorlage von der Verpflichtung des Landes, im Interesse der raschen Entwicklung des Ferngasleitungsbaues einen Betrag von 100.000.000 S zu leisten. Der Behandlung im Landtag ist die Regierungssitzung vom 18. Juni 1957 vorausgegangen. Im Landtag haben sich die Sozialisten bei Behandlung dieser Vorlage nicht zu Wort gemeldet. Es muß also angenommen werden, daß sie hinlanglich informiert waren, andernfalls hätten sie doch dem zu beschließenden Antrag nicht zustimmen können. Der Antrag lautete nämlich: „Der Abschluß des Vertrages mit der Österreichischen Mineralölverwaltung AG. vom 12. Juni 1957 sowie die Verpflichtungserklärung des Landes laut Schreiben an die genannte Aktiengesellschaft vom selben Tag werden genehmigend zur Kenntnis genommen.“

Die niederösterreichische Landesregierung wird ermächtigt, den von der Österreichischen Mineralölverwaltung AG. erhaltenen Betrag zur Erhöhung des Aktienkapitals der Niogas zur Verfügung zu stellen.

Im außerordentlichen Teil des Voranschlags des Landes Niederösterreich ist für das Jahr 1957 ein neuer Einnahmenvoranschlagsansatz zu eröffnen.“

Am 29. Juni 1958 berichtete die „Arbeiter-Zeitung“, daß nun zwischen ÖVP und SPÖ eine Einigung über die Niogas erzielt wurde. „Montag findet“, so lautet dieser Artikel, „nach langen Verhandlungen endlich die konstituierende Sitzung des Aufsichtsrates der Niogas statt. Damit endet der Zustand, daß die Landesgesellschaft für die Gasversorgung nur von Vertrauensleuten der ÖVP geleitet und kontrolliert wird.“ Damit ist doch eindeutig gesagt, daß ab diesem Zeitpunkt, also ab Juni 1958, die Niogas auch von Vertrauensleuten der SPÖ geleitet und kontrolliert wurde. Es kann doch nicht angenommen werden, daß jemand, der ein solches Unternehmen mitleitet und mitkontrolliert, einfach von nichts informiert ist. Voll Stolz meint die „Arbeiter-Zeitung“ weiter: „In Zukunft werden den Körperschaften der Niogas, die jetzt ordentlich bestellt werden, auch die Sozialisten angehören.“

Ich glaube, Sie hätten all das, was Sie uns heute aufgetischt haben, gar nicht notwendig gehabt, da Sie seit 1958 immer wieder Gelegenheit hatten, mitzusprechen, denn auf Grund des Aktiengesetzes haben die Funktionäre die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Aufschluß zu verlangen. Wenn Sie Ihre Pflichten wahrgenommen hätten, brauchten wir heute hier nicht darüber zu debattieren. Seit 12. September 1963 finden laufend die Sitzun-

gen des Vorstandes und des Aufsichtsrates in der Südstadt statt. Wenn jetzt so getan wird, als ob diese gar nicht existieren würde, dann muß sich jeder Niederösterreicher die Frage stellen, was die Herren Aufsichtsräte, wie schon eingangs gesagt wurde, bis jetzt getan haben, wenn ihnen jetzt erst bewußt wird, daß die Südstadt steht und so viel Geld gekostet hat. Daß sie mit nichts gebaut wurde, haben Sie bisher nicht angenommen. Sie inszenieren das Ganze nur, weil Sie einen Wahlschlager brauchen. (Beifall bei der ÖVP.)

(Dritter Präsident Reiter übernimmt den Vorsitz.)

Es hat vielmehr den Anschein, daß diese Mitglieder des Aufsichtsrates, die nun be-

haupten, es seien gesetzwidrige Transaktionen vorgenommen worden, ohne sie bis nun zu konkretisieren, zumal diese Transaktionen im Fall Südstadt wie Denkmäler vor ihnen schon Jahre hindurch gestanden sind, ihrer ihnen obliegenden Pflicht nicht nachgekommen sind.

Meine Damen und Herren! Es gibt sehr viele Abgeordnete in der sozialistischen Fraktion, die wie der Kollege Laferl auch jeden Tag an der Südstadt vorbeifahren müssen und diese Bauten unmöglich übersehen konnten. Gerade jetzt, im Jahre 1966, wo bereits mehr als 1000 Wohnungen errichtet sind, glaubte man, das unbedingt in den Landtag bringen zu müssen. Man wollte noch schnell vor der Nationalratswahl eine außerordentliche Sitzung durchbringen. Es wird daher zu untersuchen sein, ob die Aufsichtsratsmitglieder der sozialistischen Fraktion ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, und insbesondere, ob sie nicht zum Zwecke der Erreichung eines parteipolitischen Erfolges bei den bevorstehenden Wahlen die ihnen obliegende Verschwiegenheitspflicht verletzt haben.

Der Herr Abg. Blabolil hat von der Achterbar gesprochen, und ich weiß nicht, wie er dazu kommt. Vielleicht ist ihm dadurch, daß der „Expresß“ wochenlang davon geschrieben hat und der Herr Zerbs dort einmal umgefallen ist, weil ihm die Gläschen Wein nicht gut bekommen sind, irgend etwas in Erinnerung. Es tut mir zwar leid, diesen Vorfall in die Angelegenheit hineingezogen zu haben, glaube aber, daß diese Aufklärung notwendig ist, und will hoffen, daß die sozialistischen Aufsichtsräte und Vorstandsmitglieder auf Grund des Aktiengesetzes künftighin ihre Funktionen sorgfältiger ausüben werden. (Beifall bei der ÖVP.)

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zu Wort gelangt der Herr Landesrat Kuntner.

Landesrat KUNTNER: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich hätte mich in dieser Debatte nicht zum Wort gemeldet, wenn mich nicht ein Antrag dazu gezwungen hätte, dazu Stellung zu nehmen, da ich ja — außer dem Kollegen Blabolil — das einzige im Hause anwesende Mitglied eines Aufsichtsrates bin; wir zwei gehören dem Aufsichtsrat der Niogas an, von der Newag ist keines von unseren Aufsichtsratsmitgliedern Angehöriger der Landesregierung oder des Landtages, die hier anwesend sind.

Ich muß sagen, daß ich keineswegs gewillt bin, irgendeinen Wahlschlagler zu produzieren, daß ich mich noch weniger dazu verleiten lassen werde, Beleidigungen auszuspre-

chen, zumal ich ja nicht immun bin und mir das auch gar nicht leisten kann. Die „Jausenrate“ habe ich mit dem Herrn Landeshauptmann, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter, den Herren Landesräten gemeinsam genossen. (Abg. Ludwig: Die wissen das!) Sie wissen das? (Abg. Ludwig: Das ist gut!) Ich hoffe nur, daß diese Ihre Aussage nicht den Tatsachen widerspricht, daß sie das alles wissen, was wir nicht gewußt haben.

Es wurde förmlich gefragt: Wozu sind wir dort gesessen? Wozu wurden wir bezahlt? Wir sind von unserer Fraktion dorthin geschickt worden und haben uns nach bestem Wissen und Gewissen bemüht, uns im Interesse nicht nur einer Gruppe, nicht nur einer kleineren Gesellschaft, sondern im Interesse des Landes Niederösterreich Klarheit zu verschaffen. Es ist kein Läusesuchen, das wir betreiben. Wir haben korrekt gefragt. Wenn uns jetzt gesagt wird: „Ja, habt ihr davon nichts gewußt?“, so ist das eine sehr naive Frage. Nun zu sagen: „Habt ihr nichts vom Baubeginn und vom Bauen gesehen?“, das ist naiv. Um das ist es nicht gegangen. Wir haben sogar gefragt, sowohl in der Newag als auch in der Niogas. Da wurde uns erklärt: Das machen die Baugesellschaften mit den offiziellen Mitteln der Wohnbauförderung, die ja bekannt sind, und mit Kreditbeschaffung durch diese Baugesellschaften. Was hatten wir weiter fragen sollen? Diese Antwort, wenn sie gegeben wird, ist doch ziemlich umfassend und erschöpfend.

Wir haben nicht gewußt, woher diese Aufstockungsbeträge kommen, woher dieses Geld stammt; wir haben nicht gewußt, daß sie von der Niogas kommen. Es wurde uns lediglich bedeutet, daß für kleinere Angestellte, Leute, die sich aus finanziellen, aus wirtschaftlichen Gründen, wegen der Kinderzahl das nicht leisten können, Zuschüsse von der Niogas kommen.

Wir haben nicht gewußt, daß — wie der Herr Abg. Ludwig sagt — eine „soziale Tat“ gesetzt wurde. Wenn man Vorstandsdirektoren, ganz gleich welcher Stellung, 425.000 S Wohnbauförderungskredit gibt, denn das ist keine Verwendung der Mittel im Sinne der Wohnbauförderung. Im Sinne der Wohnbauförderung erfolgt eine Vergabe von 30.000 S pro Wohnungseinheit. Und auch Zweifamilienhäuser rechtfertigen nicht eine Zuwendung in solchem Ausmaß. Hierfür sind weder Beschlüsse in der Landesregierung oder im Landtag noch in der Niogas gefallen. Es wurde an Sekretäre derselbe Betrag gegeben — für Wohnungen, deren Baukosten 1.075.000 S oder 683.000 S ausmachen. Ich könnte da einige Beispiele aufzählen. Sie zei-

gen ja, wie g  
aufgewendet

Wir stellen  
nirgends sic  
darum, ob w  
nicht. Sehr v  
Wir wissen a  
net wurden  
Transaktion  
58.000.000 S  
inal nicht in  
anschlag und  
aufscheinen k  
durchrutschen  
zu dieser omi  
bnuar — von  
riums mit ein  
lingsetzer. Da  
klar, wer ei  
soll; der eine  
wieder gesagt  
deutig festgesi  
der sogenann  
nicht im Sinne  
des Landes Nie

Wir lesen d  
an Menschen  
freuen. Die  
2470 Quadrat  
der Südstadt s  
unter mit 276  
Quadratmeter  
in der Hinterl  
verrechnet bek  
soziale Notwei  
muß man erst  
überlassen, ob  
nicht, daß ma  
wie man hört,  
träge, die in c  
machen dürfte  
oder vielleicht  
rungsuchende  
Zuteilung von 5

Wir haben c  
an — ich neh  
der Meinung d  
auch die Aufsic  
wußt haben, w

Es wurde L  
nicht gefragt.  
Niogas-Sitzung  
vom Aufsichtsr  
wollen, ohne  
Forums die Ba  
tionsgebäude ei  
wir ermächtigt  
Vorarbeiten hie  
die Bewilligung  
men. Der Herr

... bin und mir  
... nn. Die „Jausen-  
... rn Landeshaupt-  
... shauptmannstell-  
... lesräten gemein-  
... . Die wissen das!)  
... sig: Das ist gut!)  
... re Aussage nicht  
... daß sie das alles  
... haben.

t: Wozu sind wir  
en wir bezahlt?  
Fraktion dort-  
haben uns nach  
1 bemüht, uns im  
ruppe, nicht nur  
ift, sondern im  
rösterreich Klar-  
ein Läusesuchen,  
ben korrekt ge-  
t wird: „Ja, habt  
o ist das eine sehr  
„Habt ihr nichts  
Bauen gesehen?“,  
; nicht gegangen.  
, sowohl in der  
as. Da wurde uns  
Baugesellschaften  
der Wohnbauför-  
d, und mit Krea-  
3augesellschaften.  
gen sollen? Diese  
n wird, ist doch  
höpfend.

woher diese Auf-  
woher dieses Geld  
wußt, daß sie von  
irde uns lediglich  
ngestellte, Leute,  
s wirtschaftlichen  
erzähl das nicht  
von der Niogas

daß — wie der  
eine „soziale Tat“  
Vorstandsdirekto-  
tellung, 425.000 S  
gibt, denn das ist  
tel im Sinne der  
ne der Wohnbau-  
gabe von 30.000 S  
auch Zweifami-  
cht eine Zuwen-  
ierfür sind weder  
egierung oder im  
ogas gefallen. Es  
selbe Betrag ge-  
denen Baukosten  
S ausmachen. Ich  
aufzählen. Sie zei-

gen ja, wie groß die Summe ist, die hierfür  
aufgewendet wurde.

Wir stellen fest, daß diese Beträge auch  
nirgends sichtbar waren. Es geht nicht  
darum, ob wir den Vertrag kannten oder  
nicht. Sehr wohl kennen wir den Vertrag.  
Wir wissen auch, daß 28 Groschen verrech-  
net wurden. Wir wissen nur nicht, wie die  
Transaktion vor sich gegangen ist, wie  
58.000.000 S Reingewinn pro Jahr auf ein-  
mal nicht in der Niogas und nicht im Vor-  
anschlag und Rechnungsabschluß des Landes  
aufscheinen können, daß sie ganz einfach da  
durchrutschen. Wir wußten auch nichts — bis  
zu dieser ominösen Besprechung am 14. Fe-  
bruar — von einem Erlaß des Finanzministe-  
riums mit einer Unterschrift Penz oder Hei-  
lingsetzer. Das ist mir jetzt noch immer nicht  
klar, wer eigentlich unterschrieben haben  
soll; der eine sagt Heilingsetzer, dann wird  
wieder gesagt, es ist Penz. Und es muß ein-  
deutig festgestellt werden, daß diese Vergabe  
der sogenannten Wohnbauförderungsmittel  
nicht im Sinne der Wohnbauförderungsaktion  
des Landes Niederösterreich erfolgt.

Wir lesen da: Kleine Grundstückchen sind  
an Menschen abgegeben worden, die sich  
freuen. Die „kleinen Grundstücke“ sind  
2470 Quadratmeter, 1592 Quadratmeter. In  
der Südstadt sind natürlich auch (kleine dar-  
unter mit 276 Quadratmeter, die 116 S pro  
Quadratmeter kosteten, während die Herren  
in der Hinterbrühl 46 S pro Quadratmeter  
verrechnet bekommen haben. Ob das eine  
soziale Notwendigkeit war, das, glaube ich,  
muß man erst der Bevölkerung zu beurteilen  
überlassen, ob es wirklich sozial ist oder  
nicht, daß man hier einigen Hunderten —  
wie man hört, sollen es tausend sein — Be-  
träge, die in der Summe 400.000.000 S aus-  
machen dürften, zuwendet, während 22.000  
oder vielleicht noch mehr Wohnbauförde-  
rungsuchende in Niederösterreich auf eine  
Zuteilung von 30.000 S warten.

Wir haben das nicht gewußt. Ich nehme  
an — ich nehme es wenigstens an, entgegen  
der Meinung des Herrn Abg. Ludwig —, daß  
auch die Aufsichtsräte der ÖVP das nicht ge-  
wußt haben, woher diese Gelder stammen.

Es wurde uns vorgeworfen, wir hätten  
nicht gefragt. Jawohl, es hat sich in der  
Niogas-Sitzung der Herr Generaldirektor  
vom Aufsichtsrat die Vollmacht geben lassen  
wollen, ohne weitere Zustimmung dieses  
Forums die Baubewilligung für das Direk-  
tionsgebäude einzuhöhlen. Wir haben erklärt,  
wir ermächtigen lediglich den Vorstand, die  
Vorarbeiten hierzu zu leisten und dann um  
die Bewilligung beim Aufsichtsrat einzukom-  
men. Der Herr Generaldirektor ist damals

sehr ungehalten gewesen und hat erklärt:  
„Ich wende doch nicht wegen jedes Ziegels in  
die Aufsichtsratssitzung gehen!“ Worauf ich  
ihm erwidern mußte: „Herr Generaldirektor,  
wenn der Ziegel 1.000.000 S kostet, dann ja,  
auch um diesen Ziegel!“

Sie sehen, daß wir uns also bemüht haben.  
Es wurde bereits gesagt, daß wir ununter-  
brochen Fragen bezüglich der einzelnen  
Dinge gestellt haben und daß uns Antworten  
in einer Form gegeben wurden, die uns  
glaubhaft machen mußte, daß dem so richtig  
sei.

Denn der § 81 des Aktiengesetzes sagt im  
letzten Absatz über den Bericht an den Auf-  
sichtsrat, der Bericht habe den Grundsätzen  
einer gewissenhaften und getreuen Rechen-  
schaft zu entsprechen. Das heißt: Das, was  
uns am 14. gesagt worden ist, hätte uns im  
Rahmen der Jahresberichte mitgeteilt wer-  
den müssen.

Einen derartigen Riesenbetrieb, der eine  
diffizile Konstruktion aufweist und der noch  
dazu mit einem zweiten gekoppelt ist, zu  
überprüfen, ist — das weiß die Landesregie-  
rung — dem gesamten Finanzkontrollaus-  
schuß nicht möglich. Ich will damit keines-  
wegs die Fähigkeiten dieses Ausschusses her-  
absetzen. Dies ist daher auch den Aufsichts-  
räten nicht möglich, obwohl wir Leute dar-  
unter haben, die von Bilanzen und einem  
derartigen Geschäftsbetrieb etwas verstehen.  
Denn es sind immerhin Juristen, die von  
unserer Seite drin sitzen. Es handelt sich um  
einen Ministerialrat und vor allem um einen  
Generaldirektor der Länderbank, dem Sie  
kein X für ein U hätten vormachen können,  
wenn die Möglichkeit einer solchen bis ins  
Detail gehenden Kontrolle gegeben gewesen  
wäre. Dagegen hat man sich aber schon frü-  
her gewehrt.

Es gab doch einmal eine Zeit, in der ver-  
langt wurde, daß der Finanzkontrollausschuß  
zur Kontrolle der Newag auch Fachleute zu-  
zieht. Das wurde abgelehnt. Ja man hat so-  
gar damals die Absicht gehabt, den sozialisti-  
schen Obmann des Finanzkontrollausschusses,  
den Herrn Abg. Sigmund, abzuziehen. Man  
hat sich das aber dann wieder überlegt, hat  
es aber im nächsten Jahr doch durchgeführt.

Wir sind der Meinung, daß die Niogas  
selbstverständlich kontrolliert werden soll.  
Wir vertreten folgenden Standpunkt: Nur  
dann, wenn der Finanzkontrollausschuß mit  
Fachleuten, die vom Land und von den Ge-  
sellschaften unabhängig sind, ausgestattet  
würde, könnte man eine wirklich objektive  
Kontrolle durchführen. Wir sind vor allem  
der Meinung, daß man der obersten Prü-  
fungsinanz, die es in Österreich gibt, näm-

lich dem Rechnungshof, in einer so verzwickelten Angelegenheit, wie sich die Verhältnisse jetzt darstellen, als der geradezu einzig möglichen Prüfungsstelle das Recht geben muß, einzuschauen.

Sie wissen, daß Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschadek den Antrag auf Überprüfung gestellt hat, weil man einiges gehört hat, ohne daß wir von den Tatsachen gewußt haben, die uns ja dann vom Herrn Generaldirektor selber mitgeteilt wurden.

Nun zur Frage der vertraulichen Angaben und zum Stillschweigen, das die Aufsichtsräte zu bewahren hätten. Ich verwahre mich dagegen, daß ich diese Vertraulichkeit gebrochen hätte. Ich möchte zur Demonstration dessen, wie diese Vertraulichkeit gehandhabt wird, nur folgendes sagen. In der heutigen Ausgabe der „Presse“ steht ein Artikel mit der Überschrift: „Viktor Müllners ‚Brasilia‘ — Landesplanerische und politische Wurzeln der Niogas-Affäre.“ Dieser Artikel wurde von Karl Graber geschrieben. Darin heißt es, daß in der Frage der direkten Weiterverwendung dieser Mittel für Zwecke des Städte- und Wohnungsbaues durch Newag und Niogas den Formen längst Genüge getan ist. „Noch ehe nämlich“ — steht hier in dieser Zeitung — „die sozialistische Landtagsfraktion ihren Angriffen auf die Gebarung der beiden Landesgesellschaften in der Pressekonferenz vom 17. Februar breiteste Publizität verschaffte, hatte die niederösterreichische Landesregierung am 16. Februar die ganze Transaktion nachträglich (bereitssanktioniert) genehmigt.“

Herr Landeshauptmannstellvertreter Doktor Tschadek hat mich darüber informiert, daß er auch gefragt wurde, aber es abgelehnt hat, jedwede Auskunft über diese vertrauliche Sitzung zu geben. Sie wurde bereits auch von einem der Berichterstatter angezogen. Ich möchte nur feststellen — ich glaube, das muß man jetzt um der Wahrheit willen tun —, daß der Inhalt dieser vertraulichen Sitzung nicht von uns veröffentlicht wurde und daß der Beschluß von der Mehrheit gefaßt wurde, also nicht mit unseren Stimmen, weil wir der Meinung sind, hier müßte erst recht der Rechnungshof eine Überprüfung vornehmen.

Man wirft uns vor, wir hätten das uns nach den Gesetzen zustehende Recht nicht voll ausgeschöpft. Ich erkläre dazu, daß ich von keinem meiner Kollegen im Aufsichtsrat weiß, daß dort vertrauliche Dinge verletzt wurden. Man sagt uns ja förmlich: Ihr sagt, daß ihr nichts wißt und daß ihr bisher nichts gewußt habt. Wir haben auch nichts gewußt. Daher war es auch gar nicht möglich, derartige vertrauliche Dinge hinauszubringen.

Als wir von diesen Angelegenheiten erfahren haben, haben wir von dem uns zustehenden Recht Gebrauch gemacht und die Einberufung der zwei Aufsichtsräte verlangt. Es handelt sich dabei um einen Brief an den Herrn Landeshauptmann vom 22. Februar. Dieser Brief war vom Mitglied des Vorstandes, Herrn Ministerialrat Dipl.-Ing. Reichl, Herrn Generaldirektor DDr. Ockermüller und mir unterzeichnet worden. In diesem Brief heißt es:

„Mit Rücksicht auf die mehrfach in allen einflußreichen Zeitungen erschienenen Mitteilungen über die Verwendung von Erlösanteilen der Niogas — Niederösterreichische Gaswirtschafts-AG. — zugunsten Dnitter, die dem Aufsichtsrat bisher nicht bekannt geworden sind, und in Entsprechung der von Ihnen in der Radiorede vom 20. Februar 1966 vertretenen Meinung, diese Angelegenheit einer sachlichen Prüfung zuzuführen, gestatten sich die gefertigten Mitglieder des Aufsichtsrates der Niogas, Sie von der gemäß § 94 Abs. 1 Aktiengesetz verlangten unverzüglichen Einberufung des Aufsichtsrates durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Gen.-Dir. Viktor Müllner, höflich in Kenntnis zu setzen.“

Der zweite Brief, der an den Präsidenten gegangen ist, lautet:

„Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne des § 94 Abs. 1 Aktiengesetz und § 11 der Satzung verlangen die unterzeichneten Aufsichtsratsmitglieder die unverzügliche Einberufung des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft zur Behandlung nachstehender Angelegenheiten:

In der Pressekonferenz am 17. Februar 1966 hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die Geldeingänge (rund 380.000.000 S) aus den Rabatten des zum Vorzugspreis gelieferten Erdgases gemäß Liefervertrag ÖMV — Niogas vom 12. Juni 1957 unmittelbar an das Land Niederösterreich abgeführt werden.

Dem Aufsichtsrat sind diese Transaktionen bisher nicht zur Kenntnis gebracht worden, es fehlen hierüber sowohl die einschlägigen Beschlüsse als auch die Ausweise in den Bilanzen. Nach Aussage ehemaliger Mitglieder der niederösterreichischen Landesregierung sind in den niederösterreichischen Landesvoranschlägen und Rechnungsabschlüssen solche Zuwendungen bisher nicht aufgeschrieben. Die unterzeichneten Mitglieder des Aufsichtsrates verlangen hierüber Aufklärung, da der Verdacht einer Gewinnverteilung an Dritte besteht.

Außerdem hat sich die Öffentlichkeit nach den Mitteilungen des Vorsitzenden des Auf-

sichtsrates von der Gesellschaft Kreditnahme leitenden Angestellten zum Bau erhaltenen Infricht konform

Sie werden rat innerhalb Frist einzuber

(Präsident Vorsitz.)

Wieder un Reichl, DDr. C uns unserer l berufung ver fordert haben ratsmitglieder dieser Gelegen entsprechende

Man muß n zen und Gesch einer Treuha und Revision schaftsprüfung schaft, geprüft den. Daß eine eideten Wirts ist, der auch g Müllner usw. wird sicherlich interessieren.

nen Rechte nicht feststellen, da wurden und bis zum 14. b gewesen sind.

zu werten sind stellen; darüber geben. Ich glaube zusammenhäng die reine Orga der ÖVP hinein wisse Betriebe scheinlich auch Sozialisten in men. Auch sind der, sondern Unterschied.

Wir sind abs privat eine Ba Meinung, daß wir sind auch rat sein kann. dazu verwendet Landes nicht zunützen, und sich gegenseitig spielt, dann m leicht nicht str

Gelegenheiten er- von dem uns )zu- gemacht und die sichtsrate verlangt. einen Brief an den vom 22. Februar. glied des Vorstan- Dipl.-Ing. Reichl, r. Ockermüller und . In diesem Brief

mehrfach in allen erschienenen Mit- endung von Erlös- iederösterreichische unsten Dritter, die cht bekannt gewor- rechnung der von m 20. Februar 1966 ese Angelegenheit zuzuführen, gestat- litglieder des Auf- ie von der gemäß verlangten unver- des Aufsichtsrates des Aufsichtsrates, höflich in Kennt-

in den Präsidenten sident!

1 Aktiengesetz und n die unterzeichner die unverzügliche srates unserer Genachstehender An-

z am 17. Februar des Aufsichtsrates eilt, daß die Geld- 3 S) aus den Rabat- is gelieferten Erd- ig ÖMV — Niogas telbar an das Land t werden.

diese Transaktionen s gebracht worden, l die einschlägigen Ausweise in den ehemaligen Mitglie- ischen Landesregie- sterreichischen Lan- rechnungsabschlüssen er nicht aufgeschie- Mitglieder des Auf- erüber Aufklärung, fewinnverteilung an

Öffentlichkeit nach sitzenden des Auf-

sichtsrates noch mit anderen Angelegenheiten der Gesellschaft beschäftigt, zum Beispiel Kreditnahme von Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten, Verwendung von Mitteln zum Bau von Eigenheimen, die mit den erhaltenen Informationen des Aufsichtsrates nicht konform sind.

Sie werden daher ersucht, den Aufsichtsrat innerhalb der vorgesehenen gesetzlichen Frist einzuberufen. Hochachtungsvoll."

(Präsident Weiß übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wieder unterzeichnet von Ministerialrat Reichl, DDR. Ockermüller und mir. Wir haben uns unserer Rechte bedient und diese Einberufung verlangt, so wie Sie von uns gefordert haben, unsere Pflichten als Aufsichtsratsmitglieder auszuüben. Wir werden bei dieser Gelegenheit unsere Anfragen und entsprechenden Anträge stellen.

Man muß noch feststellen, daß diese Bilanzen und Geschäftsberichte immerhin auch von einer Treuhandgesellschaft, der Treuhand- und Revisionsgesellschaft m. b. H., Wirtschaftspüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, geprüft und für richtig befunden wurden. Daß einer dieser Steuerberater und beideten Wirtschaftsprüfer jener Herr Prethaler ist, der auch geschäftliche Verbindungen mit Müllner usw. hat, ist eine andere Sache und wird sicherlich auch den Rechnungshof sehr interessieren. Wir haben unsere vorgesehenen Rechte nicht mißbraucht. Ich möchte nur feststellen, daß keinerlei Beschlüsse gefaßt wurden und daß die Informationen, die wir bis zum 14. bekommen haben, unzureichend gewesen sind. Wie nun diese Informationen zu werten sind, wird der Rechnungshof feststellen; darüber will ich gar kein Urteil geben. Ich glaube auch nicht, daß das damit zusammenhängt, daß man in (andere Betriebe, die reine Organisationen sind, jemanden von der ÖVP hineinsetzen müßte, so wie Sie gewisse Betriebe haben, bei denen Sie wahrscheinlich auch nicht wünschen würden, einen Sozialisten in den Aufsichtsrat hineinzunehmen. Auch sind das keine öffentlichen Gelder, sondern Privatgelder, und das ist ein Unterschied.

Wir sind absolut der Meinung, daß jemand privat eine Bank haben kann; wir sind der Meinung, daß er sogar Aktionär sein kann, wir sind auch der Meinung, daß er Aufsichtsrat sein kann. Wenn aber öffentliche Gelder dazu verwendet werden, das Interesse des Landes nicht in bestmöglicher Weise auszunützen, und es sich abzeichnet, daß man sich gegenseitig manche Dinge in die Hande spielt, dann muß man sagen, ist das vielleicht nicht strafbar, aber zumindest unter-

suchungswürdig. Ich weiß nicht, ob eine Un- gesetzlichkeit begangen wurde — ich will keine Behauptung aufstellen —, aber ob man mit öffentlichen Geldern so umgehen darf, ist eine andere Frage. Ich wehre mich nur als Aufsichtsratsmitglied gegen den Vorwurf, daß ich und meine Freunde uns nicht der gesetzlichen Möglichkeiten bedient haben und nicht nach bestem Wissen und Gewissen im Interesse des Landes vorgegangen sind.

Wir haben einmal, im Jahre 1958, feststellen können, daß die Niogas, eine Landesgesellschaft, nicht allein von der Mehrheitspartei verwaltet wird. Aber wenn Sie heute diesen Beschluß fassen wollen, so doch nur zu dem Zweck, daß die Mitglieder der anderen Partei aus diesen Landesgesellschaften eliminiert werden, damit Sie unkontrollierter als bisher allein verwalten können. Ich glaube — ich spreche absolut nicht für mich, ich stehe darauf nicht an —, die Öffentlichkeit hat ein Recht, daß hierüber vollste Klarheit geschaffen wird. Es werden von uns bewußt nicht Maßnahmen vor dem 6. März gesetzt, damit man uns nicht sagen kann, das sei ein Wahlschlager. (Abg. Dipl.-Ing. Robl: Das glaubt euch doch niemand!) Auf Ihren Glauben, Herr Kollege, lege ich auch gar keinen Wert. Ob niemand, das werden wir erst sehen. Ich bin der Meinung, daß die Bevölkerung Niederösterreichs ein Recht darauf hat, daß Gesellschaften, die ihre Gelder verwalten, auch öffentlich überprüft werden, denn es ist schließlich und endlich im Interesse des Landes Niederösterreich. Es geht hier nicht um die Begünstigung einer kleineren oder größeren Gruppe, sondern darum, daß alles, was in diesen Gesellschaften geschieht — ebenso wie im Lande Niederösterreich —, der Beschlußfassung und der gesetzlichen Erledigung zugeführt wird, denn die Bevölkerung Niederösterreichs hat ein Recht darauf. (Beifall bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort gelangt Herr Abg. St a n g l e r .

Abg. STANGLER: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich kann mir vorstellen, daß sich die sozialistischen Funktionäre, die in die Landesgesellschaften entsendet wurden, nicht sehr wohl fühlen. Diesen Eindruck haben wir nicht erst jetzt, sondern schon seit Wochen. Es kommt mir fast vor, als hätte auch mein verehrter Herr Vorredner eine Selbstverteidigung vor seiner Fraktion gehalten, um nicht sagen zu müssen, eine Selbstkritik, wie es anderswo üblich ist. Wir können das verstehen, denn auch der unbeteiligte Zuhörer dieser Sitzung muß weite Strecken dieser Debatte hindurch den Eindruck gehabt haben, daß es hier Gejagte und Jäger gibt.



Meine verehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, wenn Sie glauben, daß Ihre derzeitigen Vertreter in den Landesgesellschaften ihre Verpflichtungen nach Ihrem Sinn nicht ganz erfüllen, oder wenn der Ehrgeiz einige Herren treibt, dann gibt es ja Möglichkeiten, parteiintern das Notwendige zu veranlassen. Dann wüßte man vielleicht endlich einmal, wer verhandlungsbefugter Sprecher in Ihrer Partei ist. Zur Zeit ist nicht sehr leicht festzustellen, wer mit Vollmachten ausgestattet ist, bindende Absprachen zu führen.

Mein Herr Vorredner hat die Aufsichtsräte verteidigt. Nehmen wir also an, die Aufsichtsräte wußten von nichts. Sie haben sowohl in der Newag als auch in der Niogas einen Vorstandsdirektor sitzen. Leider ist der Vorstandsdirektor der Newag vor ganz kurzer Zeit infolge eines Herzinfarktes gestorben. Wie wir erfahren haben, ist seit Tagen auch der von Ihrer Partei entsendete Vorstandsdirektor der Niogas, Herr Dipl.-Ing. Lazek, mit Herzinfarkt in ein Sanatorium eingeliefert worden, und es besteht angeblich strengstes Besuchsverbot.

Woher auf einmal diese fürchterlichen Aufregungen und Anfälle? Wer hat hier die Schuld, daß Herren Ihrer Partei in solche Erregungszustände versetzt werden? Es ist bedauerlich, aber ich muß das fragen.

Eines, meine sehr verehrten Herren der Sozialistischen Partei, können Sie nicht leugnen: Wenn schon die Aufsichtsräte nichts gewußt oder nichts erfahren hätten, ein Vorstandsdirektor, der bei den Vorstandssitzungen dabeisitzt, bei allen Beschlüssen dabei ist, der muß doch etwas gehört haben, und dem muß doch etwas aufgefallen sein. Daher ist immer noch nicht zu verstehen, wieso Sie immer nichtwissend waren, nichts gesehen haben. Einer der Vorredner meiner Fraktion hat das sehr treffend in die Worte gekleidet: Nichts gesehen, nichts gehört und nichts verstanden! Das ist anglaubwürdig. Wer soll Ihnen das alles abkaufen, meine Herren, wer solle Ihnen diese Erregung, die Sie hier vor diesem Hohen Haus darbieten, abnehmen?

Ich möchte keine Belehrungen erteilen, meine verehrten Herren, aber die heutige Debatte hat meiner Meinung nach einen bedauerlichen Höhepunkt gehabt. Ich glaube, jeder Staatsbürger wird dafür Verständnis haben, daß nicht jeden Tag wichtige Gespräche höchster Staatsfunktionäre über einen Pressedienst verlautbart und der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Ich bin der Ansicht, daß es im Interesse der Staatsbürger, der Landesbürger liegt, wenn gewisse Dinge auf Grund ihrer Eigenart auch

ohne Paragraphen und ohne gesetzliche Bestimmung als vertraulich behandelt werden, weil sie so delikate sind, daß sie, bis sie gereift sind und zum Tragen kommen, wirklich im Kreis derer bleiben sollen, die als höchste politische Funktionäre die Verantwortung tragen.

Meinte Herren! Mitglieder der Landesregierung tragen eine unerhörte Verantwortung, ganz gleich, welcher Partei sie angehören. Ich kann mir daher auch vorstellen, und ich halte es für möglich und richtig, daß sich Funktionäre der Landesregierung Gedächtnisprotokolle anfertigen, um von Zeit zu Zeit bei weiteren Gesprächen eine Gedächtnisstütze zu haben. Aber ich frage Sie: In welche Entwicklung werden wir im Lande und parallel dazu auf der Staatsebene kommen, wenn alle diese Gespräche, die auf höchster Ebene geführt werden, bei der nächstbesten Gelegenheit entweder der Presse übergeben oder in einer gesetzgebenden Körperschaft zum Zwecke der Selbstverteidigung verlesen werden? Ich halte diese Entwicklung für sehr kritisch. Ich weiß nicht, ob im Rahmen der Landesregierung oder in Form eines Parteiengesprächs solche Dinge überhaupt noch vorberaten und vorbesprochen werden können, wenn man nachher hinausgeht und wie ein — mir fällt (geradenicht das richtige Wort ein, ich möchte sehr vorsichtig formulieren, um ja niemandem persönlich nahezutreten, aber irgendwo im Faust heißt es so — „schellenlauter Tor“ umherrennt.

Ja, meine sehr verehrten Herren, wie stellen Sie sich die Arbeit im Rahmen der Regierung, im Zusammenwirken auch mit dem Landtag in der Landesgesetzgebung weiterhin vor? Wir werden halt den Eindruck nicht los, es geht gar nicht um die Newag, es geht im besonderen gar nicht um die Niogas, sondern es geht halt doch um Knalleffekte, um Überschriften in den Zeitungen, damit man vor der Bevölkerung wie ein Unschuldslamm dastehen und sich mit einer Weste zeigen kann, die fleckenlos ist, während man auf der anderen Seite alle nur möglichen Verdächtigungen gegen andere vorbringen kann, um dann in sehr primitiver Weise zu sagen: Schaut, wie brav wir und wie schlimm die sind!

Meine Verehrten! Eine solche Schwarzweißmalerei halte ich auch im Interesse einer künftigen konstruktiven Arbeit in diesem Hause für unmöglich. Ich bin nicht Mitglied der Landesregierung, aber ich kann mir bei Gott nicht vorstellen, wie künftig — ohne daß man dabei der Bevölkerung etwas verschweigen oder hinter dem Rücken der Bevölkerung Politik machen will, die man nicht

verantworteter Landesherrnen und wie Herren, müßten denn der Werten worden öffentlichen Vorredner 2 schwiegenheit Meinung nach Organe, aber schaftsuntern

Meine vere so, als wäre nehmens wie gelegenheit. Newag im L erstenmal geg hof hat zumi solche Prüfung darauf, daß gesetzes der die in den se Länder fallen nehmungen, c an denen alle zustehen, vor Im konkreten Stimmungen c hofgesetzes zu vorliegt, die sondern wo da

Daher hat d 1966 an die L Herr Landes richtet, in den Verflechtungen die Landesreg Ersuchen werten, die Nioga len, daß der B erst am 3. Fe Newag übermi ses Datum zu bericht, diese wurde, war e vertraulich" v hat sich in ihr bruar mit die befaßt, und es faßt, den ich w

„Die in der l reichischen Lar prüfung der Gaswirtschafts war Gegenstar Unbeschadet de nach Artikel 4f weiterer Artik zustehenden E

gesetzliche Behandlung werden, bis sie gereift sind, wirklich im die als höchste Verantwortung

der Landesregierung Verantwortung, angehören. Ich en, und ich halte daß sich Funking Gedächtnison Zeit zu Zeit eine Gedächtnisge Sie: In welche im Lande und ebene kommen, die auf höchster der nächstbesten Presse übergeben en Körperschaft idigung verlesen wicklung für sehr im Rahmen der orm eines Parüberhaupt noch en werden können ausgeht und wie das richtige Wort htig formulieren, ch nahezutreten, 3t es so — „schel-

Herren, wie stelahmen der Regie auch mit dem tztgebung weiter- en Eindruck nicht ie Newag, es geht a die Niogas, son- Knalleffekte, um ngen, damit man n Unschuldslamm er Weste zeigen irend man auf der glichen Verdächti- ringen kann, um Weise zu sagen: wie schlimm die

solche Schwarz- im Interesse einer Arbeit in diesem bin nicht Mitglied ich kann mir bei künftig — ohne rerung etwas ver- n Rücken der Be- will, die man nicht

verantworten (könnte — Gespräche im Schoße der Landesregierung geführt werden können und wie das weitergehen soll. Da, meine Herren, müssen Sie sich schon sehr prüfen, denn der Weg, der heute von Ihnen beschritten worden ist, ist für hohe Funktionäre des öffentlichen Lebens äußerst bedenklich. Mein Vorredner Anzenberger hat auf die Verschwiegenheitspflicht verwiesen, die meiner Meinung nach eine Grundlage für amtliche Organe, aber auch für Organe von Wirtschaftsunternehmungen ist.

Meine verehrten Herren, tun sie doch nicht so, als wäre die Prüfung eines Landesunternehmens wie der Newag eine erstmalige Angelegenheit. Ich darf feststellen, daß die Newag im Laufe der Jahre doch nicht zum erstenmal geprüft worden ist; der Rechnungshof hat zumindest einmal nach 1945 eine solche Prüfung vorgenommen. Ich verweise darauf, daß gemäß § 15 des Rechnungshofgesetzes der Rechnungshof verpflichtet ist, die in den selbständigen Wirkungskreis der Länder fallende Gebarung sowie auch Unternehmungen, die ein Land allein betreibt oder an denen alle finanziellen Anteile dem Land zustehen, von Gesetzes wegen zu prüfen. Im konkreten Fall der Niogas treffen die Bestimmungen des § 15 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes zu, weil hier eine Unternehmung vorliegt, die das Land nicht allein betreibt, sondern wo das Land finanziell beteiligt ist.

Daher hat der Rechnungshof am 2. Februar 1966 an die Landesregierung, zu Händen des Herrn Landeshauptmannes, ein Schreiben gerichtet, in dem er sich, um gewisse Konzernverflechtungen genauer prüfen zu können, an die Landesregierung um ein begründendes Ersuchen wendet, um so das Recht zu erhalten, die Niogas zu prüfen. Ich darf feststellen, daß der Berichtsentwurf über die Newag erst am 3. Februar 1966 dem Vorstand der Newag übermittelt wurde. Ich bitte, sich dieses Datum zu merken, denn als dieser Vorbericht, dieser Berichtsentwurf übermittelt wurde, war er mit dem Vermerk „Streng vertraulich“ versehen. Die Landesregierung hat sich in ihrer letzten Sitzung vom 16. Februar mit diesem Brief des Rechnungshofes befaßt, und es wurde folgender Beschluß gefaßt, den ich wörtlich zitiere:

„Die in der letzten Sitzung der niederösterreichischen Landesregierung angeregte Überprüfung der Niogas, Niederösterreichische Gaswirtschafts-AG., durch den Rechnungshof war Gegenstand eingehender Erörterungen. Unbeschadet des dem Finanzkontrollausschuß nach Artikel 46...“ — es folgt die Zitierung weiterer Artikel — „der Landesverfassung zustehenden Kontrollrechtes beschließt die

Landesregierung, grundsätzlich der Überprüfung der Gebarung der Niogas durch den Rechnungshof zuzustimmen. Die für ein diesbezügliches Ersuchen gemäß § 15 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes 1948 in der geltenden Fassung erforderliche Begründung ist möglichst innerhalb von 14 Tagen durch eine Kommission rechtskundiger Beamter der niederösterreichischen Landesregierung zu erstellen.“

Ich darf dem Hohen Hause mitteilen, daß diese Bestellung rechtskundiger Beamter einvernehmlich erfolgt ist, daß die Frist von 14 Tagen noch (nicht abgelaufen ist, daß aber sicherlich die Prüfung... (Staatssekretär Rösch: *Es ist ja auch beschlossen worden.*) Schauen Sie, Sie wissen mehr. Seien Sie froh, Sie sind besser informiert als ich. Ich habe noch keine offizielle Mitteilung darüber erhalten. Sie sehen also, wie vorbildlich die Landesregierung unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannes arbeitet. Ich glaube, auch diese Feststellung ist für das Auditorium sehr interessant. Es wurde aber schon darauf verwiesen, daß auch dem Finanzkontrollausschuß auf Grund der Landesverfassung ein Kontrollrecht eingeräumt ist. Ich gebe zu, daß Sie und auch wir des öfteren festgestellt haben, daß die derzeitige Ausstattung des Kontrollamtes mit Beamten nicht so ist, daß man ein so großes Wirtschaftsunternehmen prüfen kann. Es genügt aber ein Antrag Ihrer Herren im Finanzkontrollausschuß — Sie sitzen ja auch mit drei Herren drinnen, wir können dort also keine Mehrheitsabstimmung durchführen, weil wir auch nur drei Herren dort sitzen haben —, daß wir an die Landesregierung das Ersuchen stellen, damit dem Kontrollamt weitere Beamte zugemittelt werden oder daß wir von uns auch Fachleute, so wie es der Rechnungshof auch macht, bestellen, um der verfassungsmäßigen Verpflichtung ganz nachkommen und ein so großes Wirtschaftsunternehmen auch prüfen können. So ganz uninformiert waren aber die Mitglieder des Finanzkontrollausschusses über die ganze Entwicklung bei den Landesgesellschaften, bei der Niogas und bei dem heute schon zitierten kalorischen Kraftwerk „Hohe Wand“ in Peisching nicht.

Es ist noch nicht so lange her, daß sich der Finanzkontrollausschuß — es war am 5. Mai 1964 — mit dieser Frage beschäftigt hat, weil wir am 17. März 1964 diese Einrichtung der Niogas einer Besichtigung unterzogen haben. Es sind uns dort von den zuständigen Herren des Vorstandes und des Unternehmens auf viele Fragen, die Sie, aber auch Herren von uns gestellt haben, sehr er-

schöpfend Auskünfte erteilt worden, es sind uns Pläne vorgelegt, Ziffern genannt, Zahlen genannt und Kostenvoranschläge in ihren Endsummen vorgelegt worden, es ist uns die voraussichtliche Entwicklung der Kostenrechnung bekanntgegeben worden. Das alles hat dazu geführt, daß der Finanzkontrollausschuß am 5. Mai 1964 darüber einen einstimmigen Beschluß gefaßt hat — eine Mehrheitsabstimmung gibt es, wie ich schon gesagt habe, im Finanzkontrollausschuß nicht —, und außerdem hat sich das Hohe Haus am 30. Juni 1965 mit dem Bericht über die Tätigkeit des Finanzkontrollausschusses im 1. Halbjahr 1964 beschäftigt. Ich darf feststellen, daß unter Punkt 38 dieses Thema behandelt ist und der gesamte Bericht ohne Widerspruch einstimmig vom Hohen Hause — also auch mit Ihren Stimmen — angenommen worden ist. Ich möchte diesen Punkt vorlesen, damit wir auch da in Erinnerung rufen, daß Sie nicht immer der Meinung waren, daß hier eine Landesgesellschaft eine Wirtschaft führt, die den Interessen des Landes Niederösterreichs entgegengesetzt ist. Es heißt hier (*Ziest*): „Anlässlich der Besichtigung des nahezu fertiggestellten, zum Teil noch in Bau befindlichen kalorischen Kraftwerkes ‚Hohe Wand‘ in Peisching, das von den Landesgesellschaften Newag und Niogas gemeinsam errichtet wird, gaben der Generaldirektor und der Technische Direktor der Newag die näheren informativen Erläuterungen über die Planung und Entstehung dieser Anlage. Die im Interesse des Landes geleistete Arbeit fand Anerkennung, wobei die wohldurchdachte Planung dieses Bauvorhabens sowie die volkswirtschaftliche große Bedeutung dieses im Entstehen begriffenen Kraftwerkes hervorgehoben wurde. Auch die betriebswirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen, die zum Bau dieses Kraftwerkes geführt hatten, besonders der Ankauf und die Lagerung der Kohle aus dem Revier der Hohen Wand zum Betrieb des Kraftwerkes in den Wintermonaten, der Ankauf und die Lagerung in den Sommermonaten mit 30 bis 40 Prozent billigerem Heizöl sowie die Verwendung des in den Sommermonaten überschüssigen Erdgases zur Stromerzeugung, fanden die volle Zustimmung.“

Hohes Haus, dieser Bericht ist einvernehmlich angenommen worden. Ich zitierte das nur, damit Sie nicht vielleicht auch noch feststellen, daß hier der Kontrollausschuß überhaupt noch keine Möglichkeit gehabt hat, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Ich möchte aber auf eines aufmerksam machen: Wir haben auch die Freiheit, darüber unsere Überlegungen anzustellen, ob tatsächlich der

Rechnungshof die besten Voraussetzungen zur Überprüfung einer Gesellschaft, wie sie die Niogas darstellt, bietet. Ich glaube, daß auch die Juristenkommission, die berufen war zu prüfen, das genau zu untersuchen hatte. Ich glaube, daß es sich hier, weil der Finanzkontrollausschuß schon von Gesetzes wegen, von der Landesverfassung her, dazu berufen ist, um ein ausnahmsweises Ersuchen, ein einvernehmliches Ersuchen handeln kann, weil hier ansonsten einer Kontrolleinrichtung des Landtages vorgegriffen würde. Ich darf sagen, die Prüfung des Rechnungshofes ist überhaupt etwas problematisch. Ich möchte aber darauf nicht zu weit eingehen.

Mit Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 18. Oktober 1958, Zl. G 38-58, hat der Verfassungsgerichtshof die Bestimmung des Abs. 1 letzter Satz sowie die Abs. 3 und 4 des § 12 des Rechnungshofgesetzes wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben. Nun ist interessant, daß der Paragraph, der auf begründetes Ersuchen eine Kontrolle des Rechnungshofes ermöglicht, gerade auf diesen § 12 Abs. 3 hinweist, der vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben worden ist. Ich möchte mich also da nicht weiter einlassen, aber hier gibt es verschiedene juristische Meinungen. Der Rechnungshof selbst ist der Ansicht, daß er wohl berechtigt ist, es gibt aber zweifellos berechtigte juristische Ansichten, daß durch die berechtigte Aufhebung dieses bewußten § 12 Abs. 3 und 4 oder letzter Satz des Abs. 1 tatsächlich das Prüfungsrecht des Rechnungshofes sehr problematisch geworden ist.

Was mich aber vor allem veranlaßt, die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses noch weiter in Anspruch zu nehmen, ist eine ganz andere Tatsache. Ich habe darauf verwiesen, daß auf dem Vorbericht des Rechnungshofes, dem Berichtsentwurf — wie das offiziell heißt — vom 3. Februar 1966, es selbstverständlich ist, daß das Wort „streng vertraulich“ steht. Es war daher für uns sehr interessant, daß bereits am 10. Dezember 1965 in der Budgetdebatte im Finanzausschuß zum Kapitel 8 der Herr Abg. Marsch seinen Diskussionsbeitrag mit folgenden Worten begonnen hat: „Wie man aus dem Rechnungshofbericht ersieht und wie verschiedene Gerüchte im Lande besagen, sind bei den Landesunternehmungen, vor allem bei der Newag, schwerwiegende Vorwürfe, begründete Vorwürfe, vorhanden.“

Ich habe gesagt, sinngemäß. Ich weiß schon, daß darüber kein Protokoll geführt wurde. Ich habe auch kein Gedächtnisprotokoll verfaßt, aber dem Sinn nach stimmt meine Darstellung. Ich habe hier genügend Zeugen da-

für, daß Sie Staatssekretär sofort berichtet Sie den Inhalt. Der Herr Staatssekretär, daß nur von dem Kommando vom Reich habe. Herr Altmeppen, tigerweise zu hat zu einem Bundesministerheiten ganz und auch die, Februar 1966 beauf Seite 4 w. Rechnungshof haben dann stände aufgezeichnet. mal: „Die Kommission auch andere F wieder weitere

Hohes Haus! Bundesministerheiten diese 1. Rechnungshof? stehen vom ministerium für Welche Verb. Rechnungshof Welche Verbindungen? Rechnungshof zu dem sehen Fraktion Landtages? Welche Rechnungshof zum der SPÖ von 1. Ich habe diese Rechnungshof Licht erscheint. stellen. (*Abg. ... merkwürdiges* ... verständlich Sie zitieren, und a. Kreisky, der im machte. (*Unruh* ... Glockenzeichen ... daß es sehr da ... schwiegenheitsgroblichst verkleinert wer hat sich eindruck gemacht o. schuldhafte Rec

Meine Herren da noch von ein heute schon ein gesprochen wer funktionsorgan u. Verbindungen Ich stelle fest: amter verantwort hierfür der Prä

Voraussetzungen  
ellschaft, wie sie  
ich glaube, daß  
ion, die berufen  
t zu untersuchen  
ich hier, weil der  
on von Gesetzes  
assung her, dazu  
isweises Ersuchen,  
ien handeln kann,  
ontrolleinrichtung  
würde. Ich darf  
rechnungshofes ist  
tisch. Ich möchte  
gehen.

erfassungsgerichts-  
3, Zl. G 38-58, hat  
die Bestimmung  
ie die Abs. 3 und 4  
iofgesetzes wegen  
gehoben. Nun ist  
graph, der auf be-  
ontrolle des Rech-  
gerade auf diesen  
vom Verfassungs-  
worden ist. Ich  
t weiter einlassen,  
ene juristische Mei-  
selbst ist der An-  
igt ist, es gibt aber  
istische Ansichten,  
Aufhebung dieses  
4 oder letzter Satz  
Prüfungsrecht des  
hematisch geworden

lem veranlaßt, die  
phen Hauses noch  
hmen, ist eine ganz  
e darauf verwiesen,  
les Rechnungshofes,  
wie das offiziell  
ar 1966, es selbst-  
Wort „streng ver-  
daher für uns sehr  
n 10. Dezember 1965  
Finanzausschuß zum  
Marsch seinen Dis-  
nden Worten begon-  
dem Rechnungshof-  
z verschiedene Ge-  
r, sind bei den Lan-  
r allem bei der  
Vorwürfe, begrün-  
1.“

mäß. Ich weiß schon,  
koll geführt wurde.  
ichtnisprotokoll ver-  
1 stimmt meine Dar-  
enügend Zeugen da-

für, daß Sie von Ihrem Parteifreund Herrn Staatssekretär Rösch auf Ihren Zwischenruf sofort berichtet worden sind. Wieso kennen Sie den Inhalt des Rechnungshofberichtes? Der Herr Staatssekretär Rösch hat erklärt, daß nur von Gerüchten die Rede sei und niemand vom Rechnungshofbericht gesprochen habe. Herr Abg. Marsch, was Sie unvorsichtigerweise zu schnell ausgeplaudert haben, hat zu einem späteren Zeitpunkt der Herr Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten ganz unmißverständlich wiederholt, und auch die „Arbeiter-Zeitung“ vom 23. Februar 1966 berichtet in einem langen Artikel auf Seite 4 wie folgt: „Die Kontrolle des Rechnungshofes und auch andere Recherchen haben dann immer wieder weitere Mißstände aufgezeigt.“ Ich wiederhole noch einmal: „Die Kontrolle des Rechnungshofes und auch andere Recherchen haben dann immer wieder weitere Mißstände aufgezeigt.“

Hohes Haus! Ich frage Sie, wo hat der Herr Bundesminister für auswärtige (Angelegenheiten diese Informationen her? Etwa vom Rechnungshof? Welche Verbindungen bestehen vom Rechnungshof zum Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten? Welche Verbindungen bestehen zwischen Rechnungshof und „Arbeiter-Zeitung“? Welche Verbindungen bestdhen vom Rechnungshof zu den Abgeordneten der sozialistischen Fraktion des niederösterreichischen Landtages? Welche Fäden führen vom Rechnungshof zum Herrn Landespartei sekretär der SPÖ von Niederösterreich, Abg. Marsch? Ich habe diese Fragen zu stellen, weil der Rechnungshof in einem sehr merkwürdigen Licht erscheint. Das möchte ich eindeutig feststellen. (Abg. Marsch: Sie stellen ihn in ein *merkwürdiges* Licht! Sie! Sie!) Selbstverständlich Sie, weil Sie den Rechnungshof zitieren, und auch der Herr Bundesminister Kreisky, der ihn zitierte und Feststellungen machte. (Unruhe. — Präsident *Weiß gibt* das Glockenzeichen.) Ich muß weiter feststellen, daß es sehr darnach aussieht, daß die Verschwiegenheitspflicht des Rechnungshofes gröblichst verletzt worden ist! Ich frage Sie, wer hat sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht oder wer hat zumindest eine schuldhaftige Rechtsverletzung begangen?

Meine Herren! So geht das nicht! Wie kann da noch von einem Rechtsstaat, auf den Sie heute schon einige Male hingewiesen haben, gesprochen werden, wenn vom obersten Prüfungsorgan unseres Staatswesens direkte Verbindungen ins Parteisekretariat laufen. Ich stelle fest: Hier ist kein subalternen Beamter verantwortlich. In meinen Augen trägt hierfür der Präsident des Rechnungshofes die

Verantwortung. (Zwischenrufe *bei* der ÖVP: Jawohl!) Ich erwarte, wir wollen heute ganz offen sprechen, daß der Präsident des Rechnungshofes, Kandutsch, zu meinen Erklärungen Stellung nimmt, denn seine Haltung ist auf das äußerste bedenklich. Ich muß feststellen, daß die Verschwiegenheitspflicht geradezu zur Hilfeleistung für die Wahlkampagne der SPÖ gebrochen wurde. Wie kann da der Staatsbürger vor diesem obersten Prüfungsorgan den notwendigen Respekt haben? Ich glaube, wir befinden uns in unserem Staatswesen hier wie auch auf verschiedenen anderen Gebieten in einer äußerst bedenklichen Entwicklung. Ich möchte nicht in einzelnen darauf eingehen. Was sich aber in den letzten Wochen durch die Maßnahmen des Herrn Justizministers bezüglich des besonderen Schutzes seiner Parteifreunde bei Angriffen von Presseorganen ereignet hat, das, meine Verehrten, hat mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun. Ich betone nochmals, wenn über jemanden solche Gerüchte wie über den Herrn Justizminister und den Herrn Vizekanzler im Umlauf sind, dann wäre es für die österreichische Bevölkerung sehr interessant, wenn der Herr Vizekanzler, um diese Gerüchte zu zerstreuen, den Mut gehabt hätte, dem Aufruf des Herrn Generaldirektors der Newag Folge zu leisten und sich vor der Öffentlichkeit zu stellen. Man kann sich nicht mit der Begründung: „Mit dem Herrn Generaldirektor Müllner setze ich mich nicht zusammen“, aus der Affäre ziehen. Das ist ein feiges Auskneifen.

Wenn man zuerst Beschuldigungen ausspricht und verleumdet, dann darf man sich nicht zurückziehen, wenn man aufgefordert wird, vor der Öffentlichkeit Rede zu stehen und von Mann zu Mann und Aug in Aug diese Fragen zu erörtern. Ich kann mir sehr gut vorstellen, warum Vizekanzler Pittermann zumindest vor dem 6. März eine solche Diskussion in der Öffentlichkeit fürchtet und Fragen, die ihm gestellt werden könnten, lieber nicht öffentlich diskutieren will. Nachdem Sie die Reinheit und Sauberkeit auf Ihr Panier geschrieben und so oft davon geredet haben, steht Ihnen, sehr verehrter Herr Justizminister a. D., eine große Aufgabe bevor. Jetzt sorgen Sie für Reinheit und Sauberkeit in Ihrer Partei! Wenn Sie es zustande bringen, daß alles, was nicht sauber ist, raschest bereinigt wird, haben Sie sich ein großes Verdienst erworben, und ich werde bei der nächsten Landtagssitzung heraustreten und Ihnen, Herr Justizminister a. D., meine Anerkennung nicht versagen. Das kann ich Ihnen heute schon mit Brief und Siegel versichern.

Meine Damen und Herren! Ich komme auf den Rechnungshofbericht zurück. Ich gestehe, daß ich sehr lange überlegt habe, ob wir nicht doch einen Dringlichkeitsantrag stellen sollen, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Erhebung einer Anklage gegen den Präsidenten des Rechnungshofes in Erwägung zu ziehen. Wir behalten uns vor, noch sehr genau zu prüfen, welche Schritte zu unternehmen sind, um einen solchen Antrag, auch wenn dies heute nicht geschehen ist, zu einem anderen Zeitpunkt zu stellen. (Abg. Staatssekretär Rösch: *Wenn Sie in Österreich die Mehrheit haben!*) Ich hoffe doch, daß der Rechtsstaat trotz Christian Broda in Österreich noch so viel Macht hat, daß man sich damit durchsetzen kann. Seine große Niederlage in der Frage der „Kronen-Zeitung“ hat bewiesen, daß er noch nicht alles tun kann, was ihm als ehemaligen Kommunisten als erstrebenswertes Ziel vorschwebt. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Staatssekretär Rösch: *Kein Ordnungsruf?*)

Ich möchte damit schließen. Wir behalten es uns vor, meine verehrten Herren des Hohen Landtages, ob wir nicht in einem Antrag die Landesregierung auffordern sollten, hier die notwendigen Schritte zu planen und zu ergreifen. Noch einmal sei gesagt: Wir haben einen viel zu großen Respekt vor dem Hohen Prüfungsorgan des Landtages wie auch des österreichischen Parlaments, wir haben einen viel zu großen Respekt vor diesen demokratischen Einrichtungen unserer Republik, als daß wir zuschauen könnten, daß solche Einrichtungen zu durchsichtigen parteipolitischen Manövern vor Wahlen mißbraucht werden können. Nehmen Sie bitte das zur Kenntnis. Wir sind auf das äußerste erregt — das sagen wir Ihnen —, daß ein Minister während des Wahlkampfes bekanntgibt, daß er Bescheid weiß, was in vertraulichen Berichten zu lesen ist. Dieser Weg ist für die Entwicklung in Österreich ein schlechter Weg. Und wir wünschen, daß hier alles getan wird, damit diese Republik, die unter so viel Schmerzen und Opfern wiedergeboren wurde, durch solche politische Entwicklungen nicht gefährdet wird! (Beifall bei der ÖVP.)

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort kommt der Herr Abgeordnete Staatssekretär R ö s c h.

Abg. Staatssekretär RÖSCH: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Kollege Stangler hat neuerlich seine Rede mit Beschimpfungen sozialistischer Regierungsmitglieder abgeschlossen. Ich stelle wieder fest: Es ist dies, glaube ich, das einzige parlamentarische Forum dieses Landes, in dem ohne Ordnungsruf so etwas von einem Vertreter der Mehrheit getan werden kann.

PRÄSIDENT WEISS: Herr Staatssekretär, es steht mir zu, einen Ordnungsruf entweder am Ende oder in der nächsten Sitzung zu erteilen. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam: Ich wollte die Empfindlichkeit, die heute von Natur aus in dieser Sitzung vorhanden ist, auf keinen Fall noch mehr steigern. Ich habe versucht, in objektivster Weise zur Sache zu mahnen. Ich habe Zwischenrufe verhindert. Ich habe, glaube ich, alles getan. Und mir kann der Vorwurf nicht gemacht werden, daß ich der Minderheit nicht das absolut gleiche Recht einräume. Für einen Ordnungsruf habe ich noch Zeit, mir diese Dinge zu überlegen.

Abg. Staatssekretär RÖSCH (fortsetzend): Ich nehme die Erklärung des Herrn Präsidenten zur Kenntnis. [Zum Abg. Stangler gewendet]: Sie sind schon dagegen — ich weiß es. Natürlich, Sie werden auch versuchen, den Herrn Präsidenten davon abzuhalten. (Abgeordneter Stangler: *Ich nehme sofort einen Ordnungsruf entgegen! Es wäre nicht der erste!*) Natürlich, Sie sind stolz darauf, geschimpft zu haben und dann einen Ordnungsruf zu bekommen. (Abg. Stangler: *Ich habe nur Feststellungen getroffen, die Ihnen sehr unangenehm sind!*)

Es wurde neuerlich hier von den Gerüchten über den Herrn Vizkanzler und den Herrn Justizminister Dr. Broda — neuerlich, nachdem es schon vorher ein Abgeordneter getan hat — gesprochen; es wurde wieder darauf hingewiesen. Ich sehe mich daher gezwungen, neuerlich nicht meine Meinung, sondern die Meinung der „Salzburger Nachrichten“ vom 16. Februar 1966 hier zu verlesen: „Eine schmutzige Methode. Wer immer sich diese Form des Wahlkampfes hat einfallen lassen, verdient Verachtung.“ Ich schließe mich dieser Meinung voll an. (Beifall bei den Sozialisten.)

Aber auch zu der zweiten Sache darf ich noch etwas bemerken. Bezüglich der sicherlich sehr schweren und schwerwiegenden Anschuldigungen, die der Herr Abg. Stangler gegen den Herrn Präsidenten des Rechnungshofes vorgebracht hat, ist es Sache des Herrn Präsidenten des Rechnungshofes, dazu Stellung zu nehmen, und nicht meine. Ich weiß jetzt nicht, sind es fünf oder sechs Fragen, die der Herr Abg. Stangler hier gestellt hat. Zu der Frage, welche Verbindungen zum Parteisekretariat, „Arbeiter-Zeitung“, SPÖ usw. bestehen, erkläre ich namens meiner Partei: Keine! [Zwischenrufe bei der ÖVP.] Ich stelle fest, meine Herren: Keine! Es liegt an Ihnen, den Nachweis ihrer Behauptung zu erbringen. (Abg. Stangler: *Wieso steht es in der „Arbeiter-Zeitung“? Wieso weiß es*

*Kreisky? Sie Kopf stellen! Kenzeichen.) und krawall stehen kleine Kreisky hat g schreien, Her len ja alles einanderbring der Mehrheit wesen, plötzlich bei der ÖVP. hindern. Das (Abg. Stangler Lachen!)*

Es ist weit sionsbeitrag leicht wirklich Ich möchte d wirksame Fes Abg. Stangler Zeitpunkt hal lich gesprochen mehr, wer be Vollmacht zu stellte er ein stellen: Wer Vollmachten men klageste Fraktion und rungsmitglied für ihren Berantwortung ha Ich möchte ab stellen: Kein weder unser irgendwer macht, zu ver Sie haben Vol haben Vollma verständlich! — nur eine solc irgend etwas solcher Versuc aus dem Gedäc

Ich bedaure, ler jetzt fortg zweite Bemerl welche Entwic trauliche Gesp sten Tag weit sehr verehrte doch sehr gena cher vertraulic nicht sagen, da dann, wenn es eine so ungehe diese Angelegei Newag und M bleiben muß. D

err Staatssekretär, nungsruf entweder sten Sitzung zu er- inmal darauf auf- mpfindlichkeit, die ieser Sitzung vor- ll noch mehr stei- objektivster Weise habe Zwischenrufe be ich, alles getan. urf nicht gemacht rheit nicht das ab- ne. Für einen Ord- it, mir diese Dinge

SCH (fortsetzend): es Herrn Präsidenten- g. Stangler gewen- en — ich weiß es. ch versuchen, den abzuhalten. (Abge- hme sofort einen s wäre nicht der stolz darauf, ge- en einen Ordnung- Stangler: Ich habe en, die Ihnen sehr

von den Gerüch- kanzler und den broda — neuerlich, ein Abgeordneter es wurde wieder he mich daher ge- meine Meinung, „Salzburger Nach- 1966 hier zu ver- ethode. Wer immer ampfes hat einfal- itung.“ Ich schließe ll an. (Beifall bei

en Sache darf ich züglich der sicher- werwiegenden An- err Abg. Stangler, en des Rechnungs- es Sache des Herrn shofes, dazu Stel- it meine. Ich weiß oder sechs Fragen, r hier gestellt hat. erbindungen zum „er-Zeitung“, SPÖ h namens meiner ufe bei der ÖVP.) en: Keine! Es liegt rer Behauptung zu Wieso steht es in Wieso weiß es

Kreisky? Sie können doch nicht alles auf den Kopf stellen! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Jetzt können Sie weiterschreiben und krawallisieren! Ich stelle fest: Es bestehen keine Verbindungen. (Abg. Ing. Robl: Kreisky hat gesagt, er weiß es!) Ich weiß, Sie schreien, Herr Abgeordneter, denn Sie wollen ja alles mit Ihrem Geschrei durcheinanderbringen. Das ist doch die Methode der Mehrheit heute schon immer wieder gewesen, plötzlich loszuschreien. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Tun Sie es! Ich kann Sie nicht hindern. Das ist Ihnen eigen. Tun Sie es bitte! (Abg. Stangler: Genauso wie *Ihr* höhnisches Lachen!)

Es ist weiterhin zuvor in diesem Diskussionsbeitrag etwas gesagt worden, was vielleicht wirklich an sich ernst aufzufassen ist. Ich möchte das gar nicht als eine Publicity-wirksame Feststellung oder Frage des Herrn Abg. Stangler betrachten, denn zu diesem Zeitpunkt hat er noch sehr ruhig und sachlich gesprochen. Er sagte: Man weiß nicht mehr, wer bei der Sozialistischen Partei eine Vollmacht zum Verhandeln habe. Und dann stellte er eine zweite Frage. Ich darf feststellen: Wer bei der Sozialistischen Partei Vollmachten hat zu verhandeln, ist vollkommen klargelegt, indem wir, die sozialistische Fraktion und die Sozialistische Partei, Regierungsmitglieder narnhaft gemacht haben, die für ihren Bereich selbstverständlich die Verantwortung haben und sie auch wahrnehmen. Ich möchte aber gleich weiter auch dazu feststellen: Kein sozialistischer Funktionär, weder unsere Regierungsmitglieder noch irgendwer anderer, hat natürlich eine Vollmacht, zu verschleiern! Das haben sie nicht. Sie haben Vollmachten zum Verhandeln, sie haben Vollmachten, abzuschließen — selbstverständlich! —, aber niemand wird sich auch nur eine solche Vollmacht herausnehmen, irgend etwas zu verschleiern. Und daß ein solcher Versuch unternommen wurde, ging aus dem Gedächtnisprotokoll hervor.

Ich bedaure, daß Herr Abgeordneter Stangler jetzt fortgeht. Er hat nämlich noch eine zweite Bemerkung gemacht; er sagte: In welche Entwicklung kommen wir, wenn vertrauliche Gespräche an die Presse am nächsten Tag weitergegeben werden? Ja, aber, sehr verehrte Damen und Herren, man muß doch sehr genau unterscheiden den Inhalt solcher vertraulicher Gespräche. Ich kann doch nicht sagen, daß alles, was ich bespreche, auch dann, wenn es — nach unserer Auffassung — eine so ungeheuerliche Materie betrifft wie diese Angelegenheit mit den 420.000.000 S von Newag und Niogas, unbedingt vertraulich bleiben muß. Das kann doch nicht unter eine

besondere Verschwiegenheitspflicht fallen. Ich möchte umgekehrt fragen: Wo kommen wir denn hin, wenn man sozusagen Mitwisser zu Mitschuldigen dabei machen will? Das kann doch nicht der Sinn von Verhandlungen sein.

Es wurde schon festgestellt, daß darüber hinaus diese Frage ja nicht in der Regierungssitzung, sondern in einer Besprechung am 14. Februar besprochen wurde, wo also alles das, was über gesetzliche Verschwiegenheitspflicht usw. hier gesagt wurde, überhaupt gar nicht gilt. Es war ja keine Regierungssitzung, sondern es war ein Gespräch. Natürlich kann ich mir schon vorstellen, daß der Herr Generaldirektor Miillner das gern als vertraulich behandelt gewußt hätte. Ich auch an seiner Stelle. Wenn ich kommen und alles das sagen muß, was wir hier heute bereits festgestellt haben, hätte ich auch ein Interesse, daß das nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Selbstverständlich. Aber man kann doch nicht nur deshalb, weil man zuerst mit einer solchen Frage herankommt, wo die andere Seite erklärt, daß sie das nicht verantworten kann, nachher sagen: Oh, seid ihr böse Leute, daß ihr mit dem an die Öffentlichkeit gegangen seid!

Und jetzt kommt gleich wiederum die Gegenseite. Im selben Atemzug sagt man: Ja, aber warum haben Sie denn — das gilt jetzt für unsere Aufsichtsräte — keine Fragen gestellt, warum haben Sie nicht das und das — unter dem Schutz der Verschwiegenheit — getan? Da hätten sie auch wieder nichts sagen dürfen. Meine Damen und Herren, so kann doch die Argumentation nicht gehen.

Ich glaube, es gibt eine Verschwiegenheitspflicht, jawohl. Aber es gibt auch eine Aussagepflicht, eine Aussagepflicht dann für jeden einzelnen, wenn er das Gefühl und die Überzeugung hat, hier kann er nicht schweigen, hier muß er in die Öffentlichkeit hinausgehen. Und das war in diesem Fall so.

Der Herr Kollege Stangler hat schon auf eine zweite Problematik hingewiesen. Er sagte: Der Rechnungshof hat ja schon einmal die Newag geprüft. Richtig! Er hat nur nicht gesagt, was mit dem Prüfungsbericht geschehen ist. Der Prüfungsbericht ist niemals im Landtag verhandelt worden. Bei diesem Prüfungsbericht hat es die Landesregierung damals mit Mehrheit abgelehnt, damit in den Landtag zu gehen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, was hilft dann das ganze Prüfen, wenn all das, was dabei aufgezeigt wird, wiederum im Schoße der Vertraulichkeit begraben wird? So kann es doch in der Demokratie auch nicht gehen.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek hat heute sehr klar gesagt: Die

Rechtsstaatlichkeit in der Demokratie bedeutet natürlich auch, daß sich die Rechtsstaatlichkeit im Auge der Öffentlichkeit abspielt und nicht nur hinter verschlossenen Türen. Ja, es lag einmal ein Rechnungshofbericht vor, ich glaube 1958, jedoch Sie werden vergeblich darnach suchen, ob irgend etwas in den „Stenographischen Protokollen“ des Landtages steht, daß jemals ein Wort über diesen Bericht hier gesagt wurde.

Es ist nämlich jetzt folgendes interessant. Man wird ja jetzt geradezu dazu gezwungen, zu fragen, was ist da drin gestanden? Legen Sie diesen Bericht auf den Tisch! Das gehört aber schon so sehr der Geschichte an, daß es wahrscheinlich keinen Sinn mehr hat, sich heute darüber den Kopf zu zerbrechen.

Herr Kollege Stangler hat auch gemeint, der Herr Abg. Marsch habe hier im Hause in der Budgetdebatte (Abg. Reiter: *Im Finanzausschuß*, hat er gesagt!), im Finanzausschuß seine Rede mit einem Hinweis auf den Rechnungshofbericht begonnen.

Sie sagen, daß kein Protokoll vorliegt. Man soll es aber dann nicht so darstellen. Es war ja nicht so, sondern Kollege Marsch erklärte damals zu Beginn seiner Rede, der Rechnungshof prüfe jetzt, es werde in einer bestimmten Zeit ein Bericht kommen. Und im Zusammenhang mit dieser Prüfung werden eine Reihe von Tatsachen bekannt, die uns zu folgender Feststellung veranlassen. Wie sind diese Sachen bekannt geworden? Das kann ich Ihnen auch sagen. Monatlang hat der Rechnungshof Beamte der Newag einvernommen. Monatlang! Glauben Sie nicht, daß, genauso wie zu Ihnen, wenn ein anderer Betrieb geprüft wird, Beamte kommen und Ihnen dieses und jenes mitteilen, das nicht auch bei uns der Fall war? Natürlich sind soundsoviele Beamte der Newag und der Niogas gekommen und haben gesagt: Ich bin über das gefragt worden, über dieses und jenes. Sie haben auch gesagt, welche Antworten sie gegeben [haben. Selbstverständlich! Diese Leute waren ja gar nicht zur Verschwiegenheit verpflichtet. Das war also der Grund hierfür, warum wir mit dieser Frage gekommen sind; es war kein anderer Grund.

Es wird aber, wie gesagt, der Rechnungshof beziehungsweise der Herr Präsident des Rechnungshofes sicherlich zu dieser — ich muß sagen — in der Zweiten und in der Ersten Republik einmaligen Anschuldigung, die der Herr Abg. Stangler heute hier gemacht hat, Stellung nehmen. Der Herr Präsident kann ja leider Gottes dagegen wahrscheinlich nicht vorgehen, weil man ja hier unter dem Schutz der Immunität gesprochen hat. Es wäre sehr schön, wenn vielleicht

irgend jemand anderer, der nicht unter dem Schutz der Immunität steht, diese Behauptung wiederholen würde. Aber ich bin, wie gesagt, kein Ex-offo-Verteidiger und überhaupt kein Verteidiger des Herrn Präsidenten des Rechnungshofes.

Und nun noch kurz zum Antrag, der zur Debatte steht. Herr Landesrat Kuntner hat schon darauf hingewiesen. Es wird in der Begründung immer wieder erklärt, die sozialistischen Aufsichtsratsmitglieder hatten doch fragen sollen. Daneben steht doch die Tatsache, daß gemäß § 81 des Aktiengesetzes der Vorstand zu einer Berichtspflicht verhalten ist. Primär hat also der Vorstand zu berichten. Zweitens hätten unter Umständen die Aufsichtsräte dann, wenn ihnen etwas unklar gewesen ist, die Gelegenheit gehabt, Fragen zu stellen. Das haben sie getan. Herr Landesrat Kuntner hat hier darüber berichtet, was und wie oft gefragt wurde. In der Pressekonferenz vom 17. Februar 1966 hat der Herr Generaldirektor Müllner lebenswürdigerweise sogar gesagt, wie er solche Fragen beantwortet hat. Er hat dort in aller Öffentlichkeit festgestellt: Meine Herren! Selbstverständlich, Fragen, die nichts mit der Bilanz zu tun haben, wurden nicht beantwortet. Da könnte ja alles mögliche gefragt werden. Er hat das vor allen Pressevertretern sehr laut gesagt. Er ist dadurch auf einen gewissen Widerstand seitens der Herren von der Presse gestoßen. Denn das ist es ja: Generaldirektor Müllner sagte in aller Öffentlichkeit: Beantworten werde ich nur das, was ich beantworten will. Sie können fragen, was immer Sie wollen. Aber nur darüber, was mit der Bilanz zu tun hat, werde ich Ihnen Auskunft geben, über sonst nichts. Die Fragen, um die es hier geht, insbesondere was den Bau der Südstadt betrifft, haben ja nicht nur die Aufsichtsräte gestellt. Es ist heute schon einmal gesagt worden, wie die Antwort gelautet hat: daß nämlich alles mit Wohnbauförderungsmitteln und Krediten errichtet wurde. Das ist in Ordnung. Sie fragen: Ja, warum wurden alle Bilanzen beschlossen? Warum wurde all das beschlossen?

Sehr verehrte Damen und Herren! Ursprünglich lag kein Grund hierfür vor, gegen den Prüfer oder gegen den Vorstand ein Mißtrauen zu haben. Man kann doch nicht von Haus aus annehmen: Von all dem, worüber hier berichtet wird, wird die Hälfte verschwiegen, oder es ist die Hälfte davon falsch. Man muß doch vom guten Glauben ausgehen. Unsere Aufsichtsratsmitglieder und auch wir im Landtag sind dann, wenn wir einer Sache zugestimmt haben, vom

guten Glauben unsere Schuld der Mitteilungsliste vor mir auf ein Raubwort

Soweit es es sich nicht Landtages. Ebene klären. Gestern der geht, handelte. gabe des Laien

Nun heißt Prüfung und durch — der Zwischenruf. Absetzen. Wüger nicht ständlich, man ja festhalten. Hinaus mit halten, mein beweist nämlich mit denen, etwas kontrollierbar, daß. Stimme: Sch. sonst würde keit.)

PRÄSIDENT (Kei

Abg. Staa. Ich bin ja der. Ich bin wir. Hinweis des. „Nach dem 6. einen anderen. aus die Schli. nach dem 6. Aber es ist haben, schon sozialistische geordneter V. aus!) Raus n. ratsmitglieder. Sie können e. machen, wer bestätigt es. Zustimmung wieso! — Al. recht geben, Heiterkeit.) werden lachen. meinte: Hinzi. sichtsratsmitgl. toren! (Abg. bezahlt werd. der Öffentlich



nicht unter dem  
t, diese Behaup-  
ber ich bin, wie  
diger und über-  
Herrn Präsi-  
den-

Antrag, der zur  
sirat Kuntner hat  
Es wird in der  
erklärt, die sozia-  
ieder hätten doch  
ht doch die Tat-  
es Aktiengesetzes  
htspflicht verhal-

Vorstand zu be-  
inter Umständen  
enn ihnen etwas  
legenheit gehabt,  
in sie getan. Herr  
hier darüber be-  
efragt wurde. In  
17. Februar 1966  
irektor Müllner  
gesagt, wie er  
hat. Er hat dort  
stgestellt: Meine  
Fragen, die nichts  
en, wurden nicht  
alles mögliche ge-  
vor allen Presse-  
t. Er ist dadurch  
stand seitens der  
stoßen. Denn das  
Müllner sagte in  
worten werde ich  
ten will. Sie kön-  
wollen. Aber nur  
lanz zu tun hat,  
geben, über sonst  
es hier geht, ins-  
der Südstadt be-  
die Aufsichtsräte  
on einmal gesagt  
gelautet hat: daß  
auförderungsmit-  
wurde. Das ist in  
arum wurden alle  
um wurde all das

und Herren! Ur-  
hierfür vor, gegen  
den Vorstand ein  
t kann doch nicht  
n: Von all dem,  
d, wird die Hälfte  
die Hälfte davon  
m guten Glauben  
sichtsratsmitglieder  
sind dann, wenn  
mmt haben, vom

guten Glauben ausgegangen. Daß wir dieses  
guten Glaubens beraubt wurden, ist nicht  
unsere Schuld. Das ist, wie gesagt, auf Grund  
der Mitteilung des Herrn Generaldirektors  
Müllner vom 14. Februar geschehen. Da sind  
wir auf einmal unseres guten Glaubens be-  
raubt worden.

Soweit es um die Steuerfrage geht, handelt  
es sich nicht um eine Angelegenheit des  
Landtages. Das wird man auf der Bundes-  
ebene klären müssen. Aber soweit es um die  
Gestion der Gesellschaften und so weiter  
geht, handelt es sich natürlich um eine Auf-  
gabe des Landtages.

Nun heißt es in Ihrem Antrag: Über-  
prüfung und so weiter, und es klang schon  
durch — der Herr Abg. Ludwig hat einen  
Zwischenruf in dieser Richtung gemacht:  
Absetzen die Sozialisten! Herr Kollege  
Wüger nickt. Freilich, natürlich, selbstver-  
ständlich, meint er. Ich glaube, das muß man  
ja festhalten. (Abg. Wüger: Hinaus mit euch!)  
Hinaus mit euch! Genau das muß man fest-  
halten, meine Damen und Herren! Denn das  
beweist nämlich die ganze Mentalität: Raus  
mit denen, die etwas aufzeigen könnten, die  
etwas kontrollieren könnten! Ich bin ja dank-  
bar, daß... (Abg. Wüger mit heiserer  
Stimme: Schade, daß ich nicht reden kann,  
sonst würde ich noch mehr sagen! — Heiter-  
keit.)

PRÄSIDENT WEISS (das Glockenzeichen  
gebend): Keine Zwischenrufe!

Abg. Staatssekretär RÖSCH (fortsetzend):  
Ich bin ja dankbar dafür, daß Sie das sagen.  
Ich bin wirklich dankbar dafür. Denn der  
Hinweis des Abg. Stangler auf die Drohung  
„Nach dem 6.“ betrifft uns nicht; das betrifft  
einen anderen. Die Öffentlichkeit wird dar-  
aus die Schlüsse ziehen, warum man das erst  
nach dem 6. machen will und nicht vorher.  
Aber es ist wertvoll, das, was Sie gesagt  
haben, schon heute zu wissen: Raus mit den  
sozialistischen Vorstandsmitgliedern. (Ab-  
geordneter Wüger: Wenn Sie schlafen, hin-  
aus!) Raus mit den sozialistischen Aufsichts-  
ratsmitgliedern! — Herr Kollege Stangler,  
Sie können es leider nicht mehr ungeschehen  
machen, wenn Sie auch noch so böse sind. Er  
bestätigt es schon viermal, und zwar mit der  
Zustimmung Ihrer Partei. (Abg. Wüger: So-  
wieso! — Abg. Stangler: Ihnen wird er nie  
recht geben, da können Sie sicher sein! —  
Heiterkeit.) Er hat mir recht gegeben. Sie  
werden lachen, Sie waren nicht im Saal. Er  
meinte: Hinaus mit den sozialistischen Auf-  
sichtsratsmitgliedern und Vorstandsdirek-  
toren! (Abg. Wüger: ...die für das Schlafen  
bezahlt werden!) Das ist das zweite, was in  
der Öffentlichkeit alarmierend wirken müßte.

Ja hat man wirklich die Absicht, das zu  
tun? Bezweckt das der Antrag, den Sie vor-  
gelegt haben? Dann ändern Sie ihn ab und  
sagen Sie: Abberufung, hinaus! Wir wollen  
dort allein herrschen, allein regieren, wir  
wollen euch nicht mehr drinnen haben.  
Sagen Sie das, was Kollege Wüger hier zum  
Ausdruck brachte! Sagen Sie es offen, aber  
nicht so verschwommen, nicht so verklausu-  
liert! Sie werden doch nicht erwarten kön-  
nen, daß wir dieser Verklausulierung zu-  
stimmen können. Wir möchten gern, daß Sie  
mit Ihren Stimmen das durchführen, daß Sie  
mit Ihren Stimmen die Überprüfung veran-  
lassen und mit Ihren Stimmen allein —  
oder der Herr Landeshauptmann als Haupt-  
versammlung — das durchführen, was sein  
Parteifreund Wüger hier lauthals gefordert  
hat: Raus mit den Sozialisten aus den Auf-  
sichtsräten, raus mit den Sozialisten aus dem  
Vorstand, Besetzung aller dieser Funktionen  
allein durch die Herren der Österreichischen  
Volkspartei. Und dann kann die Wirtschaft  
so weiter gehen wie bisher. Dann besteht  
keine Gefahr mehr, daß in Zukunft in der  
Öffentlichkeit etwas aufkommen könnte.  
(Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abgeord-  
neter Stangler: Aber wir werden Sie weiter  
liebevoll pflegen, Herr Staatssekretär!)

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort kommt der  
Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dipl.-Ing. Dr. HART-  
MANN: Hohes Haus! Verehrte Damen und  
Herren! Im Zusammenhang mit den Be-  
ratungen über den vorliegenden Dringlich-  
keitsantrag, betreffend die Geltendmachung  
der Verantwortlichkeit von Mitgliedern des  
Aufsichtsrates, haben mehrere Redner auch  
darauf hingewiesen, daß in den Aufsichts-  
ratssitzungen der Landesgesellschaften zu-  
wenig Indormationen erteilt worden sind  
Insbesondere hat dies auch der Herr Ab-  
geordnete Blabolil zum Ausdruck gebracht.

Ich will nicht all das wiederholen, was  
schon der Herr Abg. Stangler sagte. Es han-  
delt sich also um einen einstimmigen Be-  
schluß des Landtages, mit welchem der Er-  
richtung des Kraftwerkes Peisching und der  
Anschaffung des Kohlenbergwerkes „Hohe  
Wand“ zugestimmt wurde.

Ich will aber dennoch die Mitglieder des  
Landtages darauf aufmerksam machen, daß  
sich im Aufsichtsrat hervorragende Fach-  
leute befinden. Ich verweise auf einen Mann,  
der einer der besten Bergbaufachleute, die  
es in Österreich gibt, ist; ich glaube,  
das so sagen zu können. Er ist Vizepräsident  
der Niogas, ein hervorragender Mitarbeiter  
des Herrn Vizekanzlers Dr. Pittermann in  
der Sektion IV des Bundeskanzleramtes:

Herr Ministerialrat Dipl.-Ing. Dr. Reichl. Er hat, bevor das Kohlenbergwerk „Hohe Wand“ angeschafft beziehungsweise angekauft wurde, dieses Bergwerk genauestens untersucht. Ich kenne ihn seit vielen Jahren persönlich, bestätige nochmals, daß er ein hervorragender Fachmann und als Vertrauensmann der Sozialistischen Partei Vizepräsident der Niogas ist. Ich bestätige auch das, was Herr Landesrat Kuntner sagte: Er gehört zu den Menschen, die sich kein X für ein U vormachen lassen. Wir haben aber im Aufsichtsrat der Niogas noch einen anderen hervorragenden Fachmann, den ich seit vielen Jahren persönlich kenne, ihn ob seiner fachlich hohen Qualitäten sehr schätze, der eine Bilanz auf einen Blick zu lesen versteht und dem man auch kein X für ein U vormachen kann, weil er als Generaldirektor einer sehr prominenten Bank — es handelt sich um DDr. Ockermüller — sofort weiß, was in einer Bilanz drinnensteht.

Hohes Haus! Wenn hier zum Ausdruck gebracht wurde, man wolle etwas verschleiern, verdunkeln oder verstecken, dann erkläre ich feierlich: Das ist nicht der Fall; der Rechnungshof wird vollste Klarheit herstellen. Bevor aber das nicht geschehen ist, kann man niemanden verurteilen, und zwar ausnahmslos niemanden. Was mich, Hoher Landtag, geradezu menschlich erschüttert, ist diese schier überdimensionale Indiskretion, die heute ans Tageslicht gekommen ist. Es gibt offenbar in diesem Hause, Herrngasse 13, und im Hause Herrngasse 11 keinen Raum und keinen Schreibtisch, an welchem man von Mann zu Mann, von Mensch zu Mensch noch etwas besprechen kann. Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek, Ihr Gedächtnisprotokoll enthält Unrichtigkeiten, und die größte Unrichtigkeit besteht — da wir es heute nicht gehört haben — darin, daß Sie nicht festgehalten haben, daß Sie und Herr Landesrat Kuntner widerspruchlos einverstanden gewesen sind, daß diese Besprechung als vertraulich zu behandeln ist. Wir haben in der Pressekonferenz alles gehört, was dort gesprochen wurde, wir haben in der Pressekonferenz — ich war nicht dort, ich habe es gelesen — alles gehört, was in der Sitzung der Landesregierung tags vorher besprochen und beraten wurde, obwohl die Sitzungen der Landesregierung ex lege mit der Amtsverschwiegenheit bedacht sind. Das ist das menschlich Erschütterndste für mich an dieser heutigen Sitzung. Und wenn es heute niemand noch begreifen wollte, wie diese Sache mit der angeblichen Steuerhinterziehung aussieht, so sage ich: Herr Landesrat Kuntner, ich verstehe auch ein

bißchen etwas von der Stenographie, aber selbst wenn Sie Bruchstücke blendend stenographieren können, so ist dieses Mosaik noch sehr unvollständig. Die steuerliche Betriebsprüfung hat bei der Niogas wiederholt stattgefunden, das letztemal die amtliche steuerliche Betriebsprüfung von der steuerlichen Betriebsprüfungsstelle im Jahre 1964, und es wurde keine Steuerhinterziehung festgestellt. Ich möchte aber noch einen Satz, bevor ich über allgemeine Dinge mein Herz ausschütten, zu dieser Steuerfrage sagen. Ein bißchen was habe ich auch in meinem Leben davon verstanden. Am 7. Februar erhielt ich schriftlich die Nachricht vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Niogas, daß nun die ersten Rückflüsse auf Grund der gewährten Wohnbaurdarlehen ante portas, also vor der Türe, stehen. Am 8. Februar war Landesregierungssitzung, und Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek hat an diesem 8. Februar den Antrag gestellt, der Rechnungshof möge auch die Niogas überprüfen. Wir haben heute in der Landesregierungssitzung einstimmig zwei Beschlüsse gefaßt, die damit im Zusammenhang stehen.

Es war lediglich folgende Erwägung Gegenstand dieser Frage: Wenn niemand da ist, der diese Rückflüsse entgegennimmt, dann ist die Nachversteuerung von Gesetzes wegen erforderlich. Wenn Sie sich bitte erinnern mögen — ich werde in Zukunft bezüglich der Landesregierungssitzungen von der Amtsverschwiegenheit auch weniger Gebrauch machen —, war ich derjenige, der gesagt hat: Wenn wir uns am 14. Februar über diese ganze Frage unterhalten haben, dann müsse das in die Landesregierung und in den Landtag gebracht werden. Ich war also der erste, der diese Anregung gemacht hat. Ich habe wörtlich gesagt — das kommt auch nicht in Ihrem Gedächtnisprotokoll vor: „Der niederösterreichische Landtag mit allen 56 Abgeordneten ist die breiteste Basis der niederösterreichischen Volksvertretung, welche Anspruch darauf hat, genau informiert zu werden.“ Nun kann der Landesfinanzreferent nicht Gelder vereinnahmen, wenn ihm der Landtag nicht das Recht dazu gibt, auf welche Einnahmepost er das nimmt, dazu müssen wir den Landtag bemühen. Das ist der Grund einer dieser Beschlüsse, die Sie heute schon gefaßt haben, wobei der wesentliche Teil dieses Beschlusses auf Grund einer Formulierung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dr. Tschadek beruht. Nur wenn der Landtag nicht sagt, wo das Geld vereinnahmt werden kann, dann ist selbstverständlich — und wenn das erst in zehn Jah-

ren der Steuerpflicht

Ich muß Frauen und Landtagssiedler erfüllt haben und bedaure es auch auf dem Gebiete der Verhandlung durch den Dienst erwöhrene habe Landes zu Sie gewiß dem Grund bleiben man Juristen bestätigen, das ehernes (P) Beschuldigt Überprüfungen erfulungen schuldig zu men die be nibus deb Niemand d verurteilt hier gesche heute eine bringt: „D wird heute worten: Eii kein Gericht

Ich möch auch auf Europarat g auch von Ö zum Schutz Grundfreihe recht erinn damals sog mannstellve sie unterzei „Bis zum ge wird vermu baren Hand

An dieser nicht immer nießt in uns rang. Aber Grundsatzes zuständige Untersuchung aller Öffent niert wird. abgegangen, Rechtsstaat e Es wurde

ographie, aber blendend stenographisch. Es ist ein Mosaik noch aus den verschiedensten rlichen Betriebsarten. Wiederholt stattliche steuerliche Steuererlässe der Jahre 1964, und es ist eine Festsetzung eines Satzes, die mein Herz erregt. Ich möchte sagen. Ein Tag in meinem Leben. Ich erhielt ich von den Vorsitzenden, daß nun die Entscheidung der gewährten, also vor der Zeit war. Landespräsident hat an die Regierung gestellt, der die Niogas über die zwei Beschlüsse im Zusammenhang stehen.

Wägung Gegenstand da ist, der dann ist die Entscheidung wegen erbitte erinnern Sie bezüglich der von der Amtspräsidenten Gebrauch der gesagt hat: Ich habe über diese Entscheidung, dann müsse ich in den Landtag, also der erste, hat. Ich habe auch nicht in der: „Der niederösterreichischen 56 Abhandlung der niederösterreichischen Anordnung, welche Anordnungen zu werben Finanzreferent wenn ihm der gibt, auf welche t, dazu müssen Das ist der Urteil, die Sie heute der wesentliche Grund einer Forsthauptmannstellung. Nur wenn das Geld verbleibt ist selbstverständlich in zehn Jah-

ren der Fall wäre — eine rückwirkende Steuerpflicht fällig.

Ich muß Ihnen ehrlich bekennen, verehrte Frauen und Herren, daß mich diese heutige Landtagssitzung mit wirklich ernster Sorge erfüllt hat. Es ist so viel vom Wahlkampf gehoben und drüber gesprochen worden. Ich bedaure es, daß der Wahlkampf anscheinend auch auf die Art, in der hier in einer gesetzgebenden Körperschaft argumentiert und verhandelt wurde, abgefärbt hat. Es ist hierdurch dem Land Niederösterreich kein guter Dienst erwiesen worden. Solange ich aber die Ehre haben werde, Landeshauptmann dieses Landes zu sein, werde ich, und dessen können Sie gewiß sein, mit eiserner Konsequenz nach dem Grundsatz handeln, daß Recht Recht bleiben muß. (Beifall im ganzen Hause.) Die Juristen beider Parteien werden mir bestätigen, daß es in unserer Rechtsordnung ein ehernes Prinzip gibt, das da lautet: Jeder Beschuldigte hat, solange das Verfahren zur Überprüfung der ihm vorgeworfenen Verfehlungen nicht abgeschlossen ist, als unschuldig zu gelten. Von Kaiser Trajan stammen die bedeutsamen Worte: *Nec de suspicionibus debet aliquem damnari*. Das heißt: Niemand darf auf Grund von Vermutungen verurteilt werden, und das ist heute leider hier geschehen. Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ heute einen Artikel mit der Überschrift bringt: „Der niederösterreichische Landtag wird heute zum Tribunal“, so muß ich antworten: Eine gesetzgebende Körperschaft ist kein Gerichtshof. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang auch auf einen der Kernsätze der vom Europarat ausgearbeiteten und im Jahre 1958 auch von Österreich ratifizierten Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten verweisen. Wenn ich mich recht erinnere, war Herr Minister Tschadek damals sogar Justizminister. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Taschadek: Ich habe sie unterzeichnet!) Na eben! Dort heißt es: „Bis zum gesetzlichen Nachweis seiner Schuld wird vermutet, daß der wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte unschuldig ist.“

An diesen Grundsatz hat man sich heute nicht immer gehalten. Diese Bestimmung genießt in unserer Rechtsordnung Verfassungsrang. Aber es kommt einer Verletzung dieses Grundsatzes gleich, wenn jemand, bevor das zuständige ordentliche und unabhängige Untersuchungsorgan damit befaßt wurde, in aller Öffentlichkeit verurteilt und diskriminiert wird. Wird von diesen Grundsätzen abgegangen, dann sehe ich für unseren Rechtsstaat ernste Gefahren.

Es wurde heute schon von einem Redner

erwähnt, in welchem historischen Saal wir uns hier befinden. Wir sind in einem Saal, in welchem Männer wie Kunschak und Renner als Abgeordnete wirkten, in welchem ein Figl, ein Steinböck, ein Helmer, ein Reither als hohe und höchste Repräsentanten Niederösterreichs auf den Regierungsbänken saßen. Sie haben fürwahr die Politik dieses Landes mitgestaltet. Wir alle kennen also den *genius loci* dieses historischen Saales. Wir wissen, welche bedeutsamen Entscheidungen hier gefällt wurden. Eines der bedeutendsten Ereignisse nach dem Ende des zweiten Weltkrieges war die Länderkonferenz hier in diesem Raum, und es wäre sicherlich mit der Würde dieses Saales unvereinbar, bürgerte sich die Sitte ein, hier an den Grundsätzen unseres Rechtsstaates zu rütteln. Es wäre glatt im Widerspruch mit dem Geist dieses Hauses, würde man gerade hier dazu übergehen, Menschen wie zum Beispiel Viktor Müllner auf Grund von Zeitungsnachrichten und offenkundigen Indiskretionen zu verurteilen. Untersuchen soll man alles, aber zum Verurteilen sind wir in diesem Saale nicht berufen. Würde man dieses System: Der Landtag wird zum Tribunal! etwa zum politischen Stil dieses Hauses werden lassen, meine Damen und Herren, dann wäre das ein Schlag gegen die fundamentalsten Prinzipien, auf denen unser politisches und rechtliches Leben beruht.

Die niederösterreichische Landesregierung hat beschlossen, den Rechnungshof zu ersuchen, die Niogas zu überprüfen und festzustellen, ob die gegen diese Landesgesellschaft erhobenen Vorwürfe richtig sind. Damit ist volle Garantie dafür gegeben, daß Mängel, sofern solche tatsächlich bestehen, ans Licht kommen. Ich halte es im Interesse einer objektiven und sachlichen Untersuchung nicht nur für überflüssig, sondern für schädlich, dem Prüfungsergebnis des Rechnungshofes vorzugreifen und jetzt schon Schuldsprüche zu fällen.

Es gibt in unserer Rechtsordnung eine Bestimmung, die den Eingriff in ein schwebendes Verfahren verbietet. Sinn dieser Norm ist es erstens, denjenigen, gegen den eine Untersuchung läuft, vor einem Rufmord zu schützen, und zweitens, die Unvoreingenommenheit der Richter zu gewährleisten und durch keine Aufputschung der öffentlichen Meinung diese Unvoreingenommenheit zu gefährden. Diese Bestimmung sollte analog auch auf den hier zur Debatte stehenden Fall Müllner angewendet werden. Wer aber im gegenwärtigen Stadium in dieser Angelegenheit in der Öffentlichkeit zuviel Wind schlägt, leistet nach meiner ehrlichen

Überzeugung der Objektivität und Sachlichkeit und damit indirekt auch der Sauberkeit keinen guten Dienst. Er leistet auch dem Land Niederösterreich keinen guten Dienst.

Ich habe am Beginn dieses Wahlkampfes, wie Sie ja gehört und gelesen haben, an alle Niederösterreicher appelliert, im Verlauf der zu erwartenden Auseinandersetzungen die Grenzen, die die Würde dieses demokratischen Vorganges gebietet, nicht zu überschreiten. Ich möchte Sie heute, da der Wahlkampf bereits in die Zielgerade eingemündet ist, herzlich bitten, ja geradezu beschwören: Reißten Sie keine Klüfte auf, die sich nachher nur schwer schließen lassen! Es ist in einem Wahlkampf wie bei einer ehelichen Auseinandersetzung: Je mehr Porzellan zertrümmert wird, desto schwerer findet man nachher wieder zusammen.

In diesem Hause wurde seit über 20 Jahren fruchtbare Aufbauarbeit geleistet. Es war dies aber nur möglich, weil Männer mit Weitblick und Verantwortungsbewußtsein in beiden Lagern bereit waren, das Wohl des Landes und das Ansehen Niederösterreichs der Parbeiräson überzuordnen. Ich darf daher den eindringlichen Appell wiederholen: Unternehmen Sie und unternehmen wir gemeinsam nichts, was die Fortsetzung dieser positiven Aufbauarbeit erschweren könnte, und tun Sie und tun wir gemeinsam alles, um diesem Land das zu geben, was es braucht: nicht Zank und Streit, sondern ein ruhiges, ein gedeihliches Klima der Zusammenarbeit im Interesse der Bevölkerung von Niederösterreich! *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort kommt noch Herr Landeshauptmannstellvertreter Doktor Tschadek.

Landeshauptmannstellvertreter Doktor TSCHADEK: Herr Präsident! Hohes Haus! Nach dem sicher eindrucksvollen, ich hätte fast gesagt, Schlußwort des Herrn Landeshauptmannes würde ich nicht das Wort ergreifen, wenn ich nicht persönlich apostrophiert worden wäre und wenn nicht doch, wie ich glaube, einige Dinge noch einmal ganz klar und deutlich festgestellt werden müßten.

Natürlich, wenn man sich in einem engen Kreis zu einer Besprechung zusammensetzt, so ist nicht von vornherein der Sinn dieser Besprechung, dann in der Öffentlichkeit großen Schaum zu schlagen, sondern man versucht, die Dinge in möglichst engem Kreis auszutragen. Aber jetzt muß ich doch an das Hohe Haus folgende Frage stellen: Wenn einem Politiker vollkommen neue und unbekannte Tatsachen bekannt werden, die eine

höchst politische Entscheidung erfordern — ganz gleich, wie sie ausfällt —, was soll er da mit einem Bericht anfangen, wenn er ihn nicht verwenden darf? Dann hätte ja die ganze Besprechung von vornherein keinen Sinn. Wenn der Herr Landeshauptmann erwogen hat — ich gebe zu, daß er das gesagt hat, in erster Linie hat es Herr Landesrat Resch gesagt, und deshalb scheint es in meinem Protokoll auf —, die Sache in den Landtag zu bringen, dann besagt das ja schon, daß hier die Grenzen der Vertraulichkeit aufgehört haben. Was sollte auch ein Landtag behandeln, wie sollte man eine Landtagssitzung vorbereiten, wenn man die Mitglieder des Landtages und in diesem Fall jeder Klub seine Fraktion nicht von dem, was geschahen ist, verständigt, davon Mitteilung macht und dann berät: Wie kommen wir aus der Sache heraus, welche Stellung können wir in dieser Situation beziehen? Eine Vertraulichkeit, die darin beruht, die politische Aktivität auszuschließen, ist nicht möglich. Das möchte ich sagen, obwohl ich es immer begrüße, wenn diese Dinge auch im vertrauten Kreise erledigt und besprochen werden können. Es handelt sich eben darum, wieweit notwendigerweise die Mitwirkung des größeren Personenkreises notwendig ist. Wenn ich der Meinung bin, daß ohne Landtag die Dinge überhaupt nicht zu ordnen sind, dann ist es klar, daß das Gespräch nicht auf vier oder fünf Personen beschränkt bleiben kann. Ich sage das deshalb, um von vornherein jeden Vorwurf zurückzuweisen, der dahin geht, es wäre leichtfertig und unter Mißachtung der Interessen Niederösterreichs ein Vertrauensbruch begangen worden. Was wir getan haben und was ich getan habe, habe ich genauso aus der Sorge um die Zukunft, Reinheit und Sauberkeit dieses Landes getan, wie ich hoffe, die Politiker auf der anderen Seite ebenfalls von einem guten Willen getragen waren. Ich bitte den Hohen Landtag, das zur Kenntnis nehmen zu wollen. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, daß ich selbst mitgewirkt habe an der Formulierung eines Beschlusses, über den wir uns dann nicht einig geworden sind. Das hat ja auch heute im Landtag seinen Niederschlag gefunden. Es hat sich dabei darum gehandelt, die Gelder für das Land sicherzustellen, ohne die Vergangenheit damit zu sanktionieren und gutzuheißen. Daher sind auch heute von Ihrem Antrag, der vier Punkte hatte, die Punkte 2, 3 und 4 von meinen Parteifreunden akzeptiert und der Punkt 1 des Antrages abgelehnt worden. Genau dieselbe Situation war bei der niederösterreichischen Landesregierung. Ich leugne

gar nicht, eine Form ja da. Es dort zu sitzen. Ich bemühe mich, den Weg zu einigen, wie die Formulierung ist, und das getrennten

Ich glaube, die Festlichkeit fest auch mir, es zu machen. Landeshauptmannlich die Sorereichischen Dinge, die Kampfes beifroh gewesen nicht in ein Ich glaube, Sitzung eiraufbeschwohochgegangen einmal ans redet, was Flugblätter. Ich glaube, Ich will mich schäftigen.

6. März ist 7. März ma her soll ma form nicht fang am 7. Österreichs aber noch e hier wieder den Landtag wir hätten es zu spielen maon hat s rechtskonvention schrift und Außenminister verstorbenen Wir haben zeichnet.

Hohes Haus sehen, daß vom Standpunkt im Laienkeit im Land strafrechtlich Menschenrechte, die Grundsätze nicht, ob Sie Strafrichter

g erfordern —  
 , was soll er da  
 wenn er ihn  
 hätte ja die  
 herein keinen  
 hauptmann er-  
 3 er das gesagt  
 Herr Landesrat  
 scheint es in  
 Sache in den  
 besagt das ja  
 er Vertraulich-  
 olte auch ein  
 lte man eine  
 wenn man die  
 in diesem Fall  
 icht von dem,  
 t, davon Mit-  
 : Wie kommen  
 welche Stellung  
 tion beziehen?  
 in beruht, die  
 eßen, ist nicht  
 , obwohl ich es  
 Dinge auch im  
 nd besprochen  
 h eben darum,  
 e Mitwirkung  
 notwendig ist.  
 aß ohne Land-  
 cht zu ordnen  
 Gespräch nicht  
 eschränkt blei-  
 halb, um von  
 urückzuweisen,  
 ertig und unter  
 iederösterreichs  
 worden. Was  
 h getan habe,  
 ge um die Zu-  
 it dieses Lan-  
 litiker auf der  
 einem guten  
 tte den Hohen  
 hmen zu wol-  
 nn hat gesagt,  
 e an der For-  
 über den wir  
 1 sind. Das hat  
 seinen Nieder-  
 bei darum ge-  
 Land sicher-  
 iheit damit zu  
 n. Daher sind  
 rag, der vier  
 3 und 4 von  
 tiert und der  
 lehnt worden.  
 bei der nieder-  
 ng. Ich leugne

gar nicht, daß ich mich recht bemüht habe, eine Formulierung zu finden. Dazu sind wir ja da. Es kann nicht meine Aufgabe sein, dort zu sitzen und nur ja und nein zu sagen. Ich bemühe mich, wenn es geht, auch einen Weg zu suchen. Wir konnten uns nicht einigen, weil zu der Formulierung von mir die Formulierung von Ihnen dazugekommen ist, und daher kam es auch heute zu einer getrennten Abstimmung im Landtag.

Ich glaube, das mußte man mit aller Deutlichkeit feststellen, und darum gestatten Sie auch mir, einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Ich verstehe die Sorge des Herrn Landeshauptmannes und ich teile sie, nämlich die Sorge über den Ton, der in der österreichischen Politik eingerissen hat über Dinge, die wir nur als Entartung des Wahlkampfes bezeichnen können. Auch ich wäre froh gewesen, wenn wir in Niederösterreich nicht in eine solche Situation geraten wären. Ich glaube auch gar nicht, daß die heutige Sitzung eine besondere Wahlsituation heraufbeschwört hat. Wenn die Leidenschaften hochgegangen sind, dann muß man sich doch einmal ansehen, was geschrieben, was geredet, was plakatiert, was stillschweigend an Flugblättern ohne Impressum verteilt wurde. Ich glaube, hier liegt die große Verbitterung. Ich will mich damit aber nicht im Detail beschäftigen. Sicherlich, auch ich sage, der 6. März ist ja nicht das Ende, denn am 7. März muß man wieder neu beginnen. Daher soll man auch im Wahlkampf die Plattform nicht verlassen, die diesen neuen Anfang am 7. März für beide Teile im Interesse Österreichs möglich macht. Gestatten Sie mir aber noch eine andere Bemerkung. Es wurde hier wiederholt gesagt, wir hatten versucht, den Landtag zum Tribunal zu machen, und wir hatten die Rolle gespielt, die die Genichte zu spielen hätten; der Herr Landeshauptmann hat sogar die europäische Menschenrechtskonvention zitiert, die meine Unterschrift und die Unterschrift des damaligen Außenministers, unseres leider viel zu früh verstorbenen Landeshauptmannes Figl, trägt. Wir haben sie gemeinsam in Brüssel unterzeichnet.

Hohes Haus! Wir dürfen aber nicht übersehen, daß nicht alle Untersuchungen, die vom Standpunkt der Politik und der Sauberkeit im Lande und der Verfassungsmäßigkeit im Lande durchzuführen sind, auch strafrechtliche Tatbestände sein müssen. Die Menschenrechtskonvention und die Grundsätze, die hier verbreitet wurden, sind Grundsätze für das Strafverfahren. Ich weiß nicht, ob Sie der Meinung sind, daß schon der Strafrichter auf den Plan gerufen werden

muß. Es kann, lassen Sie sich das in aller Ruhe sagen, etwas strafgesetzlich noch nicht strafbar und im politischen Leben doch absolut unmöglich sein. Es gibt Leute, die glauben, in der Politik ist jeder tragbar, der keine silbernen Löffel gestohlen hat; das ist eine Mißachtung der ohnedies in der Öffentlichkeit so oft zu Unrecht geschmähten Politiker und damit eine Gefährdung der Demokratie. Daher kann man nicht immer nur diese Grundsätze anwenden, sondern man muß sich dort, wo es sich um Fragen der Geschäftsordnung und um Fragen des Bruches verfassungsmäßiger Kompetenzen usw. handelt, eben auf den Boden begeben, der zur Austragung dieser Fragen da ist, und das ist nun einmal der parlamentarische Boden. Ich will gar nicht den politischen Kampf in den Gerichtssalen und mit Staatsanwälten und der Wirtschaftspolizei führen. Wenn es dazu kommt, können wir es nicht verhindern, aber die politischen Fragen haben wir als Vertreter der Politik in Niederösterreich in diesem Saale auszutragen, im Saal des niederösterreichischen Landtages. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Und daß man das auch ruhig und sachlich kann, das, glaube ich, steht außer Zweifel. Es ist nur eine Frage der Nerven und eine Frage des guten Willens, daß man solche Dinge ruhig austrägt. Sehen Sie, der Herr Landeshauptmann hat mit Recht auf den historischen Saal, auf den genius loci hingewiesen, der über diesem Hause schweben sollte. Er hat gemeint, es sei mit der Würde dieses Saales nicht vereinbar, ein Tribunal zu veranstalten. Wenn man versuchen würde, hier (Gericht zu spielen und nicht politische Meinungen auszutragen, dann sei dieser Saal dazu nicht geeignet, und da gebe ich dem Herrn Landeshauptmann recht. Ich möchte mir aber doch die Bemerkung erlauben, daß dieser Saal, bei dessen genius loci Namen wie Renner und Helmer in Erinnerung gerufen wurden, auch in seiner Würde verletzt wird, wenn man eine unwahre Volksfrontpropaganda vier Tage vor den Wahlen verbreitet. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Wir wollen auch hier den Boden der Sachlichkeit nicht verlassen. Ich will mich gar nicht mit diesen Fragen auseinandersetzen, ich habe keine Wahlrede zu halten, aber Gerechtigkeit müßte auch in dieser Frage Platz greifen.

Wenn der Herr Landeshauptmann erklärt, solange er hier Landeshauptmann ist, muß Recht Recht bleiben, dann gebe auch ich ihm recht, und wir alle haben durch Beifall diese Feststellung quittiert. Wenn wir uns auch in der Stimmung des Wahlkampfes dazu entschließen, anzuerkennen, daß Recht Recht

bleibt und daß das Recht dort gesucht wird, wo es gesucht werden muß, für die Politik in der politischen Arena und für andere Dinge in den Gerichtssälen, wenn wir uns zu den Grundsätzen des Rechtsstaates bekennen, dann ist die Brücke für die Zusammenarbeit meiner Meinung nach wieder geschlagen. Es wäre mein sehnlichster Wunsch, daß, wenn die Schatten vorbeigezogen sind und wenn in diesem Saale wieder Klarheit herrscht, auch der Weg wieder für eine gemeinsame konstruktive Arbeit für Niederösterreich frei wird. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf: Zuerst Rufmord begehen!)*

PRÄSIDENT WEISS: Zu Wort kommt Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dipl.-Ing. Dr. h. c. HARTMANN: Meine Damen und Herren! Ich habe nicht behauptet, daß der Landtag nicht dazu berufen sei, politische Fragen zu erörtern. Selbstverständlich ist er dazu berufen. Das soll ganz unbestritten bleiben. Ich habe mir zu sagen und eindringlich zu empfehlen erlaubt, sich dabei an die Grundsätze der Genfer Konvention für Menschenrechte, an die Gewaltentrennung und an eine Rechtsordnung zu halten.

Verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek! Ich habe ja nur aus menschlichen Gründen meinem Entsetzen darüber Ausdruck gegeben, daß in der

Landesregierung nichts mehr besprochen werden kann, was wichtig ist. Wir waren am 14. Februar beisammen, um einen modus procedendi zu erörtern. Es war selbstverständlich, daß diese Angelegenheit auch in den Landtag kommen müsse. Darüber bestand kein Zweifel. Ich selbst habe diese Anregung gegeben. Ich möchte Ihnen jetzt ehrlich sagen, was mich besonders entsetzt hat, nämlich, daß Ihnen der Mut gefehlt hat, mir zu sagen, daß diese Angelegenheit in einer Pressekonferenz der Sozialistischen Partei breitgetreten wird. Es hat mich erschüttert, daß die Fakten nicht richtig wiedergegeben worden sind und daß Sie, wie schon gesagt, nicht den Mut hatten, mir davon Mitteilung zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT WEISS: Die Rednerliste ist erschöpft, wir kommen zur Abstimmung *(Nach Abstimmung.)* Mit Mehrheit angenommen.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Es wird sogleich nach dem Plenum der Finanzausschuß seine Nominierungssitzung im Herrensaal abhalten. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

*(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 53 Minuten.)*

## 15. Sitz

1. Eröffnung
2. Abwesenheit
3. Mitteilung
4. Angelobung
5. Verhandlung

Antrag des  
Sungsausschusses  
die Wahlperiode  
NO. Landarbeiter  
Abg. Cipin

PRÄSIDENT  
nuten). Ich  
gesonung  
die Angelobung  
Abgeordneter  
liche Vorläufer  
betreffend  
Wahlperioden  
sammlung  
verlängert  
Sitzung ist  
Igen; es ist  
nach als ge

Von der  
schuldigt:  
ll. c. Hartmann  
desrat Kur  
Präsident S

Herr Abgeordneter  
Schreiben  
laub in der  
1966 angest  
Landtagsge  
teilt und er  
nisnahme.

Ich ersuche

SCHRIFT

Vorlage

Firma Rupprecht  
fabrik und  
Landeshauptmann  
in Höhe von  
stätte Ober